REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 434 · 20.1.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Putin njet! NATO no!
2. "We dit it!" Sabotage gegen die große Flut im Baskenland (Interview mit einem Mitglied der Solidarias con Itoiz
3. Streit über Gräbern. Zweiter Anlauf zur Liebknecht-Luxemburg-Demo - mb., Berlin
4. Am 5. Februar auf nach Berlin! Bundesweite Demo für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal
5. "Mumias Leben ist in der Hand der internationalen Solidaritätsbewegung." Interview mit Ramona Africa
6. "Wir lassen uns nicht einschüchtern!" - Redebeitrag der Mehringhof-Projekte
7. Früchte des Wahns. Bundesanwaltschaft erfindet RZ neu - mb., Berlin
8. "Wir wollen eine Kampagne, die auf breiten Füßen steht." Interview zur Solidaritätskampagne für Axel, Harald und Sabine
9. Zu viele Führer. Frankreichs Rechte nach der Spaltung des Front National - Bernhard Schmid
10. "Jedes Herz ist eine Zeitbombe." Zellen, Zorn und Rote Zora - ga.
11. Kadavergehorsam gefordert. Prozesswelle gegen KriegsgegnerInnen - Vo
12. Militärpolitik und Geschäfte. Aktuelle Buchpublikationen zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien - mx., Nürnberg
13. Die Zerstörung Jugoslawiens. Vorgeschichte und Folgen des Kosovo-Krieges - Angela Martin
14. Der Laufzeitenschacher - Stefan Scheloske
15. Atomares aus aller Welt - Jürgen Sattari
16. Vorsicht an der Bahnsteigkante. Wendland erwartet Atommüll ab März - DSe
17. Raus aus den Betonburgen. Für eine Politisierung der Anti-AKW-Bewegung - DSe
18. NS-Zwangsarbeit: Das Ringen geht weiter. Die deutsche Industrie will sich billig freikaufen - Ulrich Sander
19. NS-Zwangsarbeit in Privathaushalten und Landwirtschaft. "Fremdarbeiter" von Entschädigungen ausgeschlossen - Marion Leuther
20. Erziehung durch Arbeit. Eine Ergänzung zu "Die Ordnung der nationalen Arbeit" in ak 433 - Martin Bayer
21. Nachruf auf Hans Frankenthal - Angela Martin
22. Thierse schützt die Sklavenhalter - Ulla Jelpke
23. Mitschuld durch Schweigen. Pius XII. bleibt der umstrittenste Papst des 20. Jahrhunderts - Js.
24. Blühende Landschaften? Deutschland und seine Hauptstadt im Jahre Zehn nach der Wiedervereinigung - Dario Azzellini
25. "Entfesselte Kreativität." Sozialhilfesteuerung per Arbeitszwang - Dirk Hauer
26. Ausverkauf der Grundrechte. Das Pilotprojekt "Job-Börse" in Köln - Gerhard Klas
27. "Es muss was Außerparlamentarisches her". Ein Interview mit der Sozialpolitischen Opposition Hamburg - dk.
28. Haarrisse im Putz. Nachrichten aus dem Untergrund der Lohnarbeit - dk. u.a.
29. Mehrarbeit am Bau. Beschäftigte sollen mit Überstunden Holzmann-Konzern sanieren - gw.
30. Über die Seidenstraße zum Frieden. Geostrategische Interessen des Westens in Kurdistan - Knut Rauchfuss
31. Ein konservatives Herz und reformistische Lungen. Wahlbündnis der Reformer und innere Widersprüche - Jan Keetman
32. Links von Nord und Süd. Eine Dokumentation zur politischen Ortsbestimmung im Neoliberalismus - Michael Korbmacher
33. "Kolumbien ist nicht El Salvador" - sk
34. Guatemala wählte die starke Hand der FRG. Entsetzen über das Fehlen eines kollektiven Gedächtnisses - Hermann Werle
35. Flucht nach vorn? Wladimir Putin beerbt Jelzin - Kai Ehlers
36. Schwarzgeld gegen Staatsbürgerschaft - Thomas Klein

37. Von Häretikern und Erzengeln. Rezension eines Buches von Paco Igancio Taibo II - GW
38. "Höchst verdächtiges Sympathisantentum." Charlie-Chaplin-Ausstellung im Filmmuseum Potsdam - Angela Martin
39. Ferien vom Über-Ich. American Beauty - darf"s ein Oscar mehr sein? - Tim Gallwitz
40. Postkarten an ....
41. KALENDER
42. AUFGEBLÄTTERT
43. LESERINNENBRIEFE
44. Das Gleiche noch einmal, bitte!
45. Zwangsarbeit und Wirtschaftswunder
46. Zwergen-Aufstand

1. Putin njet! NATO no!

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/krieg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:krieg

Einen kurzen und für die eigene Armee verlustarmen Krieg wollte die russische Regierung gegen die Warlords in Tschetschenien führen. Je länger der Krieg dauert, desto deutlicher wird, dass dies eine Illusion war.

Neben den hunderttausenden aus Tschetschenien Vertriebenen und den vielen tausend toten Zivilisten steigt auch die Zahl der gefallenen russischen Soldaten kontinuierlich. So wie der Kriegsverlauf sich abzeichnet, werden noch viele dazukommen. Auch ein russischer "Sieg" in der Schlacht um Grosny würde den Guerillakrieg nicht beenden. Was bleibt, ist verbrannte Erde und eine lang andauernde Destabilisierung der gesamten Region.

Die USA und die NATO mischen sich immer offensiver in diesen Konflikt ein. In Washington wurde der zum Privatmann umdefinierte "Außenminister" der tschetschenischen Rebellen von US-Diplomaten empfangen. Eine noch größere Provokation ist die Unterzeichnung eines Vertrags zum Bau einer Russland umgehenden Pipeline für die Ölvorräte des Kaspischen Meers. Unterzeichner sind die USA, Aserbaidschan, Georgien und die Türkei; abgeschlossen wurde der Vertrag am Rande einer OSZE-Konferenz, auf der es um die Neugestaltung der unterschiedlichen Interessen im euroasiatischen Raum ging. Die Sprache war deutlich. Trotz der Proteste Russlands wird an der NATO-Ost-Erweiterung festgehalten.

Der Krieg in Tschetschenien wird die Offensive der USA und der NATO nicht aufhalten. Notwendig ist einerseits die sofortige Beendigung des Krieges, andererseits die Aufnahme von Verhandlungen der OSZE-Staaten über eine Konfliktbewältigung in der Region. Dabei muss vorrangig die Bereitstellung humanitärer Hilfe vereinbart werden. Jeder weitere Tag Krieg wird von den NATO-Staaten genutzt werden, um ihr Verständnis von "Humanismus" zu legitimieren.

Für die hiesige (sehr schwache) Friedensbewegung folgt daraus: Sie muss zweigleisig vorgehen - gegen die NATO-Ost- Erweiterung und die Politik weiterer Selbstmandatierungen; gleichzeitig muss sie - sehr viel lauter als bisher - die sofortige Beendigung des Krieges des russischen Staates in Tschetschenien fordern.

2. "We dit it!" Sabotage gegen die große Flut im Baskenland (Interview mit einem Mitglied der Solidarias con Itoiz

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:29

In der baskischen Provinz Navarra, 30 Kilometer von der Hauptstadt Pamplona entfernt, soll der Staudamm von Itoiz entstehen. Vom Franco-Regime geplant, treibt die spanische Regierung seit 1985 die Realisierung des Megaprojekts voran. Umgerechnet 350 Millionen DM sind für die Fertigstellung veranschlagt. Der geplante Stausee mit einer Länge von 35 Kilometern würde rund 1.100 Hektar Land, darunter mehrere Naturschutzgebiete und neun Ortschaften sowie drei bereits existierende Wasserkraftwerke überschwemmen. Neben der Zwangsumsiedlung mehrerer zehntausend Menschen hätte die Flutung des Gebietes eine ökologische Katastrophe zur Folge.

Das Staudamm-Projekt Itoiz war von Beginn an von juristischem Tauziehen und Korruptionsskandalen begleitet. Gabriel Urralburu, ehemaliger Ministerpräsident der baskischen Provinz Navarra, zahlte beispielsweise Schmiergelder in Millionenhöhe an Antonio Aragon, ehemaliges Vorstandsmitglied der Baubehörde von Navarra. Beide sitzen inzwischen in Haft. Der ehemalige Sicherheitsbeauftrage für den Bau, Leoncio Castro, war ein hoher Kader der von der sozialdemokratischen PSOE-Regierung ins Leben gerufenen paramilitärisch agierenden "Antiterror-Gruppe" GAL.

Am 29. September 1995 verfügte das spanische Nationalgericht auf Grund gravierender Mängel in der technischen Planung die Einstellung der Bauarbeiten. Am 14. Juli 1997 wurde das Urteil vom Obersten Gerichtshof des spanischen Staates bestätigt. Eine Studie des spanischen Umweltministeriums stuft den Staudamm von Itoiz als großes Sicherheitsrisiko ein. Ungeachtet dessen gehen die Bauarbeiten weiter. Die Guardia Civil hält das gesamte Gebiet in einer Art Besetzungszustand.

Seit 15 Jahren leisten die Menschen in der Region um Itoiz Widerstand gegen das Staudamm-Projekt. 1994 gründete sich die Gruppe Solidari@s con Itoiz, die seitdem mit spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen das Bauvorhaben auf sich aufmerksam machen. Höhepunkt war 1996 eine Sabotageaktion, bei der die militanten UmweltaktivistInnen, begleitet von einem Videoteam, die Stromkabel einer Seilbahn durchtrennten, die den Beton für die Staudammmauer beförderte.

Direkt im Anschluss an die Aktion ließen sich die Verantwortlichen festnehmen, wobei einige von der Polizei und privaten Wachschützern schwer misshandelt wurden. Im Oktober 1999 wurden acht der Solidari@s für die Aktion zu mehrjährigen Gefängnisstrafen sowie zu einer Geldstrafe von umgerechnet rund zwei Millionen DM verurteilt. Vor der drohenden Inhaftierung hat die Gruppe nun eine europaweite "Tournee" gestartet, um den Widerstand gegen den Staudamm von Itoiz europaweit bekannt zu machen.

Das folgende Interview mit einem Mitglied der Solidari@s con Itoiz entstand Mitte Januar in der Bundesrepublik.

ak: Wie hat der Kampf gegen das Staudammprojekt begonnen?

1985 teilte uns die damalige PSOE-Regierung mit, dass wir in absehbarer Zeit unsere Häuser verlassen müssen, weil das Gebiet überschwemmt werden soll. Noch im gleichen Jahr wurde das Widerstandsnetzwerk Coordinadora de Itoiz gegründet. Fast die gesamte Bevölkerung der betroffenen Ortschaften beteiligte sich daran und informierte sich genau über die Planungen.

Die Regierung hat vor, mit diesem größenwahnsinnigen Stausee andere Gegenden im spanischen Staat zu bewässern. Dabei geht es vor allem um die Wasserversorgung der stark touristischen Regionen, beispielsweise an der dicht besiedelten Mittelmeerküste. Hier wird mit Wasser als Privateigentum spekuliert.

Welche politischen Gruppen und sozialen Bewegungen unterstützen Euch?

Itoiz ist eines der umstrittendsten Infrastrukturprojekte im spanischen Staat. Linke Parteien und Gruppen unterstützen unseren Protest, beispielsweise die baskisch-linksnationalistische Partei Euskal Herritarrok (EH). Auch bürgerliche Gruppen äußern sich kritisch zum Projekt, wie die Baskische Nationalistische Partei (PNV).

Die sozialdemokratische orientierte Eusko Alkartasuna (EA) und das linke Wahlbündnis Izquierda Unida (IU) haben uns in der Vergangenheit unterstützt.

Außerdem haben alle Umweltverbände das Thema in ihre Kampagnen aufgenommen und wiederholt ihre strikte Ablehnung gegenüber dem Stauseebau erklärt, v.a. der große Verband Ecologistas en Accion (Umweltschützer in Aktion). Greenpeace hat im Überschwemmungsgebiet Land gekauft, um die anstehende Enteignungs- und Räumungswelle zu behindern.

Wie seht Ihr das Verhältnis der Solidari@s zum baskischen Befreiungskampf und zur ETA?

Das sind zwei verschiedene Kämpfe. Wir kämpfen gegen den Stausee von Itoiz und äußern uns als Kollektiv nur zu Fragen der Umweltzerstörung. Bei allen anderen Themen beziehen wir nicht Stellung, wenn es um die bei uns sehr wichtige Frage geht, ob wir uns als Spanier oder Basken verstehen. ETA hat sich zwar zu Itoiz in unserem Sinne geäußert, sich aber bis heute nie direkt dort engagiert.

Welche Bündnisse strebt ihr an?

Alle, die gegen dieses Projekt sind, sollten zusammenarbeiten. Es geht uns ganz klar darum, diesen Bau zu stoppen. Je vielfältiger der Widerstand ist, desto mehr Chancen haben wir, zu gewinnen. Wir, als Kollektiv wollen mit unserem Konzept der öffentlichen und gewaltfreien Direkten Aktionen, wie wir sie nennen, öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Die Coordinadora de Itoiz hat über den langen Zeitraum von 15 Jahren sehr viel Arbeit geleistet - sie hat Gutachten in Auftrag gegeben und Großdemonstrationen organisiert. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass jedeR ökologisch Sensible gegen das Projekt eingestellt ist. Deshalb versuchen wir jetzt mit unserer Europa-Tour konkrete Unterstützung aus dem Ausland zu bekommen, um den internationalen Druck auf den spanischen Staat zu erhöhen.

Gibt es Gruppen, mit deren Unterstützung Ihr Schwierigkeiten habt?

Natürlich gibt es Gruppen, mit denen wir nie zusammenarbeiten würden: Faschisten zum Beispiel. In Belgien sollten wir neulich eine Veranstaltung bei einer rechten Gruppe machen. Da sind wir natürlich nicht hingegangen. Mit den "Verursachern" unserer Probleme im spanischen Staat wollen wir natürlich auch nichts zu tun haben.

Wie habt Ihr Euch als Gruppe gefunden?

1994 bemerkten wir, dass dem Widerstand gegen das Itoiz-Projekt ein wichtiges Element fehlte: gewaltfreie, öffentliche Aktionen auf den Baustellen oder dort, wo die Auftraggeber sitzen. Mit unseren Direkten Aktionen haben wir neuen Schwung in den zähen, langwierigen Kampf gebracht. Inzwischen haben wir etwa 50 Aktionen durchgeführt. Auf unserer Europa-Tour jetzt sind wir auch schon ganz gut aufgefallen...

Eure spektakulärste Aktion gegen den Bau des Staudamms ist Euch im April 1996 gelungen. Welches Ziel habt Ihr mit der Sabotage der Seilbahn auf der Baustelle verfolgt?

Der wundeste Punkt der Baustelle waren die Stahlkabel zwischen zwei Berghängen, über die eine Seilbahn Betonladung für Betonladung in den Schlund der Staumauer spuckte. Wir waren zuvor schon einmal auf die Stahlkabel geklettert und verbrachten dort angekettet mehr als zwei Tage in Hängematten. Kurz darauf kamen mehrere Gerichtsurteile, die den sofortigen Baustopp verfügten. Absurderweise forderten die Gerichte gleichzeitig von uns - den Klägern! - die Zahlung von 24 Milliarden Peseten (300 Millionen DM), um den Fortgang der Bauarbeiten bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens stoppen zu können. Wir fühlten uns auf den Arm genommen und beschlossen, etwas zu tun, das nicht nur Aufmerksamkeit erregen, sondern den Bau effektiv lähmen würde. Am 6. April 1996 verschafften wir uns um 6 Uhr morgens Zugang zur Baustelle und trennten die erwähnten Stahlkabel durch. Für ein Jahr standen dann die Bauarbeiten still ...

... und dann habt Ihr Euch festnehmen lassen. Warum?

Wir haben im Vorfeld sehr kontrovers diskutiert, ob wir abhauen oder uns verhaften lassen sollten. Schon vorher lautete aber unser Grundsatz: Die AktivistInnen tragen die Konsequenzen ihrer Aktion selbst. Wir wussten zwar, dass die Konsequenzen diesmal andere sein würden, wollten aber unseren Grundsatz nicht aufgeben, sich gleich an Ort und Stelle zu der Aktion zu bekennen.

Heute sehen wir, dass es sich lohnt: Unsere Täler sind nicht sehr dicht besiedelt und wir kennen uns alle. Wären wir nach der Sabotage-Aktion untergetaucht, hätte eine sehr repressive Ermittlungswelle gegen uns, unsere Familien und Freunde eingesetzt. Viele wären als mutmaßliche Terroristen in Untersuchungshaft gelandet. Auch ohne, dass wir abgetaucht wären, gab es eine zehntägige Pressekampagne in den herrschenden Medien. Wir wurden immer wieder als Terroristen bezeichnet. Normalerweise glauben die Leute diesen Quatsch. Doch dieses Mal nahmen wir der Hetze mit unserem Vorgehen ziemlich nachhaltig den Wind aus den Segeln und haben die Medien zwingen können, über unsere Motive zu berichten.

Wie verhalten sich die Sicherheitskräfte zum Widerstand gegen den Itoiz-Staudamm?

Die gehen mit uns wie mit allen Oppositionellen im spanischen Staat um: repressiv. Der spanische Staat nennt sich Demokratie, doch die Gesetze werden von staatlicher Seite nicht eingehalten. Die Justiz hat inzwischen mehrere Baustopps angeordnet, trotzdem wird munter weitergebaut. Einem Urteil von 1995 zufolge dürfen die drei ausgewiesenen Naturschutzgebiete bei Itoiz nicht überflutet werden. Die Staumauer darf auch nicht 140, sondern nur 17 Meter hoch sein, eine Höhe, bei der kein einziges Dorf geflutet würde. Das Projekt müsste also eigentlich drastisch verkleinert werden.

Was haben die acht Leute, die damals die Stahlkabel durchtrennten, nun zu erwarten?

JedeR wurde zu vier Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig, aber es fehlt noch die Unterschrift unter den Haftbefehl. Das Urteil baut darauf auf, dass wir, um die Aktion durchführen zu können, einen Wachmann der Baustelle für fünf Minuten festbanden. Wir krümmten ihm kein Haar und ließen ihn nach der Aktion sofort wieder frei. Die Staatsanwaltschaft wollte unsere wirklich beispiellos sauber durchgeführte Sabotageaktion unbedingt hart bestrafen und deshalb konstruierte sie daraus eine Entführung. Übrigens haben Mitglieder der sogenannten Antiterrorr-Einheit GAL, die einen Basken über zwei Wochen illegal entführten und ihm bleibende physische sowie psychische Schäden zufügten, ebenfalls vier Jahre und zehn Monate bekommen.

Haben auch andere Mitglieder Eures Kollektivs Ärger mit der Justiz?

Momentan läuft noch ein Prozess gegen zwei Frauen, die aus Protest gegen den Bau einer Umgehungsstraße 40 Baumaschinen zerstörten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt immer noch und fahndet nach "Hintermännern", da sie als Machos nicht glauben können, dass zwei Frauen zu einer Sabotage-Aktion fähig sind. Wenn es zwei Männer gewesen wären, hätten sie die Selbstanzeige akzeptiert. Die Anklage fordert drei Jahre Haft. Für die beiden Frauen läuft eine große Solidaritätskampagne von baskischen Frauengruppen: sie werden Sabotageaktionen durchführen und sich anschließend selbst anzeigen.

Wie sieht es momentan auf der Baustelle aus?

Eine 1999 fertig gestellte Umgehungsstraße hatte ebenfalls keine Baugenehmigung, da 1995 von der Staatsanwaltschaft auch ein Baustopp für infrastrukturelle Begleitmaßnahmen verhängt wurde. Die große Staumauer des Itoiz-Damms ist inzwischen ebenfalls fertig, umgeben und gesichert von doppeltem NATO-Draht und einer eigens eingerichteten Kaserne. Mit dem Bau der zweiten, kleineren Staumauer wird gerade begonnen.

Kürzlich wurde der Coordinadora de Itoiz ein elf Jahre altes Gutachten zugespielt. Darin steht, dass einer der Berghänge, auf dem die große Staumauer fußt, stark erdrutschgefährdet ist. Die Leute haben Angst, denn sie wissen, dass bei geborstenen Staumauern in Italien und in Südspanien viele Menschen umkamen. Direkt unterhalb der großen Staumauer liegt die Kleinstadt Agoitz, deren EinwohnerInnen im Katastrophenfall nicht mehr evakuiert werden könnten.

In Berlin findet am 25. Januar um 20:00 Uhr im KATO (U1 Schlesisches Tor) eine Video- und Informationsveranstaltung mit den Solidari@s con Itoiz statt. Weitere Veranstaltungen sind u.a. in Hamburg, Kassel, Leipzig und Zürich geplant. Auf aktuelle Hinweise achten.

Weitere Informationen: www.s-o-s-itoiz.org.uk (englisch); www.eusnet.org/partaide/solidarios/home.htm (spanisch)

3. Streit über Gräbern. Zweiter Anlauf zur Liebknecht-Luxemburg-Demo

Zweiter Anlauf zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration

Autor: mb., Berlin · Rubrik: PDS; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:45

Zu den wenigen Dingen, die aus der DDR in das größere Deutschland hinübergerettet werden konnten, gehört das alljährliche Gedenken an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und andere Veteranen der Arbeiterbewegung, jeweils am zweiten Sonntag im Januar. Immer noch kommen 100.000 Menschen zur "Gedenkstätte der Sozialisten" in Berlin-Friedrichsfelde. Die Mehrheit sind ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR, es beteiligen sich aber auch Menschen aus Westberlin, Westdeutschland und dem Ausland.

Bisher lief an diesem Gedenktag ein eingespieltes Ritual ab: Die PDS ruft zum stillen Gedenken, die Parteiprominenz legt am Morgen Kränze an den Gräbern nieder, und den ganzen Tag strömen Menschen mit roten Nelken zum Gedenkstein mit der Aufschrift "Die Toten mahnen uns". Zur gleichen Zeit zieht eine Demonstration von der Stadtmitte aus nach Friedrichsfelde. Daran beteiligen sich Autonome, Antifa, Mitglieder der PDS und diverser linksradikaler und kommunistischer Gruppen. Rund 10.000 TeilnehmerInnen zählt dieser Zug, der seit Jahren aus nichtigen Gründen von der Polizei provoziert und attackiert wird.

In diesem Jahr sollten Kundgebung und Demo am 9. Januar stattfinden. Daraus wurde allerdings nichts: Die Polizei informierte den Berliner Landesverband der PDS, es gebe eine Attentatsdrohung gegen die Veranstaltung. Der polizeilich gesuchte Olaf Jürgen Stabs habe damit gedroht, unter den TeilnehmerInnen der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung mit Handgranaten und Maschinenpistole ein Blutbad anzurichten. Die PDS bezeichnete er in seinem Schreiben an die Polizei und an mehrere Tageszeitungen als "die Partei des sozialen Terrors", ihre Mitglieder als "die dreckigsten und skrupellosesten aller Kapitalistenknechte und -mägde". Er fühlte sich von der PDS in einem Mietstreit im Stich gelassen; nach Auseinandersetzungen mit seinem Vermieter hatte Stabs in seiner Wohnung und an mehreren anderen Stellen des Hauses Feuer gelegt.

Da innerhalb von zwei Tagen kein adäquates Sicherheitskonzept zu entwickeln sei, verbot die Polizei die Gedenkveranstaltungen. Die PDS und das linke Demo-Bündnis verzichteten auf juristische Schritte gegen das Verbot und mobilisierten stattdessen für den folgenden Sonntag. Eine Spontandemo am 9. Januar wurde von der Polizei auseinandergeknüppelt; 219 Leute wurden festgenommen.

Die PDS sah sich in den Tagen danach heftigen Vorwürfen ausgesetzt. Die junge Welt tat sich mit Verschwörungstheorien hervor: "Dieses provokative Verbot ist der bisherige Höhepunkt des in den letzten Jahren zu beobachtenden Versuchs, die größte politische Demonstration in Deutschland zu verhindern." (Extra-Ausgabe vom 9. Januar) Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform in der PDS warf der Parteiführung vor, "nach dem Verbot faktisch die Maßnahmen der Polizei zu unterstützen und ihr sowie dem Innensenat Arbeit abzunehmen." (ND, 13.1.) Gregor Gysi heizte seinerseits den Streit an. In einer Erwiderung auf Ulla Jelpke behauptete er, falls es im Januar nur noch eine linke Bündnisdemo gebe, werde es zwangsläufig zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen: "Von einer Massendemonstration zur Bejahung sozialistischer Ideale, die die Herrschenden viel mehr erschüttert als eine einzelne Krawalldemo, könnte überhaupt keine Rede mehr sein."

Im Kern ging und geht es um das Verhältnis der PDS zum Staat und zu staatlicher Macht. In der konkreten Situation hatte die PDS aber wohl keine Alternative. Angenommen, die PDS hätte das Verbot auf gerichtlichem Wege aufheben lassen, dann hätte sie die politische und moralische Verantwortung gehabt - wenn denn Stabs seine Drohungen wahr gemacht und Menschen verletzt oder getötet hätte. Die Polizei und die Innenbehörde hätten ihre Hände in Unschuld gewaschen: Schließlich hatten sie offen erklärt, sie könnten die Veranstaltungen am 9. Januar nicht schützen.

Ob es in dieser Situation zu einer Massendemonstration gekommen wäre, darf bezweifelt werden. Angesichts der realen Gefahr hat die PDS verantwortlich gehandelt. Eine Woche später, am 15. Januar, pilgerten - unter starker Polizeibewachung - wieder 100.000 Menschen nach Friedrichsfelde. Auch in diesem Jahr fand die

größte Demonstration der deutschen Linken auf einem Friedhof statt. Das ist immer noch besser, als dass sie dort begraben worden wäre.

mb., Berlin

4. Am 5. Februar auf nach Berlin! Bundesweite Demo für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:32

Seit 18 Jahren kämpft Mumia Abu-Jamal im Gefängnis für seine Freiheit. 1995 gelang es durch weltweite Proteste und Solidaritätsbekundungen, eine Aussetzung des damals festgelegten Hinrichtungstermins zu erreichen.

Am 13. Oktober 1999 unterzeichnete der Gouverneur des US-Bundesstaates Pennsylvania erneut einen Hinrichtungsbefehl und setzte den 2. Dezember als Hinrichtungstermin fest. Durch Intervention seiner Verteidiger wurde eine Aussetzung dieses Termins erzielt.

Nach Einschätzung des Hauptverteidigers geht Mumias Fall jetzt in die alles entscheidende Phase: Gelingt es nicht, eine Anhörung oder direkt die Entscheidung für ein neues Verfahren zu erreichen, werden alle entlastenden Fakten, die in den letzten Jahren von der Verteidigung zusammengetragen wurden, verloren sein. Voraussichtlich wird Bundesrichter Yohn Anfang März seine Entscheidung treffen. Er hat es in der Hand, ob Mumia die Chance auf ein neues Verfahren bekommt.

In dieser entscheidenden Situation ruft die deutsche Solidaritätsbewegung zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin auf. Im Vorfeld finden zahlreiche Veranstaltungen in verschiedenen Städten der BRD statt. Die Erfahrungen von 1995 zeigen, dass weltweiter Protest Erfolg haben kann.

Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal

und alle politischen Gefangenen! Abschaffung der Todesstrafe!

Bundesweite Demonstration, 5. Februar, Berlin,

Rosa-Luxemburg-Platz, 14 Uhr.

Hildesheim, 24.1., 20 Uhr, Uni Hildesheim, Audimax: Film "Hinter diesen Mauern", anschließend Lesung von Texten von Mumia und anderen politischen Gefangenen sowie Konzert.

Mannheim, 25.1., 19.30 Uhr, Forum der Jugend: "Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal" - Film und Informationsveranstaltung.

Wiesbaden, 26.1., 19 Uhr, Infoladen linker Projekte: Veranstaltung zu Mumia, den Black Panthers und dem Gefängnissystem in den USA.

Mannheim, 27.1., 17 Uhr, Paradeplatz: Infostand und Kundgebung.

Ludwigshafen, 28.1., 20 Uhr, blockhaus: "Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal" - Film und Informationsveranstaltung.

Frankfurt/Main, 28.1., 18 Uhr, Pupille/KOZ: Film "Hinter diesen Mauern", anschließend Info-Veranstaltung mit Heike Kleffner.

Stuttgart, 4.2., 20 Uhr, BAZ: Mumia Abu-Jamal Info-Veranstaltung. Neueste Informationen zu seiner Situation.

Berlin, 4.2, 19.30 Uhr, Humboldt Uni, Audimax: Veranstaltung mit Len Weinglass (Hauptverteidiger von Mumia) über die aktuelle Situation, politische Gefangene und Todesstrafe.

5. "Mumias Leben ist in der Hand der internationalen Solidaritätsbewegung." Interview mit Ramona Africa

Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:26

Ungeachtet der kritischen Diskussion über die US-amerikanischen MOVE-Bewegung, war deren Aktivistin Ramona Africa Ende letzten Jahres auf Einladung von Solidaritätsgruppen zu einer Rundreise in der Bundesrepublik, um über den aktuellen Stand im Verfahren gegen Mumia Abu-Jamal zu berichten.

Das Interview führte Peter Nowak.

Der für den 2. Dezember terminierte Hinrichtungstermin von Mumia Abu-Jamal wurde ausgesetzt. Was passiert jetzt auf juristischer Ebene in seinem Fall?

Mumias Anwälte versuchen beim Bundesbezirksgericht ein neues Verfahren auf der Grundlage der sogenannten "habeus-corpus-Clausel" für ihn durchzusetzen. Danach hat jeder Gefangene das Recht, dass sein Verfahren von einem unabhängigen Richter geprüft wird. Der zuständige Richter ist in diesem Fall William Yohn vom Federal District Court in Philadelphia. Anhand von 29 Fällen wollen Mumias Anwälte dokumentieren, dass das Recht auf ein faires Verfahren bei ihrem Mandaten verletzt wurde. Danach hat die Staatsanwaltschaft 60 Tage Zeit, um auf den Antrag zu antworten. Ob die Anwälte diesen Zeitraum ausschöpfen oder eher antworten, ist offen. Dann haben Mumias Verteidiger noch einmal 20 Tage Zeit, um auf die Antwort der Staatsanwaltschaft zu reagieren. Danach, wahrscheinlich im Zeitraum zwischen Februar und März, wird Richter Yohn eine öffentliche Anhörung anberaumen, wo die Staatsanwaltschaft und Mumias Anwälte ihre Standpunkte noch einmal öffentlich darlegen. Dann entscheidet der Richter, ob es zu einem neuen Verfahren kommt, wie es die Anwälte fordern. Das wäre ein großer Sieg für Mumia.

Aber wir dürfen uns nicht täuschen lassen. Eine mächtige Allianz aus Polizeigewerkschaft, Justiz und konservativen Politikern fordert lauthals die rasche Hinrichtung von Mumia. Wenn jetzt sein Antrag auf Wiederaufnahme seines Verfahrens abermals abgelehnt werden sollte, hat Mumia auf juristischen Wege keine Chance mehr, einen Aufschub der Hinrichtung zu erreichen.

Mumia ist wie einst Nelson Mandela zu einem internationalen Symbol geworden. Besteht nicht die Gefahr, dass Mumia jetzt zu einem Idol stilisiert wird, dessen Plakate man sich an die Wand hängen kann, doch dessen politische Biografie dabei verloren geht?

Bei Mumia sehe ich die Gefahr überhaupt nicht. Er hat sich schließlich immer wieder in die politischen Debatten eingemischt, hat aus der Todeszelle heraus Stellung genommen gegen den Golfkrieg und den Jugoslawienkrieg.

Er hat Partei ergriffen für andere Gefangene, die nicht die gleiche Publicity wie er haben und den Rassismus in den USA - beispielsweise im Fall von Rodney King- angeprangert. Das zeigten auch die Reaktionen der letzten Wochen. Mehrere politische Gefangene aus den USA haben den Kampf um Mumias Leben in einen Offenen Brief zur vordringlichsten Aufgabe der nächsten Zeit erklärt. In der gleichen Weise hat sich auch Leonard Peltier geäußert. Der bekannte Aktivist der indigenen Bevölkerung Amerikas sitzt selbst seit 1976 unschuldig im Gefängnis und kämpft gerade in letzter Zeit um seine Freilassung.

Diese Beispiele zeigen, dass Mumia nicht entpolitisiert wird. Im Gegenteil, an seinem Beispiel können wir die Heuchelei des gesamten Systems in der ganzen Welt anklagen.

Werden die Solidaritätsaktionen für Mumia von den verantwortlichen US-Behörden überhaupt wahrgenommen?

Die Reaktionen der US-Regierung zeigen, dass sie sehr wohl auf die Solidaritätsaktionen sowohl im In- wie im Ausland reagieren. Dazu zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit: Die Polizeigewerkschaft verschickte via Internet eine Boykottliste, wo alle Bands, Firmen und Zeitungen aufgelistet waren, die sich in der Solidaritätsbewegung für Mumia engagierten. Darunter waren so populäre Bands wie Rage against the Machine. Doch die Aktion ging für die Verantwortlichen nach hinten los. Die auf der Liste Aufgeführten wurden zum Thema und niemand sprang ab.

Ernster zu nehmen sind die internationalen Aktivitäten der US-Behörden. So verschickte das US-Außenministerium mehrseitige Briefe an die Botschaften der Schweiz und Österreich, wahrscheinlich aber auch noch anderer Länder. Anlass waren Aktionen gegen US-Einrichtungen in der Schweiz vor einigen Wochen, die mit der drohenden Hinrichtung von Mumia begründet wurden. In dem Schreiben wird er unter totaler Verdrehung der Fakten als brutaler Polizistenmörder hingestellt, der ein ordentliches Gerichtsverfahren durch alle Instanzen genossen habe. Das Ziel ist eindeutig: Die internationale Solidaritätsbewegung soll verwirrt und gespalten werden. Denn die Behörden wissen, dass das Leben von Mumia in der Hand der Solidaritätsbewegung liegt. Es würde mich nicht wundern, wenn in der nächsten Zeit entsprechende Artikel in wichtigen Zeitungen und Zeitschriften Europas lanciert würden.

6. "Wir lassen uns nicht einschüchtern!"

Autor: Redebeitrag der Mehringhof-Projekte · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:43

Redebeitrag der MehringHof-Projekte auf der Berliner Kundgebung zu den Verhaftungen am 22. Dezember 1999

Am Sonntag, den 19. Dezember, wurden zwei Mitarbeiter des MehringHofs (MH) in ihren Wohnungen verhaftet, die Wohnungen wurden stundenlang durchsucht. Zeitgleich begann die Polizei, auf Anordnung der Generalbundesanwaltschaft eine Durchsuchung im gesamten Komplex des MehringHofs.

In diesen Wochen zelebriert der MH sein 20-jähriges Bestehen! Das heißt, der MH steht seit 20 Jahren für die Vielfalt linker Politik jenseits der Parteien, für ein breites Spektrum von linksliberaler bis linksradikaler Politik, die sich nicht auf einen Begriff bringen lässt.

Der MH ist ein kultur-politisches Zentrum für mehr als 30 selbstständig arbeitende Projekte. Das sind Gewerbebetriebe wie Buchverlage und der Fahrradladen, das sind zwei Theater, das sind diverse politische und soziale Initiativen und Gruppen. Hier können sich kranke oder behinderte Menschen Pflegekräfte für die Hauspflege holen, hier wird Flüchtlingen und MigrantInnen medizinisch weitergeholfen, hier gibt es eine Vermittlungsstelle für psychosoziale Therapiewünsche, erwachsene AnalphabetInnen können Schreiben und Lesen lernen und, und, und. Und im MH gibt es außerdem eine große Kneipe, die wir alle sehr mögen!

Der Mehringhof ist in der Blütezeit der radikalen Alternativkultur und Alternativpolitik entstanden, mitgewachsen in den Jahren, beständig und doch "aufständig". Es ist viel pragmatisches Alltagsleben eingekehrt und doch verstehen sich die Projektmitglieder immer wieder als kritisch zum herrschenden System. Auch deshalb haben wir anlässlich des 20-jährigen Bestehens eine Spendenkampagne ins Leben gerufen, mit der wir Gruppen unterstützen, die eine deutlich antirassistische Politik der praktischen Solidarität mit Flüchtlingen, MigrantInnen und Illegalisierten machen.

All dies zusammen bringt Politik und Justiz des Landes in Verwirrung. Es kann nicht sein, dass für linke Politik eingestanden wird und zugleich hier über 120 Menschen ihren Arbeitsplatz haben. Noch dazu gehört allen Haus und Grundstück! Das ist unkontrollierbar, keine Schublade passt. Und das ist gefährlich.

Der erste Vorwurf, dass hier Bomben gebaut würden, kam bereits 1979 und sollte verhindern, dass die Banken den Gründungsprojekten Geld geben, um Haus und Grundstück vom Vorbesitzer, der Berthold AG, kaufen zu können. Sie wiederholte sich im Laufe der 20-jährigen Geschichte, bis zur - vorläufig - letzten fantastischen Spekulation darüber. Genauso wiederholt sich die Forderung z.B. der CDU nach Schließung des Mehringhofs. Ausgerechnet diese Partei verkennt dermaßen die Eigentumsrechte in diesem Lande.

Unsere Kollegen Axel und Harald - sie fehlen uns. Harald ist Mitbegründer des FFM, der Forschungsgesellschaft Fluch und Migration, die jetzt fünf Jahre besteht. Harald hat sich insbesondere mit Menschenrechtsverletzungen und den TaxifahrerInnenprozessen an der Grenze beschäftigt.

Axel hat seit Gründung des Mehringhofs hier zu tun. Seit zehn Jahren arbeitet er hier als Hausmeister der Selbstverwaltung des Mehringhofs. Er hat das uneingeschränkte Vertrauen aller Mieter und Projekte. Und nun der Vorwurf gegen ihn, dass er hier vor vielen Jahren Sprengstoff versteckt haben soll. Vorwürfe, die längst verjährt sind.

Uns scheint eines sehr klar: Wäre Axel woanders Hausmeister, in einer normalen Grundstücksverwaltung, dann wäre eine Durchsuchung, ach was, eine Gebäudebesetzung der Art, wie sie hier am Sonntag kriegsmäßig stattgefunden hat, so nicht abgelaufen. Von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends war der Zutritt für die MieterInnen nur unter erschwerten Bedingungen möglich, für manche auch gar nicht. Hunderte von BGS-, BKA-, LKA-, SEK- und GSG 9-Männern und -Frauen hatten sich hier martialisch mit Waffengewalt das Hausrecht angeeignet. Vorläufiger Schaden: mindestens 100.000 Mark. Die Nachbarhäuser und -höfe wurden auch gleich mit einbezogen: unsere NachbarInnen kamen nur durch eine Polizeisperre und nach Vorzeigen ihres Personalausweises in ihre Wohnungen.

Die staatsanwaltlichen Vorwürfe beziehen sich vor allem auf Aktionen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora in den Jahren 1986/87 gegen die staatliche rassistische Flüchtlingspolitik - strafrechtlich sind sie verjährt - und auf eine entsprechende Mitgliedschaft in eben diesen sogenannten terroristischen Vereinigungen.

So steht für uns fest: Es soll auch der Mehringhof als Zentrum der Politik-, Kultur- und Gewerbeprojekte treffen. Ein Ort, in dem die Freiheit herrscht, gesellschaftliche Vorgänge kritisch zu reflektieren, neue, andere Gesellschaftsentwürfe zu denken und auch auszuprobieren, wie z.B. die Selbstorganisation des Hauses. Ein Ort, in dem sich zu den Themen der Regierungshauptstadt und globalen Zusammenhängen theoretisch und praktisch geäußert wird.

Besonders empörend finden wir, dass am frühen Morgen des 19.12. eine Gruppe von 20 Leuten, die im Mehringhof ein Fest gefeiert hatte, hier stundenlang von GSG 9 und anderen Sondereinsatzkräften ohne Grund festgehalten wurden. Kein Anruf nach draußen war erlaubt, keine Unterhaltung untereinander, dafür gabs aber Schläge und Beleidigungen. Von diesen Partygästen kamen drei Menschen in Abschiebehaft, zwei sitzen immer noch dort.

Für uns gilt wie schon vor 20 oder 10 Jahren nach Hausdurchsuchungen und Versuchen, den Mehringhof zu kriminalisieren: wir lassen uns nicht einschüchtern! Unsere Politik bestimmen wir selbst.

Freiheit für Axel und Harald und für die zur gleichen Zeit in Frankfurt verhaftete Sabine!

7. Früchte des Wahns. Bundesanwaltschaft erfindet RZ neu

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:41

1999 endete mit einem Paukenschlag. Kurz vor Auslaufen der Kronzeugenregelung holte die Bundesanwaltschaft (BAW) mit der Repressionskeule §129a zum Schlag aus. Am 19. Dezember wurden in Berlin und Frankfurt am Main zwei Männer und eine Frau unter dem Vorwurf der "Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung ‚RZ`" festgenommen und das Berliner Alternativzentrum Mehringhof durchsucht.

"An den exekutiven Maßnahmen" nahmen "Staatsanwälte des Generalbundesanwalts, Beamte des Bundeskriminalamtes, der GSG 9, des Bundesgrenzschutzes und der Berliner Polizei teil", verkündete stolz die BAW in einer Pressemitteilung am Tag der Festnahmen. Um die angebliche Schwere und Gefährlichkeit der Anschuldigungen auch nach außen hin sichtbar zu machen, fuhr die BAW mit allem auf, was der hochgerüstete Repressionsapparat der BRD zu bieten hat.

Insgesamt waren bei dieser Aktion 1.000 BeamtInnen beteiligt. Schwarzvermummte Spezialeinheiten durchsuchten den Mehringhof in Berlin-Kreuzberg nach Sprengstoff und Waffen. Die "Sicherheitskräfte" wüteten dabei so, dass insgesamt Schäden von 100.000 Mark entstanden. Schlösser wurden aufgebrochen, Türen ausgehebelt, Hohlräume aufgestemmt und Inventar zerstört. Gefunden wurde - wie nicht anders zu erwarten war - nichts. Zeitgleich wurden Axel H., der Hausmeister des Mehringhofs, und Harald G., Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM), in ihren Wohnungen verhaftet. In Frankfurt am Main wurde Sabine E. von Beamten der BAW festgenommen.

Die drei wurden am nächsten Tag dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe vorgeführt. Harald G. sitzt seitdem in der JVA Düsseldorf, Axel H. wurde nach Wuppertal gebracht. Sabine E. ist im Knast in Frankfurt.

Alle drei werden verdächtigt, seit Mitte der 80er Jahre Mitglieder der Revolutionären Zellen (RZ) gewesen zu sein. Axel H. soll im Mehringhof ein Waffen- und Sprengstoffdepot der RZ betreut haben. Zusammen mit Harald G. - so die BAW - habe er einem "Koordinierungsausschuss" angehört, der Gelder an RZ-Mitglieder im Untergrund verteilt habe. Harald G. und Sabine E. sollen zudem an RZ-Aktionen gegen die bundesdeutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik in den Jahren 1986 und 1987 teilgenommen haben. Konkret werden sie beschuldigt, an dem Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin im Februar 1987 und dem Anschlag auf den damaligen Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht, Günter Korbmacher, im Oktober des gleichen Jahres beteiligt gewesen zu sein. Sabine E. wird weiterhin vorgeworfen, am Anschlag auf den ehemaligen Leiter der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberger, im Oktober 1986 teilgenommen zu haben.

Diese Vorwürfe sind zwar schon verjährt, zeigten aber "die Gefährlichkeit der terroristischen Vereinigung ‚RZ`", so die BAW in ihrer Pressemitteilung vom 19.12.99. Nicht verjährt ist allerdings der Vorwurf der Mitgliedschaft in den RZ.

Bis zu diesem Jahr konnte die Bundesanwaltschaft kaum Erfolge gegen die unabhängig voneinander agierenden Revolutionären Zellen vorweisen, die 1992 - intern nicht unwidersprochen - ihre Auflösung erklärt hatten. Das änderte sich schlagartig im Mai letzten Jahres, als der in Frankreich festgenommene Hans-Joachim Klein nach Deutschland ausgeliefert wurde. Klein war Ende der 70er Jahre aus den RZ ausgestiegen und dann später mit Hilfe von Daniel Cohn-Bendit und dem Frankfurter Ex-Revolutionärem Kampf-Klüngel in Frankreich untergetaucht. Zuvor hatte er sich mit seinem Buch "Rückkehr in die Menschlichkeit" 1979 als "ausgestiegener Terrorist" hervorgetan.

Die BAW wirft Klein die Beteiligung am Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien 1975 vor, bei dem drei Geiseln getötet wurden. Für die Aktion verantwortlich zeichnete ein palästinensisches Kommando. Kaum war Klein an die deutschen Behörden ausgeliefert, beschuldigte er angesichts der Anklage wegen dreifachen Mordes den Frankfurter Rudolf Schindler, er habe den OPEC-Anschlag mit vorbereitet. Daraufhin wurde Schindler im Oktober verhaftet. Schindler war bereits 1978 ins Visier der Ermittler geraten. Damals allerdings

entzog er sich weiteren Ermittlungen, indem er zusammen mit seiner Lebensgefährtin Sabine E., die jetzt bei der Dezember-Aktion festgenommen wurde, abtauchte. Nun wird gegen Schindler auch wegen der RZ-Aktionen der Jahre 1986/87 ermittelt. Ein Fall von Sippenhaft? Welche Beweise die BAW für die neuen Anschuldigungen gegen ihn hat, ist jedenfalls nicht klar. Werden hier die Vorwürfe, die gegen seine Lebensgefährtin erhoben werden, einfach auf ihn ausgeweitet?

Das Unrecht ist nicht anonym

Allem Anschein nach sind die Verhaftungen vom 19. Dezember auf die Aussagen von Tarek M. zurückzuführen. Tarek M., Betreiber von zwei Karate-Schulen und kein Unbekannter in der Berliner Szene, wurde Ende November festgenommen. Die BAW feierte damals die Verhaftung als vollen Erfolg. Ihrer Ansicht nach seien nun die RZ-Aktionen von 1986/87 in Berlin aufgeklärt, hätte man mit Tarek M. doch dem mutmaßlichen "Rädelsführer" der RZ habhaft werden können. (Berliner Zeitung, 24.11.99) Unter dem Druck dieser Beschuldigungen hat Tarek M. anscheinend weit reichende Aussagen gemacht - jedenfalls legen das der Durchsuchungsbefehl für die Razzia im Mehringhof, wie auch der Haftbefehl gegen Harald G. nahe.

Der Glaubwürdigkeit seiner Aussagen geht dabei wohl gegen Null. So ging z.B. die Suche nach Waffen und Sprengstoff im Mehringhof auf seine Aussage zurück. Wo genau das Depot sein sollte, konnte er allerdings nicht sagen. Gefunden wurde nichts. Von Bedeutung für die Redseligkeit Tarek M.s war wahrscheinlich das Auslaufen der Kronzeugenregelung zum Ende des Jahres. Tarek M. kennt die Berliner Szene so gut, dass er mit Informationen dienen kann, die in der Interpretation der BAW allemal für Verdächtigungen und Ermittlungen gut sind. Dabei ist klar, dass die Aussagen von Kronzeugen nur mit äußerster Vorsicht zu genießen sind. "Ihre Aussagen sind, was die Glaubwürdigkeit anbelangt, in Relation zu setzten zu den Vergünstigungen, die sie von staatlicher Seite erhalten", so Rechtsanwalt Rolf Gössner. (vgl. ak 433)

Es sieht ganz so aus, als hätte die BAW kurz vor Auslaufen der Kronzeugenregelung in einer Art Torschlusspanik noch einmal alle Register gezogen, um an Aussagen heranzukommen. Mit dem Ermittlungsparagraf 129a haben die Staatsschutzbehörden dabei ein flexibel einsetzbares und vielseitig nutzbares Instrument in der Hand. Mit ihm können "rechtsstaatlich" umfangreiche Bespitzelungen vorgenommen werden. Dabei reichen schon vage Verdachtsmomente aus, um ein Verfahren nach §129a anzustrengen. Der Kriminalisierung ist Tür und Tor geöffnet.

In Sachen RZ gibt es anscheinend einen regelrechten Verfolgungswahn der BAW. Nachdem sich die RZ der Verfolgung durch Auflösung entzogen haben, scheint es so, als bastle sich die BAW jetzt einfach eine neue RZ.

mb., Berlin

8. "Wir wollen eine Kampagne, die auf breiten Füßen steht." Interview zur Solidaritätskampagne für Axel, Harald und Sabine

Interview über die Situation nach dem 19. Dezember

Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:38

Folgendes Interview über die Verhaftungen vom 19. Dezember führten wir mit Dominique John, Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration(FFM). Dominique beteiligt sich am Aufbau einer Solidaritätskampagne zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine.

Habt ihr schon etwas von Harald und Axel gehört?

Von Harald haben wir einen Brief bekommen, über den wir uns sehr gefreut haben. Von Axel wissen wir über eine Freundin, die ihn schon besuchen konnte. Beiden geht es den Umständen entsprechend gut. Axel sitzt in einer Zelle, die ebenerdig liegt, und hat dadurch sehr wenig Tageslicht. Bei 23 Stunden Einschluss am Tag muss das nach einer Weile ziemlich heftig sein. Was die Lichtverhältnisse angeht, geht es Harald besser. Er ist aber auch 23 Stunden am Tag eingeschlossen. Wenn es regnet, wie er schreibt, dann sind es 24 Stunden.

Beide unterliegen also den bei § 129a-Verfahren üblichen verschärften Haftbedingungen?

Ja. Sie dürfen nur alle 14 Tage eine halbe Stunde besucht werden. Wenn man sie besuchen will, muss man erst mit der Bundesanwaltschaft (BAW) Kontakt aufnehmen und mit diversen Herren verhandeln. Die Besuche selbst laufen dann so ab, dass jemand vom Bundeskriminalamt (BKA) dabei sitzt und mitschreibt. Was die Post angeht, so läuft sie auch über die BAW, d.h. alles wird gelesen, und es dauert ein bis zwei Wochen, bis die Post ankommt, umgekehrt ist es ähnlich. Das gilt übrigens auch für die Anwaltspost.

Beide können sich Bücher von draußen schicken lassen. Als Harald anfragte, ob wir ihm einen Laptop besorgen könnten, haben sie das allerdings untersagt. Ihre Begründung: Mit einem Laptop könnte man ein Funkgerät bauen. Ich kann jedoch kaum glauben, dass Harald dazu in der Lage wäre. Jetzt versuchen wir, ihm wenigstens eine elektrische Schreibmaschine in den Knast zu schicken.

Die Festnahme von Harald und Axel sowie die Durchsuchung des Mehringhofes nach Sprengstoff erfolgte auf Grund von Anschuldigungen...

Die Festnahmen und die Durchsuchung erfolgten vermutlich auf Grund von Aussagen von Tarek M., der kurz zuvor verhaftet worden war. Er ist im Frühjahr schon einmal verhaftet worden, war dann wieder draußen und wurde am 23. November erneut festgenommen. Es sieht danach aus, dass er nun als Kronzeuge aufgebaut wird. Jedenfalls soll er Anschuldigungen ausgesprochen haben. So steht es zumindest im Durchsuchungsbeschluss für die Razzia im Mehringhof und im Haftbefehl gegen Harald.

Harald und Axel haben kurz vor Jahresende, bevor die Kronzeugenregelung auslief, von der BAW auch zwei Mal das Angebot unterbreitet bekommen, sich als Kronzeugen zu verdingen. Harald hat in seinem Brief geschrieben, dass noch kurz vor dem 31. Dezember zwei Herren in seiner Zelle auftauchten und ihm ein entsprechendes Angebot gemacht haben: Es sei für ihn durchaus möglich, Sylvester auch anderswo zu feiern, wenn er sich auf so etwas einlassen würde. Selbstverständlich haben Harald und Axel diese Angebote abgelehnt.

Am 19. Dezember wurde auch noch eine Frau in Frankfurt am Main festgenommen. Was wisst ihr darüber?

Bisher wissen wir nur von der Verhaftung von Sabine. Wir versuchen zur Zeit mit Leuten in Frankfurt Kontakt aufzunehmen und hoffen, dass ein direkter Kontakt bald über ihre Rechtsanwältin hergestellt ist. Uns ist nur bekannt, dass es in Frankfurt bisher kein Treffen von UnterstützerInnen gegeben hat. Ansonsten wissen wir nichts. Da sie im Zusammenhang mit unseren Freunden und Kollegen verhaftet wurde, wollen wir zumindest in Erfahrung bringen, ob Sabine Interesse an einer politischen Unterstützung von unserer Seite hat.

In Berlin gab es während der Bullen-Razzia schon erste Proteste vor dem Mehringhof, einige Tage später dann eine kleine Demonstration. Wie erklärst du dir, dass es in Berlin sofort zu Solidaritätsbekundungen kam, in Frankfurt aber nicht?

Ich denke, es liegt daran, dass Harald und Axel Leute sind, die hier seit Jahren politisch aktiv sind. Axel hat praktisch den Mehringhof mit aufgebaut. Er hat lange Zeit im Speki gearbeitet, so hieß die Kneipe im Mehringhof früher. Und er hat sich in der Nicaragua-Solidarität engagiert. In jüngster Zeit hat er bei der Initiative gegen einen Schlussstrich mitgearbeitet. So jemand ist in Berlin einfach bekannt.

Ähnliches gilt für Harald, der vor fünf Jahren die FFM mit gegründet hat. Neben viel unsichtbarer Arbeit, wie z.B. der Buchhaltung, macht er viel Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit den Taxifahrer-Prozessen in Görlitz und zum Bundesgrenzschutz sowie zu Übergriffen auf Flüchtlinge an der Grenze. Harald ist für die FFM viel unterwegs und hält viele Vorträge zu unseren Themen. Dadurch sind gute Kontakte zu kirchlichen und karitativen Organisationen entstanden, gerade um diese bemüht sich Harald sehr.

Immer wieder ist die Einschätzung zu hören, die Razzia und die Verhaftungen seien ein direkter Angriff auf eure Arbeit und auf den Mehringhof als Ausdruck links-alternativer Gegenkultur. Meinst du, dass solche Überlegungen im Zentrum der Bullenaktion stand?

Natürlich gibt es unterschiedliche Einschätzungen; wir vom FFM denken aber, dass es bei den Festnahmen und der Durchsuchung in erster Linie darum ging, eine vermeintliche RZ-Struktur aufzuknacken. Das BKA und die BAW haben offensichtlich ein Interesse daran, eine Struktur anzugreifen, an die sie in der Vergangenheit nie herangekommen sind. Das FFM-Büro jedenfalls ist nicht sehr intensiv durchsucht worden. Ein Nebeneffekt der Aktion vom 19. Dezember ist allerdings, dass unsere Projekte, die wir für die nächste Zeit geplant haben, erst mal auf Halde liegen. Der FFM fehlt jetzt ein Kollege, Harald hat hier förmlich ein Vakuum hinterlassen. Gleichzeitig müssen wir uns jetzt mit anderen Themen befassen, weil wir unsere Freunde, Kollegen und Genossen aus dem Knast herausholen und politisch unterstützen wollen. Also Themen wie der Umgang mit staatlicher Repression, Kronzeugenregelung, 129a etc. Das waren bisher keine FFM-Themen.

In Berlin sind Plakate aufgetaucht, auf denen u.a. folgendes zu lesen ist: "Die RZ haben: AKW-Betreiber sabotiert, rassistische Richter bestraft, Soziale Bewegungen unterstützt und mit vielen anderen Aktionen Leuten aus dem Herzen gesprochen. Unsere Solidarität gilt den vier Genossinnen und Genossen, die seit Ende 1999 als angebliche RZ-Mitglieder im Knast sitzen. Bei allen Differenzen: Ihr Widerstand ist auch unser Widerstand." Tut man mit einem solchen unkritischen und unreflektierten Bezug auf die RZ den inhaftierten Genossen einen Gefallen?

Unser Ziel ist, unsere inhaftierten Freunde und Genossen aus dem Knast zu holen. Dafür werden wir Geld sammeln, Veranstaltungen organisieren und versuchen, eine solidarische Öffentlichkeit herzustellen. Harald und Axel haben sich bisher zu den Vorwürfen noch nicht geäußert. Ich möchte aber deutlich sagen: Egal wie sie sich zu dieser Frage äußern, wir werden weiterhin mit Harald und Axel zusammenzuarbeiten. Das steht überhaupt nicht in Frage.

Wenn du das Plakat ansprichst, so fällt mir dazu auch nicht mehr ein, als dass da Leute einen Mythos hervorgekramt haben. Natürlich kann es sinnvoll und notwendig sein, einen Rückblick zu machen und die Frage zu stellen, welche Bedeutung die RZ in den 80er Jahren hatten? Ab Mitte der 80er Jahre haben die RZ ja eine Flüchtlingskampagne gemacht, was ja auch unmittelbar mit unserem FFM-Thema zu tun hat. Die RZ haben damals sicherlich in einem bestimmten Teil der Linken eine Rolle gespielt. Ich würde sogar sagen, die RZ waren in diesem Kontext nicht unbedeutend, weil sie mit ihren Aktionen zu wichtigen Diskussionen beigetragen haben.

Aber klar ist auch, dass Teile der RZ-Strukturen Anfang der 90er Jahre öffentlich geäußert haben, dass sie mit ihrer Form, Politik zu machen, aufhören. Sie haben gesagt, dass ihre Aktionen ohne entsprechende Verankerung in den Bewegungen keinen Sinn mehr machen. Dazu gab es mehrere Gegenstimme, das kann man ja alles nachlesen. Was auch immer das Ergebnis dieser Dikussionen war, Fakt ist, dass die RZ seither kaum mehr in Erscheinung getreten sind. Zumindest wird wohl niemand bestreiten, dass die Flüchtlingskampagne der RZ abgeschlossen sein dürfte. Was diese Kampagne Ende der 80er Jahre war und was wir heute noch damit zu tun haben, darüber sollten wir reden. Ich fände es aber politisch falsch, wenn dies

zum Mittelpunkt unserer heutigen Auseinandersetzungen wird. Wir haben in den letzten Jahren neue Ansätze entwickelt. Und die dürfen jetzt nicht einfach in den Hintergrund geschoben werden.

So steht die FFM beispielsweise für eine kritische Recherche, aber auch für eine Verzahnung von Bewegungsstrukturen mit anderen politischen Kräften. Daran wollen wir auch weiterhin arbeiten. Für uns stand vor dem 19. Dezember und steht auch danach eine antirassistischen Flüchtlingspolitik im Vordergrund.

Ich habe das Gefühl, dass sich die Leute, die sich nun auf das Thema RZ stürzen, ein Thema aufdrücken lassen. Was eine antirassistische Flüchtlingspolitik anbelangt, kann ich nicht erkennen, dass diejenigen, die in den letzten Jahren aktiv waren, ihre politischen Bezüge in RZ-Erklärungen gesucht hätten. Daher empfinde ich eine Verengung auf das RZ-Thema als einen Rückschritt.

Heißt das, dass ihr das politische Engagement eurer Genossen in den letzten Jahren in den Mittelpunkt eures Versuchs stellen wollt, Unterstützung zu organisieren?

Auf jeden Fall! Wir dürfen uns nicht von der BAW vorschreiben lassen, was wir in den nächsten Monaten zu diskutieren haben. Für Harald ebenso wie für Axel gilt, dass sie an konkreten politischen Fragen gearbeitet haben. An diesen Themen müssen wir weiterarbeiten.

Was heißt das konkret für die Unterstützungsarbeit?

Zwischen Weihnachten und Neujahr sind in Berlin sehr viele Leute wegen der Verhaftungen zusammengekommen. Da trafen sich Menschen aus autonomen Strukturen bis hin zum Flüchtlingsrat Brandenburg, die teilweise noch nie zusammen an einem Tisch gesessen hatten. Diese Treffen haben - auch wenn es teilweise ein ziemlich komplizierter Diskussionsprozess war - funktioniert. Diese Erfahrung hat uns dazu gebracht zu sagen - und das steht auch im Zusammenhang mit unserer Arbeit in der FFM -, wir wollen eine Kampagne, die auf breiten Füßen steht. Wir wollen auch versuchen, eine liberale Öffentlichkeit zu diesem Thema zu mobilisieren.

Vielleicht gelingt uns das. Harald zum Beispiel hatte ja sehr viele Kontakte zu Leuten aus den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Das sind Leute, die seit der Verhaftung hier anrufen und wissen wollen, was mit Harald passiert ist. Wir versuchen ihnen die Situation zu erklären. Das ist zwar nicht immer einfach, aber es funktioniert. Harald ist für sie eben kein Unbekannter. Sie kennen ihn aus seiner aktiven Arbeit. Diese Leute wollen wir ansprechen und für eine politische Unterstützung gewinnen.

Man muss sich in Erinnerung rufen mit welchen politischen Verhältnissen wir heute konfrontiert sind. Wir wissen über die Umstände, unter denen MigrantInnen und Flüchtlinge in diesem Land leben. Täglich finden Übergriffe statt. Jährlich werden 30.000 Menschen aus Deutschland abgeschoben. Bei diesen Abschiebungen sterben teilweise Menschen. Andere sterben an den Grenzen, erfrieren in Wäldern oder ertrinken in Grenzflüssen. Tausende kommen erst gar nicht über die Grenzen und werden in die mittel- und osteuropäischen Staaten zurückgeschoben. Dies ist die heutige Situation. Und dies muss eigentlich im Zentrum unserer politischen Arbeit und unserer politischen Diskussionen stehen. Wir müssen es schaffen, eine Kampagne für die Freilassung mit den Themen zu verknüpfen, zu denen wir in den letzten Jahren gearbeitet haben und für die Harald und Axel stehen.

Das Interview führte mb., Berlin

Beträchtliche Kosten werden auf die Gefangenen, die Soligruppe und Angehörige/Freunde der Gefangenen in nächster Zeit zukommen. Spenden werden unbedingt benötigt für die im Aufbau befindliche Öffentlichkeitsarbeit, für die AnwältInnen, die Reisekosten und die Kosten eines möglicherweise anstehenden Prozesses.

Gelder können auf folgende Konten einbezahlt werden:

Martin Pohl, Konto-Nummer 2705-104, Postbank Berlin, BLZ 10010010, Stichwort "Freilassung" oder FFM, Konto-Nummer 610007190,

Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Stichwort "Freilassung".

Das Geld wird für alle drei Verhafteten gleichermaßen verwendet.

9. Zu viele Führer. Frankreichs Rechte nach der Spaltung des Front National

Frankreichs extreme Rechte nach der Spaltung des Front National

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:02

Nach Jahren ihres unaufhaltsam scheinenden Aufstiegs ist die französische extreme Rechte in einer tiefen Krise. Der Front National hat sich in zwei Parteien gespalten. Der Rumpf-FN Jean-Marie Le Pens verlor bei den Europawahlen im Juni vergangenen Jahres ebenso wie die neue Partei Bruno Mégrets. Grund zur Freude ist das nur bedingt: Die neue Rechtspartei um Charles Pasqua und Philippe de Villiers ist dabei, bisherige WählerInnen der extremen und der bürgerlichen Rechten für ihr national-populistisches Projekt zu mobilisieren.

Jean-Marie Le Pen, Chef des rechtsextremen Front National (FN) - oder was davon übrig geblieben ist - und Sohn eines bretonischen Fischers, liebt es, folgende Selbstbeschreibung von sich zu geben: Sturm und Wellen trotzend, steht der Kapitän auf der Brücke und hält das Ruder fest in der Hand. Dieses von ihm oft strapazierte Bild muss korrigiert werden: Das Steuerrad, das er in der Hand hält, ist abgebrochen; kurslos treibt der lädierte Kahn auf dem Meer dahin. Und kaum jemand will mehr auf seine donnernd ausgerufenen Befehle hören, während die Klügsten seiner Mannschaft sich längst mit einem Rettungsboot davongemacht haben - unter der Führung des in Ungnade gefallenen Kapitänsgehilfen Bruno Mégret.

Dessen neues Schiff kommt allerdings mangels eines starken Motors auch nicht recht gegen die Wellen voran. Vor kurzem nun musste auch der ehemalige zweite Mann des FN - und übermäßig stolze Schwiegersohn des alten Kapitäns - von der Brücke gehen, nachdem die Besatzung gegen ihn rebelliert hatte.

Der triumphierende Lepenismus der jüngeren Vergangenheit war keineswegs ein rasch verlöschendes "Strohfeuer", wie bürgerliche Kommentatoren in den 80er Jahren behaupteten. Er war auch nicht - wie der Berliner Rechtsextremismus-Spezialist Burkhard Schröder in der Jungle World (44/1999) anklingen lässt - ein bloß kurzfristig anhaltender "Tabubruch", dessen Wirkung sich alsbald "abnutzte", was dann den Niedergang der Partei einleitete. 15 Jahre lang wuchs der gesellschaftliche Einfluss des Front National beinahe bruchlos. Zehn bis 15 Prozent der Wählerschaft beurteilen sämtliche Probleme der französischen Gesellschaft nur noch mit Blick auf das "Immigrationsproblem". Der FN konnte die Parteien der bürgerlichen Rechten systematisch verlieren lassen, wenn sie keine Absprachen treffen wollten - denn für die Mehrheit der FN-Wähler waren die etablierten Parteien der Rechten wie der Linken mittlerweile unwählbar geworden.

Auf diese Weise konnte der Front National schließlich bei den Regionalparlamentswahlen im März 1998 den Schiedsrichter spielen - und mehrere konservative Lokalfürsten, die sich an ihre Posten klammerten, vor sich hertreiben. So stand der Front National im Frühjahr 1998 auf dem Höhepunkt seines Einflusses. (vgl. ak 413)

Anderthalb Jahre später ist der französische Neofaschismus gespalten und geschwächt. Seine beiden Hälften erhielten bei den Europaparlamentswahlen im Juni 1999 knappe 9 Prozent der Stimmen, nachdem der FN sich zwischen 1995 und 1998 auf einem konstanten Stimmenanteil von 15 Prozent gehalten hatte. Was sind die Gründe für diesen Abstieg? Da ist zum einen das objektive Erlahmen der Dynamik, was einige der Vorstöße des FN gegen die "etablierten Kräfte" betrifft. Anfang der 90er Jahre hatte es noch so ausgesehen, als bleibe das Terrain des Protests gegen soziale Ungleichheiten allein den Neofaschisten überlassen - die Sozialdemokraten frönten unter der zweiten Präsidentschaft Mitterrands (den sogenannten années fric, den "Zaster-Jahren") der Selbstbereicherung und dem schnellen Geld, die Kommunisten sah man nach dem Fall der Berliner Mauer in breiten Kreisen dem sicheren Untergang entgegengehen.

Stetiger Aufstieg, tiefer Fall

Im Frühjahr 1990 stellte der FN erstmals einen Kongress unter das Thema "Soziales und Ökologie", weil diese Themen nunmehr ein zu besetzendes, freies Feld darstellten - so die Begründung des damaligen FN-Chefideologen Bruno Mégret, der seither bestrebt war, die eher kleinbürgerlich-mittelständische Prägung der Partei nach außen hin abzustreifen. Doch ab 1995 hat sich die Situation gewandelt, die klassenkämpferischen Spannungen nahmen zu, die Linken waren auf der Straße, die Gewerkschaften

(jedenfalls im öffentlichen Dienst) im wochenlangen Streik. Die gleichen sozialen und politischen Kräfte mobilisierten wenig später auch gegen die neofaschistische Bedrohung und gegen die repressiven Ausländergesetze, mit denen die konservative Regierung das FN-Potenzial zu umwerben suchte, und schufen so eine neue Verbindung zwischen Antirassismus und sozialem Protest.

Auf einigen Gebieten prallten die Vorstöße des FN sowohl an institutionellen wie auch an sozialen Riegeln ab. Das Mehrheitswahlrecht sorgte dafür, dass der FN (bis auf zwei Ausnahmeperioden, in denen er je einen einzigen Sitz erringen konnte) keinerlei Vertretung im nationalen Parlament hatte. Sein Versuch, eigene "Gewerkschaften" zu gründen und bei den Wahlen der Arbeitsgerichte seine Anhänger zu platzieren, scheiterte 1996/97 am kombinierten Widerstand von gewerkschaftlichen Kräften und Arbeitsrechtlern, nachdem Gewerkschafter gut vorbereitete Klagen eingereicht hatten.

Die Keimzellen neofaschistischer Gewerkschaften wurden verboten, die 26 vom FN errungenen Mandate in Arbeitsgerichten wurden allesamt annulliert. So wurde das Schlimmste verhindert - denn wer Gewerkschaften organisiert, Arbeitsgerichte besetzt, karitative Vereinigungen (wie das Quasi-"Winterhilfswerk" Fraternité française) und Mieterbünde (wie FN-Locataires) unterhält, der rückt sehr nahe an das alltägliche Leben und die sprichwörtlichen "Sorgen und Nöte" der Armen heran. Welche Partei hier gut organisiert ist, vermag - vermeintliche oder reale - Antworten auf die drängenden sozialen Fragen im Alltagsleben zu präsentieren und seinen Einfluss tief in die Gesellschaft hinein zu streuen.

Die beschriebenen Blockiervorrichtungen hätten dem einstmals so starken FN nicht den Garaus gemacht, wären sie nicht auf innere Strukturmängel der Partei getroffen. Für das Selbstbild der Partei war ihr scheinbar unaufhaltsames Wachstum unerlässlich. Als die Aufstiegsdynamik nachließ und manche ihrer Vorstöße erfolglos blieben, wuchs die Ungeduld einiger der jungen, gut ausgebildeten Kader der Partei, die es eilig hatten, die politische Macht oder zumindest eine Teilhabe an ihr zu erringen. Auf der anderen Seite war Jean-Marie Le Pen immer weniger gewillt, seine Allmacht über die Partei, die durch die jungen "Technokraten" bedroht wurde, in Zweifel ziehen zu lassen. Als pyramidenförmig von oben nach unten strukturierte, streng hierarchische Führerpartei angelegt, musste der FN im Krisenfall dahin tendieren, den Konflikt durch einen radikalen Bruch zu lösen - Kompromisse und Machtteilungen sind in einer solchen Struktur undenkbar.

In den 80er Jahren war die Allmacht des Chefs noch der Garant für den Erfolg des Front National. Durch die Balance, die er zwischen den sehr unterschiedlichen ideologischen Strömungen der extremen Rechten schuf, hielten die heterogenen, ja mitunter gegensätzlich ausgerichteten ideologischen Familien der extremen Rechten zusammen. Katholische Fundamentalisten trafen sich auf einer gemeinsamen Basis mit antijüdisch-antichristlich motivierten Neuheiden, denen die Rassebiologie am Herzen liegt, und "National-Revolutionäre" mit eher monarchistisch orientierten Kreisen. Als gemeinsamer ideologischer Minimalkonsens diente die Idee, dass die "französische Identität" (die allerdings sehr unterschiedlich definiert wurde) von fremden Mächten unterjocht sei und dass alle gesellschaftlichen Probleme im Kern darauf zurückzuführen seien.

Zum Jahreswechsel 1998/99 führte die Krise des Front National zur Spaltung. Für Le Pen war es unvorstellbar, sein persönliches Eigentum in Gestalt der von ihm gegründeten Partei aus der Hand zu geben - "lieber macht er sein Spielzeug kaputt, als es herzugeben", formulierte treffend der Mégret-Anhänger Jean-Yves Le Gallou. Heute überwiegt in der Funktionsweise des verbliebenen Rumpf-FN tatsächlich das Element der persönlichen Machtausübung des (heute wieder) quasi allmächtigen Chefs gegenüber der "gemeinsamen Sache", den rassistischen Ideen. Zum Abschluss des Europa-Wahlkampfs veranstaltete Le Pen eine "Personality Show", bei der man ihn etwa auf der Bühne singen hören durfte - aber von der "Immigrationsproblematik", die seine Wähler wie kein anders Thema bewegt - war nicht einmal mehr die Rede.

Gute und schlechte Immigranten

Nachdem Bruno Mégret so gut wie alle zu eigenständigem Denken und Handeln fähigen Mitglieder und den Großteil der Kader des französischen Neofaschismus mitgenommen hatte und mit seiner eigenen Partei zu den EP-Wahlen antrat, versuchte Le Pen sich in der Taktik, diesen in eine Rechtsaußenecke abzudrängen, indem er selbst in überraschender Form ideologischen Ballast abwarf. Das primäre Ziel war zu diesem Zeitpunkt nur noch, dem Herausforderer Schaden zuzufügen. So ließ Le Pen Anfang Juni 1999 - zunächst durch seinen Schwiegersohn und begierig auf seine Nachfolge wartenden Jungpolitiker Samuel Maréchal,

danach auch aus eigenem Munde - verlauten, er akzeptiere nunmehr "die multikonfessionelle Realität des Landes".

Die Mégret-Anhänger stürzten sich erwartungsgemäß auf diesen ideologischen "Verrat", was in Le Pens Augen dazu beitragen konnte, ihr Bemühen um Salonfähigkeit gegenüber bürgerlichen Bündnispartnern und Wählern zu durchkreuzen. Innerhalb des Rumpf-FN hat diese kleine ideologische "Häresie" aber zu einem unerwarteten Aufschrei geführt, weil dessen führende Kader die Welt nicht mehr verstehen.

Die "Sommeruniversität" des FN, die Anfang September 1999 in Orange stattfand, wurde so zum Anlass für heftige Abrechnungen. Bereits zur Eröffnung wetterte Jacques Bompard, der letzte FN-Bürgermeister im Land (die drei anderen sind entweder zur Mégret-Partei übergelaufen oder mittlerweile parteilos), heftig gegen "jüngst begangene Fehler", die darauf zielten, den Kampf gegen die Immigration aufzugeben, während "eine neue Offensive auf diesem Terrain" notwendig sei. Frankreich sei "in seiner Essenz, in seinem Wesen christlich und in seiner überwältigenden Mehrheit katholisch" und müsse es bleiben. Der FN-Generalbeauftragte Carl Lang, Nachfolger des geschassten Bruno Mégret, blies in das gleiche Horn, erklärte den Kampf gegen ein "die Auflösung der Nation in ein multikulturelles, mosaikartig zusammengesetztes, in Stämme zerfallenes Frankreich" für absolut vorrangig und fügte warnend hinzu: "Wenn wir diese Linie verlassen, dann verlassen wir unsere Mission gegenüber Frankreich." Im übrigen, so Lang weiter, "endet die Zugehörigkeit zur Nation nicht bei der Staatsbürgerschaft" - was bedeuten soll, dass der Besitz der französischen Staatsbürgerschaft allein einem Abkömmling von Immigranten noch lange nicht die Zugehörigkeit zur ethnisch definierten Nation verleiht.

Carl Lang zählt - obwohl er bei der Spaltung nicht dem Mégret-Lager gefolgt ist, in welchem sich diese Denkrichtung mehrheitlich wiederfindet - zu den rassebiologisch ausgerichteten "Neuheiden" im FN, denen zufolge das Christentum auf Grund seiner Herkunft von der jüdischen Religion einen Fremdkörper in der europäischen (oder "indoeuropäischen") Kultur darstelle.

Mégret entlarvt die Verräter

Jacques Bompard hingegen steht den katholischen Fundamentalisten zumindest sehr nahe. Damit waren bereits zwei FN-Gallionsfiguren von entgegengesetzten ideologischen Positionen sich im Grundsatz gegen die "neuen Positionen" des Chefs einig. Ein ungenanntes Mitglied des Politischen Büros des FN - mutmaßlich Samuel Maréchal - erklärte demgegenüber der Tageszeitung Libération: "Carl Lang hat sich radikalisiert, das ist wahnwitzig. Die Dinge entwickeln sich, und er ist auf dem Stand der 80er Jahre stehen geblieben. Er hat sich von der Realität der französischen Gesellschaft abgelöst und könnte genau so gut Generalsekretär des PNFE (Parti nationaliste français et européen, eine militante Neonazi-Splitterpartei) sein." Der FN-Generalsekretär Bruno Gollnisch seinerseits, der bisher durch absolute Treue und Loyalität gegenüber Le Pen auffiel, ergriff in dem Streit zwar nicht Partei. Doch indem er behauptete, dass es im Grunde keine inhaltlichen Differenzen gebe, stellte er gleichzeitig klar, dass auch er keine Aufweichung der Parteipositionen zur Immigration mittragen würde.

Im Gegenzug formulierten die wenigen "farbigen" Alibi-Politiker des Front National in dieser Kontroverse eigene Gegenpositionen und artikulierten auf diesem Wege eigene Interessen, was für eine Partei wie den FN unerhört ist. Bisher waren zwei Kategorien von Aktivisten nicht-europäischer Herkunft in der Partei geduldet, wobei drei bis vier Vertreter unter ihnen in vorderster Linie des FN standen: Das waren erstens ehemalige "Harkis" und deren Nachkommen (das sind jene algerisch-stämmigen Ex-Soldaten, die im algerischen Unabhängigkeitskrieg auf Seiten der Kolonialmacht Frankreich kämpften); und zweitens Einwohner der französischen "Übersee-Départements" wie der französischen Antillen, die aktiv für einen Verbleib dieser Gebiete bei der "Metropole" Frankreich eintreten. Im Europa-Wahlkampf im Juni 1999 hatte Le Pen vor allem Sid Ahmed Yahioui zur führenden FN-Figur aufgebaut, einen Vertreter des aktiv rechtsorientierten Teils der "Harki"-Bevölkerung.

Stéphane Durbec, der von der französischen Karibik-Insel La Martinique stammende schwarze FN-Politiker, 1998 mit 26 Jahren zum jüngsten Abgeordnete des FN in einem Regionalparlament gewählt, wandte sich noch vor der Sommeruniversität in einem Brief an die 40 Mitglieder des Politischen Büros des FN. Darin schrieb er unter anderem: "Wir müssen einen Nationalismus à la française befördern, der auf eine nicht-rassische Konzeption der Nation gestützt ist. Unsere Position darf weder rassistisch noch fremdenfeindlich sein."

Anlässlich der Tagung in Orange fügte er hinzu: "Einige scheinen zu vergessen, das Frankreich Leute zu integrieren verstand, die nicht alle blonde Haare und einen azurblauen Blick hatten." Der algerisch-stämmige FN-Politiker Farid Smadi ging in Orange ebenfalls in die (Gegen-) Offensive und forderte: "Man muss aufhören, gegen die Einwanderung in ihrer Gesamtheit zu schimpfen. Hören wir auf, alles in einen Topf zu werfen, während französische Bevölkerungsgruppen, die aus der Einwanderung stammen, zum großen Teil mit uns einverstanden sind, wenn wir die Wiederherstellung der inneren Sicherheit in den Cités (Hochhausgettos, Immigrantenvierteln) und vor allem den Schutz der traditionellen Familienmoral fordern."

Zum ersten Mal in der Geschichte des Front National stellen dessen "farbige" Vorzeigepolitiker damit eigene Forderungen an die Partei. Damit artikulieren sie eigene Interessen, die bisher keines eigenen Ausdrucks zu bedürfen schienen - denn während der FN gegen die "Fremden" hetzte, war in ihren Augen stets klar, dass sie zur Nation dazugehörten und daher vom Anti-Immigrations-Diskurs nicht betroffen seien. Nun, wo es erstmals eine Kontroverse zu solchen Fragen gibt und der FN sich daran macht zu definieren, gegen wen sein Rassismus sich überhaupt richtet, sehen sie sich hingegen veranlasst, ihre eigene Position zu verteidigen.

Im Falle von Stéphane Durbec hat hierzu die Spaltungsgeschichte zwischen Lepenisten und Mégretisten beigetragen. Denn die Mégret-Anhänger, die in Durbec stets nur den Vasallen Le Pens sahen, hielten mit rassistischen Beschimpfungen gegen ihn nicht hinter dem Berg, nachdem es zu ersten Zusammenstößen zwischen Le Pen- und Mégret-Anhängern gekommen war. Inzwischen wurde das Tonbandprotokoll der FN-Führungstagung vom 5. Dezember 1998 veröffentlicht, auf der es zur Explosion kam, die der Spaltung unmittelbar vorausging. Auf dieser Tagung beschimpfte ein Mégret-Anhänger Durbec mit den Worten: "Nigger, steig auf deine Bananenstaude zurück!" (Stéphane Durbec hat den Front National am 3. Dezember 1999 definitiv verlassen und wird künftig als fraktionsloser Abgeordneter im Regionalparlament von Marseille sitzen. Als Begründung gab er an, eine Reihe führender Mitglieder würde auch nach der Spaltung "das Werk von Bruno Mégret" in der Partei fortsetzen. Letzterem gibt Durbec alle Schuld am Rassismus innerhalb des FN, während er Le Pen als Person selbst in seiner Rücktrittserklärung noch in Schutz nahm.)

Le Pen bemühte sich unterdessen um Erklärungs- und Differenzierungsversuche - die Anwesenheit von Muslimen in Frankreich sei an sich kein Problem, da es auch die guten Muslime gebe, nämlich jene, die (wie die "Harkis" in Algerien) in den Kolonialkriegen auf Seiten Frankreichs gekämpft hätten. Das Immigrationsproblem sei keine "religiöse", sondern "eine politische Frage, jene der unkontrollierten Masseneinwanderung". Solche Differenzierungsversuche waren freilich von vornherein vergebliche Mühe. Im Oktober musste Le Pen seinen vorlauten Schwiegersohn Samuel Maréchal opfern, der ihm bis dahin (gerade in der "heiß" gewordenen Frage) oft als Sprachrohr gedient hatte. Maréchal, im Politischen Büro des FN angefeindet und isoliert gab, seinen Posten als "Kommunikationsbeauftragter" Le Pens auf.

Den "Verrat" des Rumpf-FN an den gemeinsamen, rassistischen "Ideen" will nun die unter Bruno Mégret versammelte andere Hälfte des Neofaschismus nutzen, um sich einen Platz zu erkämpfen. Mégrets "Nummer Zwei", Jean-Yves Le Gallou, schrieb in einem Brief an die gesamte Mitgliedschaft des Rest-FN im Raum Paris, für seine Formation behalte "der Kampf gegen die Immigration Priorität". Zugleich hielt die Mégret-Partei, der Mouvement National Républicain (MNR, "Republikanische Nationalbewegung"), im November 1999 in Paris eine öffentliche Großveranstaltung unter dem Titel "Nein zur Immigration / Immigration: der Mut, Nein zu sagen" ab, um - einmal mehr - ein Referendum zur Frage der Einwanderung zu fordern. Der Andrang sprengte freilich nicht die Grenzen einer "normalen" Parteiveranstaltung, man blieb eher unter sich.

Aber die Mégret-Anhänger haben selbst mit großen Problemen zu kämpfen, insbesondere seit ihr schwaches Abschneiden bei den Europaparlamentswahlen (3,3 Prozent gegenüber 5,7 Prozent für Le Pen) sie der staatlichen Wahlkampfkosten-Rückerstattung beraubt hat, die erst ab einem Stimmenanteil von 5 Prozent fließt. Die Mégretisten haben nunmehr die Strategie gewählt, demonstrativ Wasser in ihren Wein zu schütten, ohne jedoch grundlegende Elemente ihrer Ideologie aufzugeben. Ausdruck dieser krampfhaft demonstrierten "Mäßigung" ist auch die Anfang Oktober erfolgte Umbenennung von Mouvement National (MN, "Nationale Bewegung") in Mouvement National Républicain (MNR, "National-Republikanische Bewegung"); seither wird gebetsmühlenhaft das Bekenntnis zur Demokratie wiederholt.

Pasqua als lachender Dritter

Die neue Strategie geht freilich auch auf die Erkenntnis zurück, dass es allein der wohlhabende und bürgerliche - und damit in seinen sozialen Positionen "gemäßigtere" - Teil des früheren FN-Publikums ist, den sie bei den vergangenen Wahlen auf ihre Seite ziehen konnten. Der "alte", noch vereinigte Front National versprach den Besitzenden den Schutz ihres Eigentums vor den Armen und den Armen das Ende der sozialen Ungerechtigkeit; zusammengehalten wurden diese beiden Versprechen durch ihre gemeinsame rassistische Begründung. Seit der Spaltung ist das in der FN-Wählerschaft repräsentierte Klassenbündnis weitgehend aufgelöst. Der sozial unzufriedene, proletarische oder erwerbslose Teil der rechtsextremen Wählerschaft misstraut dem "elitären Technokraten" Mégret, während der "Volkstribun" Le Pen dem besserverdienenden Teil des Rechtsaußenpublikums in zunehmendem Maße als vulgär gilt.

Einen Teil des Publikums des früheren "vereinigten" FN, vor allem in seiner bürgerlichen Wählerschaft, wird unterdessen auch durch die neue Partei der national-konservativen, autoritären Rechten angezogen, die ihren offiziellen Gründungskongress am 20./21. November 1999 in Paris abhielt. Geführt wird die neue Partei zum einen durch den national-populistischen früheren Innenminister Charles Pasqua; dieser hatte zum 1. Januar 1999 den (neo-)gaullistischen RPR, zu dessen Gründungsmitgliedern er zählte, verlassen. Zweiter Mann ist der Rechtskatholik Philippe de Villiers, der den politischen Traditionen des Vichy-Regimes nahe steht; Pasqua und de Villiers hatten bereits 1992 gemeinsam die Kampagne der rechten Gegner des Maastricht-Vertrags angeführt.

Unter dem Namen RPF (Rassemblement pour la France - "Sammlung für Frankreich") tritt sie in die Nachfolge der gemeinsamen Liste ("Sammlung für Frankreich und die Unabhängigkeit Europas"), welche Pasqua und de Villiers zu den Europaparlaments-Wahlen im Juni 1999 anführten. Damals waren sie mit 13,05 Prozent zur stärksten Kraft auf der politischen Rechten - vom Mitte-Rechts-Spektrum bis nach rechtsaußen - avanciert.

Bernhard Schmid, Paris

10. "Jedes Herz ist eine Zeitbombe." Zellen, Zorn und Rote Zora

Autor: ga. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:42

Neue Kampfformen sollten entwickelt werden, der Widerstand massenhaft gemacht werden. Das war die Vorstellung der Revolutionären Zellen vom Kampf gegen das System. Flugblätter verteilen und Brandanschläge durchführen sollten zwei Seiten eines gemeinsamen Kampfes werden. Ohne Hierarchie und ohne Geringschätzung der jeweils anderen Kampfform.

"Alle müssen alles können", war der Anspruch der Revolutionären Zellen. Anders als die Rote Armee Fraktion (RAF) wollten die Revolutionären Zellen (RZ) keine Avantgarde-Organisation sein. Die Organisation, wenn denn überhaupt von einer Organisation gesprochen werden kann, sollte nicht wie die RAF als eine illegale Gruppe leben und operieren. Die Mitglieder wollten sich vor der staatlichen Verfolgung dadurch schützen, dass sie völlig anonym blieben und trotzdem illegale und/oder militante Operationen durchführten, aber weiterhin legal leben und arbeiten wollten. Diese Organisationsform ermöglichte es den Mitgliedern auch, sich weiterhin direkt in die innerlinke Diskussion einzumischen. Dieser direkte Diskussionszusammenhang war ihnen besonders wichtig. Das sollte gewährleisten, dass sie sich nicht in irgendwelche theoretischen Konstrukte verstiegen, sondern mit ihren Kampfformen die aktuellen Kämpfe gegen das System unterstützten.

Die erste Erklärung, in der die Verantwortung für eine bewaffnete Aktion von den Revolutionären Zellen übernommen wurde, erschien im November 1973.

Mit einem Anschlag gegen ITT in Westberlin wurde auf die Beteiligung des Konzerns am Putsch in Chile hingewiesen.

1975 erschien die erste Ausgabe des Revolutionären Zorns. Darin unterschieden sie die Zielrichtung ihrer Aktionen in drei Bereiche: "Antiimperialismus", "Antizionismus" und "Aktionen, die die Kämpfe von Arbeitern, Jugendlichen und Frauen" unterstützen.

Die Frauen der Revolutionären Zellen traten 1975 das erste Mal "eigenständig" in Erscheinung. Mit einer Bombe gegen das Verfassungsgericht in Karlsruhe leisteten sie ihren Beitrag zum Kampf gegen den §218. Ab 1977 traten sie als Rote Zora auf. Ihre Angriffe galten speziell den Orten der Unterdrückung von Frauen. Es gab aber weiterhin gemeinsame Grundsatzpapiere von Revolutionären Zellen und Roter Zora.

Ab 1985 begannen die Revolutionären Zellen eine Kampagne gegen Rassismus und Sexismus. Nach Anschlägen gegen deutsche Firmen, die mit dem südafrikanischen Apartheits-Regime zusammen arbeiteten, griffen sie 1986 Institutionen an, die für die staatliche, rassistische Flüchtlingspolitik (mit)verantwortlich waren.

Klauen wir ihnen ihre Datensammlung

Nie (richtig) zu fassen waren sie für die Bundesstaatsanwaltschaft. Anfang 1977 wurden Enno Schwall und Gerd Albartus verhaftet; ihnen wurde vorgeworfen, einen missglückten Brandanschlag auf ein Aachener Kino verübt zu haben, in dem der Film "Unternehmen Entebbe" gezeigt wurde. Eine Verurteilung der beiden glückte nur mit Hilfe der Aussagen des bei einer Bombenexplosion schwer verletzten Hermann Feiling. Feiling wurde, obwohl er vernehmungsunfähig war und unter dem Einfluss starker Medikamente stand, mehrere Tage völlig von der Außenwelt abgeschottet und verhört. Diese "Belastungsunterlagen" waren 1978 Grundlage für den Versuch, einen Prozess gegen Rudolf Raabe zu eröffnen, der sich dieser Prozedur aber durch Flucht ins Ausland entzog. In diesen "Aussagen" tauchten auch die Namen von Rudolf Schindler, der seit Oktober 1999 in U-Haft sitzt, und Sabine Barbara E., die am 19. Dezember in Frankfurt/Main festgenommen wurde, auf. Beide entzogen sich damals weiterer Verfolgung, indem sie von der Bildfläche verschwanden.

Nach groß angelegten Razzien und Fahndungen wurden am 18.12.1987 Ingrid Strobl und Ulla Penselin verhaftet, denen die Mitgliedschaft bzw. die Unterstützung der Revolutionären Zellen/Roten Zora vorgeworfen wurde. Eine breite Solidaritätskampagne, in der sich Menschen aus den unterschiedlichsten Bewegungen zusammenfanden, machte die Konstrukte der Bundesstaatsanwaltschaft immer wieder öffentlich und half der Verteidigung, die Ankläger in Argumentationsschwierigkeiten und Beweisnot zu bringen, so dass der Vorwurf des Paragrafen 129a fallen gelassen werden musste. Trotzdem wurde Ingrid Strobl mit fadenscheinigen

Beweisen, die ihr den Kauf eines Weckers nachweisen sollten, der später für einen Anschlag benutzt worden sein sollte, 1990 zu drei Jahren Haft verurteilt.

Im Rahmen ihres "Antizionistischen Kampfes" führten die Revolutionären Zellen mehrere Aktionen zusammen mit palästinensischen Kommandos durch. Zu dieser Politik und den Fehlern, die dabei gemacht worden waren, äußerten sie sich in dem im Dezember 1991 erschienenen Papier "Gerd Albartus ist tot". Aber eine wirkliche Auseinandersetzung mit diesem Teil ihrer Politik findet sich darin nicht.

Im Januar 1992 erklärten die Revolutionären Zellen "Das Ende unserer Politik". In der Auflösungserklärung einer RZ-Gruppe hieß es zu den Beweggründen: "In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu entfalten versucht, die immer auf dem Prinzip der Verankerung und Vermassung aufgebaut war - Verankerung in einem aktiven linksradikalem Umfeld und womöglich in sozialen Konflikten, die über diese linksradikale Szene hinausgingen. ... Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne, nach dem 18.12.87, und bei der Wiederaufnahme unserer Angriffe zur Unterstützung der Roma ab 1989 wurden wir uns unserer Isolierung bewusst."

ga.

Anmerkungen:

Die Erklärungen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora mit jeweils kurzen Ausführungen zur aktuellen gesellschaftlichen Situation finden sich in dem 2-bändigen Werk: Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. Edition ID-Archiv.

11. Kadavergehorsam gefordert. Prozesswelle gegen KriegsgegnerInnen

Autor: Vo · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:10

Zur Zeit wird Dutzenden von AntimilitaristInnen und PazifistInnen, die gegen den Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien opponiert haben, der Prozess gemacht. Auf diesem Wege soll Kriegsgegnerschaft kriminalisiert und für künftige Fälle "Ruhe an der Heimatfront" geschaffen werden. Allerdings nutzen die KriegsgegnerInnen ihrerseits die Prozesse, um die Verfassungs- und Völkerrechtswidrigkeit der NATO-Aggression anzuprangern, die dem Krieg zu Grunde liegenden Interessen aufzuzeigen und die politisch Verantwortlichen anzuklagen. Der bisherige Stand der Auseinandersetzung ist in etwa fifty-fifty: einer Reihe von Verurteilungen stehen einige Freisprüche gegenüber.

Anlass der strafrechtlichen Verfolgung ist ein "Aufruf an alle Soldaten der Bundeswehr, die am Jugoslawien-Krieg beteiligt sind: Verweigern Sie Ihre weitere Beteiligung an diesem Krieg!" Dieser Aufruf erschien während des Krieges, am 21. April 1999, in der taz. Außerdem wurde er als Flugblatt bei verschiedenen Anti-Kriegs-Aktionen und Demonstrationen in der ganzen Republik verteilt. In dem Aufruf werden die Bundeswehrsoldaten aufgefordert, sich nicht am Krieg der NATO zu beteiligen. Eingebettet in eine politische und rechtliche Argumentation gegen den Krieg, in der sie auch dessen Völkerrechts- und Verfassungswidrigkeit feststellen, haben die UnterzeichnerInnen des Aufrufs darauf hingewiesen, dass sich eine Verweigerung der Soldaten auf Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes (Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen) oder auf Paragraf 11 Soldatengesetz stützen kann (Befehle dürfen nicht befolgt werden, wenn dadurch eine Straftat begangen würde).

Die Staatsanwaltschaft Berlin hat das zum Anlass genommen, gegen die UnterzeichnerInnen des Aufrufs wegen Paragraf 111 Strafgesetzbuch - "öffentliche Aufforderung zu Straftaten" - zu ermitteln. In dem Aufruf soll nämlich zu den Straftaten Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung aufgefordert worden sein. Und so flatterten während der Sommermonate den 28 ErstunterzeichnerInnen, dem taz-Verantwortlichen und etlichen WeiterverbreiterInnen des Aufrufs Schreiben der Staatsanwaltschaft mit Strafbefehlen über jeweils mehrere Tausend Deutschmark ins Haus. Dagegen legten alle Betroffenen Widerspruch ein, so dass es seit November letzten Jahres zu einer Reihe von Verhandlungen kam. Die Prozesswelle läuft immer noch; mittlerweile sind rund 70 Personen betroffen. Vollends skandalös wurde das Vorgehen der Staatsanwaltschaft dadurch, dass eine Reihe von KriegsgegnerInnen gleich mehrfach angeklagt wurden - einmal wegen ihrer Unterschrift unter den Aufruf, zusätzlich aber auch wegen Weiterverbreitung desselben durch andere; dabei wurde ein "gemeinsamer Tatplan" aller Beteiligten konstruiert. Das bedeutet in letzter Konsequenz: Jede und jeder der Erstunterzeichner wird für jede Form der Verbreitung des Aufrufs in der gesamten Republik haftbar gemacht. Nun haben zwar alle ErstunterzeichnerInnen die weite Verbreitung des Aufrufs begrüßt, doch so viel "kriminelle Energie" wie ihnen von der Staatsanwaltschaft mit dem "gemeinsamen Tatplan" unterstellt wird, ist ihnen dann (leider) doch nicht eigen.

In den bisherigen Verhandlungen ist die Argumentation der Staatsanwaltschaft von schlichter Einfalt: Soldaten müssen gehorchen und Befehle befolgen, wenn sie das nicht tun, machen sie sich strafbar, und wer sie dazu auffordert, das nicht zu tun, macht sich auch strafbar, weil er zu strafbarem Tun auffordert. Weitere Erwägungen zu dem politischen und juristischen Kontext sind nicht von Belang. Ein Richter, der dieser Argumentation gefolgt ist und "seinen" Angeklagten verurteilt hat, brachte das auf den Punkt: Der einzelne Soldat habe sich nicht "um das Große und Ganze" zu kümmern, sondern die ihm erteilten Befehle zu befolgen, selbst wenn diese (völker-)rechtswidrig seien. Kurz: Kadavergehorsam unseligen Angedenkens wird immer noch - oder schon wieder - gefordert. Da war doch noch etwas? Wurden nicht gerade jüngst sogenannte "Mauerschützen" mit der Begründung verurteilt, dass auch jeder einzelne Befehlsempfänger sich über die Rechtmäßigkeit seines Tuns selber Gedanken zu machen habe und sich nicht mit dem Verweis auf ihm erteilte Befehle der Verantwortung für strafbares Tun entziehen könne? Und gibt es nicht seit Jahren eine breite öffentliche Debatte um die Verantwortung der Soldaten der deutschen Wehrmacht im Vernichtungskrieg NS-Deutschlands?

Die Angeklagten und ihre Verteidiger argumentierten demgegenüber umfassend politisch und völkerrechtlich. Sie zeigten auf, dass der NATO-Krieg gegen Jugoslawien den Tatbestand einer völkerrechtswidrigen Aggression erfüllte, dass er zudem gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik verstieß, dass ihm keineswegs "humanitäre" Motive zu Grunde lagen, dass es nicht um Menschenrechte ging, sondern dass durch den Krieg die Menschenrechte in schlimmster Weise verletzt worden waren, dass die Art der Kriegführung, die sich auch und gerade gegen die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur Jugoslawiens gerichtet hatte, gegen das Zusatzprotokoll I von 1977 zur Genfer Konvention von 1949 über den Schutz der Opfer internationaler Konflikte eklatant verstoßen hatte, dass mithin dieser Krieg selbst ein kriminelles Unternehmen war und dass folglich - ginge es mit rechten Dingen zu - nicht die KriegsgegnerInnen, sondern die politisch für den Krieg Verantwortlichen vor die Schranken des Gerichts gehörten. Und im Kontext dieser Argumentation widerlegten sie auch den absurden Vorwurf der "öffentlichen Aufforderung zu Straftaten". Vielmehr ergebe sich aus Soldatengesetz und Wehrstrafgesetz eindeutig, dass Soldaten Befehle im Zusammenhang eines völkerrechts- und verfassungswidrigen Krieges und einer völkerrechtswidrigen Art der Kriegführung nicht befolgen müssen, weil diese Befehle rechtswidrig sind; zudem besteht die Gefahr, dass sich Soldaten selbst strafbar machen. Auf diese Zusammenhänge wird im inkriminierten Aufruf hingewiesen - und daraus die Aufforderung abgeleitet, sich nicht an diesem Krieg zu beteiligen.

Wie gesagt - es hat auch einige Freisprüche gegeben. Allerdings folgten die freisprechenden RichterInnen nicht den Argumenten der Angeklagten, sondern begründeten ihre Entscheidung mit dem Verweis auf das im Grundgesetz verankerte "hohe Gut" der Meinungsfreiheit und mit einem "Verbotsirrtum" auf Seiten der Angeklagten. Das heißt: Der Aufruf sei als pointierte Form der Meinungsäußerung in der Debatte um Für und Wider des NATO-Krieges anzusehen, und diese freie Meinungsäußerung sei nicht strafbar; außerdem hätten sich die Angeklagten in dem Glauben befunden, nicht rechtswidrig zu handeln, weil sie ja überzeugt waren, dass es sich um einen völkerrechts- und verfassungswidrigen Krieg handele; selbst wenn der Krieg jedoch rechtswidrig gewesen sei, seien die Angeklagten doch freizusprechen, weil dann ein Verbotsirrtum vorliegen würde.

So begrüßenswert die Freisprüche auch sind, so ist doch diese Begründung äußerst unzureichend: An die Feststellung, der NATO-Krieg sei tatsächlich völkerrechts- und verfassungswidrig, traut sich offensichtlich kein Richter am Amtsgericht Tiergarten heran. Das nämlich würde bedeuten, dass der Aufruf nicht nur keine Straftat war, sondern geradezu staatsbürgerlich geboten war, um gegen die Regierungsstraftat eines völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieges vorzugehen. Das wiederum würde weit reichende politische Konsequenzen nach sich ziehen und die politische Klasse in der Bundesrepublik in ziemliche Bedrängnis bringen.

Doch hat auch der bisherige Verlauf dieser Justizposse schon hinreichend gezeigt, dass es sich bei diesen Verfahren um politische Prozesse handelt, und als solche werden sie weitergeführt werden. Weitere Runden sind voraussehbar, denn bisher ist die jeweils unterlegene Seite stets in die Berufung gegangen. Die Sache wird also vor höheren Instanzen weiter ausgefochten werden. Die Staatsanwaltschaft will von ihrem Versuch nicht ablassen, KriegsgegnerInnen zu kriminalisieren und mit hohen Geldstrafen mundtot zu machen; und die AntimilitaristInnen werden die Prozesse weiterhin nutzen, um die Militarisierung der Politik und die Interventionsstrategie der NATO zu denunzieren.

Da mit langwierigen und kostspieligen Verfahren zu rechnen ist, benötigen die Angeklagten finanzielle Unterstützung. Zudem ist es wichtig, dass in den Verfahren eine möglichst große Öffentlichkeit hergestellt wird.

Vo

Die nächsten Prozesstermine und die Kontonummer des Rechtshilfefonds.

Die Termine finden jeweils im Amtsgericht Tiergarten Berlin, Turmstraße 91/Wilsnacker Str.4 statt:

20.1.00, 13.00 Uhr, Raum 571

(Stephan Nagel)

26.1.00, 13.30 Uhr, Raum C 201

(Alois Finke)

27.1.00, 10.00 Uhr, Raum 769

(H. Theisen, S. Tesch,

H. und K. Tempel)

1.2.00, 12.30 Uhr, Raum C 106

(I. Röseler, C. Ronnefeldt,

R. Roth u.a.)

2.2.00, 12.30 Uhr (Volker Böge)

10.2.00, 10.00 Uhr (Brigitte Klaß)

23.3.00, 13.00 Uhr (Wolf-Dieter Narr)

Das Sonderkonto Rechtshilfe:

Elke Steven - Sonderkonto: Stichwort: Rechtshilfe. Postbank Köln. Konto-Nr. 263206-500, BLZ: 370 100 50.

Weitere Infos bei: Elke Steven c/o Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, Tel. und Fax 0221/97 26 930 bzw. -31 (Fax).

12. Militärpolitik und Geschäfte. Aktuelle Buchpublikationen zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien

Autor: mx., Nürnberg · Rubrik: Militarismus; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:09

Der zeitliche Abstand zu den Ereignissen scheint den linken Blick geschärft zu haben. Nach einigen teilweise unerträglichen Schnellschüssen (besprochen in ak 430) sind mittlerweile empfehlenswerte Bücher zum Kosovo-Krieg erschienen. Zwei davon sollen hier vorgestellt werden.

Der von Ulrich Cremer und Dieter S. Lutz herausgegebene Sammelband "Nach dem Krieg ist vor dem Krieg" repräsentiert ein relativ breites Meinungsspektrum, von grünen und linkssozialdemokratischen bis zu linksradikalen Positionen. Beginnen wir mit dem Ärgerlichen:

Samir Amin (Leiter des Afrika-Büros des Dritte-Welt-Forums in Dakar) schlägt in seinem Beitrag "Stoppt die USA und die NATO!" eine Bresche für die Europäer: "Wenn ich jede eventuelle NATO-Intervention kategorisch verurteile, dann gerade, um sie vom Recht der Europäer auf Selbstverteidigung zu unterscheiden. (...) Wie jede andere Nation, sind die Staaten Europas berechtigt, einzeln oder kollektiv, im Rahmen der EU, Streitkräfte aufzustellen, die Angreifer abwehren oder abschrecken können." Seine Vision einer "polyzentrischen Welt", die die europäischen Staaten zu Opfern und Vasallen der USA erklärt, beschreibt Amin so: "Und sollte sich die europäische Linke einmal nicht mehr dem doppelten Diktat des Kapitals und Washingtons beugen, so könnte man sich vorstellen, dass die neue europäische Strategie mit denjenigen Russlands, Chinas, Indiens und der Dritten Welt im allgemeinen zusammenpassend auf die notwendige polyzentrische Konstruktion abzielt."

Bei dieser "antiimperialistischen" Vision sträuben sich dem Rezensenten die Haare. Hoffnungen auf die "europäische Linke" - damit meint Amin wohl die sozialdemokratische Linke - kann man zur Zeit vermutlich nur von einem anderen Kontinent aus hegen und pflegen.

Eher angedeutet wird eine ähnliche Tendenz im Beitrag von Tania Noctiummes und Jean-Pierre Page, "Ein imperialistischer Krieg für eine neue Weltordnung". Auch hier wird die Vorherrschaft der USA in der Weltpolitik beklagt, nämlich "die Ablösung des multilateralen Systems durch die NATO, in der die USA jede unabhängige westeuropäische Aktion blockieren können." Warum dieser Aspekt - jenseits einer abstrakten Analyse - für die Linke interessant sein sollte, wird nicht begründet. Ein weiterer Schwachpunkt des Beitrags ist die Analyse des Jugoslawien-Zerfalls in den 90er Jahren. Zum tausendsten Mal wird behauptet und nicht belegt, die externen Faktoren seien die Ausschlag gebenden gewesen, "die entscheidende Rolle spielte die Einmischung auswärtiger Mächte."

Matthias Karádi und Dieter Lutz unterlaufen in ihrem ansonsten guten Artikel zu den Kriegskosten einige Lobhudeleien, die nur durch Rot-Grün-Blindheit erklärbar sind, bekanntermaßen eine häufige Form der Farbenblindheit. Beispiel: "Im Konzert der bombardierenden NATO-Staaten war es die SPD-geführte Regierung, die als erste erkannte, dass nur eine politische Lösung des Kosovo-Konflikts den ‚Preis` des Krieges rechtfertigen und begrenzen konnte. Nach anfänglichen Fehlern kehrte Deutschland erfolgreich zu Politik und Diplomatie zurück."

Ganz anders liest es sich bei dem zweiten Herausgeber, Ulrich Cremer: "Bei der deutschen Teilnahme an Kriegen geht es also um freiwillige politische Entscheidungen. Denn auch beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien wurde Deutschland nicht zum Mitbomben gezwungen, auch wenn sich die deutsche Regierung gerne als Opfer von Sachzwängen bzw. der US-Regierung darstellt." Cremer analysiert den "ersten Krieg der Neuen NATO". Eine wichtige Hypothese: Jugoslawien stand "vor einer militärischen Niederlage", bedingt durch die Zerstörung der Infrastruktur, die "neue Qualität" der Zusammenarbeit von NATO und UCK, die glaubwürdige Drohung der NATO mit einem Bodenkrieg sowie durch die internationale Isolierung Jugoslawiens, schließlich auch von Russland. Dies erklärt das Einlenken der serbischen/jugoslawischen Regierung und zerstört den von interessierter Seite gepflegten Mythos des alleine siegreichen, sauberen Luftkriegs.

Laut Cremer wurden kurz vor Kriegsende noch einige Tausend abziehende serbische Soldaten von den NATO-Flugzeugen niedergemetzelt, eine Parallele zum zweiten Golfkrieg. Gleichzeitig konnte sich ein relevanter Teil der serbischen Armee mit den Waffen zurückziehen, ebenfalls eine Parallele zum Irak: Das jeweils herrschende Regime wurde nur geschwächt, nicht vernichtet. Dass der NATO-Krieg, "gemessen an den selbst aufgestellten Zielen", nicht erfolgreich war, wie Cremer behauptet, kann bezweifelt werden. Das als Begründung herangezogene Rambouillet-Abkommen enthielt zwar ein Besatzungsstatut für ganz Jugoslawien und erfüllte damit seine Funktion als Kriegsgrund, weil man sicher sein konnte, dass Milosevic nicht unterschreibt. Letzten Endes können die NATO-Staaten aber froh sein, sich an diesem Punkt nicht durchgesetzt zu haben: Die Folge wäre ein weiteres teures Balkan-Protektorat mit zumindest teilweise feindlicher Bevölkerung gewesen, verbunden mit scharfer internationaler Kritik wegen der Besetzung eines souveränen Staates.

Sehr interessant sind Cremers Ausführungen über mögliche geostrategische Motive des Kosovo-Kriegs. Er hält Thesen, die von der Schaffung einer sicheren Transitregion zum westlich dominierten Teil des kaukasischen Erdölgebiets ausgehen, für nicht belegt. Stattdessen geht er davon aus, dass ein dominierendes Motiv der Kriegführung "die Flüchtlingsabwehr" war, d.h. die Vermeidung von großen Flüchtlingsströmen Richtung Westen.

Geringes Kapital- interesse an der Balkanregion

Der "Stabilitätspakt" sei angesichts der umfangreichen Kriegsschäden nur ein Tropfen auf den heißen Stein, es bestehe "nicht einmal ansatzweise die Bereitschaft, die von der NATO angerichteten Schäden zu beseitigen und der Region wirklich zu helfen." Die Balkanregion sei eben "für die Industrieländer wirtschaftlich einfach uninteressant."

Insofern dürften von Cremer zitierte Politikeräußerungen, der Stabilitätspakt habe die Funktion, für den "Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen" zu sorgen, eher im Bereich der Propaganda anzusiedeln sein. Jugoslawien ist kein Hort des Sozialismus, sondern in seiner Ökonomie selbstverständlich marktwirtschaftlich strukturiert, wenn auch nicht immer nach den Vorgaben "neoliberaler" Notenbankpräsidenten. Das Ärgernis Milosevic für den Westen besteht schon eher darin, dass hier ein regionales Regime versucht, sozialen Frust in Form eines tendenziell antiwestlichen Nationalismus zu bündeln.

Cremer zieht schließlich das Fazit, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg "mühsam entwickelte internationale Rechtsordnung" zerborsten sei und die "Neue NATO" eine massive weltweite Aufrüstungswelle mit sich bringe.

Die weiteren Artikel des Buches beleuchten verschiedene Aspekte des Kosovo-Kriegs, umfassender und systematischer als in den bisher erschienenen Sammelbänden: Geschichte des Kosovo-Konflikts, Rolle deutscher Geschichtsrevisionisten, Kriegsberichterstattung, Kriegskosten und Kriegszerstörungen, ökologische Kriegsfolgen, weitere Aufrüstung der Bundeswehr, Folgen für die Rolle der UNO usw. Als dokumentierte praktische Initiative stehen die "Mütter gegen den Krieg" Ilona Rothes alleine auf weiter Flur da. Das ist den Herausgebern nicht vorzuwerfen, sondern spiegelt eher den aktuellen Zustand der bundesdeutschen Antikriegsszene wider. Insgesamt ist das Buch als Informations- und Diskussionsgrundlage sehr brauchbar.

Eine etwas aus der Mode gekommene, nämlich marxistische Herangehensweise, präsentiert Winfried Wolf in seinem Buch "Bombengeschäfte". Er versucht zunächst, den Zusammenhang zwischen Rüstungsindustrie, Gesamtökonomie und politischem Sektor kapitalistischer Gesellschaften zu analysieren. Während der "militärisch-industrielle Komplex" in der Gesamtökonomie der realsozialistischen Staaten als Bremsklotz wirkte, entfalte er, was durch einen historischen Abriss belegt wird, unter kapitalistischen Rahmenbedingungen widersprüchliche Effekte: So könnten ökonomische Krisentendenzen durch Hochrüstung zeitweise aufgeschoben, aber nicht verhindert werden. Die aktuelle Macht des bundesdeutschen militärisch-industriellen Komplexes illustriert der Autor mit der Durchsetzung des Rüstungsprojektes Jäger 90 / Eurofighter über alle Bundesregierungen hinweg.

Auf den Kosovo-Krieg bezogen schlussfolgert Wolf: Anders als z.B. beim zweiten Golfkrieg sei trotz vieler Kriegsgewinnler (u.a. US-amerikanische und britische Rüstungskonzerne) eine allgemein positive Wirkung auf die kapitalistische Weltökonomie nicht zu erwarten. Es habe sich um einen aus westlicher Sicht "mittelteuren"

Krieg gehandelt, allzu viele Waffen und sonstiges Kriegsmaterial seien nicht "verbraucht" worden. Ein großes Wiederaufbauprogramm sei zudem nicht in Planung.

Die europäische Ökonomie erleide infolge des Krieges sogar "erhebliche wirtschaftliche Nachteile", der Euro sei dem US-Dollar gegenüber eingebrochen. Die kurz- und mittelfristigen Vorteile für den US-Wirtschaftblock könnten sich jedoch langfristig in Nachteile verwandeln, weil "hohe Rüstungsausgaben letzten Endes einen Abzug vom gesellschaftlichen Reichtum darstellen" und weil die USA in wichtigen nichtmilitärischen Industriezweigen den Konkurrenten EU und Japan substanziell unterlegen seien.

Diese komplexe, früher hätte man vielleicht einmal gesagt dialektische, Argumentationsweise ist typisch für Wolf. Er vermeidet es dankenswerterweise größtenteils, vulgärmarxistische Hellseherei zu betreiben (daran ändern auch gelegentliche Zitate der auf ökonomischem Gebiet eher schablonenhaft denkenden Rosa Luxemburg nichts), und versucht stattdessen, widersprüchliche Tendenzen aufzuzeigen. Die Ergebnisse regen auf jeden Fall zum Weiterdenken an!

Militärmacht EU im Aufwind

Sehr deutlich wird schließlich auch "Der Balkan-Krieg als Krieg der Europäischen Union" gewürdigt: "Die EU-NATO-Länder hatten in diesem Krieg keineswegs einen Vasallenstatus." Zur Rolle Deutschlands: "Wenn die deutsche Seite jemand in den Krieg ‚hineinmanövriert` hat, dann waren das die Länder der Europäischen Union, die nicht wie Großbritannien von vornherein an vorderster Front im Kosovo stehen wollten. Die Bundesregierung konnte dabei latente Widerstände in anderen EU-Mitgliedsstaaten brechen, weil es ein gemeinsames Eigeninteresse (kursiv im Original; Anm. ak) in der EU an einer aktiven Beteiligung in diesem Krieg gab."

Die These Wolfs lautet, dass die EU-Staaten "als Juniorpartner der USA" ihre Fähigkeit weiterentwickeln wollten, "imperialistische Kriege dieser Art führen zu können." Bezüglich einer institutionalisierten EU-Militärpolitik sieht er seit dem Kosovo-Krieg "erhebliche Fortschritte", bezüglich der "materiellen Basis" einer solchen Politik diagnostiziert er dagegen Rückschritte: "Aus Angst vor der deutschen Vorherrschaft" sei die angestrebte Bildung eines supranationalen westeuropäischen Rüstungskomplexes gescheitert. Es sei stattdessen zu mehreren Konzernfusionen unterhalb dieser Ebene gekommen. Die deutsche Daimler-Chrysler-Tochter Dasa sei vorläufig ins Hintertreffen geraten, "transatlantische" Rüstungsprojekte (USA - Europa) hätten gerade Konjunktur. Quantitativ und qualitativ blieben die USA den Europäern im Rüstungsbereich - vorerst - haushoch überlegen.

Diese und weitere Entwicklungen skizziert Wolf sehr kompetent und verständlich. Dass er keine geschlossene politisch-ökonomische Theorie vorlegt, ist kein Manko. Im Gegenteil: Gerade das macht beim derzeitigen Stand der linken Debatte das Buch lesenswert und diskutierbar.

mx., Nürnberg

Ulrich Cremer & Dieter S. Lutz (Hrg.): Nach dem Krieg ist vor dem Krieg.

VSA-Verlag 1999, 222 S., 24,80 DM

Winfried Wolf: Bombengeschäfte.

Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Krieges. Konkret Literatur Verlag 1999, 206 S., 25 DM

13. Die Zerstörung Jugoslawiens. Vorgeschichte und Folgen des Kosovo-Krieges

Autor: Angela Martin · Rubrik: Militarismus; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:27

Der NATO-Luftkrieg gegen Jugoslawien ist der vorerst letzte Akt der Zerstörung Jugoslawiens. Das von Hannes Hofbauer herausgegebene Buch Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens zeichnet die jugoslawische Tragödie nach und erklärt Ursachen und Hintergründe.

Die sechs Beiträge des Bandes spannen einen Bogen vom Beginn der osmanischen Herrschaft auf dem Balkan über die Jugoslawisierung der Region in ihrer monarchistischen und ihrer sozialistischen Variante bis zum Kosovo-Krieg. Der Grazer Slawist Karl Kaser skizziert die Geschichte der Region vom Beginn der Osmanisierung bis zum Zweiten Weltkrieg. Die Grenze zwischen Habsburgerreich und Osmanischem Reich war gleichzeitig eine Zivilisationsgrenze zwischen Christentum und Islam. Die jugoslawischen Kriege am Ende des 20. Jahrhunderts begreift Kaser als indirektes Resultat dieser "unsichtbaren" Grenze.

Gero Fischer, Slawist in Wien, liefert in seinem Aufsatz "Die Jugoslawisierung einer Region" eine sehr ausgewogene Übersicht über die Jahre 1918 bis 1991. Auf dem Balkan, so seine Ausgangsthese, hatten nationalistische Ideen Hochkonjunktur, weil die multiethnischen Realitäten nicht mit dem Ideal des Nationalstaates zusammenpassten: "Wo Fakten fehlten, mussten Mythen und Projektionen in die Vergangenheit (meist ins Mittelalter) einen Legitimationszusammenhang für aktuelle nationalpolitische Forderungen herstellen." Das titoistische Jugoslawien bot zwar "Raum für die Entwicklung einer multiethnischen, multikulturellen Identität, die nationale Gegensätze überwindbar werden ließ", aber Mitte der sechziger Jahre, als die Möglichkeiten extensiven Wirtschaftswachstums ausgereizt waren, geriet das jugoslawische Modell in eine Krise. Schon damals machten sich die ökonomisch fortgeschritteneren Republiken Slowenien und Kroatien für eine Liberalisierung und Dezentralisierung stark. Die Verfassungsänderungen von 1967 und 1968 sowie von 1971 und 1974 zu Gunsten einer Dezentralisierung der Macht und weitgehenden Föderalisierung sollten den Zusammenhalt des Landes stärken, tatsächlich traten sie aber "eine Lawine nationaler Kontroversen los".

Auf die ökonomischen Ursachen für den Zerfall Jugoslawiens geht auch Hannes Hofbauer ein, dessen Aufsatz "Neue Staaten, neue Kriege" über die Jahre 1991 bis 1999 mehr als die Hälfte des Buches umfasst. Hofbauer belegt die unterschiedliche ökonomische Entwicklung der jugoslawischen Republiken und Regionen mit Zahlen. 1990 verfügte Slowenien über ein Bruttoinlandsprodukt von 5.500 US-Dollar pro Kopf, in Kroatien lag das BIP bei 3.400, in Serbien (mit Kosovo und der Vojvodina) bei 2.200 US-Dollar. Kosovo bildete mit 730 US-Dollar das Schlusslicht. Dieses ökonomische Gefälle wurde durch die zunehmende wirtschaftliche Not in einigen Regionen immer brisanter: 35% der Bevölkerung von "Rest-Jugoslawien" lebten 1993 wahrscheinlich unterhalb der Armutsgrenze: "Ein innerjugoslawischer Wirtschaftskrieg ging dem Schießkrieg voraus".

Hofbauer beschreibt die Abhängigkeit der VR Jugoslawien von Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank und betont die Mitverantwortung dieser Institutionen für die Zerstörung Jugoslawiens. Ministerpräsident Ante Markovic verfolgte auf Druck des IWF einen harten Austeritätskurs. Die Sparpolitik "war Voraussetzung für den Erhalt einer weiteren Kredittranche; die ‚Zerschlagung des gesellschaftlichen Sektors und der sozialistischen Selbstverwaltung` musste, laut IWF-Diktion, parallel dazu vonstatten gehen".

Die Regierung der Serbischen Republik unter Slobodan Milosevic boykottierte das Austeritätsprogramm und versuchte "an Mindesterrungenschaften sozialistischer Existenzgarantien festzuhalten, wie sie in den Jahrzehnten nach 1945 aufgebaut worden waren". Hier klingen Hofbauers Formulierungen, als ob er an einen serbischen Sozialismus im Jahre 1990 glaube. Wenige Seiten später erläutert er allerdings die Mittel, mit denen Milosevic die "sozialistischen Errungenschaften" zu sichern suchte: Im Januar 1991 bemächtigte sich Milosevic der Notenbank der Bundesrepublik Jugoslawien und ließ für umgerechnet 1,8 Mrd. US-Dollar Dinar drucken. Für das Wutgeheul von slowenischen und kroatischen Politikern und der westlichen Presse über diese inflationsanheizende Maßnahme zeigt Hofbauer freilich wenig Verständnis. Dadurch, so sein lakonischer Kommentar, wurde Milosevic zum Feind der freien Marktwirtschaft. Damals dürfte auch "im Westen jener

Meinungsumschwung vorbereitet worden sein, der letztlich zur Isolierung Serbiens und zur Zerstörung Jugoslawiens geführt hat".

Hofbauer kritisiert zwar den Zugriff der serbischen Autoritäten auf die Notenpresse, stellt ihn aber als Antwort auf eine sezessionistische Finanzpolitik von Kroatien und Slowenien dar. Ähnlich argumentiert er, wenn es um von Milosevic geschürte großserbische Träume geht, die in seinem Beitrag mitunter als Reaktion auf kroatischen oder slowenischen Nationalismus erscheinen.

Neben den desintegrierenden Nationalismen auf dem Balkan waren es vor allem Deutschland und Österreich, die die Zerstörung Jugoslawiens verursacht haben, so Hofbauers These. Wahrscheinlich überschätzt er den internationalen Einfluss Österreichs ein wenig. Aber seine detaillierte Analyse der Wiener Politik, die Slowenien auf diplomatischem Parkett und im Wirtschaftsbereich schon wie einen unabhängigen Staat behandelte, bevor es von den EG-Gremien anerkannt wurde, ist besonders für Nicht-ÖsterreicherInnen eine interessante Lektüre.

Ein weiterer Schwerpunkt seines Beitrags ist die Kritik an den Medien. Wie antiserbische Nachrichten produziert wurden, zeigt Hofbauer an der Werbefirma "Ruder Finn Global Public Affairs", die gut recherchierte Berichte skrupellos umschrieb und beispielsweise aus Gefangenenlagern von Serben Konzentrationslager machte. "Im Handumdrehen konnten wir die Serben in der öffentlichen Meinung mit den Nazis gleichsetzen", zitiert Hofbauer den Ruder-Finn-Chef James Harff. "Die Presse wandelte umgehend ihren Sprachgebrauch und verwendete ab sofort stark aufgeladene Begriffe wie ethnische Säuberung, Konzentrationslager usw. (...) Die emotionale Aufladung war so stark, dass niemand mehr eine gegenteilige Meinung vertreten konnte."

Am Beitrag von Hannes Hofbauer dürften sich die Geister gerade von ak-LeserInnen scheiden. Denn mitunter wirkt sein Text, der durchaus eine Kampfansage gegen die unkritische, eintönig antiserbische Berichterstattung in den deutschsprachigen Medien ist, etwas unkritisch gegenüber der serbischen Politik. Das liegt auch an seinem teilweise sehr polemischen Stil. Dabei benutzt er häufiger Begriffe, die an den Nazi-Jargon erinnern, zum Beispiel "Heimatfront" oder "serbenfrei" - Hofbauer gebraucht sie allerdings meist ohne Anführungsstriche. Eine so bissig-zynische Wortwahl mag in einen politischen Kommentar passen, in einem Buchbeitrag mit analytischem Anspruch stört sie.

Wenn Hofbauer in seinem Beitrag häufiger die Stilart wechselt und in einigen Passagen polemisch bleibt, liegt das vielleicht an der schnellen Entstehung des Bandes, der erst im April 1999 konzipiert wurde und bereits zur Buchmesse im Herbst erschienen ist. Die eilige Produktion erklärt wahrscheinlich auch, warum die Aufsätze über "Die ökonomische Rationalität hinter der Zerschlagung Jugoslawiens" von Michel Chossudovsky (Ottawa) und über die Rolle der Religionen von Wolfgang Geier eher skizzenhaft bleiben. Auch den relativ kurzen, abschließenden Text über die Rolle der NATO im Kosovo-Krieg von Andre Gunder Frank hätte man sich ausführlicher gewünscht.

Die historisch fundierten Aufsätze dieses lesenswerten Sammelbandes sind durchaus unterschiedlich, sowohl was ihren methodischen Ansatz wie ihre politische Ausrichtung betrifft. Sie widerlegen den Mythos von "humanitären Krieg" und machen die Interessenlage der von Deutschland dominierten EU und der USA deutlich. Gleichzeitig zeigen sie die inhaltliche Dürftigkeit und die erschreckende Propagandarolle, mit der sich die Medien während der jugoslawischen Kriege begnügt haben.

Angela Martin

Hannes Hofbauer (Hg.): Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens, ProMedia-Verlag, Wien 1999, 263 Seiten,

24,90 DM.

14. Der Laufzeitenschacher

Autor: Stefan Scheloske · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:05

Ob nun noch im Januar oder doch erst im Februar oder März - die möglichen Ergebnisse eines vermeintlichen Konsens zwischen der rot-grünen Bundesregierung und der Atomwirtschaft zeichnen sich ganz allmählich ab. Die Ende letzten Jahres erfolgte Festlegung der Grünen Bundestagsfraktion auf einen Ausstieg mit einer Laufzeit von 30 Jahren je Reaktor war ein deutlicher Schritt. Zusätzlich haben Trittin und Fischer sich darauf eingelassen, den Weiterbetrieb der AKWs nicht lediglich nach Betriebs- oder Volllastjahren zu verhandeln. Stattdessen soll eine maximale Strommenge festgelegt werden, die noch atomar hergestellt werden darf. Welche Anlagen wann abgeschaltet werden, entscheidet dann die Atomwirtschaft. Trotz allen Flügelschlagens: dieser Vorschlag der Grünen Verhandlungsleitung dürfte die Atomwirtschaft mehr als nur interessieren und könnte einen wichtigen Schritt zu einem Konsens darstellen. Unser Autor zeigt auf, worum es geht.

Es ist schon Monate her, da erkannten Joschka Fischer und Jürgen Trittin ein Problem: Ein Konsens mit der Atomindustrie wäre immer mit Laufzeiten von mindestens 30 Jahren verbunden. So würden bis zur nächsten Bundestagswahl nur ein oder zwei AKWs abgeschaltet. Zu wenig für die Grünen, die nach Kosovo-Krieg, Testpanzer an die Türkei usw. endlich einen Erfolg brauchen, um den geneigten WählerInnen ihre Existenzberechtigung nachzuweisen.

Da kamen sie auf den glorreichen Gedanken des Laufzeitenhandels, also eines Tauschs von (Rest-) Laufzeiten zwischen guten (sprich modernen, rentablen) und schlechten (sprich alten, unrentablen) AKWs. Damit konnten sie sicher sein, auch den Geschmack der Betreiber getroffen zu haben. Sind doch alte AKWs wie Brunsbüttel und Stade unwirtschaftlich, wie u.a. ein Gutachten im Auftrag der Hansestadt Hamburg nachweist (vgl. ak 429).

Der Zynismus eines Handels mit Restrisiken erschließt sich aus der Minister-Warte natürlich nicht so leicht und passt ja zur kapitalistischen Durchdringung der Umweltpolitik, die auch z.B. bei den sogenannten "Klimaschutzkonferenzen" beobachtet werden konnte. Dort geht es darum, ob und zu welchen Preisen den weniger industrialisierten Ländern CO2-Ausstoß-Zertifikate abgekauft werden können. Auf das Atom-Thema gemünzt: Wenn Krümmel hochgeht, können sich die HamburgerInnen damit trösten, dass Stade sie nicht mehr erwischen kann!

An diesem "Basis-Vorschlag", auf dessen Idee letztlich die aktuell diskutierte Variante einer "Gesamtstrommenge" beruht, die beliebig zwischen den AKWs (eines Betreibers?) hin- und hergeschoben werden kann, erscheint eines widersinnig: Warum um alles in der Welt sollen die Betreiber dafür, dass sie unrentable Kraftwerke stilllegen, eine Prämie in Form von verlängerten Laufzeiten anderer AKWs bekommen, an denen sie ein wirtschaftliches Interesse haben? Die Vermeidung eines betriebswirtschaftlichen Verlustes (z.B. im Vergleich zur Erzeugung der gleichen Strommenge in einem modernen Gas-Kraftwerk) sollte nach den gängigen turbokapitalistischen Kriterien eigentlich Anreiz genug sein, eine Stilllegung nicht noch weiter hinauszuzögern. Durch eben diesen Mechanismus hofften ja auch Fischer und Trittin, die Stilllegung einer ganzen Reihe von Alt-Reaktoren auf freiwilliger Basis vor der nächsten Wahl zu erreichen.

Nach welchen Tauschregeln Fischer und Trittin den "Swap" von Laufzeiten vorgesehen hatten, ist nicht genau bekannt. Die neue Variante eines Gesamtkontingentes von 2500 tWh lässt hier keine Fragen offen, die Errechnung der Restlaufzeiten ist ein einfaches Rechenexempel:

Die Tauschregeln von Fischer und Trittin

Jetzt hatten wir uns gerade so schön an das Rechnen in RBJ (Reaktorbetriebsjahren) gewöhnt: 1 Super-Gau alle 10.000 Jahre - wie doch die Zeit vergeht - rein statistisch natürlich, heißt bei rund 400 AKWs weltweit: so gegen 2010 wieder. Kann auch früher sein, so viel Statistik haben wir begriffen. Das ging uns gerade schon recht flott von der Hand, da müssen wir uns wieder an was neues gewöhnen: die tWh - die TeraWattStunde. JedeR kennt die Kilowattstunde vom häuslichen Stromsparwettbewerb her: 1 Tag 40-Watt-Birne an macht 1 kWh. Außerdem kostet die kWh 19 Pfennig, es sei denn, sie kommt aus der Solarzelle, dann 2 Mark. Und eine tWh ist eine Milliarde kWh, ganz einfach: 1 tWh = 1.000.000.000 kWh.

Da könnt Ihr Euch nichts drunter vorstellen? Also: Mensch kann RBJ und tWh ineinander umrechnen. Unter gewissen Annahmen, denn seien wir mal ganz ehrlich: Ist denn ein RBJ in einem Riesen-AKW wie Grohnde mit dem eines "Hosentaschen-Kraftwerks" wie Stade vergleichbar? Nein, das war doch nicht ganz gerecht. Wenn es hoch geht, ist es zwar egal, aber bei Grohnde kommt doch viel mehr Strom und damit Geld raus, deshalb zählt es jetzt doppelt! Und schon steht die (Faust-)Formel: 1 RBJ/Stade = 5 tWh, 1 RBJ/Grohnde = 10 tWh. So, nun könnt Ihr Euch unter den 2.500 Terawattstunden, die im (Konsens-)Gespräch sind, etwas vorstellen. Keine Regel ohne Ausnahme: 1 RBJ/Mülheim-Kärlich = 0 tWh (= 0 kWh), obwohl Mülheim-Kärlich ein großes AKW ist. Ist aber auch wieder logisch, denn bei Mülheim-Kärlich kommt überhaupt kein Geld raus, sondern geht immer nur hinein und ist dann weg.

Bevor Ihr Euch jetzt fragt: "Hä, 2.500 Terawattstunden? Warum soll ich 7,5 Milliarden Jahre das Licht brennen lassen?", kommen wir lieber zum Kern der aktuellen Debatte:

Nehmen wir an, Obrigheim, Stade, Brunsbüttel und Biblis A würden kurzfristig stillgelegt, um der kleineren Regierungspartei ihren Anteil am Konsens-Kuchen zu gewähren. Bei den restlichen AKWs handelt es sich vereinfacht gesagt um 12 Kraftwerke der 1.300 MW-Klasse und 3 der 900 MW-Klasse (Philippsburg 1, Neckarwestheim 1, Ohu 1). Eine Verfügbarkeit von knapp 80 % angenommen (etwas weniger als heute, aber je älter die AKWs werden, desto öfter wird auch mal was kaputt gehen), kommen wir auf rund 9 tWh pro "großem" und 6 tWh pro "kleinem" Reaktorbetriebsjahr. Oder einer Laufzeit aller AKWs bis 2019. Oder von Grohnde allein bis 2277 (kein Druckfehler!).

Dieses Extrembeispiel ist natürlich Quatsch, denn selbst das Deutsche Atomforum würde kein AKW 300 Jahre lang betreiben (nehme ich jedenfalls mal an ...). Aber nach allen "Pool-Modellen", die ich kenne, können die Betreiber die Restlaufzeiten bzw. Terawattstunden nach Belieben auf ihre AKWs verteilen. Andere als wirtschaftliche Kriterien für den Tausch von Laufzeiten sind mir nicht zu Ohren gekommen. Wo blieben denn nun, frage ich mich, die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden? Eine vertraglich zugestandene und durch Stilllegung anderer Kapazitäten erkaufte Restlaufzeit könnte von Auflagen o. ä. nicht mehr tangiert werden. Wenn das Kraftwerk mal steht, weil es repariert werden muss, wird die Zeit eben hinten wieder dran gehängt. Atomabteilungen in den Wirtschafts- und Umweltministerien, Bundesamt für Strahlenschutz und dergleichen würden arbeitslos, denn der ungestörte Betrieb wird vertraglich garantiert. In Wirtschaftsminister Müllers Vertragsentwurf von Mitte 1999 heißt es wörtlich: "Eine Ausnutzung der Restlaufzeiten wird ... nicht durch behördliche Interventionen gestört". Aktueller Stand von Sicherheit und Technik? - Nie gehört! Nachrüstung? Haha!!

Wir halten also fest: Der Restbetrieb soll nicht gestört werden und soll so kostengünstig wie möglich sein. Und: er ist so lang, dass mensch eigentlich gar nicht von RESTbetrieb sprechen kann. Wie errechnet, würde er sich auf ca. 20 Jahre belaufen, bezogen auf den Durchschnitt der nach dem Modell verbleibenden 15 AKWs. Das bedeutet z.B. folgendes:

1. Diese AKWs sind bereits im Schnitt ca. 15 Jahre in Betrieb. Sie würden also eine durchschnittliche Laufzeit von 35 Jahren erreichen. Habe ich irgendwo was von "Ausstieg" gehört?

2. Die genannten 15 AKWs hätten noch nicht einmal "Halbzeit". Frech!

3. Würde allen AKWs die gleiche Laufzeit zugestanden, würde das letzte ca. 2024 vom Netz gehen. In Wirklichkeit ist zu vermuten, dass ältere AKWs früher stillgelegt würden und neuere eher noch länger laufen würden. NOCH 30 Jahre Atomkraft?

Als Argumente für einen Konsens - die trotz der o.g. Tatsachen immer noch von Leuten vertreten werden, die von sich behaupten, sie seien gegen Atomkraft - , bleiben nach kurzer Diskussion in der Regel zwei übrig, die ich noch kurz betrachten will und die sehr stark zusammenhängen:

1. Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach.

2. Ohne Konsens dauert alles noch viel länger.

Zu 1.: Vier AKWs - nach anderen Verlautbarungen auch nur eines oder zwei - könnten innerhalb der nächsten drei Jahre stillgelegt werden. Dabei handelt es sich um alte, unwirtschaftliche AKWs, zu deren Daseinsberechtigung vermutlich gehört, dass sie immerhin noch als Verhandlungsmasse zur Durchsetzung

des Weiterbetriebs anderer AKWs taugen. Und: es wird unmittelbar überhaupt kein AKW stillgelegt, also gibt es eigentlich gar keinen Spatz in der Hand.

Kommt überhaupt kein Geld raus

Zu 2.: Mit Konsens dauert es 25 oder 30 Jahre, bis das letzte AKW in der BRD stillgelegt wird. Wesentlich länger kann es gar nicht dauern, da schon damit die durchschnittliche Lebensdauer aller bisher aus technischen Gründen stillgelegten AKWs weit übertroffen wäre. Würgassen erreichte nur 24 Jahre, dann war es zu aufwendig, es sicherheitstechnisch nachzurüsten. Die Frage der Wirtschaftlichkeit von Nachrüstungen wäre mit einem Konsens aber hinfällig. Denn zum Konsens gehört, dass Behörden und Betreiber noch mehr als bisher in Frieden miteinander leben, während es bis dato doch hin und wieder möglich war, einen Keil zwischen die verschiedenen Fraktionen der Atommafia zu treiben. Dazu gehören auch die dezentralen Zwischenlager und die ungestörten Atomtransporte. Der ungestörte Weiterbetrieb wird also auch durch physische Fakten zementiert und der Anti-AKW-Bewegung Eingriffsmöglichkeiten genommen. So hat z.B. das AKW Obrigheim kein Entsorgungsproblem mehr, jedenfalls für die Zeiträume, in denen die Betreiber denken. Konsens bringt nichts und kostet uns viel. Im übrigen frage ich mich, warum die gehandelten Restlaufzeiten von Konsensanlauf zu Konsensanlauf länger werden. Denn - wie es in der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 9.12.99 heißt: "Beim ersten Versuch war noch von 20jährigen Ausstiegsfristen die Rede. Die galten damals als zu lang." Das war 1992!

Stefan Scheloske

ist im atomplenum Hannover aktiv.

"Der sofortige Ausstieg aus

der Atomenergie ist aus

Überlebensgründen notwendig und

gleichzeitig auch technisch und

wirtschaftlich machbar."

(aus dem Kongress-Reader "Atomenergie am Ende" der Grünen NRW, 22./23.5.1993)

15. Atomares aus aller Welt

Autor: Jürgen Sattari · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:06

Gegen Anti-AKW-Gruppen in Niederlanden

Die BNFL, die Britische Eigentümerin der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Sellafield und die GNK, die holländische Eigentümerin des (abgeschalteten) Atomreaktors in Dodewaard, Niederlande, haben WISE INTERNATIONAL (World Information Service on Energy mit Sitz in den Niederlanden) aufgefordert, auf Aktionen gegen die Transporte abgebrannter Brennelemente aus dem AKW Dodewaard zur WAA in Sellafield (GB) zu verzichten. Falls WISE nicht reagiert, soll ein Verbot gerichtlich erwirkt werden.

WISE betrachtet diesen Versuch, den Protest gegen die atomare Verseuchung zum Schweigen zu bringen, als lächerlich und wird mit der Organisierung des Protestes fortfahren: "Wir werden unser Bestes tun, um die Transporte zu stoppen."

Im vergangenen Jahr war WISE hauptsächlich damit beschäftigt, Transporte hochradioaktiven Materials vom Forschungsreaktor in Petten und den Reaktoren in Dodewaard und Borssele zu verschiedenen anderen Orten zu begleiten. Im Sommer 1998 trug eine Veröffentlichung von WISE dazu bei, dass auch bei den niederländischen Transporten die "Aussenkontamination" festgestellt wurde. WISE machte Druck, damit u.a. der Forschungsreaktor in Petten weniger gefährliche Brennelemente benutzte. Im Januar 1999 kündigte WISE Aktionen gegen Atomtransporte u. a. von Dodewaard an.

Die GKN und die BFLN fordern, dass WISE schriftlich versichert, keine Aktionen zu machen, welche die Transporte abgebranntem radioaktivem Material verzögern oder die freie Fahrt behindern könnten. Falls WISE nicht freiwillig einwillige, soll das Verbot gerichtlich erwirkt werden. Damit würde dies zu einer Grundsatzfrage werden.

Auch wenn ein Rechtsstreit ziemlich riskant für WISE ist (in einem ähnlichen Fall gegen "Greenpeace" wurde den Klägern Recht gegeben und "Greenpeace" musste alle Kosten tragen) hat WISE entschieden, sich nicht zu beugen. "Es ist für WISE von grundlegender Bedeutung zu zeigen, dass wir nicht alleine stehen, und dass, falls wir den Prozess verlieren sollten, noch mehr Organisationen bereit sind, die Aktionen fortzuführen."

MOX-Probleme in der Schweiz und in Japan

Das schweizerische Federal Nuclear Safety Inspectorate hat berichtet, dass drei MOX-Brennelemente, die 1996 von der British Nuclear Fuels (BNFL) für das AKW Beznau 1 geliefert worden sind, nach einem Betriebsjahr beschädigt gewesen seien. Neun weitere MOX-Brennelemente mussten vorzeitig zu Untersuchungen. BNFL behauptet, dass die Probleme nicht mit den MOX-Brennelement-Pellets in Verbindung stehen, sondern mit den "Fuel Pins", in den sie hineingeladen werden.

Auch in Japan gibt es Probleme: Zwischen der British Nuclear Fuels (BNFL), Kansai Electric Power, weiteren japanischen Atomfirmen und dem japanischen Ministerium für Handel und Industrie (MITI) gibt es weiterhin Diskussionen über die Zukunft der MOX-Fabrikation für japanische Reaktoren.

Trotz der Ankündigung von Kansai, dass es weiterhin keine MOX-Brennelemente, die von BNFL für das AKW Takahama 4 ausgeliefert wurden, verwenden wird, glauben beide Firmen an eine gütliche Einigung bezüglich der technischen Spezifikationen, obwohl im vergangenen Jahr Qualitäts-Kontroll-Daten durch BNFL gefälscht worden waren.

Frankreich exportiert Atommüll

Vier Container mit insgesamt 104 Behältern voll mit verglastem Atommüll sind am 29.12.1999 von Cherbourg aus mit der Pacific Swan via Panamakanal Richtung Japan ausgelaufen. Dort sollen sie Mitte Februar 2000 ankommen.

British Nuclear Fuels auf Expansionskurs

British Nuclear Fuels (BNFL) hat angekündigt, dass es ABB's (Asea Brown Bovery) Nuclear Fuels Operation für 485 Mio. US-Dollar kaufen wolle. Die Aquisition ermöglicht es BNFL, den Markt der Brennelemente für BWR zu übernehmen.

Zugleich wurde von British Nuclear Fuels und Westinghouse Electric Co. eine neue Firma zur Brennelementherstellung gegründet, die als weltweiter Lieferant auftreten soll: die Nuclear Fuel Business Unit (NFBU). Sie gehört zu 100% der BNFL. Einer der ersten Aufträge der NFBU wird es sein, die Wiederbeladung der VVER-440 Brennelemente zwischen Mitte 2001 und 2005 im finnischen AKW Loviisa vorzunehmen.

Atomreaktoren ans Netz

Das slowakische AKW Mochovce 2 wurde am 29.12.1999 an das öffentliche Stromnetz gekoppelt und wird mit einer Leistung von 20% betrieben.

Das französische AKW Civaux 2 wurde am 27.11.1999 kritisch und sollte Ende 1999 an das öffentliche Netz angeschlossen werden.

Das indische AKW Kaiga 2 hat Ende Dezember 1999 mit dem kommerziellen Betrieb begonnen. Zwischenzeitlich wurde das AKW runtergefahren, da eine Turbine vibrierte; erst im März 2000 wird der 222 MW-Reaktor die volle Leistung erreichen. Auch das indische AKW Rajasthan 3 hat am 25.12.1999 die Kritikalität erreicht und soll im Frühjahr 2000 ans öffentliche Netz gehen.

Widerstand in Korea

Ca. 1.000 DorfbewohnerInnen und UmweltschützerInnen haben am 27.12.1999 in Südkorea gegen die Pläne der Regierung zum Bau neuer AKW demonstriert. Der Protest in Wolsong richtete sich gegen die Energiepolitik des Landes und fand am Rande der offiziellen Einweihungsfeier von zwei AKW in Wolsong statt, zu der Vertreter der Regierung und der staatlichen Betreibergesellschaft Korea Electric Power zusammengekommen waren.

In Korea sind bisher elf AKW am Netz, fünf befinden sich im Bau. Bis 2015 will die Regierung weitere elf AKW errichten. Allein in Wolsong befinden sich vier AKW und vier weitere sind an diesem Standort geplant. Korea bezieht 40% der Energie aus Atomstrom. Die beiden gefeierten Reaktoren sind bereits seit Juli 98 und Oktober 99 in Betrieb, aber wegen "interner Verfahren" wurde die offizielle Einweihungsfeier immer wieder verschoben. Seit Anfang Oktober 99 sind nämlich 46 Liter radioaktives Wasser ausgetreten und 22 Arbeiter radioaktiv verseucht worden.

Mehr Infos? Im Internet auf der Homepage des Autors: http://www.anti-atom.de

Jürgen Sattari

16. Vorsicht an der Bahnsteigkante. Wendland erwartet Atommüll ab März

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:19

Die Vorbereitungen gegen einen Castor-Transport ins wendländische Gorleben werden konkreter. Die BI Lüchow-Dannenberg geht inzwischen davon aus, dass es noch im März oder April ernst werden könnte. Im Süden der Republik bereiten sich Anti-AKW-Gruppen darauf vor, dass erste Transporte noch im Frühjahr in Richtung Ahaus oder aber zu den Wiederaufarbeitungsanlagen in La Hague und/oder Sellafield rollen könnten. Lediglich am AKW Stade, das bislang als dringend transportverdächtig angesehen wurde, scheinen Transporte zumindest in nächster Zeit immer unwahrscheinlicher.

Im Wendland verlässt man sich nicht auf die starken Worte aus dem niedersächsischen Innenministerium. Wiederholt hat Innenminister Heiner Bartling (SPD) darauf hingewiesen, dass Niedersachsen angesichts der im Juni beginnenden EXPO 2000 dieses Jahr nicht mehr in der Lage sei, einen Atomtransport nach Gorleben zu schützen.

Rund 3.000 PolizistInnen sind während der EXPO täglich im Einsatz, darunter schon massive Unterstützung aus anderen Bundesländern. Schon das bringt Überstunden ohne Ende. Norbert Spinrath, Chef der Gewerkschaft der Polizei, forderte inzwischen, dass Atomtransporte erst nach einem Konsens der Regierung mit den AtomkraftgegnerInnen wieder zugelassen werden sollten.

Sicher ist, dass der Castor wohl auf einer neuen Strecke seinen Weg nach Gorleben finden muss. Nachdem die bisherige Strecke auf Grund einer reparaturbedürftigen Brücke nicht passierbar ist, sollen die derzeit im französischen La Hague bereitstehenden sechs Transporte mit hochradioaktivem Atommüll über Sachsen-Anhalt angekarrt werden. In Arendsee sollen die sechs Behälter auf die Straße umgeladen werden. Der Umschlagplatz ist ungesichert, die Straßen sind schmal, führen durch viele kleine Ortschaften und Wälder, die Länge der Transportstrecke auf der Straße verdoppelt sich. Das erfordert einerseits enorm viel Polizei und bietet andererseits jede Menge Eingreifmöglichen für die Anti-AKW-Bewegung.

Nach Angaben der Berliner Zeitung sollen Transporte nach Ahaus und Gorleben jedoch nicht vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen (Mai) stattfinden. Das Blatt beruft sich auf Regierungskreise. Laut Berliner Zeitung würde die unmittelbar bevorstehenden Transportgenehmigungen lediglich der Verbesserung des Klimas in den Konsens-Verhandlungen dienen. Statt diese Genehmigungen sofort zu Transporten zu nutzen, soll den Betreibern die Möglichkeit eingeräumt werden, beladene Atommüllbehälter für einige Zeit auf ihrem Betriebsgelände zu lagern und diese dann erst im Sommer oder später auf die Reise zu schicken. Auf diese Weise könnten auch diejenigen AKWs, deren Lager demnächst überlaufen würden, den Entsorgungsnotstand verhindern und ungestört weiter am Netz bleiben.

Auszuschließen ist ein solches Szenario nicht. Doch so nachvollziehbar es aus Regierungssicht aus wäre, Transporte bis hinter die NRW-Wahlen zu verschieben: Bei der BI Lüchow-Dannenberg sollen sich die Anzeichen für einen Transport im März/April immer mehr verdichten. Entsprechend hat man sich mit AtomgegnerInnen aus dem Raum Salzwedel-Arendsee zusammengetan und das bisherige Streckenkonzept den neuen Anforderungen angepasst.

Auch im Gebiet von Hessen (Biblis) und Baden-Württemberg (Neckarwestheim) geht man davon aus, dass es mit den Transporten schon vor dem Sommer wieder losgehen könnte. 30 süddeutsche Initiativen haben Anfang Januar in Heidelberg ihre gemeinsamen Aktivitäten weiter abgesprochen. Denn die Betreiber in Neckarwestheim und Biblis planen nicht nur Transporte nach Ahaus. Ein entsprechender Transport soll bis spätestens zum 24. November durchgeführt werden. Bis Ende Dezember, so ein weiterer Transportantrag, soll Atommüll wieder nach Sellafield in England gehen. Das gleiche Ziel soll von Biblis aus angesteuert werden, außerdem noch Transporte nach La Hague. Mit einer breit gefächerten Veranstaltungsserie wollen die süddeutschen Gruppen bis dahin die Öffentlichkeit auf die Risiken der Atomenergie aufmerksam machen und der Bundesregierung Handlungsalternativen zum Konsens aufzeigen. Parallel laufen die Planungen für "Widerstand-Camps" an den jeweiligen Reaktoren, denn schon bei der Abfahrt sollen die Transporte blockiert werden. Mit Sonntagsspaziergängen, z.B. am 23. Januar ab 14 Uhr am AKW Biblis, soll das Spielfeld schon mal sondiert werden.

Von der Liste der dringend auf Atomtransporte angewiesenen Reaktoren kann man das AKW Stade vermutlich streichen. Das niedersächsische Umweltministerium hat ebenfalls Anfang Januar klargemacht, dass die Betreiber von Stade vermutlich das beantragte zusätzliche Lagergestell einsetzen können. Damit können die Betreiber erheblich mehr abgebrannte Brennelemente als bisher im Lager unterbringen und den für den 11. Februar vorgesehenen Brennelementewechsel planmäßig durchführen. Eine Stilllegung wegen mangelnder Entsorgung ist dann nicht mehr erforderlich. Das Umweltministerium, das im Herbst letzten Jahres den Einbau dieses Gestells noch als "wesentliche Änderung" im Rahmen des Atomgesetzes bezeichnet hatte, sieht bis heute keine Gründe, um eine Öffentlichkeitsbeteiligung anzuordnen. Dadurch wird eine schnelle Genehmigung möglich. Andernfalls wären eine zweimonatige Auslegung der Antragsunterlagen und ein Erörterungstermin Pflicht gewesen. Stade wäre dann längst vom Netz. Die offizielle Erklärung des Ministeriums steht zwar noch aus. Aber am Ergebnis der ministeriellen Prüfung dürfte nun kein Zweifel mehr bestehen. Ob Bundesumweltminister Jürgen Trittin nun durchatmet, weil seine Zusage, keine Verstopfungsstrategie an der Atommüllfrage zu betreiben, nun eingehalten wird, - darüber darf man spekulieren.

DSe

Weitere Infos: BI Lüchow-Dannenberg, Drahwehnerstr. 3, 29439 Lüchow, Tel: 05841-4684, Fax: 05841-3197, www.bi-luechow-dannenberg.de. Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim, anti-akw.neckarwestheim@s.netic.de,

Infotel: 07141-903363, Fax: 07141-923991, www.i-st.net/~buendnis/

17. Raus aus den Betonburgen. Für eine Politisierung der Anti-AKW-Bewegung

Autor: DSe · Rubrik: Grüne Parlamentsarbeit; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:04

Die letzte Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Dannenberg hat viele Beteiligte rat- und fassungslos zurückgelassen. Offenbar brachte diese Konferenz nicht nur wie viele zuvor nichts an greifbaren Ergebnissen oder gemeinsamen Verabredungen für die Zukunft. Nicht einmal die erforderlichen Debatten wurden geführt. Die zentrale Frage nach der Konferenz: Wozu ist so was eigentlich gut? Antworten fallen bekanntermaßen nicht vom Himmel. Deshalb soll im folgenden versucht werden, einige der dringend zu diskutierenden Aspekte herauszuarbeiten:

Wer glaubt, die Konferenzen der Anti-AKW-Bewegung dienten dazu, politische Diskussionen zu führen, Übereinkünfte zu treffen und bundesweite Aktionen gemeinsam vorzubereiten, der/die irrt, - und zwar gewaltig. Im Grunde könnten nahezu alle Konferenzen der letzten Jahre unter einem Motto laufen: "Wir stellen uns quer". Und zwar gegen uns selbst!

Inzwischen herrscht eine Haltung vor, die die Konferenzen als reine Unterhaltungsshow betrachtet. Was die Vorbereitungsgruppe anbietet, wird ebenso artig konsumiert wie die Volksküche. Fast bekommt man den Eindruck, als sei der Freitag und der Samstag lediglich die mühselige Vorbreitung auf die abendliche Partie. Und was sollen die Ergebnisse einer solchen Konferenz sein? Die meisten würden mit den Schultern zucken: So konkret kann man das nicht sagen? Das Kuriose ist doch, dass viele zwar extrem unzufrieden nach Hause fahren (aber man hat viele Leute wiedergetroffen), aber was anders werden muss, darüber wird bestenfalls noch die nächsten drei Tage nachgedacht. Doch: Wer so wenig über die ihn umgebende Welt nachdenken mag, wer nicht bereit ist, sich intensiv mit dem sicher drastisch wandelnden politischen Umfeld und der politischen Realität in diesem Land auseinander zu setzen, - was will der wohl noch verändern? Alte Antworten, alte Reaktionsweisen reichen schon lange nicht mehr aus.

Wer auf der Frühjahrskonferenz in Heidelberg (vgl. ak 425) oder krasser noch in Berlin (ak 419) im Herbst 98 dabei war, erlebte im Grunde ein politisches Grauen. Da gab es z.B. eine nagelneue rot-grüne Bundesregierung, und bevor die auch nur irgendetwas tun konnte, wusste man schon in Berlin, dass man nichts zu erwarten hätte. In der amtlichen Tagesordnung der Konferenz war für den Regierungswechsel und eine politische Debatte darüber kein Platz.

Nicht einmal auf triviale Weise wäre es richtig, dass Rot-Grün nichts bringt. Im Gegenteil bedeutet die rot-grüne Regierung eine vermutlich tiefe Zäsur im politischen Koordinatensystem der BRD und wird deshalb gravierenden Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten nicht nur der Anti-AKW-Bewegung haben. Die grüne Beteiligung an der Regierung stellt doch viele Menschen vor die schlichte Frage: wenn nicht mal die den Ausstieg kurzfristig durchsetzen können, wer dann? Und wer könnte diese Frage heute beantworten? Und welche politische Folgen hat eine solche Sichtweise (ehemaliger) MitstreiterInnen? Resignation? Da kann man dann eben nichts machen?! Wozu dann noch auf die Straße gehen? Und was bewirkt das bei uns, in den Initiativen und Gruppen? Darüber wird bestenfalls mal in der Kneipe nach dem sechsten Korn geredet, eine politische Debatte gibt es nicht.

Grüne Regierer verändern die Verhältnisse

Dabei wissen wir bereits aus den grünen Regierungsbeteiligungen auf Länderebene wie sehr der Widerstand dadurch behindert wurde. Viele waren bereit, den Grünen eine Chance zu geben. Und viele, die in die Grünen Hoffnungen gesetzt hatten, zogen sich später aus der Politik zurück. Ein solcher Effekt dürfte auf Bundesebene erheblich krasser verlaufen.

Doch das ist nur eine Seite der Realität: Die andere Seite besteht in den Menschen, die auch in der grünen Partei wie Hunde leiden, wenn sie heutige grüne Politik erleben. Wer diese schlicht ignoriert, sie nicht in eine Debatte einzubeziehen versucht, nimmt sich selbst doch jeden Handlungspielraum, gibt von vornherein die Chance verloren, aus dem massiven Rechtskurs der Grünen zumindest teilweise einen politischen Gewinn zu erzielen. Wer stattdessen einfach die Parole ausgibt, "mit den Grünen reden wir nicht mehr" und dies sogar

noch für "links" hält, schüttet das Kind mit dem Bade aus. Die Frage muss doch lauten: Wie geht man mit Tausenden von politisch Aktiven in Kreisen, Bezirken, Städten und Dörfern um? Mit denen, denen es selbst graut, wenn sie die Bonner und Berliner Verlautbarungen hören. Die im Rahmen der Lokalpolitik für vernünftige (linke) Projekte streiten, die aber für sich keine politische Alternative jenseits der Grünen sehen? Natürlich, - dann sollen sie doch austreten. Und wenn sie es nicht tun? Genau, - dann reden wir nicht mehr mit denen.

Klar, dass das zu nichts führt. Wie soll es mit so einer Einstellung eigentlich gelingen, diese Gesellschaft zu verändern, wenn man nicht mal mehr mit den Grünen sprechen will (was ja nicht heißt, dass man ihre Positionen nicht scharf kritisieren kann)? Wie großartig müssen unsere (!linken!) Medien eigentlich sein, damit sie Kraft des geschriebenen Wortes doch die Massen überzeugen? Wie sagenhaft erhellend sind unsere Flugblätter, dass Millionen sofort alles stehen und liegen lassen, um mit uns gemeinsam eine anti-atomare oder gar anti-kapitalistische Welt aufzubauen?

Dass derart wenig über die politische Landschaft in diesem Land gesprochen wird, dürfte aber auch damit zu tun haben, dass die Anti-AKW-Bewegung nur noch in wenigen Regionen überhaupt Politik macht. Fast überwiegend ist es doch heute so, dass AKW-Widerstand lediglich noch in der Form eines Flugblattes mit beiliegender Aktion stattfindet. Wenn dabei überhaupt mal ein Bürger herumstehen sollte, bekommt er eines der Blätter verpasst. Das war dann Bürgerdialog.

Widerstand wird nur noch als Aktion begriffen, die am besten auf einer Schiene und noch besser mit einem Castor davor abläuft. Doch das reicht einfach nicht. Wie vermitteln wir derartige Aktionen in der Bevölkerung, wie überzeugen wir andere Menschen, dass unsere Aktionen nicht nur legitim sind. Wie machen wir klar, dass wir nur gemeinsam etwas ändern können? Wer rennt den Regierenden, den Herrschenden, den Parteien, den Verbänden, den Lobbyisten, den Geschäftsführern, den Stadtteilgruppen, Verbraucherverbänden, Gewerkschaften, Orts- und Kreisverbänden und und und die Bude ein und fordert die Debatte, fordert Erklärungen für politischen Wahnsinn, für Ungerechtigkeit und Unterdrückung? Wie soll das gehen, wenn die Lust auf Debatte nicht einmal untereinander vorhanden ist?

Mit VertreterInnen politischer Parteien, womöglich den etablierten, gibt es keine Diskussion. Bündnispolitik, die danach sucht, möglichst viele gesellschaftliche Kräfte (und nicht nur die eigene Szene) in eine politische Diskussion (!) einzubinden, dabei leidenschaftlich über die gemeinsamen Inhalte zu streiten, gibt es nicht. Es ist geradezu beklemmend, wenn zum Beispiel der PDS verweigert wird, als Organisation den Aufruf der Berlin-Demo zu unterschreiben (und dies von grünen BewegungskämpferInnen durchgesetzt wird, vgl. ak 432 S.2). Wenn eine große und in Teilen linke Partei sich den Zielen der Anti-AKW-Bewegung anschließen will und mit der Unterschrift unter einem Flugblatt dies öffentlich nachlesbar dokumentiert, dann ist dies in aller Regel gut und nicht schlecht. Gut, weil eine Organisation, die nicht gerade die Anti-AKW-Arbeit erfunden hat und in Ostdeutschland sicher auch Leute zu ihren Mitgliedern zählt, die in DDR-Zeiten den atomaren Segnungen positiv gegenüber stand, sich politisch bewegt, inhaltliche Veränderungen (in unsere Richtung) vollzieht. Ist nicht unser Ziel, so viel politische Macht in diesem Land zu organisieren, um den Druck auf Regierung und Wirtschaft so stark zu machen, dass der Ausstieg möglich wird?

Politische Veränderung hat schlicht damit zu tun, in den Köpfen der Menschen die Vorstellung zu initiieren, dass es anders, - besser sein kann. Dazu braucht man 1. Fragen und Antworten, wie es anders sein kann, und 2. muss man sich die endlose und anstrengende Arbeit machen, mit möglichst vielen Menschen in die Debatte zu kommen, darüber zu diskutieren, wie es denn besser werden könnte.

Doch statt solcher Haltungen zeigen zumindest die Teile der Anti-AKW-Bewegung, die sich auf den Konferenzen rumtreiben, überwiegend ein vollkommenes Desinteresse. Doch das Problem scheint mir nicht mit verbesserter Ablaufplanung beherrschbar zu werden. Vielmehr muss sich in den Köpfen der Linken etwas Entscheidendes ändern. Wenn der eigene Frust, das Erleben, dass man in den vergangenen Jahren immer weniger geworden ist, die Linke fast ausgestorben ist, das Gefühl, alles schon mal erlebt zu haben, die Schwarz-Weiß Malerei von den Bösen und Guten, von denen da draußen und uns hier drinnen: wenn dies nicht überwunden wird, dann gibt es für die Anti-AKW-Bewegung keine politische Zukunft. Wer den Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten im Grunde aufgegeben hat und lediglich mit scheinradikalen Platitüden Abgrenzungsmauern (Marke: klare Inhalte) um sich zieht, der/die kann doch nicht wirklich was verändern.

Wie verändern wir die Verhältnisse?

Was wir brauchen, ist eine Debatte über die schlichte Frage: Wie eigentlich stellen wir uns vor, dass eine Gesellschaft wie wir sie hier haben, gravierend und radikal verändert werden kann. Wie funktioniert politischer und gesellschaftlicher Wandel? Wie bewegt man diesen zu fortschrittlichen und emanzipativen Inhalten? Ich will dies nur an einem (vielleicht etwas kuriosen) Beispiel deutlich machen - die Erörterungsverfahren, die wir seit Jahren zur Genüge kennen und die uns in den nächsten Jahren wohl vermehrt ins Haus stehen werden: Klar: die jetzigen Form der Öffentlichkeitsbeteiligung ist in jedem Fall ungenügend und kann allzu leicht als Alibi einer demokratischen Beteiligung missbraucht werden. Und dennoch: solche Verfahren bieten immer auch die Chance, die eigenen Forderungen leichter in die Öffentlichkeit zu bringen. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden solche Verfahren trotz harter Magenschmerzen immer wieder auch von uns mitgemacht. Also warum nicht den Kopf darüber anstrengen, wie eine öffentliche Beteiligung im Rahmen von (nicht nur atomaren) Genehmigungsverfahren aussehen müsste, damit unsere Inhalte in diesen Verfahren mehr Gewicht erhalten? Wie könnte die "Öffentlichkeit" in die Lage versetzt werden, nicht nur angehört zu werden, sondern auch mit abzustimmen?

Und warum fordern wir immer nur, dass derartige Termine nach Feierabend oder am Wochenende stattfinden sollen? Als Gewerkschafter finde ich diese Forderung geradezu einen Rückschritt. Ich bin der Auffassung, dass jedeR BürgerIn arbeitsfrei bekommen muss, wenn er/sie sich für das "Gemeinwohl" einsetzt, sich um die Gestaltung dieser Gesellschaft kümmert und an der politischen Willensbildung beteiligt. Dadurch würden sich die Chancen für Tausende BürgerInnen in zahlreichen Genehmigungsverfahren vermutlich deutlich verbessern. Und es wäre eine Forderung, die nicht nur den Anti-AKW-Bewegten zugute kommt, sondern in vielen anderen gesellschaftlichen Konfliktfeldern zu einer neuen Politisierung mit beitragen könnte. Hier ginge es nicht mehr nur um Widerstand, sondern es ginge auch um die weitere Demokratisierung. Und eben an dieser Frage hat m.E. die Anti-AKW-Bewegung u.a. in den 70er Jahren entscheidend an politischen Spielraum gewonnen. Sie war nicht nur gegen eine bestimmte Technik, sondern hatte mit der Basisdemokratie ein (so dachte man damals) neues demokratisches Organisationsprinzip für eine ganze Gesellschaft "erfunden". Dies machte die sozialen Bewegungen weit über den eigenen Dunstkreis attraktiv. Und ich finde: unsere Aufgabe muss es sein, nicht nur gegen Atomanlagen zu streiten, sondern eben auch für eine konkrete (!) Demokratisierung zu kämpfen: dafür, dass nicht eine Minderheit von Kapitalisten entscheiden, wo es lang geht.

DSe

18. NS-Zwangsarbeit: Das Ringen geht weiter. Die deutsche Industrie will sich billig freikaufen

Autor: Ulrich Sander · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:16

"Die Rehabilitierung und die Verbesserung der Entschädigung für Opfer nationalsozialistischen Unrechts bleibt fortdauernde Verpflichtung. Die neue Bundesregierung wird eine Bundesstiftung ‚Entschädigung für NS-Unrecht` für die ‚vergessenen Opfer` und unter Beteiligung der deutschen Industrie eine Bundesstiftung ‚Entschädigung für NS-Zwangsarbeit` auf den Weg bringen", so heißt es im rot-grünen Koalitionsvertrag vom Herbst 1998. Wer glaubt, dass mit der im Dezember 1999 erfolgten Festlegung des Zehn-Milliarden-Mark-Beitrages eine ausreichende Summe zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter vereinbart wurde, der irrt.

Da auch die Arisierungsschäden - und nicht nur die Zwangsarbeiterentschädigung - aus dem neuen Fonds gespeist werden sollen, erweist sich die Einigungssumme als viel zu gering, um den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, - gut zwei Millionen der damals über zehn Millionen Opfer leben noch -, eine auch nur annähernd ausreichende Summe zu gewähren. Von den 180 Milliarden Mark, die die öffentliche und private Wirtschaft an ihren Sklaven bis heute unter Berücksichtigung einer angemessenen Verzinsung verdiente, sollen die überlebenden Opfer nicht etwa den entgangenen Lohn nachgezahlt bekommen - auch dies wäre für die Wirtschaft lohnend, könnte sie doch den Anteil für die rund acht Millionen bereits verstorbenen Opfer behalten -, sondern nur einen humanitären Ausgleich, auf den kein Rechtsanspruch besteht. (1) Zudem sollen sie vor jeglicher Zahlung auf ihre Möglichkeiten verzichten, vor Gericht für ihr Rechte zu streiten, und bereits bezahlte Anteile - etwa für Haftschäden - sollen verrechnet werden, so dass der Lohnraub perfekt würde.

Die Zwangsarbeiter wurden im Kriege von den Betrieben bei der SS oder der NS-Arbeitsverwaltung angefordert, sie wurden ihnen nicht aufgedrängt, wie später gern behauptet wurde. Das war so bei allen Kategorien von Zwangsarbeit, die es gab: Beim Einsatz der KZ-Häftlinge, der Kriegsgefangenen, der mit mehr oder weniger Zwang "Angeworbenen", der Deportierten. Daher verbietet es sich auch, den Charakter der Lohnarbeit im Falle der NS-Zwangsarbeit zu leugnen, wie es derzeit einige Arbeitsgerichte tun.

Die Schuldfrage ist eindeutig geklärt

Die Nürnberger Dokumente des Kriegsverbrechertribunals NI-1240 und NI-11115 belegen, wie die I.G. Farben mit Geld und mittels der Bereitstellung von Material zum Ausbau des KZ Auschwitz die Zwangsarbeit bezahlte. In NI-15148 wird ein Besuchsbericht von Betriebsleiter Walther Dürrfeld zitiert: "I.G.-Werksleitung und Lagerführung besiegelten die gute Zusammenarbeit in einer Besprechung vom 27. 3. 1941 in Auschwitz und trafen u. a. folgende ‚Verabredungen`: 1. Das Lager stellt 1941 ‚etwa 1000 Hilfskräfte und Fachkräfte`. 2. 1942 wird die Lagerverwaltung den ‚Bedarf` der I.G. an ‚etwa 3000 Häftlingen` decken. 3. Die I.G. zahlt an die SS ‚pro Hilfsarbeiter und Tag 3 RM, pro Facharbeiter und Tag 4 RM`, die Arbeitszeit beträgt ‚10-11 Stunden im Sommer, im Winter mindestens 9 Stunden`." Den "Bedarf" decken bedeutete, dass im Falle der "Vernichtung durch Arbeit" sofort Ersatzarbeitskräfte geliefert werden mussten.

Die Wirtschaft des Deutschen Reiches wäre ohne Zwangsarbeiter zusammengebrochen: die Landwirtschaft wie die Rüstungsbetriebe, die öffentliche Versorgung mit Dienstleistungen, wie auch Hauswirtschaft und Handwerk. Der Experte Prof. Ulrich Herbert stellte fest: "Es gibt Analysen, die zeigen, dass ein erheblicher Teil unseres Wirtschaftswunders auf der Entwicklung in diesen Kriegsjahren beruht, auf der Ausbeutung Europas und der Zwangsarbeiter." (SZ, 29.12.98) Daher muss auch die Schuld nicht nur der deutschen Industrie gegenüber den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern anerkannt werden, sondern die der gesamten Gesellschaft. Alle, die am Wirtschaftswunder Anteil hatten, stehen in der Schuld.

Doch nicht alle gleichermaßen. Die drei größten deutschen Banken, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank, haben sich bis jetzt mit nur 600 Millionen Mark an dem Entschädigungsfonds der deutschen Industrie beteiligt, obgleich Dresdner wie Deutsche Bank als Finanziers der SS und Kreditgeber für den Bau der Vernichtungslager ungeheure Verbrechen begangen haben. Und sie haben exorbitant daran verdient. Als die "wirklichen Kriegsverbrecher" haben in Nürnberg US-amerikanische Ankläger Konzerne wie

die IG Farben und Banken wie die Deutsche Bank des Herrn Hermann Josef Abs und die Dresdner Bank, die Hausbank der SS, bezeichnet und ihre Auflösung sowie die Bestrafung der Schuldigen verlangt.

Doch sie wurden nicht bestraft, sondern mischten bald in der Politik wieder mit. Bis heute reicht der Schatten des Einflusses eines Hermann Josef Abs auf die aktuelle Politik. Er wurde Anfang der 50er Jahre Adenauers Beauftragter bei den Londoner Schuldenverhandlungen. Er konnte erreichen, dass die westlichen Alliierten ihren deutschen Partner als Verbündeten im kalten Krieg schonten, auf Reparationen verzichteten und Leistungen an nichtdeutsche Opfer von Krieg und Faschismus als Kriegsfolgeleistungen einstuften, und diese seien bis zum Abschluss eines Friedensvertrages zu stunden.

Da manche Staaten des Westens so lange nicht warten wollten, wurden bilaterale Lösungen vorgezogen. Als dann mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 doch noch ein Friedensvertrag geschlossen wurde, da verweigerte die Bundesregierung dennoch die nun fälligen Reparationen. "Nach Ablauf von 50 Jahren seit Kriegsende und Jahrzehnten friedlicher, vertrauensvoller und fruchtbarer Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der internationalen Staatengemeinschaft hat die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren." (2) Mit dieser Begründung wurden Zahlungen an Gemeinden, die, wie in Griechenland, ganz oder teilweise von Wehrmacht oder SS ausgerottet worden waren, verweigert.

Nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1996 ließen sich so aber keine Forderungen von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern aus den von den Nazis überfallenen und gequälten Ländern abwimmeln. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht dies nur "im Prinzip" festgestellt, von den Einzelfallprüfungen vor deutschen Gerichten - wie sie beispielsweise in Hunderten von Fällen von der IG Metall und in einzelnen Fällen der VVN-BdA angestrengt wurden - ist noch keine zu Ende gebracht worden.

Die Interessen der Industrie stehen im Vordergrund

Seit zwei Jahren verweisen die Gerichte auf die internationalen Verhandlungen, um möglichst außergerichtlichen Lösungen den Vorzug zu geben. Die Gerichte werden gar massiv von der Bundesregierung unter Druck gesetzt, um nicht zu Gunsten der Opfer zu entscheiden. So im Falle einer polnischen Bürgerin, die vor einem Hamburger Gericht im Streitfall mit dem Hamburger Senat Recht bekam, 15.000 Mark im Vergleich erhalten sollte - und dennoch bis heute auf ihr Geld wartet.

Derartiger Druck ist den deutschen Behörden vor US-amerikanischen Gerichten nicht so ohne weiteres möglich. Deshalb ist die wirkungsvollste Form der Durchsetzung von Zwangsarbeiterforderungen nach wie vor die der Sammelklage in den USA. Diese funktioniert allerdings nur dann, wenn die beklagten Firmen in den USA große Vermögenswerte besitzen oder vom Verlust ihrer Marktchancen bedroht sind. Von den zweieinhalb Tausend noch heute existierenden Sklavenhalterbetrieben haben nur einige Dutzend ökonomische Interessen in den USA, weshalb die meisten nur zögerlich in den Industriefonds zur Abwendung der Klagen in USA einzahlen.

Für die deutschen Konzerne mit globalen Interessen tut die Bundesregierung, was sie kann. Während Finanzminister Hans Eichel auf deutsche Gerichte Druck ausübt, da versucht es Außenminister Joseph Fischer gegenüber den US-amerikanischen Gerichten. Er ließ einem Gericht in USA mitteilen, dass die Degussa "gezwungen" worden sei, das geraubte Zahngold der ermordeten Juden zu schmelzen, denn sie sei die einzige Firma, die dazu in der Lage gewesen sei. Zahlreiche Dokumente belegen, dass die Degussa, die "Deutsche Gold- und Silberscheide Anstalt", hinter dem Raubgold her war wie der Teufel hinter der armen Seele. Das sollte Minister Joseph Fischer nicht gewusst haben, der den Persilschein für Degussa ausstellen ließ?

Fischer hatte Erfolg: Degussa wurde von weiteren juristischen Nachstellungen in USA befreit. Ganz nach dem Motto des Kanzlers Schröder, der bei seinem Amtsantritt das Problem der nicht kompensierten Zwangsarbeit vorfand und nur eine Sorge kannte: Wie kann ich die deutsche Wirtschaft vor den Forderungen aus den USA zu Gunsten der Zwangsarbeiter schützen?

An dieser Aufgabenstellung wird bis heute festgehalten. Sofort nach der internationalen Einigung über die Höhe der zu leistenden Kompensationszahlungen von zehn Milliarden Mark setzte der noch anhaltende Streit um die Frage ein: Wie wird das Geld verteilt? Wer schon etwas bekommen hat, dem wird diese Summe von den künftigen Zahlungen abgezogen, hieß es. So hat die IG Farben dereinst einer gewissen Anzahl ihrer

Zwangsarbeiter zwei mal zweieinhalb Tausend Mark gezahlt. Und dieser Betrag soll nun angerechnet werden, so dass für zwei Jahre Arbeit unter ständiger Todesangst nur noch rund 5.000 DM, nicht aber der entgangene Lohn gezahlt werden soll? Wobei die große Mehrheit der Opfer bisher überhaupt keine Mark bekommen hat, seitdem es Herrn Abs gelang, die Entschädigung für Zwangsarbeit von der Tagesordnung der Londoner Schuldenkonferenz 1953 wieder herunterzunehmen.

In der Schlussphase der deutsch-amerikanisch-israelischen Verhandlungen haben sich die Nutznießer des NS-Zwangsarbeitersystems um keinen Millimeter bewegt. Nach Abzug der Steuerbefreiung haben sie nur 2,5 Milliarden Mark zu zahlen, die deutschen Steuerzahler hingegen 7,5 Milliarden. Für diese 2,5 Milliarden wollen sie den Opfern das Recht, vor Gericht für ihre Sache zu streiten, abkaufen, sie wollen nicht nur die Ausbeutung der Sklaven damit "humanitär" kompensieren, ohne ihnen Schadenersatz oder Lohnnachzahlung zu gewähren. Ja, sie wollen sogar ihre Hehlerei und ihre Arisierungsgeschäfte damit ungeschehen machen. Nicht einmal entschuldigt haben sie sich, das überließen sie dem Bundespräsidenten.

In die Bewegung zu Gunsten der Zwangsarbeiter ist erst Schwung gekommen, als sich Solidarität zeigte. Solidarität von Anwälten in USA - die hier bei uns von bestimmten Medien gern als gierige jüdische Advokaten dargestellt werden - und von Gewerkschaftern und Opferverbänden in Deutschland und Osteuropa. Diese Bewegung erreichte im Dezember ein wichtiges Zwischenergebnis. Aber das Ringen um mindestens 10.000 DM für alle, für unbürokratischen Umgang mit den Opfern - ohne diskriminierende Fristen - und für Gerechtigkeit durch Rechtssicherheit - Rechtssicherheit für die Opfer, nicht für die Täter -, dieses Ringen geht weiter.

Das Ergebnis ist unzureichend und beschämend

Die Zahlung von 2,5 Milliarden Mark durch die Wirtschaft darf nicht das letzte Wort sein. 7,5 Milliarden hat die öffentliche Hand zu zahlen unter Berücksichtigung der Steuerbefreiung der Wirtschaft. Dieses Verhältnis ist unausgewogen - und auch die Summe reicht nicht aus. Für 2,5 Milliarden möchten die deutschen Firmen und Banken alles bekommen: Absolution für Mord und Vernichtung durch Arbeit, für Raub, Hunger, Demütigung, Diskriminierung, ungesetzliche Bereicherung, schwerste Körperverletzung, Freiheitsberaubung und auch noch für Hehlerei mittels Arisierung. Und künftig wollen sie an ihre nie gesühnten Verbrechen nicht mehr erinnert werden.

Und das soll noch lange so bleiben. Denn mit der Vereinbarung vom 17. Dezember in Berlin ist ja noch keine Zahlungsanweisung erfolgt. Es wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der nur einem Drittel der überlebenden Opfer Zahlungen verspricht, und auch das nur nach diskriminierenden Prüfungen und bei Verzicht auf rechtliche Durchsetzung ihrer Forderungen.

Ulrich Sander

Anmerkungen:

1) Angaben aus dem Film von Conrad Schuhler "Das letzte Tribunal", SZ-TV, gesendet am 15. 12. 99, vgl. auch Ossietzky Nr. 25, S. 869

2) So eine Regierungsantwort an die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, vgl. "Der lange Schatten der NS-Diktatur", Hamburg/Münster 1999, S. 140)

19. NS-Zwangsarbeit in Privathaushalten und Landwirtschaft. "Fremdarbeiter" von Entschädigungen ausgeschlossen

Autor: Marion Leuther · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:18

Das Bundesfinanzministerium hat mittlerweile den 2. Entwurf für die Errichtung einer öffentlichen Stiftung, die Entschädigungszahlungen an NS-ZwangsarbeiterInnen zahlen soll, vorgelegt. Dieser 2. Entwurf schließt weiterhin die Mehrheit der überlebenden NS-ZwangarbeiterInnen von Leistungen aus und beraubt sie gleichzeitig jeder Möglichkeit, ihre Ansprüche auf Schadenersatz durchzusetzen. Zu ihnen gehören auch die ZwangarbeiterInnen, die in Privathaushalten und der Landwirtschaft arbeiten mussten.

Herr C. ist 15 Jahre alt, als er 1939 in seiner Geburtsstadt E. in Polen auf der Straße von deutschen Wehrmachtssoldaten festgenommen wird. "Man hat mit dem Gewehr auf mich gezielt und mich aufgefordert, in den Lastwagen zu steigen. Man hat mich mit anderen Gefangenen zum Arbeitsamt gefahren. Dort wurdne die Personalien aufgenommen, überprüft und wir bekamen den Haftbefehl mit. Zwei Tage später mussten wir am Bahnhof erscheinen. Es wurde gesagt, beim Nichterscheinen würde die ganze Familie bestraft werden." Mit dem Zug wird er nach mehreren Etappen schließlich nach M. verfrachtet. "Dort musste ich dann beim Bauern Zwangsarbeit leisten. Unter harten Bedingungen musste ich von 5 Uhr morgens bis 20 Uhr abends auf dem Hof, auf dem Feld etc. Arbeit verrichten. Ich hatte wenig zu Essen bekommen, von der Feldarbeit hatte ich Rückenschmerzen und geschwollene Füße, unter denen ich heute noch leide. Nach der Arbeit musste man aufs Zimmer und durfte dies nicht mehr verlassen. Zwischendurch folgten Kontrollen, wo wir nach Lust und Laune von den SS-Leuten geschlagen wurden, ohne etwas getan zu haben." Nach 6 Jahren Zwangsarbeit gelingt ihm die Flucht, kurz darauf wird er von den Amerikanern befreit.

Ein Schicksal wie das von Herrn C. haben viele erlitten, die in NS-Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten. Es waren zum größten Teil Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung aus den besetzten Ländern, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden. Schätzungsweise 9-10 Millionen Menschen wurden zwischen 1940 und 1945 zum Arbeitseinsatz nach Deutschland gebracht. Die meisten von ihnen kamen aus den osteuropäischen Ländern, darunter fast 3 Millionen aus der Sowjetunion. Das Durchschnittsalter lag bei ca. 20 Jahren, viele OsteuropäerInnen wurden aber schon im Alter von 14, 15 Jahren in das Deutsche Reich deportiert.

Brutale Zwangsmaßnahmen waren Alltag

Bereits im Mai 1940 befanden sich über 1 Million Menschen aus dem überfallenen Polen zur Zwangsarbeit in Deutschland. Drei viertel von ihnen wurden dabei in der Landwirtschaft eingesetzt, um die Ernährung der deutschen Bevölkerung zu sichern. Hatte bereits früher in Deutschland die Beschäftigung billiger SaisonarbeiterInnen aus Polen in der deutschen Landwirtschaft Tradition, so wurden die ArbeiterInnen im besetzten Polen nun mit Gewalt verschleppt. Oft wurden ganze Dörfer umstellt, polnische BürgerInnen wahllos auf der Straße, im Kino, in der Schule etc. aufgegriffen und unter brutalen Zwangsmaßnahmen nach Deutschland deportiert. Hier sorgten die sogenannten "Polenerlasse" für eine starke Repression gegen die polnischen ZwangsarbeiterInnen, die bei Verfehlungen mit Strafen bis zum Tode geahndet wurden. Willkürliche Schikanen, wie Herr C. sie erlebt hat, waren an der Tagesordnung.

Insgesamt wurde ein Drittel der ausländischen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft eingesetzt, die meisten von ihnen waren OsteuropäerInnen. So arbeiteten allein 70 Prozent der polnischen ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft. 1944 war jeder zweite Beschäftigte in der Landwirtschaft ein Zwangsarbeiter.

Ohne den Arbeitseinsatz der "FremdarbeiterInnen" wäre der 2. Weltkrieg in Deutschland spätestens im Sommer 1943 verloren gewesen. In der Landwirtschaft hätte ein Ausfall der ZwangsarbeiterInnen innerhalb kürzester Zeit zum Zusammenbruch der Produktion geführt. Eine gute Ernährung der deutschen Bevölkerung in den Kriegsjahren war allerdings äußerst wichtig, um keine "Kriegsmüdigkeit" aufkommen zu lassen.

Auch in vielen privaten Haushalten arbeiteten überwiegend osteuropäische Frauen, die Zahl wird auf mehr als 200.000 geschätzt. Gerade die russischen Dienstmädchen waren sehr begehrt, da sie als billig und fleißig

galten. Eine von ihnen ist Frau S., die 1942 im Alter von 17 Jahren aus der Ukraine zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurde. Dort musste sie in einem Haushalt in M. täglich mindestens 12 Stunden arbeiten. Nach zwei Jahren wurde sie nach Holland deportiert, um am Westwall Panzergräben auszuheben. Als sie wegen schwerer Blutungen nicht mehr arbeiten konnte, steckte man sie zur Arbeit in die Küche einer Fallschirmjägerkompanie. Dort blieb sie bis zu ihrer Befreiung 1945.

Minderschwere Fälle?

Nach den KZ-Häftlingen waren die Lebensbedingungen der sowjetischen ZwangsarbeiterInnen am schlechtesten. So waren die Arbeits- und Lebensbedingungen der osteuropäischen "FremdarbeiterInnen" wesentlich schlechter als vergleichsweise die der ZwangsarbeiterInnen aus West- und Nordeuropa. In der rassistischen Ideologie der Nazis standen die OsteuropäerInnen auf der untersten Stufe. Infolgedessen galt bei ihnen: maximale arbeitsmäßige Ausbeutung, geringstmögliche Ernährung, schlechte Behandlung und Todesstrafe bei den geringsten Vergehen. Die OsteuropäerInnen galten als "Menschenmaterial", das nicht am Leben erhalten werden musste, da es von ihnen einen "unerschöpflichen Vorrat" gab. Viele von ihnen haben die unmenschliche Behandlung durch die Nazis nicht überlebt.

Heute, nach fast 55 Jahren, besteht zum ersten Mal die begründete Hoffnung, dass überlebende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime doch noch eine finanzielle Entschädigung und damit eine Anerkennung ihrer Leiden erhalten sollen. In den derzeitigen Verhandlungen um Entschädigungszahlungen wird jedoch die Gruppe der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen in Landwirtschaft und Haushalt ausgeschlossen. Die Begründung ist, dass es sich hierbei um "minderschwere Fälle" handele. Und tatsächlich ging es den FremdarbeiterInnen in Landwirtschaft und Privathaushalten in der Regel erheblich besser als in der Industrie, was die Ernährung und die Behandlung betraf.

Die von den Nazis erlassenen rigiden Gesetze für die OstarbeiterInnen ließen sich auf dem Land und in den Privathaushalten wesentlich schlechter durchsetzen als in den Betrieben. Hier konnte die vorgeschriebene Distanz zwischen den deutschen Familien und den ZwangsarbeiterInnen nicht immer aufrechterhalten werden, da die FremdarbeiterInnen durch den engen persönlichen Kontakt manchmal in die Familie integriert waren. So war es - obwohl verboten - durchaus üblich, dass das sowjetische Kindermädchen oder der polnische Hofarbeiter mit der Familie am Mittagstisch zum Essen saß.

Es darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, dass es sich bei den ZwangsarbeiterInnen um oft noch minderjährige OsteuropäerInnen handelte, die gewaltsam nach Deutschland deportiert wurden. Fern von ihrer Heimat und ihrer Familie waren sie von Repressionen, Todesstrafe, Abtransport bei Krankheit etc. bedroht. Auch in der Landwirtschaft und in den Privathaushalten mussten ZwangsarbeiterInnen bis zur Erschöpfung oft bis zu 14, 15 Stunden am Tag schwere körperliche Arbeit, in der Regel ohne Lohn, verrichten. Die Versorgung und Behandlung der "ZivilarbeiterInnen" war außerdem sehr abhängig von der individuellen Gunst ihrer jeweiligen ArbeitgeberInnen. Längst nicht alle OstarbeiterInnen saßen mit ihren Herren an einem Tisch. Es gab auch viele Bauern, die die rassistische Ideologie der Nazis teilten und an ihren Gefangenen auslebten, indem sie diese schlugen, hungern ließen etc.

Es ist erwiesen, dass die Erweiterung der unterirdischen Produktionsstätten der Industrie zum Wirtschaftswunder nach dem 2. Weltkrieg beitrugen. Aber auch die vielen Höfe und Güter hätten ohne die Bewirtschaftung durch die "ZivilarbeiterInnen" in den Kriegsjahren brachgelegen. Mittlerweile ist auch deutlich geworden, dass die Industrie und die Bauern die ZwangsarbeiterInnen nicht aufgezwungen bekamen, sondern diese selber angefordert haben.

Heute ist Herr C. 75 Jahre alt und lebt in Deutschland. An den gesundheitlichen Folgen der schweren Feldarbeit in jungen Jahren leidet er noch heute. Da er mit seiner Rente knapp über der Bemessungsgrenze für eine einmalige Härteleistung liegt, hat er bisher keine finanzielle Anerkennung erhalten. Der Härtefonds für NS-Verfolgte in Nordrhein-Westfalen hätte von dieser Regel aus eigenem Ermessen eine Ausnahme machen können, doch galten dort 6 Jahre Zwangsarbeit nicht als "außerordentlich hartes Verfolgungsschicksal". Nach dem jahrelangen Ringen mit den Behörden um eine Entschädigung ist Herr C. müde und will nicht weiter kämpfen, um nicht immer wieder aufs neue gedemütigt zu werden.

Zur Zeit sollen - so der aktuelle Stand - nur die am schlimmsten betroffenen Opfergruppen eine Entschädigung von Seiten der Industrie- und Bundesstiftung erhalten. Diese Entscheidung erfolgt auf Grund des stark

begrenzten Geldbudgets, dass die Stiftung für die NS-Opfer aufzuwenden bereit ist. Zweifelsohne ist es die Gruppe der ehemaligen KZ-Häftlinge, die am härtesten von den unmenschlichen Gräueln des Naziregimes betroffen war. Auch steht außer Frage, dass die ZwangsarbeiterInnen in den Industriebetrieben unter wesentlich schwereren Bedingungen leben und arbeiten mussten als diejenigen in der Landwirtschaft und in den Haushalten. Oft starben die ZwangsarbeiterInnen in den Fabriken nach wenigen Monaten an Hunger, Erschöpfung, Krankheit und Misshandlungen und wurden gegen neue ArbeiterInnen ausgetauscht. Dennoch ist nicht nachzuvollziehen, dass die ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft und in den Haushalten ganz von der Zahlung einer Entschädigungssumme ausgeschlossen werden sollen.

Entschädigung ist das mindeste

Viele dieser inzwischen alten Menschen leben unter ärmlichen Lebensbedingungen in Polen oder in der Ukraine. Sie leiden auch heute noch unter den gesundheitlichen Schäden, die ihnen durch die schwere körperliche Zwangsarbeit in jungen Jahren entstanden sind. Auch die psychischen Traumata durch die erlittenen Ängste dieser Zeit verfolgen sie bis heute, haben bei vielen im Alter sogar noch zugenommen. Eine Entschädigung würde für diese misshandelten Menschen nach über 50 Jahren eine Anerkennung ihrer erlittenen Demütigungen darstellen, und sie würde für viele einen großen Unterschied in der Lebensqualität ihrer letzten Lebensjahre darstellen.

Frau S. ist heute ebenfalls 75 Jahre alt. Nach dem Krieg hat sie einen deutschen Mann geheiratet, der mittlerweile verstorben ist. Auch ihre Bemühungen, eine einmalige Entschädigung zu erhalten, scheiterten bisher. Zum einen befinde sie sich auf Grund ihrer Altersrente nicht in einer materiellen Notlage, zum anderen handele es sich bei ihrem Verfolgungsschicksal "nur um Zwangsarbeit", so lautete die offizielle Begründung. Dass Frau S. mittlerweile sehr krank ist, jenseits von Pflegestufen höhere Aufwendungen hat und ihre Krankheit zum Teil auch durch die körperliche Überlastung in ihrer Jugend während des NS-Faschismus verursacht wurde, fand bisher keine Beachtung.

Frau S. kann jedenfalls nicht verstehen, weshalb sie bis jetzt keine Anerkennung für die Zeit ihrer Zwangsarbeit erhalten hat: "Man hat uns die Kindheit gestohlen, uns weggerissen von unseren Familien, wir konnten keine Ausbildung machen, haben unsere Gesundheit ruiniert, unser Leben wurde schon in jungen Jahren kaputtgemacht. Warum haben wir bis heute keine Entschädigung für unsere Leiden erhalten?"

Marion Leuther

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte

20. Erziehung durch Arbeit. Eine Ergänzung zu "Die Ordnung der nationalen Arbeit" in ak 433

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:12

"Ein Arbeitsamtsdirektor triumphierte: ‚Rücksichtslose Sperren ... polizeilicher Arbeitsauftrag, im äußersten Falle Einweisung ins Arbeitshaus (gemeint ist das KZ - MZ) ..." So zitiert (und kommentiert in der Klammer) Michael Zander in seinem höchst informativen Beitrag zur "Ordnung der nationalen Arbeit" im NS-Regime. (ak 433, S. 27) Es darf aber davon ausgegangen werden, dass der genannte Arbeitsamtsdirektor kein Konzentrations-, sondern ein Arbeitserziehungslager (AEL) gemeint hatte. Diese Einrichtungen - es gab mehr als 80 im Deutschen Reich - sind weitgehend in Vergessenheit geraten oder werden fälschlich als KZs angesehen.

Wie der Kieler Historiker Detlef Korte feststellte, dienten die AELs "hauptsächlich der Unterdrückung ausländischer Zwangsarbeiter" (Korte: 12). Ein wesentlicher Zweck der AELs war allerdings auch, eine wirksame Handhabe gegen Streikende zu haben: "Nach einer Statistik der Deutschen Arbeitsfront (DAF) gab es in der Zeit von Februar 1936 bis Juli 1937 insgesamt 192 ‚Streiks` und ‚Arbeitsniederlegungen`... Auf einer Tagung von Gauleitern, Vertretern des Militärs, DAF und führenden Männern des Ruhrkohlebergbaus Mitte Oktober 1939 wurde die Errichtung eigener ‚Arbeitserziehungslager` als Strafinstrument von einschneidender Härte gefordert." (Korte: 33) Wie wirksam diese Lager waren, sehen wir an einer Aussage des Westwall-Erbauers Todt: Dieser äußerte, "erst diese Form einer ‚kurzfristigen Erziehungshaft` habe den Bau des Westwalls ermöglicht." (Korte: 35)

Was waren nun die Spezifika eines AEL? "Dieses Lager ist als Vorstufe eines Konzentrationslagers anzusehen. Untergebracht werden größtenteils Polen und Juden, außerdem befinden sich auch Deutsche und sonstige Ausländer dazwischen. Der Grund der Unterbringung ist größtenteils Arbeitsverweigerung, Verlassen der Arbeitsstellen und Verstöße gegen die Volksgemeinschaft." (Aus einem Bericht über das AEL Breitenau in Hessen, Sommer 1940, zitiert nach Korte: 37) "Erst wenn nach Ablauf der Haftzeit von maximal acht Wochen der Haftzweck ‚Erziehung` nicht erreicht war, sollte der Gefangene in ein Konzentrationslager überwiesen werden." (Korte: 257 f.)

Die Kripo Kiel kam 1947 in Bezug auf das AEL Russee zu dem Ergebnis, dass die "große Mehrzahl der Insassen dieses Lagers ... Taten begangen (hatten), die in einem demokratischen Rechtsstaat noch nicht einmal als Übertretung gewertet werden. ... Nur die Kräftigsten der Inhaftierten konnten 56 Tage (Haft) durchhalten. 16-18jährige junge Menschen kamen nach Ablauf dieser Zeit als Wracks und Greise an ihre Arbeitsplätze zurück. Von den deutschen Betriebsangehörigen wurden diese Bedauernswerten fast nie wiedererkannt. Nur wenige konnten in der ersten Zeit stehende Arbeit verrichten. Das war ‚Erziehung durch Arbeit!`" (zitiert nach Korte: 222)

Die Lager unterstanden direkt der Gestapo, die unbürokratisch Einweisungen per Aktenvermerk vornahm. Auf diese Weise war es auch möglich, dass sich ein Gestapo-Chef sein privates KZ in Form eines AEL unterhalten konnte.

Für Firmenleitungen ergab sich mit diesen Lagern eine perfekte Möglichkeit, unliebsame oder aufmüpfige Beschäftigte auf schnellstem Wege und für alle KollegInnen sichtbar zu disziplinieren. 44.799 Menschen ("Arbeitsvertragsbrüchige") saßen zu Spitzenzeiten gleichzeitig in AELs, 62% davon waren Ausländer. Bei der relativ kurzen Verweildauer ergibt sich demnach eine Summe von Hunderttausenden, die in AELs interniert waren. Demnach müssen diese Lager in der Bevölkerung bekannt gewesen sein - und dies war eben auch zum Zweck der Einschüchterung gewollt. "Nicht von ungefähr hieß es deshalb 1947 in der Anklageschrift des Bielefelder Spruchgerichts gegen einen ehemaligen Kieler NSDAP-Funktionär lapidar, dass ‚die Zustände in diesem Lager allgemein bekannt waren...` Das ‚Arbeitserziehungslager` ... war alles andere als eine ‚Geheime Reichssache`, von deren Existenz nur eine Handvoll Menschen wusste." (Korte: 223)

Heute aber sind diese AE-Lager fast vergessen. An vielen Orten wäre hier sicher noch interessante Forschungsarbeit zu leisten, um die Geschichte dieses Teils der "Ordnung der nationalen Arbeit" (Michael Zander) aufzuarbeiten.

Martin Bayer

Literaturhinweis:

Detlef Korte: Erziehung ins Massengrab - Die Geschichte des Arbeitserziehungslagers Nordmark Kiel-Russee 1944-1945, Kiel 1991 (Neuer Malik Verlag), 329 Seiten, Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Band 1

21. Nachruf auf Hans Frankenthal

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:11

Wer in den letzten Jahren die Auseinandersetzungen um die Entschädigungen für ehemalige Zwangsarbeiter oder die berüchtigte IG Farben AG in Abwicklung verfolgt hat, konnte immer wieder auf den Namen von Hans Frankenthal stoßen. Unermüdlich setzte sich Frankenthal dafür ein, auf das Schicksal der Zwangsarbeiter aufmerksam zu machen: als stellvertretender Vorsitzender des Auschwitzkomitees in der BRD, als Vertreter der Kritischen Aktionäre, als Vorsitzender des "Vereins zur Erforschung der NS-Verfolgung von Zwangsarbeitern durch I.G. Farben in Auschwitz" und als Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Hans Frankenthal, der am 15. Juni 1926 in Schmallenberg (Sauerland) als Sohn eines jüdischen Viehhändlers geboren wurde, musste schon als 14-jähriger Zwangsarbeit leisten: 1941 wurde er von der Gestapo zu Straßenarbeiten bei der Baufirma Lahrmann in Meschede gezwungen. Zwei Jahre später, im März 1943, wurde er zusammen mit seinen Eltern und seinem Bruder Ernst nach Auschwitz deportiert.

Die erste Selektion sofort bei der Ankunft überlebte der Sechzehnjährige, indem er ein falsches Geburtsdatum angab. "Wir wurden mit etwa 400 Leuten auf Lastwagen verladen und in das Konzentrationslager Auschwitz 3 gebracht", erzählte er mir bei einem langen Gespräch. "Wir konnten noch sehen, wie man die Frauen und Kinder, unsere Eltern und andere ältere Leute in die entgegengesetzte Richtung führte."

Das Lager Auschwitz 3 war das erste Konzentrationslager, das von einem Privatunternehmen initiiert und finanziert wurde. Der Chemiekonzern IG Farben wollte hier ein Werk bauen, in dem der Gummiersatz Buna sowie synthetisches Benzin hergestellt werden sollte. Auch Hans Frankenthal wurde auf der riesigen Baustelle eingesetzt. Nach wenigen Monaten gehörte er zu den "alten" Häftlingen: Fast alle anderen seines Transports waren inzwischen ermordet worden oder an den Folgen von Unterernährung und Zwangsarbeit gestorben. Die durchschnittliche Überlebensdauer der Häftlinge in Monowitz lag bei drei bis vier Monaten. Wie es ihm gelang, in dieser Hölle zu überleben, hat Frankenthal in seiner Autobiografie "Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord" beschrieben, die im Juli 1999 im Fischer Taschenbuch Verlag erschienen ist (vgl. ak 432).

Im Januar 1945 schienen die Qualen ein Ende zu haben, die Gefangenen warteten angespannt auf die Befreiung durch die Rote Armee. Doch dann wurde das Lager von den Nazis überraschend geräumt. Nur wenige der etwa 9.000 ausgemergelten Gefangenen überlebten den "Todesmarsch" durch Schnee und Eis nach Gleiwitz. Hans Frankenthal kam zunächst in das berüchtigte KZ Dora-Mittelbau, später nach Theresienstadt. Dort wurde er gegen Kriegsende befreit. Zusammen mit seinem Bruder kehrte er in seine Heimatstadt Schmallenberg zurück.

Dort musste er feststellen, dass sich niemand für sein Schicksal interessierte. Trotzdem baute er den väterlichen Viehhandel wieder auf. Ein Gefühl von Fremdheit und Angst hat er allerdings nie verloren. Er habe immer genug Bargeld für einen Flug nach Israel im Schrank, sagte er in einem Interview.

Erst nach dem Ende seines Berufslebens entschloss er sich, über seine Vergangenheit zu sprechen. Er begleitete Jugendgruppen und Schulklassen in die Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz und berichtete ihnen von seinen Erfahrungen. Nachdem er nicht mehr beruflich tätig war, engagierte er sich auch zunehmend in der Jüdischen Gemeinde.

Hans Frankenthal war ein ungemein lebendiger Erzähler. Trotz der schweren Gesundheitsschäden durch die Haft wirkte er vital und vergnügt. Aber mitunter kamen ihm die Tränen, wenn er von Auschwitz sprach oder von der Weigerung der IG-Farben-Manager, die Firma zu liquidieren und das Restvermögen an die überlebenden Zwangsarbeiter auszuzahlen. "Meine Geschichte wird mich bis in den Tod nicht mehr los lassen", schreibt er am Schluss seiner Erinnerungen, "trotzdem bin ich ein fröhlicher Mensch. Vor kurzem habe ich mich auf einer Reise nach Israel sogar noch einmal verliebt, und jetzt genieße ich den Frühling ...".

Am 22. Dezember 1999 ist Hans Frankenthal im Alter von 73 Jahren in Dortmund gestorben.

Angela Martin

22. Thierse schützt die Sklavenhalter

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:30

Mit Datum vom 22.12.1999 verfasste Bundestagspräsident Wolfgang Thierse einen Brief an die PDS-Bundestagsfraktion, in dem er mitteilt, dass er nicht bereit ist eine kleine Anfrage zuzulassen, in der die Namen von 2.500 Firmen aufgelistet sind, die während der NS-Zeit ZwangsarbeiterInnen ausplünderten. Die Liste dieser Firmen entstammt der Ausgabe des Neuen Deutschland vom 16.11.1999. Das Neue Deutschland hatte diese Auflistung basierend auf der Dokumentation des International Trace Service (ITS) erstellt.

Das ITS hatte in der Zeit von 1949 bis 1951 auf Initiative der alliierten Behörden eine 700 Seiten umfassende Dokumentation über nationalsozialistische Lager und Haftstätten in Nazi-Deutschland und von Deutschland besetzten Gebieten erstellt. Mit dieser Ausarbeitung wurden zum einen die Verbrechen des NS-Systems und deren Handlanger aus der Industrie vom ITS belegt, gleichzeitig wurde eine Grundlage für die Entschädigungsansprüche der Opfer der NS-Barbarei geschaffen.

Bundestagspräsident Thierse begründet nun die Weigerung des Abdrucks der zusammenfassenden Auflistung aus dieser Dokumentation in einer Bundestags-Drucksache mit der Begründung, dass "die Gefahr von ungerechtfertigten Nennungen von Firmen und damit von Rechtsverletzungen" bestehe. Thierse schreibt weiter: "Eine ungerechtfertigte Nennung einer Firma im Zusammenhang mit Zwangsarbeit in der NS-Zeit könne das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb aus Artikel 14 des Grundgesetzes verletzen. Zu diesem Recht zählen neben dem eigentlichen Bestand des Betriebes die geschäftlichen Verbindungen, Beziehungen und der Kundenstamm. Diese Rechtsposition könnte durch eine rufschädigende Nennung einer Firma verletzt werden."

Mit der Begründung, dass möglicherweise eine Firma zu unrecht auf dieser Liste aufgeführt sein könnte, lehnt er den gesamten Abdruck ab und stellt damit insgesamt die Glaubwürdigkeit der Untersuchung der alliierten Behörde über die Verbrechen des NS-Regimes in Frage. Die juristische Argumentation Thierses ist mehr als fragwürdig. Festgestellt werden muss, 1. dass die Veröffentlichung des ITS seit 50 Jahren bekannt ist, und jede hierin - möglicherweise irrtümlich erwähnte Firma - Zeit genug hatte, dieses richtig zu stellen; 2. diese Dokumentation des ITS 1990 vom 2001-Verlag nachgedruckt worden ist und 3. der Verlag deswegen von Firmen nicht verklagt wurde und auch das Neue Deutschland bis heute keine juristischen Repressalien erfahren hat.

Dass der Bundestagspräsident parlamentarische Anfragen, die sich auf offizielle Dokumente beziehen, nicht zulassen will, ist ein schwerer Eingriff in das Recht des Parlaments. Der eigentliche Skandal aber ist, dass Bundestagspräsident Thierse und die zuständige Verwaltung des Deutschen Bundestages von der PDS heute, 50 Jahre nach der Veröffentlichung der ITS-Dokumentation, erwartet, dass die vom ITS belegten Fälle der Anwendung von NS-Zwangsarbeit den einzelnen 2.500 Firmen neu bewiesen werden müsse. Genau das verlangt nämlich das Parlamentssekretariat in seinem Schrieben. Im Kern bedeutet dies, dass Thierse den Wahrheitsgehalt der Dokumentation der alliierten Behörden (und der darauf basierenden Auflistung aus dem Neuen Deutschland) generell in Zweifel zieht.

Die Quintessenz des Verhaltens des Bundestagspräsidenten Thierses ist folgende: Für die deutsche Industrie und ihr Verhalten in der NS-Zeit gilt die Unschuldsvermutung, alliierte Dokumentationen sind unzuverlässig und Verbrechen der deutschen Industrie müssen heute im Einzelfall neu bewiesen werden.

Immer wieder wurden in der Vergangenheit in der BRD die Verbrechen der NS-Wehrmacht und andere Verbrechen des NS-Staates angezweifelt. Jetzt sieht es ganz so aus, als bewege sich auch Thierse im geschichtsrevisionistischen Fahrwasser.

Ulla Jelpke, PDS-MdB

23. Mitschuld durch Schweigen. Pius XII. bleibt der umstrittenste Papst des 20. Jahrhunderts

Autor: Js. · Rubrik: Kirche und Religionen; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:01

Der größte Skandal des "Heiligen Jahres" 2000 wird nicht stattfinden: Papst Johannes Paul II. hat ein Herzensanliegen zurück gestellt, die Seligsprechung von Eugenio Pacelli (1876-1958), besser bekannt als Papst Pius XII. (1939-1958). Nicht aus besserer Einsicht, sondern aus diplomatischer Rücksichtnahme wurde der umstrittenste Papst des 20. Jahrhunderts vorläufig von der Liste der Paradies-Anwärter gestrichen. Doch die Diskussion um "den Papst, der geschwiegen hat" - geschwiegen angesichts der Ermordung der europäischen Juden - geht weiter. Neue Nahrung erhält sie durch die Pacelli-Biographie des englischen Historikers John Cornwell, die im vergangenen Jahr erschien und sofort in mehrere Sprachen übersetzt wurde.

Anfang der 60er Jahre war es das Stück eines westdeutschen Dramatikers, das eine internationale Debatte über die Politik Pius` XII. eröffnete. In Rolf Hochhuths "christlichem Trauerspiel" "Der Stellvertreter" - uraufgeführt 1963 in Westberlin unter der Regie von Erwin Piscator - erscheint Pius XII. als Machtpolitiker und Zyniker, der sich in der Rolle des "fairen Maklers" der Weltpolitik sieht. Diese (nur eingebildete) Position, so das päpstlichenen Kalkül, wäre nach einem öffentlich Protest gegen den Holocaust verloren gegangen - weil sich Hitler und mit ihm "die Deutschen in corpore nur provoziert und denunziert" gefühlt hätten.

Wenige Tage nach der Uraufführung protestierte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gegen Hochhuths Stück, in dem "das Andenken Papst Pius' XII., dessen wir in größter Liebe und Verehrung gedenken, auf das hässlichste verunglimpft" werde. Die Erklärung endet mit dem Aufruf an "die Deutschen", sich "so ein Theater" nicht gefallen zu lassen, "ohne es erbittert abzulehnen". Katholiken und alte Nazis riefen nach Boykott und Verbot von Hochhuths "geschichtsfälschendem Schmierwerk" - "auch besonders im Interesse unserer Jugend".

18 Bundestagsabgeordnete der CDU richteten gar eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung: "Muss es die Freunde unseres Volkes nicht befremden, wenn gerade von deutscher Seite in Papst Pius XII. eine Persönlichkeit angegriffen wird, die nicht nur den Juden während der Verfolgung durch das Naziregime tatkräftig geholfen, sondern auch während der gesamten Zeit ihres Wirkens dem deutschen Volk besonders nahe gestanden hat?" Der amtierende Bundesaußenminister Schröder (CDU) antwortete schon am folgenden Tage: Die Bundesregierung bedaure zutiefst die Angriffe gegen Pius XII. - auch weil dieser nach 1945 "einer der ersten war, der sich tatkräftig für eine Aussöhnung zwischen Deutschland und den anderen Völkern eingesetzt hat. Dies macht eine Herabsetzung seines Andenkens gerade von deutscher Seite besonders unverständlich und bedauerlich." Ist die regierungsoffizielle Parteinahme an sich schon bemerkenswert, so klingt ihre Begründung vollends zynisch: Pius' "versöhnliche" Haltung gegenüber den Deutschen ist gerade Gegenstand von Hochhuths Anklage.

Dabei handelt es sich bei dem "Stellvertreter" um ein "zutiefst christliches Stück", wie Otto Köhler hervor hob. In der Tat liegt ihm der Glaube an die Kraft "des Wortes" zu Grunde: Ein offener Protest des Papstes, so die Botschaft, hätte die Mordmaschinerie der Nazis aufhalten und damit Hunderttausende Jüdinnen und Juden retten können.

Diesen Glauben teilt auch der englische Historiker John Cornwell: "Hätten die Katholiken insbesondere gegen die ‚Kristallnacht` und gegen den Aufstieg des Antisemitismus protestiert, dann wäre den Juden in NS-Deutschland, ja sogar in Europa unendliches Leid erspart worden." Zweifellos haben die Nazis mitunter taktische Rückzieher gemacht, hat Hitler persönlich "Fanatiker" in den braunen Reihen gebremst - vor allem mit Rücksicht auf das Ausland. Sein Ziel aber, die Ermordung der europäischen Juden, stand niemals zur Disposition. Die Vorstellung, der Papst hätte durch einen moralischen Appell den Holocaust verhindern können, ist grenzenlos naiv. Bei Cornwell folgt sie aus seinem tiefen Glauben an die moralische Macht der katholischen Kirche, deren überzeugter Anhänger er trotz alledem geblieben ist.

Sein religiöser Eifer verleitet Cornwell auch dazu, die berechtigten Vorwürfe gegen Pius XII. ins Maßlose zu steigern. So nennt er ihn im Buchtitel schlicht "Hitler's Pope" - obwohl Pius nicht etwa Hitlers Werkzeug,

sondern selbstständig handelndes Subjekt war. Dem Beck-Verlag muss man dankbar sein, dass er für die deutsche Übersetzung einen sachlicheren Titel gewählt hat. (1)

Der Nazismus als kleineres Übel

Sehr viel überzeugender als Hochhuth allerdings zeigt Cornwell die Motive, die dem Schweigen des Papstes zu Grunde lagen. Diese lassen sich keineswegs auf Opportunismus und Machtstreben reduzieren. Hinzu kommen ideologische Motive, die Pacelli hinderten, den Nationalsozialismus in Gänze zu verurteilen: Sein Rassismus, seine feindselige Haltung gegenüber den Juden und sein fanatischer Antikommunismus.

Cornwell trägt überzeugendes Beweismaterial zusammen, das diese drei Geisteshaltungen Pacellis belegt. So beteiligte sich Pacelli 1920, als Nuntius (vatikanischer Botschafter) in Deutschland, aktiv an einer rassistischen Kampagne gegen schwarze Soldaten der französischen Besatzungstruppen. Diese würden systematisch Verbrechen an der Zivilbevölkerung begehen, behauptete er, "unter anderem sadistischen Missbrauch, Vergewaltigung und schreckliche Misshandlungen an Frauen und Grausamkeiten gegenüber Kindern". Obwohl die Gräuelpropaganda von einem Untersuchungsausschuss des US-Repräsentantenhauses widerlegt wurde, hielt Pacelli an seiner Sicht der Dinge fest. Als Anfang 1944 die Besetzung Roms durch alliierte Truppen bevorstand, richtete die dringende Bitte an die US-Regierung, dass "keine farbigen Truppen der Alliierten unter der kleinen Zahl jener sein mögen, die nach der Besetzung in Rom kaserniert werden."

In seiner Feindseligkeit gegenüber den Juden ging Pacelli über den traditionellen christlichen Antijudaismus hinaus. Er sah in den Juden nicht nur "Christusmörder" und "verstockte Ungläubige", sondern machte sie auch für den Bolschewismus und die revolutionären Bestrebungen am Ende des Ersten Weltkrieges verantwortlich. In einem Brief an den Kardinalstaatssekretär Gasparri (den "Außenminister" des Vatikans) schilderte er 1919 seine Erlebnisse im Hauptquartier der Münchner Revolutionäre: "Es ist die absolute Hölle. Ein Heer von Angestellten wieselt hin und her, erteilt Befehle, wedelt mit Papieren, und in der Mitte all dessen lungerte eine Bande von jungen Frauen von zweifelhaftem Ausehen, Juden, wie sie alle, mit provokativem Benehmen und zweideutigem Grinsen in den Büros herum. Die Chefin dieses weiblichen Abschaums war Leviens Gefährtin: eine junge Russin, Jüdin und geschieden, die für alles verantwortlich ist. Dieser Levien ist ein junger Mann von etwa 30 oder 35 Jahren, ebenfalls Russe und Jude. Blass, schmutzig, mit von Drogenmissbrauch gezeichneten Augen, rauher Stimme, vulgär, abstoßend, mit einem Gesicht, das gleichzeitig intelligent und verschlagen wirkt." Zu dieser Schilderung bemerkt Cornwell zu Recht: "Die Hinweise auf das Judentum dieser Leute im Kontext ihrer körperlichen und sittlichen Widerwärtigkeit hinterlässt den starken Eindruck einer stereotypen rassistischen Verachtung".

Pacellis Antikommunismus (der sich auch gegen Sozialdemokraten als mutmaßliche Helfershelfer der Kommunisten richtete) blieb auch nach 1945 unverändert erhalten. Die Juden allerdings verwandelten sich nun in Opfer, denen die katholische Kirche angeblich jede nur erdenkliche Hilfe geleistet hätte. Richtig ist, dass Tausende italienischer Jüdinnen und Juden in Kirchen und Klöstern, auch im Vatikan, den Holocaust überlebten. Der von vielen erhoffte päpstliche Protest gegen den nazistischen Völkermord aber blieb aus. Was der Vatikan später als "Verurteilung" des Holocaust reklamierte, waren wolkige Formulierungen, die von der Masse der Gläubigen nicht verstanden wurden und daher für die Mörder keinerlei Gefahr darstellten.

Die unterdrückte Enzyklika

Das gilt auch für die noch von Pacellis Vorgänger, Papst Pius XI., im März 1937 verkündete Enzyklika "Mit brennender Sorge". Diese Sorge galt allein dem "Leidensweg der Kirche", die sehr viel größeren Leiden der Juden im Deutschen Reich wurden mit keinem Wort erwähnt. Hitler verstand die Enzyklika als Versuch des Vatikans, "sich Rechte anzumaßen", die über die "geistlich-seelsorgerische Tätigkeit" hinausgingen - und war entsprechend empört über die "Verletzung des Reichskonkordats" von Juni 1933. Dieses Konkordat, das von Pacelli mit ausgehandelt worden war, brachte dem Naziregime nicht nur internationale Anerkennung, es bedeutete vor allem das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland: Die Zentrumspartei musste sich auflösen, nachdem sie im März 1933 unter Mithilfe Pacellis unter Druck gesetzt worden war, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen.

Warum der Enzyklika "Mit brennender Sorge" keine weitere folgte, ist seit langem Gegenstand von Spekulationen. Noch zu Lebzeiten von Pius XI. war ein Text über "Die Einheit des Menschengeschlechts" vorbereitet worden, der aber nie verkündet wurde. Darin wird zum einen die "ungerechte, erbarmungslose

Kampagne gegen die Juden" beklagt, die "Behandlung der Juden auf Grund von Anordnungen, die dem Naturrecht widersprechen". Gleichzeitig werden in dem Papier aber die antijüdischen Stereotypen des Christentums bekräftigt: Der "Unglaube des jüdischen Volkes", die "Verblendung" der Juden "durch den Traum von weltlichem Gewinn und materiellem Erfolg" hätten deren "weltlichen und geistlichen Ruin" verursacht; die christliche Kirche sorge sich um das "Vermächtnis der Wahrheit..., die rein profanen Probleme, in die sich das jüdische Volk verstrickt sehen mag, interessieren sie nicht". Gleichwohl hätte der Protest gegen die "naturrechtswidrige Behandlung" der Juden sicherlich scharfe Reaktionen Nazi-Deutschlands heraufbeschworen - auch wenn die Täter in dem Entwurf nicht genannt wurden.

Ob nun Pius XII. selbst oder der Jesuitengeneral Ledochowski für die "Unterdrückung" der Enzyklika verantwortlich waren, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit klären. Tatsache ist, dass der Papst bis Kriegsende und darüber hinaus geschwiegen hat - geschwiegen zur Ermordung von sechs Millionen europäischer Jüdinnen und Juden, geschwiegen selbst zur Deportation der Juden Roms, der "Stadt des Papstes", im Oktober 1943.

Was ein päpstlicher Protest gegen den Holocaust letztlich "gebracht" hätte, ist umstritten. Erheblich zu weit geht Rudolf Augstein, der von einem Papstwort die Rettung der Juden erwartet hätte: "Das hätte Hitlers Armee, der Millionen Katholiken angehörten, nicht ausgehalten. Der Diktator hätte zurückweichen müssen..." (Der Spiegel 43/1997) Hinter diesem Optimismus verbirgt sich offensichtlich die längst widerlegte Vorstellung vom "guten deutschen Soldaten", der von einem Verbrecherregime "missbraucht" worden wäre. Zuzustimmen ist eher Günter Lewy, der die Wirkung einer öffentlichen Verurteilung des Judenmordes durch alle katholischen Bischöfe und durch Radio Vatikan so beschreibt: "Auf diese Weise hätten Juden wie Christen zumindest erfahren, was es mit der Deportation in den Osten auf sich hatte. Dem Papst wäre geglaubt worden, während man die Rundfunksendungen der Alliierten dagegen oft als Kriegspropaganda abgetan hat."

Fast 53 Jahre nach Kriegsende demonstrierte der Vatikan, dass ihm an einer selbstkritischen Reflexion über die Vergangenheit nicht gelegen ist. In der im März 1998 vorgestellten Erklärung "Wir erinnern uns. Nachdenken über die Shoah" wird allein das Fehlverhalten einzelner Christen gegenüber den Juden eingestanden. Die Kirche und namentlich Pius XII. bleiben dagegen von der Kritik ausgenommen. In grober Verfälschung der Geschichte wird dem Papst gar für das gedankt, was er "persönlich oder durch seine Repräsentanten unternommen hatte, um das Leben Hunderttausender Juden zu retten". Dass es sich hier um eine reine Fantasiezahl (mit ein bis zwei Nullen zu viel) handelt, wissen nicht nur Historiker.

Nach den vielen ablehnenden Reaktionen auf die Erklärung zur Shoah sah sich der Vatikan nicht nur gezwungen, die Seligsprechung Pius' XII. zu verschieben. Er stimmte kürzlich auch der Einrichtung einer Kommission jüdischer und katholischer Historiker zu, die die Akten des Vatikans aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs durchsehen soll. Dass der Vatikan danach sein Urteil über Pius XII. revidiert, ist nicht zu erwarten. Hier wird die Wahrheit nur im äußersten Notfall eingestanden - für die Rehabilitierung Galileis brauchte man 350 Jahre.

Js.

Anmerkung:

1) John Cornwell: Pius XII.. Der Papst, der geschwiegen hat; C.H. Beck Verlag, München, 1999, 450 Seiten, 58 DM

24. Blühende Landschaften? Deutschland und seine Hauptstadt im Jahre Zehn nach der Wiedervereinigung

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Sozialpolitik; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:37

Nachdem er den Fluss durchwatet und den Pass überstiegen hat, steht der Mensch plötzlich vor der Stadt Moriana mit ihren Sonnenschein durchsichtigen Alabastertoren, ihren Korallensäulen, die serpentinverkleidete Simse tragen, ihren Villen ganz aus Glas ... Ist er nicht auf seiner ersten Reise, so weiß der Mensch bereits, dass Städte wie diese eine Kehrseite haben: Man braucht nur einen Bogen zu gehen und hat schon Morianas verborgenes Gesicht vor Augen, eine Fläche mit verrostetem Blech, Sackleinwand, nägelbespickten Balken, rußschwarzen Rohren, Haufen von Büchsen, Brandmauern mit verwaschenen Inschriften, Stuhlgerippen ohne Flechtsitze, Stricken, die nur noch dazu taugen, sich an einem morschen Balken aufzuhängen. ... Die Stadt ... besteht nur aus einer Vorderseite und einer Rückseite, wie ein Blatt Papier mit einer Figur hier und einer Figur dort, die sich nicht ablösen und nicht ansehen können. (aus: "Die unsichtbaren Städte" von Italo Calvino)

Der vorherrschende Eindruck im Ausland über Deutschland ist der einer funktionierenden "sozialen Marktwirtschaft". Das Modell des "rheinischen Kapitalismus", in dem Regierung, Großunternehmen, Banken und machtvolle Gewerkschaften gemeinsam eine blühende Wirtschaft, Mitbestimmung, soziale Sicherheit und Wohlstand garantieren. Der Regierungssitz Berlin gilt als die europäische Hauptstadt des 21. Jahrhunderts, das Tor nach Osteuropa.

Wirft man allerdings einen Blick hinter diesen rhetorischen Vorhang, zeigt sich ein gänzlich anderes Bild. Die Anzahl derer, die von Sozialhilfe leben, ist von 2,4 Millionen im Jahr 1992 auf 3,1 Millionen 1998 angestiegen (ca. 3,7 Prozent der Gesamtbevölkerung). Mehr als eine Million davon sind minderjährig. Über vier Millionen Menschen sind arbeitslos, die Anzahl der Langzeitarbeitslosen unter ihnen stieg von ca. 500.000 im Jahr 1992 auf 1,4 Millionen im Jahr 1999 an.

Während der vergangenen zehn Jahre ist auch ein enormer Anstieg der informellen Beschäftigung, der Schattenökonomie und des Mikro-Unternehmertums zu beobachten. Parallell dazu schreitet die Prekarisierung der ehemals regulären Beschäftigung voran. Das Phänomen "Working poor", Armut trotz Arbeit, breitet sich auch in Deutschland mehr und mehr aus. Die "atypischen" Beschäftigungen, wie sie der DGB gerne nennt, sind inzwischen wohl eher "typisch". Bereits seit Mitte der 80er Jahre sind mehr als 50 Prozent der neu eingegangenen Arbeitsverhältnisse "atypisch". Besonders betroffen davon sind Frauen, Jugendliche und MigrantInnen.

Tarifverträge sind eine Errungenschaft, die vorwiegend Männern, und in zunehmendem Maße nur noch Deutschen vorbehalten ist. Frauen bleiben in der Regel auf unterbezahlte, nicht tariflich geregelte oder illegalisierte Beschäftigung verwiesen. De facto verfügen 73 Prozent aller Frauen über 15 Jahre über keine eigenen Einkünfte oder über monatliche Einkünfte von unter 1.800 DM, auch wenn sie Vollzeit beschäftigt sind. Frauen in bessergestellten Positionen verdienen im Durchschnitt 30 Prozent weniger als Männer, die mit den gleichen Aufgaben betraut sind.

Etwa ein Drittel aller Selbstständigen sind Frauen. Sie arbeiten vorwiegend im Dienstleistungssektor (57 Prozent) und im Einzelhandel (26 Prozent im Westen und 37 Prozent im Osten). Mehr als die Hälfte dieser "selbstständigen" Frauen verfügt über keinerlei Grundkapital und hat die selbstständige Tätigkeit lediglich aufgenommen, da sie trotz durchschnittlich höherer Qualifikation als ihre männlichen Kollegen, keinerlei Aussicht auf eine Integration in den regulären Arbeitsmarkt haben. Und wie wenig die heutigen Selbstständigen dem traditionellen Unternehmerbild entsprechen, wird deutlich, wenn man einen Blick auf die Einkommensverhältnisse wirft: 53 Prozent der selbstständigen Frauen im Westen und 41 Prozent im Osten verdienen weniger als 1.800 DM im Monat, nahezu ein Viertel sogar weniger als 1.000 DM.

Das Bewusstsein über prekäre und reguläre Beschäftigung ist in Deutschland jedoch stark unterentwickelt. Das Bild der geregelten Arbeitsverhältnisse als gesellschaftliche Normalität ist nach wie vor wirkungsmächtig. Die großen Debatten, die die Öffentlichkeit bestimmen, wie z.B. um die Rente ab 60, betreffen tatsächlich nur (männliche) Minderheiten mit einer 35-jährigen, fordistischen Arbeitsgeschichte. Große Teile der Linken wiederum haben keine andere Antwort auf die neuen Arbeitsverhältnisse, als sie wieder in traditionelle

fordistische Muster pressen zu wollen, und selbst bei den meisten Betroffenen herrscht die Meinung vor, zu einer Minderheit zu gehören, die über kein reguläres Arbeitsverhältnis verfügt.

Dabei sprechen die Zahlen eine deutlich andere Sprache. Von etwa 38,1 Millionen arbeitsfähigen Personen in Deutschland sind über vier Millionen arbeitslos, 2,7 Millionen arbeitsfähige SozialhilfeempfängerInnen, 1,2 Millionen arbeiten mit reduziertem Einkommen in verschiedensten staatlich finanzierten oder subventionierten Maßnahmen und Fortbildungsschlaufen. 2,5 Millionen verfügen über Arbeitsverträge von weniger als einem Jahr, 2,5 Millionen arbeiten Teilzeit (87 Prozent davon sind Frauen), 6,5 Millionen sind mittels der "630-DM-Jobs" im Westen, bzw. 530-DM-Jobs im Osten beschäftigt, zwischen 900.000 und 1,5 Millionen gelten als Scheinselbstständige, 625.000 sind HeimarbeiterInnen. Hinzu kommen in der Schattenökonomie Beschäftigte, wie Leih- und SaisonarbeiterInnen.

Mindestens 20,5 Millionen, also 54 Prozent der 38,1 Millionen arbeitsfähigen EinwohnerInnen der Bundesrepublik leben in einer prekären Situation. Nur eine Minderheit verfügt über ein reguläres, sozial abgesichertes Beschäftigungsverhältnis oder hat mittels selbstständiger Beschäftigung ein ausreichendes Einkommen, um sich selbst sozial abzusichern.

Die rasante Verarmung - verursacht durch das kontinuierliche Absinken der Haushaltseinkommen - ist vor allem in Berlin deutlich spürbar. Bis zum Mauerfall wurde ein Großteil des Berliner Haushaltes über Bundesmittel subventioniert. Noch 1990 summierte sich die Bundeshilfe auf 14,2 Milliarden DM (6.625 DM pro EinwohnerInnen in Westberlin). Damit wurde das bereits damals einsetzende Absterben der Industrie gebremst. 1998 bekam Berlin über den Länderfinanzausgleich - als größter Nehmer - immerhin noch 4,89 Milliarden DM - 2.525 DM pro EinwohnerInnen. In Westberlin führte dies zu einem starken Kaufkraftverlust und der Verringerung der öffentlichen Ausgaben. Die Berliner Verwaltung reduzierte die Anzahl ihrer Beschäftigten im Zeitraum 1991-1998 von 298.338 auf 199.298 Personen.

Aber dies ist nur die Spitze des Eisbergs des Arbeitsplatzabbaus. Alle Sektoren miteingeschlossen und die neu geschaffenen Beschäftigungen bereits abgezogen, ergibt sich für Berlin für den Zeitraum 1991-1998 eine Negativbilanz von 371.100 Arbeitsplätzen. Die Anzahl der arbeitenden Bevölkerung fiel im gleichen Zeitraum um 14,5 Prozent, während sich die Arbeitslosenquote offiziell um die 16 Prozent bewegt.

Ein Großteil des Arbeitsplatzabbaus fand in der Industrie statt. Der Mauerfall hatte den ehemals abgeschotteten Westen Berlins über Nacht einer ungekannten Wettbewerbssituation mit Ost-Berlin und dem Umland ausgesetzt. Unternehmen begannen ihre Produktionsstätten und Niederlassungen außerhalb Berlins anzusiedeln. Aber auch die ausgebliebene Modernisierung und die reduzierte Produktpalette vieler West-Berliner Unternehmen sowie die fehlenden Investitionen in Forschung und Entwicklung führten zu einem massiven Arbeitsplatzabbau im Industriesektor. Im Osten der Stadt war die Industrie einem noch weitreichenderen Abbau ausgesetzt. Die Produktion brach zusammen, teilweise auf Grund der geringeren Qualität der Produkte, die es nicht erlaubte eine günstige Positionierung im globalen Wettbewerb zu erzielen, aber auch wegen der niedrigen Produktivität und dem plötzlichen Wegfall der Nachfrage aus dem ehemaligen Ostblock.

In diesem Rahmen sank die Anzahl der Beschäftigten in der Berliner Industrie zwischen 1989 und 1998 um 57,8 Prozent. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen: von 1997 bis 1998 sank die Industriebeschäftigung immer noch um 5,6 Prozent. Aus Berlin werden vor allem flächenintensive Unternehmen in das Umland verlegt, neue Industrien siedeln sich in der Regel gar nicht mehr in Berlin an, sondern im "Speckgürtel" um die Stadt, der über eine relativ gute Infrastruktur verfügt.

Nach einem Bevölkerungszuwachs bis 1993 ist mittlerweile auch die Zahl der EinwohnerInnen Berlins im Sinken begriffen. Von 3,475 Millionen Ende 1993 waren im Juli 1999 noch 3,393 Millionen übrig. Die Folgen sind vor allem für den Einzelhandel spürbar, der in der ersten Hälfte 1999 einen Umsatzrückgang von zwei Prozent und einen Beschäftigungsrückgang von 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen hatte.

Unter den neun deutschen Metropolenregionen bildet Berlin das Schlusslicht bezüglich der Wirtschafts- und Steuerkraft. In Berlin liegt die Bruttowertschöpfung pro Kopf mit 40.082 DM jährlich nur leicht über dem Bundesdurchschnitt von 39.236 DM, sie beträgt weniger als die Hälfte der Makroregionen wie München/Nürnberg (81.716 DM) und liegt deutlich unter der der Hansestadt Hamburg (70.087 DM).

Zwischen 1991 und 1998 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Berlins nominal von 120,41 Milliarden DM auf 155,77 Milliarden, der Anstieg schrumpft allerdings auf 2,5 Prozent, wenn man den Berechnungen die Preise von 1991 zugrunde legt. Diese schwache Entwicklung wandelte sich schließlich 1997 in eine Verringerung des BIP um 0,3 Prozent. Vom sozialen Standpunkt aus gesehen lässt sich in Berlin eine duale Entwicklung feststellen: Auf der einen Seite die Gestaltung der Stadt gemäß den Bedürfnissen einer modernen Metropole und andererseits das außerhalb des Bewegungsradius der transnationalen Wirtschafts- und Regierungsmacht liegende Berlin.

Während sich die Einwohnerzahl, die arbeitsfähige Bevölkerung und die Beschäftigtenzahl im stetigen Abwärtstrend befinden, steigt die Quote der Arbeitslosen und nicht erwerbsfähigen Bevölkerung kontinuierlich an. Die Verarmung breiter Teile der Bevölkerung erfolgt in rasantem Tempo: Die Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen ist von 158.611 im Jahr 1991 auf 281.851 im Jahr 1998 gestiegen. Darin sind die 34.121 AsylantragstellerInnen, die Leistungen unterhalb des Sozialhilfesatzes erhalten, noch nicht enthalten. 8,3 Prozent der Berliner Bevölkerung erhält Sozialhilfe. Berlin hat damit die höchsten Sozialhilfeausgaben pro Kopf (905,88 DM jährlich) in ganz Deutschland. Dabei liegen die Ausgaben im Westteil sogar noch deutlich höher als im Ostteil. Von der Armut betroffen sind vor allem Nicht-Deutsche, die 26,6 Prozent der SozialhilfeempfängerInnen ausmachen, bei einem Anteil von 12,75 Prozent an der Berliner Bevölkerung. Da Nicht-Deutsche vorwiegend als IndustriearbeiterInnen beschäftigt waren, sind sie von den Entwicklungen der letzten Jahre besonders stark betroffen. Gleichzeitig ist es für sie nahezu unmöglich wieder eine abhängige Beschäftigung zu finden. Daher gibt es auch einen regelrechten Boom in der Aufnahme selbstständiger Aktivitäten seitens Nicht-Deutscher.

Doch in einem Punkt - in der Struktur der Haushalte - kann Berlin metropolitanen Standard vorweisen: Während die Anzahl der Mehrpersonenhaushalte stetig sinkt, steigt die der Single- und Zwei-Personenhaushalte sowie der Kinderlosen und allein Erziehenden. 79 Prozent der Berliner Haushalte hat keine Kinder unter 18 Jahren und 24 Prozent aller Haushalte sind Single-Haushalte - gegenüber einem Bundesdurchschnitt von 16 Prozent.

Dario Azzellini

In der nächsten Ausgabe:

Berlin - Dienstleistungsmetropole und Drehscheibe für den Ost-West-Handel?

Im Rahmen des vom Mailänder Institut A.A.STER in sieben europäischen Städten durchgeführten Forschungsprojektes "Moriana" über neue Arbeitsformen und -verhältnisse in Zeiten des Umbruchs zeichnet Dario N. Azzellini für Berlin verantwortlich.

25. "Entfesselte Kreativität." Sozialhilfesteuerung per Arbeitszwang

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:13

Die Hamburger Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) geht davon aus, dass von den 135.000 SozialhilfeempfängerInnen in Hamburg ca. 15.000 Menschen "prinzipiell in Arbeit vermittelbar" sind. Seit Mitte der 90er Jahre versucht die BAGS, diese Menschen konsequent und systematisch herauszufiltern. "Loslösung aus der Sozialhilfe" heißt das im Jargon der "modernen Sozialhilfesteuerung".

Beim Sozialamt in Hamburg-Altona ist man der Auffassung, "dass ein Hilfe suchender in Hamburg innerhalb kürzester Zeit eine Erwerbstätigkeit finden kann, auch wenn diese nur gering vergütet wird". Damit sind ausdrücklich auch Aushilfstätigkeiten, Urlaubsvertretungen, geringfügige Beschäftigung, Austragen von Zeitungen und Werbeprospekten etc. gemeint. JedeR SozialhilfeempfängerIn könne somit mindestens 400 DM im Monat durch "Arbeit" verdienen. Konsequenz: In Altona werden Anträge auf aufstockende Sozialhilfe bis zu einer solchen Höhe gar nicht mehr angenommen, diese Summe muss durch "Arbeit" erbracht werden. Wer also in einem Billig-Job oder als EmpfängerIn von Arbeitslosenhilfe so wenig verdient, dass er/sie zusätzlich Sozialhilfe beantragen muss, der/die wird jetzt noch mal auf den Arbeitsmarkt geschickt. Statt Sozialhilfe wird auf den Zweit- oder Dritt-Job verwiesen. Weiter gedacht, müsste eigentlich jeder/m SozialhilfeempfängerIn pauschal 400 Mark als "durch Arbeit zu erbringender Eigenanteil" abgezogen werden.

Für die Sozialbehörde rechnet sich diese Form der "Hilfe zur Selbsthilfe". Durch "Lösung aus der Sozialhilfe" per Arbeitszwang bzw. durch Verzicht auf Leistungsansprüche hat dieses Projekt zu Einsparungen von 23.000 DM pro Monat geführt.

Die Praxis in Hamburg-Altona ist Bestandteil eines "Modellprojekts zur Steuerung des Zugangs zur Sozialhilfe und zur Loslösung", das es auch in anderen Hamburger Sozialämtern gibt. Mit diesen und anderen Projekten wird eine neue Philosophie in der Hamburger Sozialhilfepraxis umgesetzt, die in den letzten Jahren auch die Sozialhilfegewährung immer stärker unter betriebswirtschaftliche Optimierungs- und Steuerungszwänge gestellt hat. Sozialhilfe - so die neue Botschaft - darf nicht bloß passiv auf die Sozialhilfefälle reagieren, die von äußeren, von der Sozialhilfepraxis letztlich nicht beeinflussbaren Faktoren wie Armut und Arbeitslosigkeit produziert werden. Die Sozialhilfepraxis soll im Gegenteil aktiv dazu beitragen, diese "Fallzahlen" zu steuern und zu kontrollieren. In der Sprache der Verwaltung heißt das "von der klassischen Sozialhilfeverwaltung zu einer ergebnisorientierten Gestaltung des Hilfesystems". Und Ergebnisorientierung meint Kostenersparnis, in dem man die SozialhilfeempfängerInnen entweder gar nicht erst in den Hilfebezug lässt oder aber sie möglichst schnell wieder los wird.(1)

Zentrale Begriffe der neuen Sozialhilfesteuerung sind demnach auch "Zugangskontrolle" und "Loslösung aus der Sozialhilfe". Der Zwang, bei Strafe einer Leistungskürzung oder Einstellung "jede zumutbare Arbeit anzunehmen, bevor er (der Sozialhilfeberechtigte) der Allgemeinheit zur Last fällt", ist dabei das bei weitem beliebteste Mittel zum Zweck. Wer nur irgendwie seine Haut zu Markte tragen kann, muss dies tun. Arbeitsfreie soziale Transferzahlungen sollen nur noch den "wirklich Bedürftigen" zuerkannt werden.

Flächendeckend und vor allem systematisch ist dieser Ausleseprozess in Hamburg das erste Mal 1996 getestet worden. In sog. "Plus-Aktionen" wurden alle SachbearbeiterInnen der Hamburger Sozialdienststellen dazu verpflichtet, aus der laufenden Fallkartei und zusätzlich zum laufenden Tagesgeschäft zunächst einen Fall (1-Plus-Aktion 1996), später vier Fälle (4-Plus-Aktion 1997) auszuwählen und aus der Sozialhilfe zu "lösen". Auswahlkriterium war ausschließlich die zu erwartende Kostenersparnis: Es sollten nur Fälle ausgewählt werden, die mit einem Einsparpotenzial von mindestens 800 DM pro Monat an Sozialhilfe verbunden waren und die seit mindestens sechs Monaten Sozialhilfe bezogen haben. 10,8 Mio. DM sollten auf diese Weise 1997 eingespart werden. Als Belohnung sind die Sozialämtern 1998 von dem geplanten Stellenabbau verschont worden.

Im Rahmen der 4-Plus-Aktion des Jahres 1997 sind insgesamt 3.029 Menschen aus der Sozialhilfe "gelöst" worden, davon 2.179 vollständig. Unter diesen "vollständig gelösten" Fällen waren 1.746 Arbeitsaufnahmen. In 358 Fällen meldeten sich die Menschen nicht mehr beim Sozialamt, in 48 Fällen wurde die Sozialhilfe wegen der Weigerung, "zumutbare Arbeit" anzunehmen, gestrichen, und 27 Fälle sind in die Lohnkostenförderung

gekommen. D.h. 18,6% oder nahezu jede fünfte "Loslösung" beruhte 1997 darauf, dass Hilfeberechtigten die Sozialhilfe verweigert wurde oder sie selbst auf ihr Recht verzichtet haben.(2)

Hinweise und Informationen über Dauer und Qualität der neuen Beschäftigungsverhältnisse hat die Armutsverwaltung bisher nicht vorgelegt. In finanzieller Hinsicht ist das anvisierte Einsparziel übererfüllt worden: 13 Mio. DM sind durch die 4-Plus-Aktion 1997 eingespart worden, 10 Mio. DM 1998.

Inzwischen wird der Arbeitszwang noch systematischer betrieben. Bereits 1996/97 wurde ein Pilotprojekt "Fachstellen Hilfe zur Arbeit" entwickelt, das bis heute in fünf Bezirken umgesetzt ist. In Hamburg-Mitte trägt diese Stelle den schönen Namen "Fachstelle zur aktiven Hilfeplanung". Leitgedanke ist die zentralisierte und lückenlose Erfassung und Bearbeitung insbesondere von Neufällen in der Sozialhilfe. NeuantragstellerInnen müssen jetzt generell vor jeder Hilfegewährung diese Fachstellen aufsuchen und werden dort zentral, flächendeckend und einheitlich mit der Arbeitsverpflichtung konfrontiert. Dass bei den irritierenden Verweisen auf neue Dienststellen oder bei den aufoktroyierten Bewerbungsgängen Hilfeberechtigte nicht daran denken, ihren Hilfeantrag unverzüglich abzugeben, dürfte ein bewusst einkalkulierter Nebeneffekt sein; auf den entsprechenden Hinweisen der Fachstellen fehlen auf jeden Fall klare Hinweise, dass Anträge auf Sozialhilfe sofort abgegeben werden können und auch angenommen werden müssen. Dafür ist dort um so mehr von den Pflichten gegenüber der Gemeinschaft die Rede.

Neben den Fachstellen, den Plus-Aktionen und den Job-Clubs und Job-Börsen (vgl. den Artikel von Gerhard Klas in dieser ak-Ausgabe) gibt es mittlerweile eine Reihe, hauptsächlich bezirklicher Modelle und Pilotprojekte zur effektiveren Ausgestaltung der "Loslösung aus der Sozialhilfe." Diese richten sich vor allem gegen Menschen, die neu oder nach längerer Unterbrechung wieder in den Sozialhilfebezug kommen. Der Schlüsselbegriff ist hier neben der bekannten "Aktivierung der Selbsthilfemöglichkeiten" das "Fallmanagement". Über einen Zeitraum von sechs Monaten sollen Hilfeberechtigte "intensiv betreut" werden. Dabei soll ein "Hilfeplan entwickelt (werden), der die Aktivitäten beider Seiten verbindlich und zielgerichtet regelt." (3)

Für die betroffenen Menschen ist es meist wenig amüsant, wenn die Sozialdienststellen ihre "entfesselte Kreativität" (O-Ton Sozialbehörde) entfalten, um "alle Anstrengungen zur Selbsthilfe" zu unternehmen. Von "individueller Beratung" ist da meist nie, von schikanöser Behandlung um so öfter die Rede. "Lösung aus der Sozialhilfe" und "Integration in den Arbeitsmarkt" heißt für SozialhilfeempfängerInnen faktisch nichts anderes als arbeiten gehen zum Sozialhilfesatz. Ihre Existenz oder gar eine "menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben" (Bundessozialhilfegesetz) wird damit nicht gesichert. Während die Gesamtzahl der SozialhilfeempfängerInnen in Hamburg im letzten Jahr um 0,6% gestiegen ist, hat die Zahl derer, die trotz Erwerbseinkommen noch Sozialhilfe beziehen müssen, dramatisch zugenommen, nämlich um 6,9%. Die "Lösung aus der Sozialhilfe" bedeutet also auf gar keinen Fall weniger Armut. Diese Zahlen zeigen vielmehr, dass die "working poor" mittlerweile auch in Hamburg angekommen sind, immer Menschen sind trotz Arbeit arm.

Eine Sozialpolitik, der angesichts dieser Entwicklung nur "Vermittlung in Arbeit" um jeden Preis einfällt, dokumentiert das, was die französische Schriftstellerin Viviane Forrester als "Terror der Ökonomie" beschrieben hat. In dem Maße, wie in der Gesellschaft vernünftige Erwerbsarbeitsplätze mit Existenz sichernden Einkommen fehlen oder nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, in dem Maße wird gleichzeitig das "Prinzip Arbeit" zum abstrakten Fetisch: Nur wer "arbeitet", ist ein nützliches Mitglied der Gesellschaft und "verdient" die Solidarität der "Gemeinschaft der Steuerzahler". Was, von wem, zu welchen Bedingungen und wofür "gearbeitet" wird, spielt keine Rolle mehr.

In Hamburg sind alle Sozialdienststellen angewiesen worden, der "Loslösung aus der Sozialhilfe" absolute Priorität einzuräumen. Im Haushaltsjahr 2000 sollen noch einmal zusätzlich 1.000 SozialhilfeempfängerInnen "in Arbeit" vermitteln werden. Die Armutsverwaltung ist somit fest entschlossen, auch in den folgenden Jahren den Ausleseprozess aus der Sozialhilfe in die Arbeit zum Sozialhilfesatz mit aller Schärfe fortzuführen. Allein im nächsten Haushaltsjahr sollen so 10 Mio. DM eingespart werden. Wie hat es die Senatorin (und ehemalige DGB-Chefin) Karin Roth während der letzten Haushaltspressekonferenz im Sommer 1999 so treffend formuliert: "Sparen wo es gut und vernünftig ist, z.B. bei der Sozialhilfe."

Dirk Hauer

Anmerkungen:

1) Sozialpolitische Opposition Hamburg (Hg.): "BRothlos Leben. Überblick über die Modernisierung der Sozialhilfe in Hamburg", Hamburg 1999

2) Senatsamt für Bezirksangelegenheiten (Hg.): "Wege aus der/für die Sozialhilfe. Abschlussbericht zum Projekt MoVES", Hamburg 1998

3) BAGS (Hg.): "Sozialhilfereport", Nr.15, April 1999

Die Broschüre "BRothlos Leben" kann zum Preis von 6 DM bei der Sozialpolitischen Opposition Hamburg, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg bestellt werden

Karl P. ist arbeitsunfähig und bezieht Sozialhilfe. Am 16.2.1999 erhält Karl P. einen Bescheid des Sozialamts Billstedt. Darin wird ihm mitgeteilt, dass das Amt die Sozialhilfeleistungen einstellt. In einem Beratungsgespräch sei man doch mit ihm dahingehend übereingekommen, dass "gesundheitliche oder soziale Einschränkungen" seinen Arbeitsbemühungen nicht entgegenstünden. Dennoch habe er sich nicht um Arbeit bemüht und müsse daher nun die Konsequenzen tragen. Nur: Dieses "Beratungsgespräch" hat nie stattgefunden, zu dem angegebenen Termin ist Herr P. nicht einmal auf dem Amt gewesen. Er hat mittlerweile Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen das Sozialamt erstattet.

Hans F. wurde von der Sozialdienststelle St. Pauli aufgefordert, sich bei einer Reinigungsfirma für Öltanks zu bewerben. Die extrem anstrengende Arbeit wäre mit sage und schreibe 11,50 DM brutto in der Stunde bezahlt worden. Herr F. ist der Aufforderung gefolgt, aber von der Firma mit dem Hinweis auf seine Überqualifikation nicht eingestellt worden. Auf die Nachricht von der Absage zeigte sich Herrn F.'s Sachbearbeiterin erbost, und zwar über ihn. Mit den Worten, er solle mal lernen, was arbeiten ist, schickte sie in noch einmal zu der selben Firma.

Rasheed W. bekommt Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Im Dezember 1998 kündigte er einen 630-DM-Job, weil er zu schwer und zu schlecht bezahlt war. Von der Sozialdienststelle Hamburg-Nord wurde er darauf hin aufgefordert, sich einen neuen Job zu suchen. Ende Januar 1999 wurden Herrn W. dann per Bescheid die Leistungen gekürzt. Er habe immer noch keine neue Arbeit, obwohl er "von heut' auf morgen" einen neuen 630-DM-Job bekommen würde, und im übrigen habe er ja seine bisherige Stelle "ohne triftigen Grund" aufgegeben.

Luisa R. bekommt im Juli 1999 vom Sozialamt Eimsbüttel die Aufforderung, sich bei der Firma Dataland Callcenter GmbH zu bewerben.Die Firma sucht 30 Menschen zum Verteilen der kostenlosen Zeitung 15 Uhr Aktuell vor U- und S-Bahn-Haltestellen. Beim Vorstellungsgespräch erfährt Frau R., dass sie vor einer Festeinstellung (37,5 Stunden für 2.200-2.500 DM brutto) erst einmal vier Wochen umsonst, als "Praktikum" arbeiten soll. Empört lehnt sie ab, mit bösen Konsequenzen: Das Sozialamt streicht ihr wegen "Arbeitsverweigerung" die Sozialhilfe, auch ein solches unbezahltes "Praktikum" sei zumutbar.

26. Ausverkauf der Grundrechte. Das Pilotprojekt "Job-Börse" in Köln

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:14

Bei den Arbeits- und Sozialämtern der Republik ist die Experimentierwut ausgebrochen. Wenn es darum geht, angebliche "MüßiggängerInnen" in schlechte Jobs zu treiben,

entwickeln deutsche Beamte ungewöhnliche Fantasie.

Nicht nur die Kölner SPD ist im Kommunalwahlkampf voll des Eigenlobs über Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Auch die Bundesregierung unterstützt ein Pilotprojekt zur Zwangsarbeit für Jugendliche, das vor einigen Wochen in Köln angelaufen ist. Kein geringerer als Bundesarbeitminister Walter Riester war angetreten, um die von Arbeits- und Sozialamt gemeinsam betriebene "Job-Börse Junges Köln" zu eröffnen.

Mit ihrem 100.000-Job-Programm hatte die neue Bundesregierung im November 1998 angekündigt, "möglichst jedem Jugendlichen ein Angebot zu unterbreiten". Die Kölner Job-Börse und das Förderprogramm "Sprungbrett", für das vom Arbeitsamt Köln und der Bundesregierung 20 Millionen zur Verfügung gestellt werden, entsprechen der Umsetzung des Bundesprogramms auf lokaler Ebene. Junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren, die erstmals einen Antrag auf Sozialhilfe stellen, werden künftig zur Job-Börse geschickt, wo sie einen "Praktikumsvertrag" mit einem der beteiligten Träger angeboten bekommen. Der sozialversicherungspflichtige Job bringt maximal 850 Mark netto bei 30 Stunden Arbeit die Woche.

Lehnt ein jugendlicher Antragsteller das angebotene "Praktikum" ab, bekommt er auch keine Sozialhilfe. Ebenso soll der Druck auf die knapp 3000 von insgesamt 5300 erwerbslos gemeldeten Jugendlichen in Köln erhöht werden, die schon Sozialhilfe beziehen. Werden sie zur Job-Börse zitiert und weisen das Praktikumsangebot zurück, droht ihnen einen Kürzung der Sozialhilfe um 25 Prozent.

"Die jungen Menschen sollen sich erst gar nicht daran gewöhnen, von Sozialhilfe zu leben", erklärt die zuständige Sozialdezernentin Sabine Christiansen den Zweck der Maßnahme. Immerhin könnten die Praktikanten bis zu 300 Mark mehr als den Sozialhilfesatz verdienen und die Stadt würde nach wie vor die Miete übernehmen.

Soziale Träger richten in Zusammenarbeit mit Unternehmen Jobs für Jugendliche ein. Z.B. für die Demontage von alten Computern und Fernsehgeräten, die ein großes Recyclingunternehmen der Region anliefert und wieder abholt. Das Unternehmen gibt zwar keine Abgabefristen vor, bezahlt aber auch keinen Pfennig für die Arbeit. Andere Jugendliche sollen das bis zu sechs Monate dauernde Praktikum in niedrigqualifizierten Jobs auf dem Bau verrichten oder städtische Spielplätze reinigen. "Für jeden wird ausgesucht, was für ihn das Richtige ist", freut sich die Sozialdezernentin. Und auch die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS zur "Umsetzung des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit" betont, dass "berufsspezifische Verwendungswünsche der Jugendlichen" beim Projekt der Stadt Köln "grundsätzlich berücksichtigt" würden.

Trotzdem lehnten 20 Prozent der Teilnehmer eines Vorläuferprojekts aus Köln-Kalk, einem Stadtteil mit einer Erwerbslosenquote von 18 Prozent, die Maßnahme zunächst ab. In einer Bilanz heißt es lapidar, die "jungen Erwachsenen verzichteten auf den Bezug von Sozialhilfe bzw. auf entsprechende Beschäftigungsangebote". Nach einer Frist von zwei Wochen hätte jedoch die Hälfte von ihnen doch noch in die Praktika eingewilligt, so die Bundesregierung. Auch die Mehrheit der Teilnehmer hätte das "Hilfsangebot" zunächst "skeptisch und eher ablehnend" angenommen. Viele Jugendliche, so konstatiert das Kölner Arbeitsamt aus den Erfahrungen der "Vorsprechtermine", wollen keineswegs eine befristete Arbeitsstelle, sondern einen "Dauerarbeitsplatz".

In anderen Städten Nordrhein-Westfalens gibt es seit kurzer Zeit ähnliche Projekte. In Krefeld lädt die städtische Zentralstelle für Beschäftigungsförderung ZFD jugendliche Sozialhilfeempfänger zu einem obligatorischen "Informations- und Beratungsgespräch" ein. "Sollten Jugendliche aus nicht nachvollziehbaren Gründen die unterstützenden Maßnahmen ablehnen, müssen sie damit rechnen, dass ihnen Leistungen gekürzt werden", so der ZFD-Leiter Gerhard Ackermann. In der Stadt am Niederrhein gibt es zwar bisweilen höhere Löhne als in Köln, dafür aber auch eine besonders enge "Klientenbetreuung" durch Sozialarbeiter. Die suchen Jugendliche auch schon mal zu Hause auf. "Manchmal hole ich die Leute aus den Betten heraus",

berichtet Roland Kamps, der für etwa 95 Jugendliche zuständig ist. Schlüsselqualifikationen bei diesen Jugendlichen seien vor allem "Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit", so die Einschätzung von Experten.

Was die einen als Maßnahme betrachten, die das "Abrutschen von Jugendlichen in kriminelle Milieus" verhindern soll, kommt für die anderen schlicht und einfach dem "Zwang zur Arbeit" gleich. Für Wolfgang Lindweiler von der Kölner PDS ist es sogar dieses Zwangsmodell, das z.B. die 10 Prozent der Jugendlichen in "Schwarzarbeit und Kriminalität treibt", die sich "nach einem solchen Angebot nicht mehr um Unterstützung bemühen".

Unter anderen Namen sprießen "Hilfsangebote" dieser Art auch im Saarland. In Chemnitz scheut der "Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge" nicht einmal den Vergleich mit der "Arbeitsfürsorge" aus der Weimarer Republik. Die Sozialwissenschaftlerin Christa Sonnenfeld, jahrelang tätig für das Frankfurter Arbeitslosenzentrum FALZ, misst diesen Projekten nicht nur eine Bedeutung für den praktischen, sondern auch für den "ideologischen Vormarsch des Arbeitszwangs" bei. Für sie wird damit wieder einmal die "Unveräußerlichkeit der Grundrechte" preisgegeben. Denn nach wie vor gilt Artikel 12 des Grundgesetzes, wonach niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden darf - "auch nicht durch die Einschränkung des Leistungsbezugs", so Sonnenfeld.

Das sieht die Bundesregierung anders. Sie beruft sich auf das Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Demnach können sowohl "gemeinnützige Arbeiten" als auch befristete Jobs mit arbeitsrechtlichem Schutz und Sozialversicherungsbeiträgen unter Androhung des Sozialhilfeentzugs "vermittelt" werden. Und zwar gilt dort jede Arbeit als "zumutbar"; Qualifikations- und Berufsschutz hat es für Sozialhilfebezieher nie gegeben. Die Bundesregierung beruft sich dabei auf Gerichtsurteile des als politisch konservativ bekannten Oberverwaltungsgerichts Münster, das erst im März dieses Jahres den Verlust des Sozialhilfeanspruchs bei der "Weigerung, zumutbare Arbeit zu leisten", für mit "höherrangigem Recht vereinbar" hielt.

Im Kölner Fall habe die Hälfte der ca. 3.000 jugendlichen Sozialhilfeempfängern durchschnittlich 1.200-1.400 Mark im Monat zur Verfügung - inklusive Mietkosten, so die Bundesregierung. "Eine Lehrstelle bzw. eine Teilnahme am ‚Sprungbrett` ist für diesen Personenkreis deshalb oft nicht attraktiv, zumal unter Umständen noch Einkünfte aus illegaler Schwarzarbeit zur Sozialhilfe hinzukommen", vermutet Klaus Achenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Deshalb solle der "Entzug von Sozialhilfe in der Konsequenz für die Jugendlichen zu einem nachhaltigen Arbeitsanreiz führen".

Bundesweit haben Arbeitsämter im Rahmen des "Sofortprogrammes zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit" bis Ende Juni in 3.558 Fällen die Erwerbslosenbezüge ausgesetzt und in 10.938 Fällen meldeten sie Jugendliche den Sozialämtern.

Vorbild für das Kölner Modell sind die Niederlande. Dort sind kommunale Behörden mittlerweile zur Leihagentur für Arbeitskräfte avanciert. Zunächst durften Arbeitsstellen ausschließlich im gemeinnützigen Sektor subventioniert werden. Seit 1998 können auch Betriebe der Privatwirtschaft von den öffentlichen Zuschüssen Gebrauch machen.

Gerhard Klas

Dieser Beitrag ist zuerst erschienen in der SoZ, Sozialistische Zeitung, Nr.18, 2.9.1999

27. "Es muss was Außerparlamentarisches her". Ein Interview mit der Sozialpolitischen Opposition Hamburg

Autor: dk. · Rubrik: Sozialpolitik; Westdeutsche Linke allgemein; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:15

Ca. 1.000 Leute nahmen am 13.12.1999 in Hamburg an einer Demo gegen den rot-grünen Kahlschlag in der Sozialpolitik teil. Unter dem Motto "Gegen den rot-grünen Crash-Kurs. Wir schlachten das rot-grüne Sparschwein" setzten die DemonstrantInnen einen durchaus lauten und bunten Kontrapunkt gegen die zeitgleich beginnenden Haushaltsberatungen in der Hansestadt. Veranstalterin war die Sozialpolitische Opposition Hamburg, die u.a. auch die Konferenz "Lichter der Großstadt. Konferenz für soziale BürgerInnenrechte" Ende November mitgetragen hatte (vgl. ak 433). Das folgende Interview mit Petra Lafferenz und Pia Peddinghaus von der SoPo wurde kurz vor Weihnachten geführt.

Wie ist die SoPo eigentlich entstanden?

Pe: Das war ziemlich genau vor zwei Jahren, aus Ärger über die rot-grüne Koalition und den rot-grünen Koalitionsvertrag. Wir wollten darauf aufmerksam machen, dass vom Flüchtlingsbereich bis zum Beschäftigungsbereich in der Koalitionsvereinbarung nichts vereinbart worden ist, was den engagierten Einrichtungen und den Leuten in irgendeiner Weise nützt. Es ist ja noch nicht mal das vereinbart worden, was möglich gewesen wäre. Das war unser erster Impuls. Vier, fünf Einrichtungen haben dann einen ersten Aufruf geschrieben.

Pi: Die Resonanz auf diesen ersten Aufruf war groß. Da haben sich bestimmt 20 Einrichtungen aus dem gesamten Projekte-Spektrum getroffen und sind zusammengeblieben, um eine gemeinsame Plattform zu diskutieren. Und diese Plattform, die ja bis heute die einzige verschriftlichte Grundlage der SoPo ist, haben dann in sehr kurzer Zeit ca. 150 Einrichtungen und Personen unterschrieben.

Die SoPo ist also im wesentlichen ein Zusammenschluss von Einrichtungen des sozialen Hilfesystems, der sozialen Arbeit?

Pi: Ja; in ganz geringem Maße sind noch politische Gruppen und Initiativen dabei. Dennoch finde ich nicht, dass wir unbedingt die sozialen Einrichtungen repräsentieren. Es kommen zwar ganz viele, die in Einrichtungen arbeiten, aber die sind da als ganz normale Angestellte, die dann auch nicht unbedingt die Einrichtung repräsentieren, sondern ihre Meinung und Position. Die arbeiten da zwar, aber können nicht automatisch für die Einrichtung reden. Und dann haben wir auch ein paar Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen, die natürlich für ihre Einrichtung reden können.

Die Male, wo ich bei SoPo-Treffen war, waren ca. 20-35 Leute da. Waren das eher Delegierte ihrer Einrichtungen oder Einzelpersonen?

Pe: Das ist unterschiedlich. Einige können durchaus für ihre Einrichtung sprechen und tun das auch. Viele andere können sich zur Situation in den einzelnen Bereichen äußern, weil sie die kennen, weil sie dort arbeiten, aber nicht für eine einzelne Einrichtung. Ich denke, das ist etwa 50:50.

Pi: Wobei im Zusammenhang mit der Demo schon deutlich geworden ist, dass alle, egal ob "RepräsentantInnen" oder nichts die einzelnen Planungs- und Mobilisierungsschritte in die Einrichtungen reingetragen und dort diskutiert haben und so dafür gesorgt haben, dass die Demo unter den Einrichtungen sehr präsent war und unterstützt wurde. Also die Aktivität ist schon da, dass SoPo-Diskussionen auch von den MitarbeiterInnen in die Einrichtungen reingetragen werden und dort weiter diskutiert werden. D.h. es gibt auf jeden Fall eine Rückkoppelung der Einrichtungen an die SoPo, auch wenn keine expliziten Delegierten da sind.

Könnt ihr kurz beschreiben, wie die SoPo normalerweise arbeitet?

Pi: Das SoPo-Plenum tagt alle zwei Wochen. In der Regel fangen wir mit einem Block "Thema aktuell"an. Das kann irgendein sozialpolitisches Thema sein, das jeweils vorbereitet wird und zu dem es dann auch eine

ReferentIn aus dem SoPo-Kreis oder von außerhalb gibt. Es gibt also ein Kurzreferat und anschließend eine Diskussion; das Ganze dauert 1-1,5 Stunden, also schon so viel Zeit, dass man sich gut informieren kann oder eine Idee davon bekommt, um was es geht. Danach gibt es die Berichte aus den Bereichen und Arbeitsgruppen, wo richtig abgefragt wird, was etwa aktueller Stand in der Drogenhilfepolitik, in der Flüchtlings- und Migrationspolitik, im Bereich Mieten/Wohnen, in der Kinder- und Jugendhilfepolitik etc. oder im Bereich der Sozialhilfe ist. Und dann kommen die aktuellen Tagesordnungspunkte. Diese Mischung aus Austausch, Bericht, sich auf den aktuellen Stand bringen, aber auch ein bisschen längere Einblicke kriegen in bestimmte Themen, hat sich bewährt. Ich denke, über die zwei Jahre haben wir alle total viel mitgekriegt und gelernt.

Hat es dabei eigentlich auch Situationen gegeben, wo SoPo-Mitgliedseinrichtungen in ihrer Praxis kritisch hinterfragt worden sind?

Pi: Aber ja, es hat sehr heftige Auseinandersetzungen gegeben. Zwei Mal haben Gruppen, die die SoPo-Plattform unterschrieben haben, Beschäftigungsprojekte durchgeführt, die sich unmittelbar am Sicherheit-und-Ordnungs-Diskurs bzw. der Vertreibung von Obdachlosen und anderen aus der Innenstadt angedockt hatten. Beide Einrichtungen sind deswegen massiv kritisiert worden, weil die Maßnahmen in ihrer Logik allem widersprechen, wofür sich die SoPo gegründet hat. Es ist eindeutig klar gemacht worden: Diese Projekte sind schlecht, wir werden euch dafür auch öffentlich kritisieren, und wir werden das bekämpfen.

Pe: Es gibt darüber hinaus natürlich auch fachlich-inhaltliche Differenzen, die einen ganzen Bereich durchziehen und die sich in der SoPo auch wieder finden. Hier kommt es dann in der SoPo nicht so sehr darauf an, sich auf die eine oder die andere Seite zu schlagen, sondern eine gemeinsame, für die SoPo tragfähige Position zu entwickeln. Die Aufgabe der SoPo ist es in erster Linie die Vebindung den Themen Verteidigung sozialer BürgerInnenrechte, gegen Ausgrenzung, gegen Verwertungs- und Effizienzlogik etc. herzustellen. Die Aufgabe der SoPo ist es nicht, Sprachrohr verschiedener fachpolitischer Leitlinien und Konzepte zu sein.

Aber muss man sich nicht auch an der einen oder anderen Frage fachpolitisch positionieren?

Pe: Etwa an der Kontroverse zwischen den Hilfen zur Erziehung einerseits und der offenen Kinder- und Jugendarbeit andererseits spricht in der Tat viel dafür, die Diskussion offen zu führen und sich dazu als SoPo auch inhaltlich zu äußern.

Pi: Faktisch haben wir die fachlich-inhaltliche Kontroverse und die Erarbeitung von bestimmten Grundpositionen bisher nur an ganz wenigen Punkten gehabt. Ganz gut gelungen ist es uns z.B. im Bereich der Drogenhilfe, wo es durchaus diskutierte Position der SoPo ist, den akzeptierenden Drogenhilfeansatz zu unterstützen. Das ist ein Beispiel, wo man sagen kann, da gibt es eine fachpolitische Positionierung der SoPo, aber bei weitem nicht in allen Fragen.

Die Arbeitsgrundlage der SoPo ist nach wie vor die alte Plattform. Das heißt eine intensivere programmatische und vielleicht auch vereinheitlichende Diskussion habt ihr nicht geführt. Mit Absicht nicht, oder hat es sich einfach nicht ergeben?

Pe: In so einem sozialpolitisch doch recht breiten und unterschiedlichen Bündnis der sozialen Einrichtungen gibt es die Notwendigkeit zu einer bis ins Detail vereinheitlichten Position gar nicht. Und es gibt auch keine Notwendigkeit zu einer programmatischen Positionierung zu anderen gesellschaftlichen Bereichen. Wir haben ja immer wieder den Bogen geschlagen zum Kampf gegen den Abbau sozialer BürgerInnenrechte, gegen das Kosten-Nutzen-Denken, das gerade auch von rot-grün noch mal enorm unterstützt wird. Und ich wüsste nicht, wozu es gut sein sollte, als SoPo noch andere gesellschaftliche Themen mit in die Positionierung einzubeziehen.

Bei der Debatte um den Demo-Aufruf ging es auch um die Frage, ob die SoPo zu Fragen Stellung nehmen soll, die über einen engeren sozialpolitischen Bereich hinaus gehen, etwa zum Kosovo-Krieg.

Pi: Es gibt die Position, die sagt, die SoPo ist als breites sozialpolitisches Bündnis gegründet worden, und zu anderen gesellschaftlichen Themen, bei denen es ganz unklar ist, wer da wie reagiert oder wer da was wie einschätzt, gibt es kein Mandat. Einerseits. Andererseits hat es eine Plakat-Aktion gegen den Krieg gegeben, die als spontane Reaktion völlig unumstritten war, zumindest bei den Leuten, die an den Treffen teilnehmen.

"Über die zwei Jahre haben wir enorm viel gelernt."

Pe: Aber wenn das Eingang finden würde in verschriftlichte programmatische Äußerungen, dann gibt es für solche Geschichten auf keinen Fall eine Mehrheit, weder jetzt noch in Zukunft, da bin ich ganz sicher. Dafür sind die Einrichtungen und die Positionen innerhalb der Einrichtung zu heterogen. In so einem Bündnis kommt aus meiner Sicht halt darauf an, dass man auch alle mitnehmen kann. Denn nur in einem solchen Bündnis hätten z.B. Unterschriften oder Statements ein Gewicht.

Ich könnte mir vorstellen, dass die Frage "Wie halten wir es denn nun mit den Grünen?" ähnlich schwierig wäre. Hat es z.B. Probleme gegeben, wenn ihr zu einer Demonstration "Gegen den rot-grünen Crash-Kurs" aufruft?

Pe: Es ist in der Tat so, dass sich die SoPo nicht originär als Opposition zu rot-grün konstitutiert hat, sondern aus Protest gegen eine Sozialpolitik, die von rot-grün fortgesetzt wird. Ich persönlich hätte bei der Demo auch lieber die Formulierung "rot-grüner Crash-Kurs in der Sozialpolitik" gesehen. Es ist keinesfalls eine Selbstverständlichkeit zu sagen, man ist gegen rot-grün. Das bedarf immer wieder einer an ganz konkreten Situationen ansetzenden Diskussion. Auch wenn ich es vielleicht bedauere, die Opposition macht sich immer fest an ganz konkreten Punkten. Im engeren SoPo-Kreis ist das sicher eine andere Sache, weil wir da auch über unsere Tellerränder hinweg über viel mehr Informationen verfügen, was alles passiert.

Diskutiert ihr, was der Eintritt von rot-grün in die Regierung in Hamburg und im Bund eigentlich gesamtgesellschaftlich bedeutet?

Pi: Also die Rolle der Grünen an der Regierung, ihre ideologische Funktion, das ist natürlich Thema. Dass es dadurch schwieriger geworden ist, überhaupt Themen zu platzieren, dass aber auch ganz viel, was jetzt an Maßnahmen durchgezogen wird, legitimiert wird. Was ganz klar diskutiert wird, und was ja auch Hintergrund der SoPo-Gründung war, ist der Fakt, dass mit der rot-grünen Regierung zumindest im sozialpolitischen Bereich letzte Reste von parlamentarischer Opposition weggebrochen sind, und dass für viele klar wird, dass wieder was Außerparlamentarisches her muss.

"Die Grünen machen das weiter, was wir immer bekämpft haben."

Pe: Im engeren SoPo-Kreis ist das völlig klar. Das ist in der Tat unsere Eintrittskarte gewesen, die Empörung über die Grünen. Aber entscheidend ist: Die Grünen machen das weiter, was wir immer bekämpft haben, und deshalb behandeln wir sie auch genauso wie jede andere Partei.

Pi: Ein Bündnis gegen rot-grün ist auch nie unsere Orientierung gewesen, sondern tatsächlich ein an Fachfragen orientiertes Bündnis zur Sozialpolitik. Opposition zu machen gegen das, was sich da sowohl real als auch ideologisch verändert, egal ob das von rot-grün, von schwarz-gelb oder von wem auch immer getragen wird.

Gibt es eine Diskussion darüber, ob rot-grün eine substanzielle Verschlechterung bedeutet, ob es unter rot-grün eine neue, negative Qualität in der Sozialpolitik gibt?

Pi: Das ist andiskutiert worden. Ich will nicht sagen, dass es hier einen SoPo-Konsens gibt, aber vage schwingt in den Diskussionen immer mit, dass sich natürlich alles verschlechtert. Ich finde z.B., dass die ideologische Durchsetzbarkeit der Sauereien unter rot-grün enorm erhöht ist. Wenn das unter einer CDU/FDP-Regierung gelaufen wäre, hätte es erheblich mehr Widerstand gegeben. An der Kriegsfrage haben wir das explizit diskutiert. Diesen Krieg in dieser Form unter Beteiligung der BRD hat es nur unter rot-grün geben können. Auf dieser Ebene ist es dann auch Konsens, dass rot-grün Verschlechterungen bedeutet.

Pe: Der Konsens besteht aus meiner Sicht darin, dass es seit dem Regierungseintritt der Grünen keine oppositionellen Positionen mehr gibt, die gesellschaftsmächtig sich Gehör verschaffen können. In der Opposition haben die sich zumindest aus Profilierungsgründen öffentlich kritisch geäußert. Das fällt jetzt komplett weg. Und das ist ganz klar eine Verschlechterung bei der Durchsetzung sozialer Interessen. Dieser Konsens bedeutet aber nicht, dass es auch einen Konsens darüber gibt, ob rot-grüne Sozialpolitik auch inhaltlich eine neue verschlechterte Qualität bedeutet, etwa im Sinne eines Einheizens bei der Durchsetzung der Verwertungslogik und des Kosten-Nutzen-Denkens. Das ist bisher nicht diskutiert worden, wäre aber durchaus lohnend.

Ist das nicht ein Problem, einerseits außerparlamentarische Opposition zu organisieren und gleichzeitig als Einrichtung mit GAL, SPD und Behörde um Zuwendungen verhandeln zu müssen?

Pe: Klar, das kann man eindeutig so sagen.

Seht ihr die Gefahr, dass man aus diesen Zwängen heraus vielleicht die eine oder andere außerparlamentarische Aktion lieber nicht macht?

Pi: Also bisher besteht die Gefahr nicht. In dem Moment, wo die SoPo als SoPo was macht, wird sie nicht automatisch mit jedem einzelnen Verein assoziiert. Das kann bedeuten, dass einzelne Einrichtungen, die gerade mit der Behörde verhandeln, bei einer Aktion nicht unbedingt die Hauptrednerin stellen, aber die Aktion findet deswegen dennoch statt, das Thema wird nicht fallen gelassen.

Pe: Es ist sogar so, dass ich als SoPo Positionen vertreten kann, die ich als isolierte Einrichtung vielleicht auch gerne vertreten würde, aber so nicht sagen kann.

Die Konferenz Lichter der Großstadt ist explizit mit Begriff der sozialen BürgerInnenrechte angetreten. Sie hat damit ausdrücklich einen bisher üblichen Blick auf die "soziale Frage" als reine Verteilungsfrage abgelehnt. Und auch die Demo, die ihr gemacht habt, hat die sozialen Grundrechte und den Bürgerrechtsaspekt in der Sozialpolitik stark in den Vordergrund geschoben. Welche Diskussionen gibt es eigentlich in der SoPo, um diesen Begriff etwas mit Leben zu füllen?

Pi: Da gibt es noch viel zu wenig Diskussionen zu. Was es allerdings als klare Haltung der SoPo gibt, ist, dass emanzipatorische Sozialpolitik nicht nur eine Frage der Geldverteilung ist. Sondern dass es insbesondere darum geht, die Situation auf den Ämtern, die alltäglichen Demütigungen und Schikanen, die Einschüchterungen und schlichten Leistungsverweigerungen genauso zu bekämpfen wie die ideologische Begleitmusik.

"In so einem Bündnis kommt es halt darauf an, dass man alle mitnehmen kann."

Ich nehme die Situation so wahr, dass es in der Tat ein allgemeines Bewusstsein über die Notwendigkeit gibt, die sozialen Grund- und BürgerInnenrechte zu thematisieren, dass es aber erhebliche Leerstellen gibt, was die Umsetzung in konkrete praktische Aktionen angeht.

Pi: Das Problem sehe ich auch. Im übrigen waren konkrete Aktionen, die die Ämterpraxis angreifen, durchaus geplant. Allerdings sind es genau diese Aktionen gewesen, die im Herbst auf Grund von Kräftemangel weggekippt sind. Also etwa eine öffentliche Aktion gegen die Arbeitsverpflichtung im Rahmen einer Begehung der Sozialämter; etwas was durchaus an alte Aktionsformen etwa der Jobber- und Erwerbsloseninitiativen in den 80er Jahren - angeknüpft hätte. Zumindest was die Ämterpraxis angeht, haben wir beschlossen, das im nächsten Jahr zu einem Schwerpunkt zu machen, insbesondere die Ausländerbehörde und die Sozialämter. Ich hoffe, dass das kräftemäßig hinhaut.

Kontakt: Sozialpolitische Opposition Hamburg, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg; Tel.: 040/390 8862, Fax: 040/39901 012

28. Haarrisse im Putz. Nachrichten aus dem Untergrund der Lohnarbeit

Autor: dk. u.a. · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:34

Aufstand der Sparschweine

Aus Protest gegen die Sparpläne der Schröder-Fischer-Regierung hat zum Jahreswechsel das Erwerbslosenkomitee "Schnauze voll" bundesweit zugeschlagen. Die Sektionen Nord-West, Mitte und Süd des Komitees haben in Oldenburg, Frankfurt und Freiburg die Büros von SPD und sozialdemokratischen Abgeordneten besucht. Um "Etikettenschwindel" und "offensichtliche Irreführung an den Eingängen dieser Partei" zu beenden, wurden Hinweistafeln und Parteifahnen beschlagnahmt und das "S" entfernt. Die Sparpolitik, Arbeitszwang in Billiglohn und die "staatliche Lohndrückerei" nehmen "der SPD das Recht, das ‚Soziale` in ihrem Namen zu tragen", heißt es in einer Erklärung. Die Forderung des Erwerbslosenkomitees: "5.000 DM (2.500 Euro) für alle und 100% Steuer auf jede Mark drüber!"

MEK Software

ist ein kleiner Kreis von ca. 10-12 Leuten aus 4 Gewerkschaften (IG Medien, ÖTV, GEW, IG Metall), der sich auf Anregung der Dortmunder IG Medien zusammengefunden hat. In der traditionellen Montan-Region sind inzwischen mehr Menschen im Bereich der Telekommunikation und Software-Entwicklung beschäftigt als etwa im Stahlbereich. In dieser Branche konzentrieren sich extrem flexible Arbeitszeiten, Scheinselbstständigkeit, korporativer Geist, Zeitarbeitsverhältnisse, akademische Ausbildung, keine festen Berufsbilder, Projektarbeitsweise. Zu diesen Erscheinungen gehört auch die weitgehende Abwesenheit der Gewerkschaften. Die Menschen, die dort arbeiten, haben zumeist - und zwar unabhängig von ihrer politischen Einstellung - Reserven gegenüber gewerkschaftlicher Organisierung.

Ziel des "Mobilen Einsatzkommandos" ist ein Organisierungs- und Vernetzungsversuch im Software-Bereich, in dem die AktivistInnen alle selbst arbeiten, vom Diplom-Mathematiker über den Informatik-Doktor zum Architektenvernetzer, kurdischen Journalistenbüro-Mitarbeiter und zum Netzprovider. Das MEK Software arbeitet auf Bezirksebene, umfasst also neben Dortmund auch Bochum, Castrop, Unna bis Hagen. Das Projekt verfolgt einen gewerkschaftsübergreifenden Ansatz und integriert die verschiedensten Segmente - von Scheinselbstständigen bis zum Prüfungsausschuss der Industrie- und Handelskammer.

In einem ersten Thesenpapier heißt es: "Wer sich als Ziel setzt, diesen Bereich im klassischen Sinne zu organisieren, wird scheitern. Die Gewerkschaften müssen in ihrer Arbeit von den in diesem Sektor bestehenden Strukturen ausgehen, und in diesem Rahmen die Interessen der Beschäftigten, der angeblich Selbstständigen, aber auch der Hilfskräfte vertreten. Das betrifft im wesentlichen Arbeitsverträge (oft individuell, oft dubios, meist kurzfristig), Arbeitszeitumfang (Freizeitausgleich als eines der Topthemen), Arbeitsorganisation (Effizienzwunsch), Bezahlung (immer) und: Sinnfragen (in eher größerem Ausmaß als bei Reklamedruckern und Panzerbauern etc.). Da ist es fraglich, ob die klassischen Formen der gewerkschaftlichen Organisation taugen."

MEK Software hat sich einen klar definierten Aufgabenkatalog gegeben, der stark von den konkreten Erfahrungen, auch aus anderen Ländern geprägt ist: Das Mobile Eingreifkommando "braucht einen Kontaktraum, Besucherladen, der nicht im Gewerkschaftshaus ist, a) weil die Meinung vorherrschend ist, Gewerkschaftshäuser seien etwas ähnliches wie Ämter, b) weil mit Publikumsverkehr ‚von ... bis` da nichts zu machen ist, und einen Hausmeister, der abschließt, braucht es auch nicht." Daneben bastelt MEK Software an einer Online-Zeitung als eigenem Organ und will sich über die Fachpresse hinaus an den Multimedia-Diskussionsgruppen im Netz beteiligen. Die Zeitung soll u.a. zu den politischen Debatten um alle Bereiche des Internet aktiv sein und die Freiheit des Mediums verteidigen. Vor allem aber soll die Zeitung "kontinuierlich Kontakte zu Menschen herstellen, die in der Branche arbeiten - über die Verbreitung der angeführten Materialien, über die Organisierung regelmäßiger kleiner Treffs, die ‚Umzingelung` der Betriebe (Mittagspausenagitation nennen das die US Gewerkschaften, die in diesem Sektor wachsen), über eigene inhaltliche Initiativen im Bereich, über die systematische Ausnutzung bzw. den Ausbau aller Kontaktmöglichkeiten."

Kontakt: IG Medien Dortmund, Ortsvorstand, Ostwall 17-21, 44135 Dortmund, Tel.: 0231/571060; email: ovdortmund@igmedien.de oder Helmut Weiss: 0231/556338, helmut@free.de

Allianz gegen IBM

Die jüngsten Pläne von IBM, in den USA die Rentenfonds zu kürzen, haben zu einem Aufschrei bei tausenden bisher besonders engagierten High-Tech-ArbeiterInnen geführt. Inzwischen führen diese Proteste auch zu neuen Organisierungsansätzen. "Wir haben Alliance@IBM gegründet, um eine Firmenpolitik wieder herzustellen, die uns und unsere Arbeitskraft angemessen wertschätzt", heißt es in einer Erklärung zu dem Selbstorganisationsansatz "Alliance@IBM." "Wir haben ein Wörtchen mitzureden bei der Gestaltung unserer Renten, unserer Gesundheitsversorgung und unseres Lebensunterhalts." Alliance@IBM arbeitet eng mit der Gewerkschaft CWA (Communications Workers of America) zusammen, ist aber gewerkschaftsunabhängig.

Alliance@IBM ist in allen IBM-Filialen der USA aktiv mit dem Ziel, kollektive und rechtlich verbindliche Tarifregelungen durchzusetzen. "Dein Engagement in der Allianz ist unverzichtbar, wenn wir bei IBM eine starke und effektive Organisation aufbauen wollen", heißt es in einer Erklärung. "Dein Engagement ist auch der Schlüssel, um Verträge auszuhandeln, die hohe Löhne, Zuwendung zu den Sozialversicherungen und Sicherheit am Arbeitsplatz gewährleisten. Gute Verträge sind die beste Garantie für Arbeitsplatzsicherheit." Mittlerweile hat IBM wieder begonnen, die betrieblichen Rentenfonds aufzustocken.

Benz macht krank!

Auf einer Betriebsversammlung bei DaimlerChrysler in Bremen am 30.11.99 hielt der Betriebsrat Jürgen Drieling folgende Rede, die wir hier auszugsweise wiedergeben.

"Kolleginnen und Kollegen,

DaimlerChrysler will überall superlativ sein. In bisher nicht gekannter Arroganz wird alles vorhandene in Frage gestellt. Arbeitnehmern wird, wie kann es anders sein, unternehmerisches Denken und Handeln abverlangt. Wir als Belegschaft haben allerdings andere Traditionen und Wurzeln. Unsere Arbeitskraft an DaimlerChrysler zu verkaufen basiert auf Abhängigkeit, für die wir nicht verantwortlich sind! Wir sind bestrebt, den für uns größten Nutzen daraus zu ziehen. Umgekehrt versuchen es die Arbeitgeber übrigens genauso mit uns. Es ist also nur legitim, wenn wir als Belegschaft erkennen, dass wir unsere Arbeitskraft schützen müssen! Unser kostbarstes Gut ist unsere Gesundheit. Wer nicht gesund ist, kann nicht arbeiten. Wer nicht gesund ist, der ist zwangsläufig krank! (...)

Wer Kollegen abmahnen lässt, weil sie statt um 5.50 Uhr um 5.48 Uhr den Arbeitsplatz verlassen haben, übrigens mit Ertönen der Hallensirene, diese Kollegen ins Personalbüro zitiert, und jene Vorgänge in der Personalakte vermerkt werden - derjenige verursacht Kranke!

Wer die so wichtige Rotation wegen Personalmangel aussetzt und von Einsatzeingeschränkten über Tage und Wochen körperlich einseitige Arbeiten abverlangt - derjenige verursacht Kranke!

Wer arbeitswillige Kollegen, die aus der Krankheit zurück gekehrt sind, wieder nach Hause schickt, weil diese angeblich nicht produktiv einsetzbar sind und keine 100% bringen können - derjenige verursacht Kranke!

Wer mit einer Fehlstandsplanung aufwartet, gepaart mit chronischem Personalmangel, die es unmöglich macht, kurzfristig Urlaub zu bekommen - derjenige verursacht Kranke!

Wer ständig das Gespenst der sogenannten Standortfrage an die Wand malt und Kollegen droht, sie könnten ihren Arbeitsplatz verlieren oder gekündigt werden - derjenige ist vielleicht auch selber schon krank und hat es am Ende gar nicht bemerkt!

Nicht wir als Belegschaft sind hier die Schuldigen, sondern verantwortlich ist die Werkleitung mit ihren Führungskräften hier in der Fabrik! Sie sind die Verantwortlichen für Arbeitsorganisation, Personalbevorratung, Rotation am Arbeitsplatz, dem Abbau krankmachender Umstände an den Arbeitsplätzen, Motivation und Leistungsbereitschaft in dieser Belegschaft! Sie sind auch verantwortlich für eine Gesundheitsförderung, die es der Belegschaft leicht machen sollte, gesund zu bleiben! (...)

Krankheitsbedingte Fehlzeiten zu senken, so haben wir bereits 1996 gesagt, bedeutet vor allem, Freiräume zu schaffen für die Arbeiter und Angestellten! Eine ständig zu knappe Personalbemessung, zu geringe

Fehlstandsplanung, das permanente Abverlangen von olympiareifen Höchstleistungen, bis zu 105 Stunden Betriebsnutzungszeit im Drei-Schichtbetrieb, sind eine schwere Hypothek, wenn es darum geht, diese Krankenfehlzeiten zu senken.

Hier gilt es anzusetzen. Hier gilt es zu verändern. Meister, die keine Freiräume bekommen, Kollegen auch mal unter 100% einsetzen zu dürfen, meinetwegen mit nur 50% Auslastung und entsprechendem Personalersatz, denen kann hier kein Vorwurf gemacht werden! Vorwürfe müssen denen gemacht werden, die seit Jahren predigen, wir seien zu teuer, zu verschwenderisch, die an den Fließbändern weiße Striche ziehen lassen, Abmahnungen veranlassen und uns mit Arbeitslosigkeit drohen! Das sind die eigentlichen Verursacher des zu hohen Krankenstandes. (...)"

Brasilien: Massaker gegen Streikende

Am Nachmittag des 2. Dezember 1999 kam es zu einem Massaker eines Sonderkommandos der Militärpolizei gegen 600 unbewaffnete Angestellte der Firma Novacap, die sich nach einer fröhlichen und friedlichen Demonstration auf dem Firmengelände versammelt hatten, um über Lohnforderungen zu diskutieren.

KollegInnen der CUT-Sao Paulo schreiben: "Gegen 13.30 Uhr begann das Massaker, indem das Sondereinsatzkommando plötzlich schießend und schlagend angelaufen kam. Männer, Frauen und sogar die Kinderkrippe der Firma wurden zur Zielscheibe der Wut der Aggressoren. Gasschwaden, Schüsse, Hunde und Schlagstöcke füllten den Kriegsschauplatz. Alle Arbeiter wurden verfolgt und brutal verprügelt. Diejenigen, die auch nur minimalen Widerstand zeigten, wurden aus nächster Nähe mit Gummigeschossen beschossen. Zwei Genossen wurden durch die Gummigeschosse die Augen ausgeschossen. Und, damit noch nicht zufrieden, gaben die Militärpolizisten noch mehr Schüsse auf die verletzten und am Boden liegenden Arbeiter ab. Mehrere Beschäftigte wurden durch Schrotgeschosse verletzt. Der Arbeiter José Ferreira da Silva wurde mit drei Schüssen ermordet, einer davon traf in die Brust. Die ganze Situation war so verrückt, dass den Verletzten nicht einmal die Hilfe durch ihre Kollegen zugestanden wurde." Das Massaker war von Provinzgouverneur Roriz persönlich angeordnet worden. Die Versammlung war bereits beendet und die Firmentore sollten wieder geöffnet werden. Die Soldaten warteten mit dem Wurf der Tränengasbomben bis zum allerletzten Moment, um den Demonstranten keine Gelegenheit zur Flucht zu geben.

Die Beschäftigten, die sich unter der Führung der Gewerkschaft der öffentlichen Arbeiter und Angestellten des Hauptstadtbezirks organisierten, insbesondere die Arbeiter der Novacap, von Maurern bis hin zu Zimmermännern, Gärtnern und vielen anderen, gelten als sehr kämpferisch. An ihrem Widerstand scheiterte bis heute der geplante Stellenabbau bei Novacap und das Schrumpfungsprogramm dieser Firma.

In dem Brief der CUT heißt es weiter: "Heute, am 3.12.1999, haben sich alle Arbeiter der Novacap, zusammen mit Vertretern anderer Gewerkschaften und Parlamentarier, erneut am Ort des Massakers versammelt und ihre Entschlossenheit bekräftigt. Der Streik, der von ihnen schon gestern beschlossen worden war, wird auf unbestimmte Zeit weitergeführt, bis sie ihre Forderungen erreicht haben werden. (...) So wie es auch bei den Massakern an den Angehörigen der Landlosenbewegung Sem-Terra war, ist auch die Ermordung jedes Arbeiters, der für sein Recht auf ein besseres Leben kämpft, ein Verbrechen gegen alle Arbeiter. Das Verbrechen wird nicht ungestraft bleiben!"

Surftipp fürs Internet: www.labournet.de

29. Mehrarbeit am Bau. Beschäftigte sollen mit Überstunden Holzmann-Konzern sanieren

Autor: gw. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:40

Gerhard Schröder klingen wahrscheinlich immer noch die Jubelschreie der Kollegen der Holzmann AG in den Ohren. Er wird als der große Retter des Bauriesens, mancher Orts gar als Retter des Modells des rheinischen Kapitalismus gefeiert. Der Konsum teurer Zigarren und das Tragen hochwertiger Designermode wird gerne verziehen, seit Gerhard sich für den Erhalt von Arbeitsplätzen auf dem Bau einsetzte. Wie hoch der Anteil des Kanzlers bei der Abwendung des Konkurses wirklich war, bleibt vorläufig im unklaren.

Die Silvesterausgabe des Handelsblatt bringt mögliche Erklärungen für den Sinneswandel der Banken ins Spiel: "Böse Zungen behaupten, dass die Pläne zur Steuererleichterung bei der Auflösung der stillen Reserven ein Angebot der Bundesregierung waren, um die Gläubigerbanken zur Rettung des Baukonzerns Holzmann zu bewegen". Vor nicht allzu langer Zeit wäre diesen "bösen Zungen" entgegen gehalten worden, dass Politik in solcher Plumpheit nicht abläuft. Durch die gestiegene Wahrnehmung der Bedeutung von Geldkoffern in der Politik rückte ins Bewusstsein, dass bürgerliche Politik immer auch diese Verlaufsform annehmen kann.

Neben den sozialdemokratischen Steuergeschenken an die Banken hatte Krisenmanager Schröder noch satte 100 Millionen Mark als Bürgschaft und 150 Millionen Mark als Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau in seinem Geldkoffer. Die Kombination aus staatlicher Finanzspritze und versprochenen Steuergeschenken bewog die Banken, dem Holzmann Konzern weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Gemeinsame Geschichte rettet nicht vor Konkurs

Trotz der langen gemeinsamen Geschichte war kein Platz für Sentimentalitäten, geschweige denn für Millionen an Krediten. Die Deutsche Bank als Haupanteilseigner und das 150-jährige Holzmann-Unternehmen haben Projekte in der Phase der Industrialisierung ebenso gemeinsam durchgezogen wie koloniale Projekte (Bagdad-Bahn) oder die Arisierung des Unternehmens. Die Entlassung aller Juden aus dem Konzern wurde von den Nazis mit der besonderen Berücksichtigung beim Autobahnbau und anderen Staatsaufträgen belohnt. Genau wie die Deutsche Bank hat Holzmann die Beteiligung am Faschismus vollkommen unbeschadet überstanden. Diese gemeinsame Geschichte stand im November 1999 knapp vor dem Ende, denn solche gewachsenen Verbindungen spielen angesichts der großen Konkurrenz in der Baubranche und den Fehlinvestitionen des Holzmann-Konzerns im Osten Deutschlands und in Ostasien keine Rolle.

Trotz der jetzt zugesagten Kredite wird Holzmann als nicht mehr sanierungsfähig eingeschätzt. Vieles spricht dafür, dass das Unternehmen Schritt für Schritt zerlegt und die Filetstücke an andere Unternehmen verkauft werden. Aus Kreisen der EU-Wettbewerbskommission, die über die Rechtmäßigkeit der staatlichen Beihilfen zu befinden hat, ist zu hören, dass Holzmann nur überleben darf, "wenn es klein überlebt" (Wirtschaftswoche, 13.1. 2000). Die Kommission trifft damit die Interessen der Konkurrenten, die auf wesentlich tiefere Sanierungsschnitte drängen. Während die Banken mit Sicherheit nicht zu den Verlierern gehören werden, geht der Sanierungsplan voll auf Kosten der Beschäftigten.

Wie immer in solchen Fällen - selbst wenn die Bild am 26. November titelte: "Auch die Bosse müssen bluten!". Der eine oder andere aus dem Vorstandsbereich ist bereits gegangen oder wird demnächst seinen Hut nehmen müssen. Hintergrund der Bild-Headline war ein anderer: Den KollegInnen sollte der von Konzernleitung und Betriebsrat in einer Rahmenvereinbarung beschlossene Sanierungsbeitrag der Beschäftigten schmackhaft gemacht werden, der einen Lohnverzicht von sechs Prozent bei gleichzeitiger Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 39 auf 44 Stunden vorsah. Die zusätzlich vorgesehenen Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld waren da fast nur noch Marginalien.

Nicht ganz ohne Charme ist der Passus 2.1. der sehr knapp gehaltenen Vereinbarung, die eine Reduzierung der Personalkosten innerhalb von 18 Monaten um 245 Millionen DM vorsah: "Die (Holzmann-) Gesellschaften verpflichten sich in diesem Zusammenhang und stellen durch geeignete Maßnahmen sicher, dass diese Reduktion der Personalkosten nicht in wettbewerbsverzerrender Weise bei Preiskalkulationen zu Grunde gelegt wird." Dass Konzernleitung und Konzernbetriebsrat mit der Unterzeichnung einer solchen Vereinbarung jegliches Tarifrecht unterlaufen, dürfte beiden Parteien klar gewesen sein. Nichtsdestotrotz wurde dieser

Versuch unternommen; ein in der Baubranche nicht unübliches Unterfangen. Ein Vorgang, der zeigt, wie erpressbar Betriebsräte sind und warum Gewerkschaften und nicht betriebliche Interessenvertreter Tarifverhandlungen führen. Welche Rolle die IG BAU (Bau, Agrar, Umwelt) in diesem Konflikt spielte und spielt ist allerdings unklar. Das Dilemma, in dem sie steckt, ist offenkundig.

Folgendes Szenario während des Holzmann-Konfliktes wäre denkbar gewesen: Die Konzernleitung konfrontierte den Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates (GBR) angesichts des drohenden Konkurses mit der Forderung tarifwidriger Sanierungsbeiträge der Belegschaft oder dem Verlust aller Arbeitsplätze. Der betriebsrätliche Sozialpartner (Jürgen Mahneke, Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrates) wird, eventuell mit Bauchschmerzen, das Wohl des Unternehmens und den Erhalt von "eigenen" Arbeitsplätzen im Auge gehabt haben. Diesen Druck wird er an die Gewerkschaft weitergeben und für die Akzeptanz der tarifwidrigen Rahmenvereinbarung geworben haben.

Der Eiertanz der IG BAU

Hätte die IG BAU auf der Einhaltung der Tarifverträge beharrt, wäre ihr die Rolle des Verweigeres und Konkursverursachers angehängt worden. Ein durchaus kluger Schachzug des Managements, um von der eigenen Verantwortung abzulenken und sich aus der Schusslinie zu nehmen.

Die IG BAU agierte dementsprechend eher zurückhaltend und stellte sich nicht in direkte Konfrontation zur Position des GBR. Hätte sie dies getan wären ihr die Mitglieder bei Holzmann scharenweise davon gelaufen. Erst nachdem sich die erste Rettungseuphorie gelegt hatte, lancierte Klaus Wiesehügel (IG BAU-Vorsitzender und SPD-MdB) erste Hinweise, dass seine Gewerkschaft diesen Bruch des Tarifrechts nicht mittragen würde. Einen Monat nach der Verzichtserklärung durch den GBR gab die IG BAU eine offizielle Stellungnahme zum Holzmann-Konflikt ab, in der der GBR der Kompetenzüberschreitung geziehen und offiziell mitgeteilt wurde, dass die IG BAU "den Weg tarifwidriger Vereinbarungen nicht mitgehen könne".

Dass aber nicht die IG BAU, sondern das Arbeitgeberlager maßgeblich für diese gewerkschaftliche Position verantwortlich zeichnet, zeigt der folgende Absatz aus der Stellungnahme: "Durch den massiven Druck, den einzelne Bauunternehmen in den letzten Wochen mit Verweis auf Holzmann auf ihre Betriebsräte ausgeübt haben, ist die Möglichkeit einer stillschweigenden Duldung, wie sie in anderen Branchen durchaus üblich ist, völlig unmöglich geworden. Die Meldungen über angeblich nachkalkulierte Submissionsangebote der Philipp Holzmann AG sind in der hart umkämpften Branche wie eine Bombe eingeschlagen. Die medienwirksam in Szene gesetzten wütenden Attacken des Hauptverbandspräsidenten Walter haben das Terrain dann völlig verbrannt." Im Klartext: Hätten die Holzmann-Konkurrenten still gehalten und keine eigenen Begehrlichkeiten in Richtung Tarifunterschreitungen gezeigt, hätte die IG BAU stillschweigend den Tarifbruch akzeptiert.

Vieles im Ablauf des Konfliktes deutet darauf hin, dass die Gewerkschaft bei Holzmann wirklich außen vor gehalten wurde. Aber schon aus reinem Eigeninteresse musste die IG BAU gegen den Tarifbruch eintreten. Hätte sie die Rahmenvereinbarung akzeptiert, wären ab diesem Zeitpunkt Flächentarifverträge im Baugewerbe keinen Pfifferling mehr wert und ein weiteres Drehen an der Spirale nach unten vorgezeichnet gewesen. Die Baugewerkschaft wäre fortan kein ernst zu nehmender Verhandlungspartner, sondern nur noch ein Abnicker von Unternehmerforderungen gewesen.

Die Drohung mit einer Klage bei Anwendung der Rahmenvereinbarung führte dazu, dass die IG BAU an den Verhandlungstisch geholt wurde. Ziel dieser Verhandlungen war "zu überlegen, inwieweit der Personalkostenanteil, den der Betriebsrat zugesagt hat, in irgendeiner Form gewährleistet werden kann, ohne dass die Tarifverträge gebrochen werden". (Wiesehügel im Freitag vom 3.12.1999)

Dieser Weg scheint jetzt gefunden: Die verbleibenden Holzmann-Beschäftigten arbeiten vom 1. Januar 2000 bis zum 30. Juni 2001 pro Woche fünf Stunden mehr, bei gleichem Lohn - versteht sich. Diese Mehrarbeitszeit wird auf Arbeitszeitkonten verbucht und bis zum Jahr 2008 als Freizeit abgegolten, vorausgesetzt der Holzmann AG geht es dann finanziell besser

Diese drastische, unbezahlte Arbeitszeitverlängerung führt aktuell schon dazu, dass 500 KollegInnen mehr als die bisher angekündigten 3.000 der noch verbliebenen 17.000 entlassen werden. Die Auswirkungen auf die gesamte Branche lässt sich zur Zeit noch nicht spezifizieren. Klar ist nur, dass mit dieser Vereinbarung Begehrlichkeiten geweckt wurden. Die Forderungen der anderen Unternehmen nach verlängerten

Arbeitszeiten sind bereits angekündigt. Angesichts dieser Vorzeichen wird die Arbeitslosigkeit in der Baubranche weiter steigen. Zu den in der Bauwirtschaft im letzten Jahrzehnt 800.000 Entlassenen werden weitere Zehntausende zu addieren sein. Für die Deutsche Bank haben diese Menschen allerdings nur den Stellenwert von Peanuts.

GW

30. Über die Seidenstraße zum Frieden. Geostrategische Interessen des Westens in Kurdistan

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:24

Auf dem EU-Gipfel in Helsinki haben die Regierungschefs offiziell beschlossen, was längst Konsens unter den Vertragsstaaten war: Die Türkei erhält den Status einer EU-Beitrittskandidatin. Offizielle Beitrittsverhandlungen stehen damit noch nicht auf dem Programm. Dennoch ist es ein offenes Geheimnis, dass insbesondere die Bundesrepublik die Aufnahme des südöstlichen NATO-Partners in den Staatenbund aktiv anstrebt, wären da nicht noch gewisse Hindernisse zu bewältigen: Krieg, Verfolgung, Vertreibung, Armut, Elend, Unterdrückung, Folter und politischer Mord.

Ganz im Duktus der seit Amtsantritt vorherrschenden Menschenrechtsrhetorik wird die Bundesregierung nicht müde zu betonen, dass letztlich alle Politik gegenüber dem Land am Bosporus dessen demokratischer Konsolidierung diene. In dieser Rhetorik geraten außenpolitische Aktivitäten von der Unterstützung der Beitrittskandidatur bis zur Lieferung von Kriegsgerät, geraten zaghafter Protest gegen Menschenrechtsverletzungen und Krieg ebenso wie Passivität und Schweigen zur diplomatisch-didaktischen Großtat im Sinne proklamierter Demokratisierungsbestrebungen.

"Dies ist faktisch die einzige Möglichkeit auf die Politik der Türkei Einfluss zu nehmen", erklärt Ludger Volmer, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, das deutsche und europäische Engagement. Und ganz nebenbei verändert sich die Weltkarte, wird die Europäische Union bis Yüksekova reichen, und ein Teil Kurdistans wird ebenso dazu gehören wie die zur Unkenntlichkeit zerschlagenen Kleinstaaten des Balkans. Allein im Namen der Menschenrechte, versteht sich.

Auch die USA schlagen neuerdings bisher ungekannte Töne an. In seiner Rede vor dem türkischen Parlament forderte Präsident Clinton im Vorfeld des OSZE-Gipfels die Türkei auf, auch den kurdischen Bürgern der Republik volle Gleichberechtigung zu geben. "Die Zukunft, die wir zusammen errichten möchten, beginnt mit den Fortschritten der Türkei, ihre Demokratie zu vertiefen", erklärte der US-Präsident. "Souveränität darf nicht auf Angst basieren", mahnte er, Kemal Atatürk zitierend, die Abgeordneten und warb für das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie kulturelle Freiheiten. Außerdem warb Clinton für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. "Europa ist ebenso eine Idee, wie ein Ort - die Idee, dass Menschen vereint leben können ohne einheitlich zu sein. Es hat keine fixen Grenzen. Es reicht so weit die Grenzen der Freiheit gehen können."

Erstmals besteht ein tatsächliches Interesse, die Türkei mittelfristig zum regulären Mitglied der Großmacht EU zu machen und damit die direkte europäische ökonomische und militärstrategische Einflussnahme im Nahen und Mittleren Osten zu etablieren und abzusichern - auch in Konkurrenz zum NATO-Bündnispartner USA.

Die Interessen der EU an diesem Schritt sind vielfältig. Neben der Ausweitung der geostrategischen Einflusssphäre dürfte vor allem der Zugriff auf die Erdölvorkommen am Kaspischen Meer eine maßgebliche Rolle spielen. Dort liegen Erdölreserven, die mitunter als die zweitgrößten der Welt gehandelt werden. Die einzige nutzbare Pipeline führte zunächst über Russland, von Baku nach Noworossisk an die Schwarzmeerküste. Diese Route bietet jedoch heute, bedingt durch die politischen Entwicklungen im Kaukasus, den dortigen russischen Kontrollverlust und die Kriege in Tschetschenien und Dagestan, bis auf weiteres keine Perspektive für die an der Ausbeutung der Vorkommen interessierten internationalen Konzerne, so dass sie aus der mittelfristigen Planung weitgehend verschwinden musste.

Im April dieses Jahres wurde eine weitere Pipeline ins georgische Supsa eröffnet, die erstmals nicht über russisches Territorium führt. Die Unsicherheit darüber, ob Russland nach Beendigung des Krieges im Nordkaukasus versuchen wird, weiter in den Südkaukasus vorzudringen, scheint Europa wie den USA jedoch zu groß. Daher ist seit langem auch die Routenführung von Baku in den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan im Gespräch. Diese Route scheiterte bisher an den beteiligten Ölkonzernen, für die die Route Baku-Ceyhan mit Abstand die teuerste Trassenführung darstellt, und an der schlichten Tatsache, dass dieser Weg mitten durch Kurdistan und damit ebenfalls durch Kriegsgebiet führt.

Während Russland versucht, die Vorherrschaft über den Kaukasus und damit über die Nordroute zurück zu erbomben, wurde auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul schließlich die Unterzeichnung eines Vertrages für die neue Pipeline Baku-Ceyhan vereinbart. Die beteiligten Staaten haben die Konzerne so weit von den Kosten entlastet, dass diesen der Bau wieder lukrativ erscheint. Die Türkei z.B. verzichtet für 10 Jahre auf ihre Einnahmen aus dem Geschäft.

Doch nicht alleine der 4 Milliarden Dollar umfassende Pipelinebau rechtfertigt heute das europäisch-nordamerikanische Interesse an einer befriedeten kurdischen Region in der Türkei. Entlang der Trasse sollen Handelsstraßen, Eisenbahnlinien und ein Luftkorridor entstehen, der die unabhängigen Staaten des Kaukasus aus der territorialen Isolierung befreien soll. Dabei geht es vor allem darum, Transport- und Verkehrswege zu erschließen, die weder über Russland noch über den Iran führen. Auch die im Zuge einer angestrebten Entspannung zwischen Israel und Syrien vorgesehene Wiedereröffnung des Landweges von Tel Aviv nach Ankara führt über Kurdistan.

Die künftigen Kriege im Mittleren Osten würden Kriege ums Wasser sein, erklärt die SPD-Verteidigungspolitikerin Wohlleben. Und die Wasserressourcen der Region kontrolliert, wer das Gebiet der Stauseen entlang des Euphrat und Tigris unter Kontrolle hat - und auch das liegt in Kurdistan.

Mit der Entscheidung, die Türkei mittelfristig als Vollmitglied aufzunehmen und damit die geostrategische Lage des Landes zu einer Schlüsselposition der EU zu machen, hat sich die EU direkt nach Beendigung des Balkankriegs dem ehrgeizigen Vorhaben Türkei-Integration zugewandt. Die reguläre Einbindung der Türkei als Mitglied der EU erfordert jedoch die Befriedung Kurdistans sowie Veränderungen in der politischen Verfasstheit der Türkei und deren ökonomische und soziale Stabilisierung. Andernfalls wäre weder die ökonomische Nutzung Kurdistans denkbar, noch die im Sinne der "Festung Europa" notwendige Kontrolle über mögliche Migrationsbewegungen innerhalb der Union möglich.

Dabei macht sich die objektive Konkurrenzsituation zu den USA hinsichtlich der künftigen Hegemonialstellung im Nahen und Mittleren Osten subjektiv derzeit noch kaum bemerkbar. Für beide ist die Demokratisierung der Türkei zum Schlüssel der Befriedung Kurdistans geworden, die beide heute wollen. Gelegentlich scheint es sogar, als konkurrierten die USA und die EU derzeit darin, wer die Regie über einen Demokratisierungsprozess führen wird und wer sich damit den Einfluss auf die Zukunft sichert.

Für die EU hat sich Deutschland in die Schlüsselposition des Neugestaltungs- und Erweiterungsprozesses katapultiert. Mit dem ehemaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Günter Verheugen (SPD), der nun als EU-Kommissar für die Erweiterung der Union zuständig ist, und dem mit Außenminister Fischer eng vertrauten Europaparlamentarier Daniel Cohn-Bendit (Grüne), der in Straßburg im Juli den Vorsitz über die europäisch-türkische ParlamentarierInnen-Kommission übernahm, besetzt die Bundesrepublik zwei zentrale Positionen.

Sowohl für die USA als auch für die Europäische Union kann es sich in Zukunft als entscheidend erweisen, wer diesem Prozess seinen Stempel aufzudrücken vermag, sprich wer in der Zukunft seine Vorherrschaft in der Region auszubauen versteht oder zu verlieren riskiert. Daher setzen beide vordergründig einheitlich auf den Demokratisierungsprozess in der Türkei als Schlüssel zur zukünftigen Hegemonie in der Region. Trotz konkurrierender Interessen resultiert daraus ein synergetisches Handeln, das es der Türkei derzeit erschwert, EU und USA wie in der Vergangenheit gegeneinander auszuspielen.

Das Rennen um die Demokratisierung hat begonnen - für die EU unter deutscher Regie. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Blick auf die Wege und Ziele, die die EU für die von ihr favorisierte Form der Demokratisierung anstrebt. "Wir wollen die Türkei demokratisch, friedlich, multikulturell und vereint", fasste der griechische Außenminister Papandreou die Rahmenbedingungen der europäischen Integrationspolitik Anfang November zusammen. Diese ergeben sich als Bedingungen aus dem Amsterdamer EU-Vertrag sowie aus den vom Europäischen Rat 1993 in Kopenhagen formulierten Beitrittskriterien. Danach ist Voraussetzung für einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft, dass ein Staat folgende Grundsätze achtet: Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit. Auch eine Lösung des bewaffneten Konfliktes in Kurdistan ist formal über diese Kriterien mit erfasst. In einem Briefwechsel mit dem deutschen Bundeskanzler Schröder im Vorfeld des Europäischen Rates Anfang Juni erkannte der türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit die o.g. Verpflichtungen und Kriterien als verbindlich für die Türkei an und

bekräftigte die Entschlossenheit, entsprechende Reformen durchzuführen. Auch existieren Zusagen über Gespräche zur Erarbeitung eines "Fahrplans" für die Durchführung von Reformen.

Die europäischen Regierungen drängen nicht nur mit Hochdruck auf eine Lösung des Zypernkonflikts. In Straßburg arbeiten europäische Rechtsexperten auch schon an einem Entwurf für eine neue Verfassung der Türkei, die den Kopenhagener Kriterien genügt und das Land auf diesem Gebiet formal integrationsfähig machen soll.

In seiner Rede auf der Vorbereitungskonferenz zum Stabilitätspakt für Südosteuropa wies Bundesaußenminister Fischer explizit auf die historischen Vorbilder hin, die der Bundesregierung für die Demokratisierung der Region vorschweben: "Es hat sich wiederholt gezeigt, welch mächtige, friedensstiftende Kraft in der europäischen Idee steckt - bei der Aussöhnung der ‚Erbfeinde` Deutschland und Frankreich, bei der Überwindung des Erbes der Diktatur in Spanien, Portugal und Griechenland, zuletzt bei der gesellschaftlichen Transformation und der Überwindung von Minderheiten- und Grenzproblemen in Mittel- und Osteuropa."

Gerade in Griechenland nach dem Ende der Obristendiktatur und im postfranquistischen Spanien wurde die Demokratisierung der Gesellschaften allerdings unter Beibehaltung der herrschenden Eliten betrieben. Die juristische Aufarbeitung der von den jeweiligen Diktaturen begangenen Verbrechen kam nur schleppend voran oder fand überhaupt nicht statt. Die Staatsapparate und Verwaltungen, Polizei und Militär blieben bis auf wenige personelle Veränderungen unangetastet.

Der im Frühsommer 1999 auf dem G8-Gipfel in Köln verabschiedete Stabilitätspakt basiert auf der Grundidee, dass eine politische Stabilisierung Südosteuropas im sicherheitspolitischen Interesse der EU liegt. Als Anreiz bietet die EU die stufenweise Integration über Stabilitäts- und Assoziierungsverträge an. Und wenn die Türkei auch nicht explizit unter den für diesen Pakt vorgesehenen Ländern aufgeführt ist, sondern bereits auf einer höheren Stufe des Aufnahmeprozesses gehandelt wird, so gehorchen die Integrationsstrategien doch denselben Gesetzmäßigkeiten.

Nach menschlichem Ermessen und nach sorgfältiger Betrachtung von Friedensprozessen in anderen Abschnitten der Geschichte dürfte der gemeinsame Wille der USA und der EU mittelfristig tatsächlich hinreichen, eine demokratische Veränderung der Türkei und Frieden in Kurdistan herbeizuführen. Dieser Wille ist jedoch weder ein Selbstzweck noch an den tatsächlichen Bedürfnissen der kurdischen Bevölkerung oder der demokratischen Kräfte der Türkei orientiert. Er folgt den geostrategischen Interessen der USA und der EU. Dazu gehört nicht nur, die Türkei weiterhin uneingeschränkt mit jenen Waffen auszustatten, die sie im Rahmen des Bündnisses befähigen, die ihr zugedachte Rolle auch in Zukunft zu erfüllen.

Knut Rauchfuss

31. Ein konservatives Herz und reformistische Lungen. Wahlbündnis der Reformer und innere Widersprüche

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:25

Nach dem Wahlbündnis der Reformer im Iran brechen die inneren Widersprüche auf

Iran wählt im Februar einen neuen Präsidenten. Es wird erwartet, dass dieser aus der "Reformbewegung" stammen wird. Doch das Spektrum der "Reformbewegung" ist weit und spaltet sich in verschiedene Lager auf. Auch die angekündigte Kandidatur des früheren Präsidenten Rafsandjani sorgt für politischen Trubel zwischen den "Rechten" und "Linken" innerhalb der "Reformbewegung". Rafsandjani hat nämlich ein Bein bei den Reformern und eines bei den Konservativen.

Akbar Haschemi Rafsandjani, iranischer Präsident von 1989 bis 1997 und derzeit Vorsitzender des einflussreichen "Rates für die Nützlichkeit", kann es sich noch immer leisten, einen mit Journalisten gefüllten Saal eine Stunde warten zu lassen. Was der Ayatollah mit dem weißen Turban zu verkünden hat, nachdem er hinter einem großen Strauss rosa Nelken im noch vom Schah erbauten "Marble Palace" Platz genommen hat, ist nicht eben viel. Er wolle bei den Parlamentswahlen im Februar kandidieren, weil es sehr nützlich für die Regierung des Reformpräsidenten Ayatollah Mohammed Khatami sei, wenn ihn ein so einflussreicher Mann wie er, Rafsandjani, vom Parlament aus unterstützen würde. Ob Rafsandjani nun ein Programm verkündet oder nicht, alleine das Auftreten des politischen Schwergewichtes Rafsandjani bei den Wahlen, sorgt schon für politischen Trubel, denn die Haltung zu seiner Kandidatur wird zum Prüfstein für "Linke" und "Rechte" im Lager der Reformbewegung.

Reformer zu sein ist in, denn es wird erwartet, dass sie die 70 % der Stimmen oder mehr erreichen werden, mit denen der Reformer Khatami am 23. Mai 1997 überraschend zum Präsidenten gewählt wurde. Nach dem iranischen Kalender war dieses Datum der 2. Khordad, und so haben sich 18 Gruppen zu einem Wahlbündnis, als die "Bewegung des 2. Khordad" zusammengeschlossen.

Im weiten Spektrum des 2. Khordad befindet sich auch ein Teil, der als "moderne Rechte" bezeichnet wird. Ihre Hauptgruppe nennt sich "Die Ausführenden der Konstruktion". Ein typischer Vertreter dieser Richtung ist Said Laylaz. Laylaz ist 37 Jahre alt und managed seit 10 Jahren eine Firma, die Lastwagen importiert und ihren Sitz im Süden Teherans hat. Hier ist gewissermaßen der Bauch der Metropole mit "ärmlicheren Vierteln" und Gewerbebetrieben. In der gemäßigt reformerischen Einstellung der modernen Rechten sieht Laylaz die Grundhaltung der in der Zeit nach der Islamischen Revolution städtisch gewordenen iranischen Gesellschaft. Zum Beweis für das Vorherrschen der moderaten Strömung weist er darauf hin, dass es trotz enormer Spannungen in der Gesellschaft kaum zu Gewaltausbrüchen komme und ein Ausweg in Wahlen gesucht werde. Allerdings räumt er ein, dass radikalere linke Positionen durch die enorm junge Wählerschaft - mehr als 50 Prozent der Bevölkerung ist unter 19 Jahre alt, das Wahlalter liegt bei 16 Jahren - begünstigt werden.

Die Wählerschaft ist enorm jung

"Die Linke vertritt die verletzte junge Generation, der fast alles verboten ist, während wir die Älteren und die städtische Mittelklasse vertreten. Gäbe es mehr kulturelle Freiheiten, so wurde auch der Einfluss der Linken abnehmen", führt er aus. Er vergleicht den Iran mit China. In China sei den Jungen alles erlaubt, sie könnten trinken was sie wollten, sich anziehen wie es ihnen gefällt und ihre Musik hören. Der Staat wolle in China nur eines von den Jugendlichen, nämlich Loyalität und die würde er wohl auch bekommen. Im Iran dagegen seien der jungen Generation von 100 Dingen 99 verboten und deshalb würden sich alle auf die Politik stürzen.

Den Konservativen gibt Laylaz überhaupt keine Zukunft. Das konservative Denken repräsentiere noch die Agrargesellschaft und schmelze nun mit der Urbanisierung dahin "wie Schnee in der Sonne." In der Wirtschaftspolitik sieht Laylaz, der auch eine Zeitung herausgibt, deren Titel "Freie Zonen" nicht von ungefähr an die Bezeichnung für die iranischen Freihandelszonen erinnert, das Heil in einer Fortsetzung des Liberalisierungskurses, der unter Rafsandjani begonnen hat. Damit grenzt er sich sowohl von eher etatistischen Modellen, die von einem Teil der Linken vertreten werden, als auch von den Handelsmonopolen ab, die im konservativen Lager zu finden sind - vor allem unter den Bazar-Händlern, deren Geldspenden Khomeinis Revolution erst ermöglicht hatten.

Während Laylaz sich über Rafsandjanis Kandidatur freut, macht sich der Journalist Abbas Abdi darüber lustig. Die Mittlerrolle zwischen Konservativen und Reformern, in der sich Rafsandjani offenbar sieht, sei unnötig. "Wenn es einen Streit gibt, so sollte er entsprechend den Gesetzen ausgetragen werden, das Gesetz sollte in der Mitte stehen und nicht irgendeine Person", meint Abdi. Dann fügt er noch mit einem breiten Grinsen, wie ein Lausbub, der von einem Streich erzählt, hinzu: "Rafsandjani möchte gerne der Mannschaftskapitän, der Trainer und der Schiedsrichter für beide Teams sein und er wird jedem applaudieren, der gewinnen wird."

Abdi gehört zu den Gründern der "Front für Partizipation" (Djephe-e moscharekat). Gemeint ist die Partizipation der Einzelnen an den Entscheidungsprozessen der Gesellschaft. Die "Front für Partizipation" ist wohl die wichtigste Gruppe innerhalb der Reformbewegung des 2. Khordad. Ihre Vertreter werden auch als "moderne Linke" bezeichnet. Dieser im Iran übliche Begriff von "Linken" ist mit Vorsicht zu gebrauchen. Die Linke im europäischen Sinn wurde im Verlauf der Revolution ausgeschaltet. Wer zum Beispiel mit Religion nichts am Hut hat, kann im Iran keine Politik machen.

In der "modernen Linken" finden sich auffallend viele ehemalige junge Revolutionäre der Islamischen Revolution wieder. So auch der gelernte Chemieingenieur Abdi. Während der Revolution war er 22 Jahre alt. 1980 war er führend an der Besetzung der US-Botschaft durch radikale Studenten beteiligt. Später revidierte er seine Haltung und traf sich mit einer ehemaligen Geisel, was ihm viel Kritik von den Konservativen eintrug. Als Redakteur der mittlerweile geschlossenen Zeitung Salam war er 1994 acht Monate ohne Anklage im Gefängnis, nun schreibt er für die Zeitung Sobh-e Emruz (Heute Morgen).

Gefragt, in welcher Weise sich seine Ansichten seit der Revolution verändert haben, antwortet er, er habe eingesehen, dass die Gesellschaft nicht durch einen guten Führer, sondern nur durch sich selbst reformiert werden kann. Man könne das Beispiel der Revolution nicht auf heute übertragen, denn vor der Revolution hätte es das geschlossene, autokratische System des Schah gegeben. In ihm hätte man keine wirklichen Vorstellungen entwickeln können. Indem er auf den Zucker neben seinem Teeglas weist, erläutert er dies: "Würde Ihnen das despotische Regime sagen: ‚Sie dürfen keinen Zucker essen!`, so würden Sie nicht wissen, ist er süß, ist er sauer, ist er bitter. So verhindert das despotische Regime eine Beziehung zwischen den Individuen und der Realität. Wer gegen ein despotisches Regime kämpft, der will Zucker essen, um etwas darüber zu erfahren. Wenn er dann aber Zucker isst, so kann sich sein Konzept dadurch verändern. Wie mit dem Zucker ist es mit den Ideen, doch nicht mit den Werten, z.B. Demokratie und Freiheit, sie waren damals die gleichen wie heute, nur mein Verständnis von ihnen und ihrem Verhältnis zur Realität haben sich verändert."

Neben der "modernen Linken", zu der Abdi zählt, gibt es noch die sogenannte "traditionelle Linke", der unter anderen die Gruppe "kämpferische Geistliche" angehört. Sie sind für eine vom Staat gelenkte Wirtschaft, gegen eine zu weit gehende kulturelle Liberalisierung und gegen eine Annäherung an den Westen. Doch bildet die "moderne Linke" eher den Angelpunkt des 2. Khordad und ist auch Khatami am nächsten. Khatamis Bruder ist Generalsekretär der "Front für Partizipation" (Djephe-e moscharekat).

Politisch ungefähr bei der "modernen Linken" einzuordnen ist mittlerweile auch der Mann, der Rafsandjani sehr wohl den Rang als erfolgreichster Kandidat bei den Parlamentswahlen streitig machen könnte, wenn er es schafft, zu den Wahlen zugelassen zu werden. Abdullah Nuri, der letztes Jahr die höchste Zahl der Stimmen bei den Stadtratswahlen in Teheran gewann, hat seine Kandidatur für die Parlamentswahlen vom Gefängnis aus eingereicht. In einem Aufsehen erregenden Prozess wurde er am 28. November zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt und seine Zeitung Khordad geschlossen. Nuri lehnt die Berufung ab und fordert statt dessen die Aufhebung des Urteils, weil das Spezialgericht für Geistliche, das ihn verurteilt hat, nicht in der Verfassung vorgesehen ist und mithin illegal sei. Seine Verteidigung vor Gericht, die er in eine politische Anklage gegen seine konservativen Gegner verwandelte, ist mittlerweile als Buch erschienen, das in wenigen Tagen mehr als 60.000 mal verkauft wurde. Die Anklage wird schon am Anfang logisch zerrupft:

"Ich bin ein Geistlicher und Vertreter des religiösen Führers, der Gerichtsvorsitzende ist ein Geistlicher und vom religiösen Führer eingesetzt. Obwohl ich ein Geistlicher bin, klagt mich der Vorsitzende an, gegen den Islam zu sein. Wenn er recht hat, schlimm für den Islam, den ich vertrete, wenn er sich irrt, schlimm für den Islam, den er vertritt. (...) Ich bin ein Mitglied des Rates für das Nützliche, welcher das höchste politische Gremium in diesem Lande ist. Nun beschuldigt man mich gegen den Islam zu sein. Schlimm für das Land, in

dem ein Feind an die höchste Stelle gekommen ist und wenn sie sich irren, so ist es wieder schlimm für das Land, in dem jemand von der höchsten Stelle auf diese Weise ins Gefängnis muss".

Rafsandjani kann nur schwer überzeugen

Die Herald Tribune hat die Verteidigungsrede Nuris mit der des Sokrates verglichen, Danton vor dem Revolutionstribunal käme der Situation des Mannes näher, der sowohl unter Rafsandjani als auch unter Khatami Innenminister war. Doch sowohl vom Philosophen Sokrates als auch vom Politiker Danton unterscheidet Nuri, dass ihn dieser Prozess wohl nicht dauerhaft aus der politischen Arena entfernen wird, auch wenn es für diesmal unwahrscheinlich ist, dass er zur Wahl zugelassen wird.

Der radikale und kämpferische Nuri ist so recht nach dem Geschmack der Studenten, deren größter Verband, das "Büro für die Festigung der Einheit" (Galem-e tahkim wahdat) ihn als einzigen Kandidaten empfiehlt. Die Studentenorganisation, die ihren Namen einer Empfehlung Khomeinis verdankt, wählt ihre Vertreter in Wahlen, an denen ca. 70 % aller iranischen Studenten teilnehmen. Der politische Einfluss der Studenten in Iran ist traditionell größer als der von westlichen Studentenorganisationen.

Rafsandjani hat es dagegen schwer zu überzeugen. Auf der Pressekonferenz hat er sich viele kritische und auch freche Fragen von in- und ausländischen Journalisten anhören müssen. Man hält ihm vor, anders zu reden als zu handeln. Die Bemerkung eines arabischen Korrespondenten, Rafsandjani habe ein konservatives Herz und reformerische Lungen, wird später in der iranischen Presse die Runde machen, und tatsächlich ist es nicht ganz auszumachen, wofür der 65-jährige Politiker steht. Genau genommen hat er ein Bein bei den Reformern, nämlich den Spitzenplatz auf der Wahlempfehlung "Der Ausführenden der Konstruktion" und ein anderes bei den Konservativen, nämlich ebenfalls den Spitzenplatz bei deren Wahlbündnis "Koalition der Gefolgsleute der Linie und Führung des Imam." Daher fürchten viele Linke, Rafsandjani würde, wenn er Parlamentssprecher würde, den Reformkurs verwässern.

Außerhalb des Marble Palace liegt Teheran mit seinem vom Wintersmog aus Blei und Kohlenmonoxid schwarz gefärbtem Horizont. Man eilt, oft mit einem Tuch oder einer Staubmaske vor dem Gesicht, um noch ein paar Besorgungen zu erledigen. "Schab-e Yalda", die von Ferne an Weihnachten erinnernde Feier in der längsten Nacht des Jahres, ist gekommen. Melonen, Trockenfrüchte, Nüsse und Pistazien werden vor den großen Augen der Kinder auf dem Tisch aufgehäuft und die Familie verbringt die Nacht im Gespräch oder mit dem Vorlesen der Werke der Dichter Hafiz und Ferdowsi. Doch diesmal drehen sich die Gespräche gelegentlich auch um Politik und die Wahl im Februar, von der alle die ganz große Veränderung erwarten. Es hat schon was von Weihnachten.

Jan Keetman

32. Links von Nord und Süd. Eine Dokumentation zur politischen Ortsbestimmung im Neoliberalismus

Autor: Michael Korbmacher · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Chile; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:33

Wesentlich für die neue globale Karte ist die räumliche Entgrenzung des Kapitalismus. Die im Dezember '99 erschienene Textsammlung Links von Nord-Süd - Chilenisch-deutsche Positionsbestimmung im Neoliberalismus versucht eine politische Ortsbestimmung in der gegenwärtigen politischen Geographie des weltweiten Neoliberalismus. Der Sammelband dokumentiert den Kongress Neoliberalismus weltweit - 25 Jahre Modell Chile, der vom 19.- 21. November 1998 in Münster stattfand. Neben aktuellen Aufsätzen über die chilenische Realitität bietet das Buch mit den verschriftlichten Vorträgen von Johannes Agnoli, Alex Demirovic, Reinhart Kössler sowie chilenischen MenschenrechtsaktivistInnen und Linken, darunter Fabiola Letelier, Rafael Agacino, Jose Bengoa und Luis Vitale, vor allem theoretische Ansatzpunkte zum Erkennen und Verändern der eigenen Realität.

Mit der Globalisierungswelle gehen massive gesellschaftliche Differenzierungsprozesse einher, die neue soziale Ausschlüsse produzieren und eine Neubestimmung des Begriffs nationalstaatlich-integrierter Gesellschaften erfordern. Entsprechend analysiert der Historiker Jose Bengoa für Lateinamerika: "Die Globalisierung, Kennzeichen der letzten Modernisierungswelle, hat kein ihr innewohnendes Prinzip der Integration ... Die leitenden Prinzipien der vorigen modernisierenden Schichten brachten bestimmte Integrationsprinzipien mit sich: Nation, Volk, Industrie, Verstädterung etc." Indigene Gesellschaften fordern Autonomie und die Abtrennung vom Nationalstaat. "Und die Armen, die Marginalisierten, die Ausgeschlossenen werden sich in ihre Systeme der Auto-Subsistenz flüchten, ... in ihre eigenen, vom Rest der Gesellschaft abgekoppelten Kulturen."

Nach Ansicht des emeritierten Berliner Politikwissenschaftlers und Subversionstheoretikers Johannes Agnoli ist damit etwas Wirklichkeit geworden, was schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts feststand: "Der Kapitalismus schafft nicht nur Reichtum (Hegel fügte hinzu: und Armut), sondern auch redundant population" (überflüssige Bevölkerung). Diese gesellschaftliche Polarisierung und Exklusion von Bevölkerungsgruppen und sogar ganzer Regionen betrifft längst nicht mehr nur den Süden.

Einheit in der Vielfalt

Auch in der Bundesrepublik gilt, was der Wirtschaftswissenschaftler Rafael Agacino en detail für Chile herausarbeitet: "Es konsolidieren sich zwei Welten, die durch abgrundtiefe Ungleichheiten voneinander getrennt sind." Von diesen geographisch nicht verbundenen Welten beutet die eine die andere aus, marginalisiert und diskriminiert sie. So nähern sich Erfahrungshorizonte von Armut, Rassismus und Patriarchat im globalen Neoliberalismus an. "Transnationalistische" Solidaritätsarbeit muss heute also jenseits von Nord und Süd positioniert sein.

Die Annäherung von Erfahrungshorizonten muss jedoch über einen gemeinsamen Dialog entstehen, sie ist nicht per se auf der Handlungsebene der Akteure gegeben. Aufgabe der Solidaritätsbewegung wäre also die Schaffung einer gemeinsamen Basis der Kommunikation und des Verständnisses, auf deren Grundlage ein gleichberechtigter, Differenzen anerkennender Austausch möglich wird.

Die Herausbildung des Südens im Norden bedeutet allerdings nicht, dass die geo-soziale Kluft zwischen Nord und Süd verschwindet. "Die Ungleichheit hat sich in den letzten Jahren vertieft, besonders wenn man bedenkt, daß die Unterschiede in den Bereichen der Technologie und der Informationssysteme sich ebenfalls vergrößern", führt Fabiola Letelier, Vorsitzende der chilenischen Menschenrechtsorganisation CODEPU, aus.

Doch wer sind die sozialen Akteure und von welchen gesellschaftlichen Orten aus sprechen sie? Reinhart Kössler, Redaktionsmitglied der Zeitschrift Peripherie, versucht eine Situationsbeschreibung des ehemaligen revolutionären Subjekts: "Im Gegensatz zur gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der letzten zweihundert Jahre kapitalistischer Entwicklung haben erstmals gesellschaftliche Gegenentwürfe keinen erkennbaren sozialen Ort. Es gibt zwar durchaus noch Klassen, die sich mittels des Begriffs der Lohnabhängigkeit statistisch nachweisen und mit geeigneten Kategorien dingfest machen lassen. Doch

gesellschaftliche Opposition und Gegenmacht, die kollektiven Subjekte zur Durchsetzung von Gegenmodellen, sind in den diffuser gewordenen, weit eher als früher subjektiv und individuell wählbaren Identitäten schwerlich noch zu finden."

Offenbar müssen wir uns heute von der Vorstellung eines Subjektes für gesellschaftliche Veränderung verabschieden und stattdessen die Vielfalt möglicher Subjekte anerkennen. Um aber eine durchsetzungsfähige politische Praxis entwickeln zu können, sind Bündnisse notwendig, welche die diversen und differierenden Forderungen aus den unterschiedlichen sozio-kulturellen Milieus mit einem Prinzip bündeln können, das der Mitbegründer der chilenischen Guerilla MIR, Luis Vitale, "Einheit in Vielfalt" nennt.

In diesem Zusammenhang werden schnell soziale Bewegungen als mögliche Träger von gesellschaftlichen Veränderungen ausgemacht. Dem steht jedoch die Analyse des Demokratietheoretikers Alex Demirovic entgegen. Demirovic geht davon aus, dass der "Mobilisationszyklus" sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik abgeschlossen sei und diese sich in die grüne Partei oder in Nichtregierungsorganisationen (NRO) integriert, also institutionalisiert haben. Laut Kössler stehen wir vor einem Dilemma: "Das Postulat, Gegenmacht und alternative Politiken zum herrschenden Neoliberalismus müssten nach wie vor von den gesellschaftlichen Bewegungen und in ihnen verwurzelten Organisationen ausgehen und entscheidend gestützt werden, bezeichnet daher nicht so sehr und nicht allein eine Lösung als vielmehr zugleich das Problem der stabilen Organisation für solche Zielsetzungen".

Pablo Richard sieht die Herausforderung darin, gerade diese Leerstelle der sozialen Bewegungen neu zu füllen. "Diese Zeit des Übergangs ist gewiß keine Zeit erfolgreicher Experimente für die große Mehrheit, sie ist vielmehr eine Zeit der Vertiefung und der Kreativität, um neue Fundamente zu legen."

Jenseits von NRO-isierung und dem ‚langen Marsch durch die Institutionen` formuliert Agnoli seine Position angesichts der Bestrebungen, eine politische Form gegen das globalisierte Kapital zu finden: "Und da sind nationalstaatliche Hoffnungen auf eine bürgerliche Demokratie als Königsweg zum Sozialismus nicht nur illusionär, sondern eher ein Hindernis für eine soziologische Phantasie, die heutzutage einen anderen Weg zur gesellschaftlichen Emanzipation finden muß."

Alternativen sind vom Rande der modern-kapitalistischen Gesellschaft her zu denken und sie müssen alle Lebensbereiche umfassen. Selbstbestimmung gegen die neoliberale Fremdbestimmung und Solidarität gegen das atomisierende Konkurrenzdenken sollten als politische Ziele in den Vordergrund rücken. "Wir können zwar nicht außerhalb des Systems leben, weil die Globalisierung alles in ihren Bann zieht, aber wir können sehr wohl ein Leben im Widerspruch zum Geist des Systems führen", fasst Richard zusammen. Wir müssen "neue Machtverhältnisse konstruieren, und zwar von unten her", so der Theologe im Ökumenischen Forschungszentrum Costa Rica weiter.

Dazu gibt es jedoch weder eine Landkarte noch, wie es der mexikanische Schriftsteller Paco Ignacio Taibo II. formuliert, "Leute, die im Besitz des richtigen Weges sind. Unter Genossen aber gibt es keinen, der im Besitz der Reise ist, denn die Reise gehört allen und keinem."

Michael Korbmacher

Kaltmeier, Olaf/Ramminger, Michael (Hg.): Links von Nord-Süd. Chilenisch-deutsche Positionsbestimmungen im Neoliberalismus. Lit-Verlag. Münster 1999. 224 Seiten. 34,80 DM.

33. "Kolumbien ist nicht El Salvador"

Autor: sk · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:20

... sagte kürzlich ein Sprecher der größten kolumbianischen Guerilla-Organisation FARC - "das Land ist größer und explosiver". Trotzdem könnte man sich fragen, warum die kolumbianischen Befreiungsbewegungen in ihrer jahrzehntelangen Geschichte nicht einmal in den Genuss einer kleinen europäischen Solidaritätsbewegung kamen, während für die salvadorianische Guerilla FMLN Ende der 80er Jahre in der BRD zehntausende auf die Straße gingen und selbst die taz Spendenaufrufe mit dem Titel "Waffen für El Salvador" abdruckte.

Unter anderem dieser Frage versuchen Raul Zelik und Dario Azzellini, Autoren des kürzlich erschienen Buches, "Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung", auf den Grund zu gehen. "Die kolumbianischen Guerillas gehören zu den wenigen linken Organisationen, die den Zusammenbruch des Ostblocks überstanden, ohne ihre sozialistische Programmatik aufzugeben, sie sind militärisch so stark wie kaum eine Befreiungsbewegung vor ihnen ... Wahrscheinlich gehören sie zu den wenigen linken Organisationen in der Welt, die ernsthaft über Perspektiven revolutionärer Veränderung diskutieren können". Dennoch scheinen sie vor europäischen Solibewegten pauschal für alles gerade stehen zu müssen, was über der Mystifizierung lateinamerikanischer Guerillas der 70er und 80er Jahre unkritisiert geblieben ist.

Autoritäre, ja stalinistische Strukturen, Militarismus und Waffenkult gehören noch zu den softeren Vorwürfen hiesiger Linker an die größten kolumbianischen Befreiungsbewegungen FARC und ELN. Doch auch, dass sie in mafiaähnlichen Strukturen organisiert seien, mitverantwortlich für die Eskalation der Gewalt in Kolumbien, involviert in Massaker und Vertreibung der "Zivilbevölkerung", den blühenden Drogenhandel und das Entführungsgeschäft, ist häufiger aus Menschenrechts- und Internationalismuskreisen zu hören.

Zelik/Azzellini setzen mit ihrer Analyse des "Bad-Guy-Image" der kolumbianischen Guerilla-Organisationen genau dort an, wo sich die Kritik vorgeblich linker InternationalistInnen mit dem herrschenden Diskurs über Kolumbien trifft: bei der Gewalt. Die offizielle Lesart: Paramilitärische Verbände, Drogenmafia und Guerilla liefern sich blutige Auseinandersetzungen um Territorien und Ressourcen, terrorisieren, massakrieren oder vertreiben die "Zivilbevölkerung", und der Staat mit seinen Sicherheitskräften steht "dazwischen", häufig ohnmächtig angesichts des eskalierenden bewaffneten Konflikts.

Diesem Mainstream stellen die Autoren mit dem zentralen Kapitel des Buches, "Ursachen der Gewalt", eine andere Version über die Gründe des seit fast 50 Jahren andauernden internen bewaffneten Konflikts gegenüber, der jährlich etwa 3.000 Menschen aus politischen Gründen das Leben kostet: basierend auf genauen Recherchen beleuchten sie detailliert die strukturellen (und persönlichen) Verflechtungen zwischen Regierung, kolumbianischer Oberschicht, Armee, Drogenkartellen und der Gründung paramilitärischer Verbände Anfang der 80er Jahre sowie die hinter der sogenannten nationalen Sicherheitsdoktrin stehenden wirtschaftlichen Interessen nationaler und vor allem transnationaler Unternehmen.

Am Beispiel der geostrategisch und wirtschaftlich zentralen kolumbianischen Erdölstadt Barrancabermeja werden die beispiellos brutalen Strategien zur Beseitigung jeglicher legaler sozialer Organisierungsversuche als Teil einer ausgeklügelten Aufstandsbekämpfungsstrategie entlarvt: von den USA entwickelt, von vorgeblich unabhängig agierenden Paramilitärs durchgeführt, aber letztendlich vom kolumbianischen Staat initiiert und gedeckt. So wurden zwischen 1985 und 1998 knapp 4.000 Mitglieder des sozialistischen Wahlbündnisses Union Patriotica (UP) ermordet oder sind "verschwunden". Von den 9 Millionen Bäuerinnen und Bauern sind inzwischen fast 2 Millionen auf der Flucht.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die kolumbianischen Guerillas und ihr viel kritisierter Militarismus als einzig mögliche Form sozialer Opposition. Bestimmte Formen nicht bewaffneter sozialer Opposition, wie die Kämpfe der indigenen kolumbianischen Gemeinden gegen die verheerenden ökologischen Auswirkungen der Erdöl- und Goldförderung in ihren Gebieten, bleiben in dem Buch allerdings unterbelichtet. Auch wenn der indigen-nationalistische Naturdiskurs häufig nicht gerade progressiv ist, wäre eine Auseinandersetzung über Konflikte zwischen ethnisch-sozialen Bewegungen und den "klassischen" Guerillas mehr als eine Fußnote wert gewesen. Etwas inflationär verwenden die Autoren auch den Begriff "schmutziger Krieg". Sind

Aufstandsbekämpfungsprogramme "sauberer", wenn sich staatliche Sicherheitskräfte direkt dafür verantwortlich zeichnen?

Seit nunmehr einem Jahr stehen die Aufständischen im Dialog mit der kolumbianischen Regierung. FARC und ELN geht es zwar um eine politische Lösung des Konflikts, nicht aber - wie in Mittelamerika - um die Abgabe der Waffen, die Wiedereingliederung ins zivile Leben bzw. die Umwandlung in eine legale Partei, sondern um grundlegende soziale, politische und ökonomische Transformationen. (vgl. ak 433) Das Andenland befindet sich in der schwersten wirtschaftliche Rezession seit Jahrzehnten. 55 Prozent der Bevölkerung leben in Armut, 20 Prozent in absolutem Elend, die Arbeitslosenrate hat die 20-Prozent-Marke überschritten. Gleichzeitig gehört Kolumbien zu den reichsten Ländern Lateinamerikas, verfügt über Erdöl, Kohle und Gold.

Auch wenn Zelik/Azzellini zu den wenigen Kolumbien-Berichterstattern gehören, die sich Mühe geben, die politischen Programme der marxistisch-leninistischen FARC und der guevaristischen ELN differenziert zu beschreiben, unterziehen sie deren militärisch-strategische Praxis einer harten Kritik. Ohne allerdings Entführungen und taktisch-militärische Fehler mit tödlichen Folgen für Unbeteiligte, wie die Ölpipeline-Anschläge der ELN, mit den menschenverachtenden Auswirkungen des privatisierten, systematischen Terrors unter staatlicher Aufsicht gleichzusetzen. Gewalt ist eben eine abstrakte Kategorie. "Der kolumbianische Konflikt hingegen kann nur gelöst werden, wenn" - und diese Position durchzieht das Buch vom Vorwort bis zum abschließenden Ausblick - "Armut und Marginalisierung beseitigt werden, die zum Entstehen der Guerillas geführt haben". Solange wird es in Kolumbien gefährlicher bleiben, "eine Gewerkschaft aufzubauen als eine Guerillaorganisation".

sk

Zelik, Raul/Azzellini, Dario: Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung. ISP-Verlag Köln. Oktober 1999. 247 Seiten. 29,80 DM

34. Guatemala wählte die starke Hand der FRG. Entsetzen über das Fehlen eines kollektiven Gedächtnisses

Autor: Hermann Werle · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:31

Erstmals nach Beendigung des 36-jährigen Bürgerkriegs im Dezember 1996 fanden in Guatemala Wahlen statt. Neben den üblichen rechten Parteien existierte für die WählerInnen während dieses parlamentarischen Prozederes die Option, mit der Allianz Neue Nation (ANN) direkt die ehemalige Guerilla URNG mit einem Kreuz auf ihrem Stimmzettel zu unterstützen. Von den 4,5 Millionen wahlberechtigten GuatemaltekInnen schritten am 7. November 53 Prozent an die Urnen zum ersten Wahldurchgang - ein Novum in der jüngeren Geschichte des Landes, wo die NichtwählerInnen stets weit mehr als die absolute Mehrheit ausgemacht hatten. Doch das linke Wahlbündnis ANN wurde nur drittstärkste politische Kraft im Land.

Die ANN/URNG erzielte mit 12,3% ein respektables Ergebnis, den deutlichen Erfolg der reaktionären Ríos Montt-Partei Republikanische Front Guatemalas (FRG) konnte jedoch auch sie nicht in Frage stellen. Dieser Sieg wurde im zweiten Wahldurchgang am 26. Dezember durch die WählerInnen bestätigt, wo sich der FRG-Kandidat und Montt-Schützling Alfonso Portillo gegen seinen Widersacher Oscar Berger von der vormaligen Regierungs-Partei des Nationalen Fortschritts (PAN) deutlich durchsetzen konnte.

Sowohl der Wahlkampf als auch die Wahlen selbst verliefen erstmals ohne große Zwischenfälle und den sonst obligatorischen offenen Druck aus Militärkreisen, der das landesweite Ergebnis in Frage stellen würde.

Die parlamentarischen Linken Guatemalas, die den höchsten Anteil indigener Abgeordneter ins Parlament schicken, aber mit Nineth Montenegro nur eine Frau, haben einen Sieg Portillos im ersten Wahlgang verhindern können. Die ehemalige Guerilla, wie auch die FRG, verfügt in den früheren Konfliktzonen über ihr größtes WählerInnenpotential und konnte somit den Durchmarsch Portillos bremsen. Um zukünftig nicht nur auf Grund von Wahlergebnissen eine Bedeutung zu erhalten, wird die ANN insbesondere im bäuerlich, indigen geprägten Norden und Nordwesten des Landes ihre Basis stärken müssen. Diese Region weist einen hohen Grad der Polarisierung auf und die FRG wird gerade hier versuchen ihre Anziehungskraft zu erhöhen.

Auf welch schwieriges Parkett sich die ehemalige Guerilla im Parlamentarismus begeben hat, erfuhr sie deutlich während der Vorwahlzeit, als sich PAN und FRG mit finanziell millionenschweren Kampagnen auf der Straße und in den Medien darstellen konnten, während ANN-Sympathisanten ehrenamtlich Flugblätter verteilten.

Der satte Gewinn der FRG, die mit 63 von 113 Sitzen über die absolute Mehrheit im Parlament verfügt (PAN 37; ANN 9) und außerdem in 147 von 330 Gemeindebezirken den Bürgermeister stellen wird (PAN 106; ANN 29 davon 18 durch der ANN nahe stehende Zivilkomitees) lässt sich in erster Annäherung neben der starken Medienpräsenz noch durch folgende Faktoren erklären.

Eine wenig große Überraschung stellt der Wahlsieg der FRG bei Betrachtung der Ergebnisse der letzten Präsidentschaftswahlen dar. Der Erfolg der PAN beruhte 1995 einerseits auf der Schwäche der FRG und andererseits der Popularität des PAN-Gründers und Präsidentschaftskandidaten Alvaro Arzú, der von 1986 bis 1990 bereits Bürgermeister der Hauptstadt war, also dort,wo bislang Präsidentschaftswahlen entschieden wurden, da die Wahlbeteiligung auf dem Land strukturbedingt wesentlich geringer ausfällt.

Bei Regierungsantritt 1996 hatte Alvaro Arzú alle Trümpfe in der Hand: Der Frieden war in absehbarer Zeit vertragsfertig, die politische und finanzielle Unterstützung internationaler Geldgeber war gewiss und die URNG war nach Friedensschluss mit der Konstituierung ihrer Partei beschäftigt und praktizierte eine Burgfriedenspolitik, der sich die Volksorganisationen größtenteils anschlossen. Es gab wenig Zweifel, dass Arzú mit Hilfe der finanziellen Mittel aus dem Ausland gewisse Erfolge im Lande würde erzielen können und dadurch der nächste PAN-Kandidat sicherer Anwärter für die kommende Präsidentschaft wäre.

Allerdings fand die Regierung Arzú kein Mittel, um der Welle von Überfällen, Entführungen und Lynchjustiz, die in das Macht- und Gewaltvakuum getreten war, welches Guerilla und Militär im Land hinterlassen hatten, zu begegnen. Dadurch wurde die innere Sicherheit zu einem der meistdiskutierten gesellschaftlichen Themen.

Der insgesamt nebulöse Umgang und halbherzige Versuch, den Mord an Bischof Gerardi, aufzuklären, wurde zum Sinnbild der Unfähigkeit der PAN im Bereich der Verbrechensbekämpfung und der fortgesetzten Straffreiheit.

Auch die Umsetzung der Friedensabkommen ist nach Aussage des französischen Minugua-Chefs Jean Arnault in den letzten drei Jahren an wichtigen Punkten gescheitert. Lediglich 62 der 170 Vereinbarungen, die laut Friedensvertrag vor dem Jahr 2000 hätten umgesetzt sein sollen, wurden erfüllt. Zu dieser Negativbilanz summieren sich die Vorwürfe an die PAN, weiterhin lediglich die Partei der Bourgeoisie zu sein, Vetternwirtschaft bei der Privatisierung von Staatsbetrieben und öffentlichen Bauaufträgen zu betreiben und soziale Verbesserungen für die in Armut lebende Bevölkerungsmehrheit zu vernachlässigen.

Auf genau die Themenfelder, in denen der PAN mit Leichtigkeit ihr Versagen nachgewiesen werden konnte, setzte die FRG mit ihrem Gründer und Übervater General und Ex-Diktatot Ríos Montt und Frontmann Alfonso Portillo die Schwerpunkte ihrer Wahlpropaganda. "Sicherheit, Wohlstand, Gerechtigkeit" war bereits im Wahlkampf 1995 der Slogan der 1988 gegründeten Partei. Trotz der nachgewiesenen staatlich-verordneten Gräueltaten während der 16-monatigen Diktatur des 73-jährigen Generals vom März 1982 bis zum Juli 1983, die mit über 200 Massakern an der Zivilbevölkerung und annähernd 3.000 extralegalen Hinrichtungen als die blutigste Phase des Krieges in die Geschichte des Landes eingegangen ist, genießt Ríos Montt den Ruf des integeren Staatsmannes, der sich für die Belange des Volkes einsetzt.

Im Kampf gegen Armut, Korruption, Kriminalität und Straflosigkeit genießt die FRG das höchste Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Besonders bei Jugendlichen, die keine Erinnerung an den Staatsterror haben, zieht die einfache und schnelle Lösungen versprechende Propaganda der FRG. Die eigentliche WählerInnen- und Machtbasis auf dem Lande stellen jedoch die ehemaligen paramilitärischen Zivilpatrouillen (PAC) dar, in denen bis zu einer Million Männer ihren Dienst verrichten mussten. Wenngleich im Rahmen des Friedensprozesses demobilisiert und aufgelöst, überdauerten vielerorts die von den PAC dominierten lokalen Machtverhältnisse und die Anbindung an die Strukturen des Militärs. Im Gegensatz zur PAN, als Vertreterin der Interessen der Reichen, gilt die FRG daher als sehr volksnah, was nicht zuletzt dem begabten Redner und neuen Präsidenten Alfonso Portillo geschuldet ist.

Portillo versprach nicht nur die Fortsetzung des Demokratisierungs- und Friedensprozesses, sondern darüber hinaus die Integration der indigenen Bevölkerung durch neue Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und Alphabetisierungskampagnen.

Der 48-jährige Jurist Portillo hatte zugegeben, dass er 1982 in Mexiko zwei Menschen ermordet hatte. Zu diesem Vorfall befragt, erläuterte Portillo, dass es sich um Notwehr gehandelt habe und dass er so wie seinerzeit sein Leben verteidigt habe, er nun das guatemaltekische Volk verteidigen werde. Auch ansonsten weist er eine jedem Chamäleon zur Ehre gereichende wandelhafte Vergangenheit auf. 1994 sprach er sich noch eindeutig gegen eine Kandidatur von Ríos Montt aus, was "die Rückkehr zur vergangenen Gewalt" bedeuten würde, um ein Jahr später zu erklären, dass der Tag an dem er Ríos Montt kennen gelernt hätte, der glücklichste seines Lebens gewesen sei.

Neben den populistischen Versprechen auf Armutsbekämpfung und Demokratisierung, kündigte Portillo des Weiteren die baldige Aufklärung des Mordes an Weihbischof Gerardi an, was bei einer tatsächlichen Realisierung einige Köpfe der Armee kosten oder auf einen Machtkampf im Militärapparat hinauslaufen könnte.

Doch Gewalt wird auch zukünftig ein Mittel der politischen Einflussnahme sein. Dies zeigte sich nach dem ersten Wahlgang in verschiedenen Gemeinden, in denen sich die FRG nicht durchsetzen konnte. Es kam zu offenen Gewalttaten durch FRG-Anhänger und 18 Mitglieder des Wahlgerichtes erhielten Morddrohungen von der hohen Militärs nahe stehenden Todesschwadron Jaguar Justiciero (die sich u.a. zu dem Mord an Weihbischof Juan Gerardi im April 1998 bekannt hatte), in denen gewarnt wurde, kein schmutziges Spiel gegen Portillo zu spielen. Drohungen dieser Art sind aus der Zeit des Krieges bestens bekannt und das militärisch-wirtschaftliche Umfeld von Ríos Montt steht auch weiterhin für dieses Bedrohungspotenzial. In diesem Sinne bedeuten die Wahlen vom November und Dezember 1999 einen Schlag ins Gesicht der Opfer und Hinterbliebenen der staatlich verordneten Verfolgungs- und Massakerpolitik der 80er Jahre. Wie es die neu gewählte Abgeordnete der ANN und Menschenrechtsaktivistin Nineth Montenegro ausdrückte: "Die

Verschwundenen wären entsetzt diese Abwesenheit eines kollektiven Gedächtnisses der Guatemalteken zu sehen".

Hermann Werle

Ergebnis der Wahlen in Guatemala 7.11.99

2.397.212 abgegebene Stimmen,, davon 2.191.512 gültig,, Wahlbeteiligung 53%

Parteien, Stimmen, Prozent, Sitze

FRG, 1.045.820, 47,72, 63

PAN, 664.417, 30,32, 37

ANN, 270.891, 12,36, 9

35. Flucht nach vorn? Wladimir Putin beerbt Jelzin

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:08

Welchen Weg wird Wladimir Putin einschlagen? Hat er eine Zukunft oder nicht? Nahe Beobachter der aktuellen Kreml-Ereignisse meinen, der Kampf werde zwischen der Jelzin-Familie, der Tschubajs-Mafia und den Geheimdiensten geführt. Das mag sein, so weit es den Inner-Circle angeht. Wladimir Putin hat einige der engsten Berater Boris Jelzins, u.a. dessen skandal-umwitterte Tochter Tatjana Datchenko, entlassen und deren Posten mit seinen Leuten besetzt. Die Clique der "jungen Reformer" um Anatolij Tschubajs ebenso wie Mitglieder der Geheimdienste rechnen sich Chancen auf Posten in der neuen Regierung bzw. im Beraterstab des Interims-Präsidenten aus.

Das dürfte aber wohl noch nicht alles sein. Die Interessen dieser Gruppen sind, auch wenn sie sich um die Macht streiten, doch weitgehend identisch: Erhaltung und Ausbau der Machtstellung des privaten, genauer privatisierten Kapitals, Stärkung der Präsidialmacht. Oppositionelle Kräfte werden sich dagegen um die jetzigen Wahlverlierer scharen - "Vaterland - das ganze Russland", "Jabloko" und die Kommunistische Partei. Deren Interessen sind - bei allen vordergründigen Differenzen - ebenfalls identisch: ein Kurs des patriarchalen Sozialdemokratismus russischer, d.h. korporativer Prägung, Einschränkung der Präsidialmacht, Stärkung der korporativen Leitungsorgane.

Der Kernpunkt, an dem sich die Auseinandersetzung in nächster Zeit entwickeln wird, ist die Frage: Fortführung des Krieges oder Kampf gegen die Korruption? Das bedeutet: Will - und vor allem kann - Wladimir Putin weiterhin von der Krise auf eine äußere Bedrohung ablenken, oder versucht er eine Bekämpfung der Ursachen der Krise im Lande selbst?

Die Lage ist brisant: Wladimir Putin könnte schon sehr bald, auch wenn es im Moment nicht so scheinen mag, in ernsthafte Schwierigkeiten kommen. Zum einen wird er die Zustimmung für den Krieg nicht auf der bisherigen Höhe halten können, schon gar nicht, wenn die Kämpfe von den anfänglichen "Erfolgen" in langandauernde Auseinandersetzungen mit einer gut ausgerüsteten Guerilla übergehen. Das aber wird mit Sicherheit geschehen, wenn Grosny eingenommen worden sein sollte. Zum anderen wird er in dem Moment, in dem er sich gegen die Korruption wendet, Sturm von den bekannten Geldjongleuren ernten, allen voran von den Jelzin-Vertrauen Beresowski und Abramowitsch, ebenso aber von der Tschubajs-Mafia.

Was kann Wladimir Putin tun? Der bisherige Ausweg aus dieser Situation ist versperrt, denn nun gibt es keinen Boris Jelzin mehr, der aus dem Hintergrund für ein schnelles Auswechseln verbrauchter Pferde sorgen könnte. Abdanken ist aus demselben Grunde nicht möglich. Einige Kommentatoren wollen in Wladimir Putin einen "neuen Andropow" sehen. Das ist er selbstverständlich auch nicht. Andropow hatte, als er 1982 zu einer letzten "Säuberung" gegen die Schattenwirtschaft ansetzte, noch die gesamte Parteimacht, einschließlich eines funktionsfähigen KGB, hinter sich. Trotzdem ist er gescheitert. Perestroika war der einzige Ausweg, der sich für die damalige Nomenklatura anbot.

Wladimir Putin ist in einer völlig anderen Situation: Was damals illegal war, ist jetzt legal. Heute stehen sich nicht Nomenklatura und Schattenwirtschaft gegenüber - sie sind identisch, dafür aufgeteilt in diverse, miteinander konkurrierende Clans. Boris Jelzin verstand es, sie im Gleichgewicht zu halten - das aber nur, solange es etwas zu verteilen gab. Jetzt gibt es nichts mehr zu verteilen - nun geht es darum, sich in den neuen Besitzverhältnissen zu behaupten. Der Kampf Clan gegen Clan ist seit dem Bankenkrach vom August 1998 eröffnet. Mit dem Ende der Umverteilung endete Boris Jelzins Politik. Sein Interims-Nachfolger Wladimir Putin kann sich weder auf eine Goodwill-Kampagne der Partei stützen wie seinerzeit Andropow, noch auf Bestechungsmöglichkeiten zu Zeiten einer noch laufenden Umverteilung wie Jelzin - er kann bestenfalls einen Clan gegen den anderen auszuspielen versuchen.

Dafür hat Jelzin ihm aber die denkbar schlechtesten Voraussetzungen hinterlassen. Putin steht kein demokratisches oder auch nur halbwegs pluralistisches staatliches Instrumentarium zur Verfügung, mit dem er diesen Interessensausgleich organisieren könnte. Die einzige Möglichkeit, die ihm bleibt, wenn er in den nächsten Wochen in Schwierigkeiten kommt, ist die Flucht nach vorn - anders ausgedrückt, der Rückgriff auf seine "Hausmacht", die Geheimdienste und das Militär. Es sei denn, er beendete den Krieg in Tschetschenien sofort. In einer Situation, in der der Krieg aus dem Ruder zu laufen droht, wäre das für ihn der geschickteste

Schachzug. Mit ihm könnte er auch diejenigen matt setzen, die, wie Ex-General Alexander Lebed, mit dem Versprechen antreten, gleichzeitig den Krieg und die Korruption zu stoppen.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

36. Schwarzgeld gegen Staatsbürgerschaft

Autor: Thomas Klein · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:28

Was sich gegenwärtig in der Spenden- und Bestechungsaffäre auf Bundesebene abspielt, findet in der Landespolitik seine Entsprechung. Während inzwischen einige aus dem CDU-Bundesvorstand an Helmut Kohl appellieren, die Namen anonymer Spender zu nennen, die in den zurückliegenden Jahren große Geldbeträge im Konrad-Adenauer-Haus übergeben haben, sind inzwischen auch Landesvorsitzende unter Druck geraten.

Anfang Dezember war bekannt geworden, dass der hessische Landesverband der Union und die Frankfurter CDU in den neunziger Jahren aus anonymen Quellen insgesamt 12,5 Millionen Mark erhalten haben. Pikant daran: Es ist bis heute nicht nur unklar, aus welchen Quellen sich die angeblichen "Vermächtnisse" speisen. Auch der Ablauf erinnert eher an die Geldwäsche-Methoden der Mafia als an seriöse Transaktionen. Immerhin sind in zeitlicher Nähe zu aufwendigen, teuren Wahlkämpfen große Summen von der Schweiz und Lichtenstein aus anonym auf den Konten der hessischen CDU gelandet. Die Angaben der CDU, dabei handle es sich um Vermächtnisse namentlich nicht bekannter Erblasser, deren Vermögen im Ausland "begründet" worden sei, so der Generalsekretär der hessischen CDU Herbert Müller, kommentierte die Frankfurter SPD-Politikerin Streb-Hesse mit der ironischen Bemerkung: "Offensichtlich sind im Ausland CDU-Sympathisanten kontinuierlich zu Tode gekommen."

Lutz Sikorski, Fraktionschef der Frankfurter Grünen, wies unterdessen auf die brisante Rolle des Wirtschaftsprüfers und Kohl-Vertrauten Horst Weyrauch hin. Dieser sei juristischer Fachberater der CDU bei dem 1994 in Kraft getretenen neuen Parteienfinanzierungsgesetz gewesen. Mit diesem Gesetz sei die Lücke geschlossen worden, die zuvor ermöglichte, Gelder über Schweizer Konten anonym auf Parteikassen zu überweisen. Als noch bestehendes Schlupfloch sei aber danach das Erbe anonymer Vermächtnisse geblieben. "Und ausgerechnet solche Vermächtnisse", so Sikorski, "bekommt dann die CDU in Hessen und in Frankfurt in Serie?" Das Ganze sei schlicht "abenteuerlich und stinkt zum Himmel".

Für die in den Landtagswahlen im Frühjahr 1999 unterlegenen ehemaligen Regierungsparteien SPD und Grüne sind die dubiosen Vorgänge außerdem Grund, an die "Schmutzkampagne" während des Wahlkampfes zu erinnern. Die CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft habe die Union, so der SPD-Landespolitiker Armin Clauss, möglicherweise mit "gewaschenem Geld" bezahlt.

Mit den bisher abgegebenen Erklärungen der CDU wollen sich die hessischen Oppositionsparteien auf jeden Fall nicht zufrieden geben. Ministerpräsident Koch sei ebenso wie Kohl gefordert, die Namen der anonymen Spender offen zu legen. Die Angaben des ehemaligen hessischen CDU-Schatzmeisters, Casimir Prinz Wittgenstein, die hohen Geldsummen seien "out of the blue", sprich aus heiterem Himmel, der CDU Hessen überlassen worden, könnten einem Wintermärchen entsprungen sein. So viel steht fest: Daran mangelt es gegenwärtig in Deutschland mindestens auf der politischen Bühne nicht.

Thomas Klein

37. Von Häretikern und Erzengeln. Rezension eines Buches von Paco Igancio Taibo II

Autor: GW · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:36

Wir entstiegen dem Nichts und traten in das Reich des Willens ein.

Victor Serge

Paco Ignacio Taibo II hat wieder zugeschlagen: Geschichten von zwölf Häretikern der Revolution im 20. Jahrhundert hat er geschrieben, und die "Szene" hat wieder was zu schmökern.

"Häretiker", sagt das Duden-Fremdwörterbuch, sind Ketzer oder Menschen, die von der offiziellen Lehre abweichen. Schwieriger wird es in einem Atheistenhaushalt, eine Definition für Erzengel zu finden. Hier muss eine Enzyklopädie zu Rate gezogen werden - "Erzengel": in der Bibel die bedeutendsten Engel (Meyers Taschenlexikon); "Engel" seien Boten und Diener Gottes und Mittler zwischen der Gottheit und den Menschen.

Nun gut, die zwölf von Taibo II vorgestellten Personen "dienten" alle der Revolution, und fast alle gerieten in Widerspruch zur herrschenden revolutionären Lehre oder taten sich schwer mit der in Partei- und Staatsform geronnenen Idee. Sie waren und blieben Rebellen gegen staatliche Unterdrückung und Ausbeutung, ließen sich aber nicht an die Kandare legen - was ihnen im Parteijargon die Ehrentitel "Abenteurer" und "Individualisten" einbrachte.

Vorgestellt werden von Taibo II Menschen, für die die revolutionäre Tat, die Aktion, im Mittelpunkt steht oder für einen Moment zentral wird und das bisherige Leben auf den Kopf stellt. "Sie alle suchten die Revolution und begaben sich mehrere Male in die Hölle, um sie zu finden. Zusammengenommen sind sie Bestandteil der einzigen Linken, die ich als Beispiel gelten lasse, nämlich derjenigen, die alle Impulse der Basis aufgreift, sich alle Versuche und Niederlagen zu eigen macht. Was sie verbindet, ist ihre Sturheit, ihre wunderbare Sturheit, und ihre Treue gegenüber dem Versuch, diesen Planeten radikal zu verändern." In diese Matrix der "Basislinken" fügt er den chinesischen Marxisten P'eng P'ai ("Der Mann, der den Maoismus erfand"), die bolschewistischen Marxisten Larissa Reissner und Joffe, Anarchisten wie Buenaventura Durruti, Librado Rivera und Sebastián San Vicente, den Sozialisten Friedrich Adler, den aktionistischen Kommunisten Max Hoelz, den Guevaristen Raúl Díaz Argüelles, "hausgemachte" Kommunisten wie Diego Rivera, den Spanienkämpfer Piero Malaboca (der vielleicht nie existiert hat) und Juan Escudero, den Sozialdemokraten mit dem festem Glauben "vor allem an die Moral und das gute Beispiel".

Entstanden ist ein Buch, das wie immer bei Taibo II vielschichtig ist, und eines, das Platz lässt für Zwischentöne, für Fragen, für Zweifel. Aber auch ein Buch, das gelebte (manchmal auch erfundene) Geschichte näher bringt. Nach Lektüre der Geschichte über Max Hoelz habe ich seine Autobiografie vom "Weißen Kreuz zur roten Fahne" aus dem Regal geholt - ein Geschenk "häretischer" Freunde, die mich vom "Dogmatismus" heilen wollten; die Wiederlektüre von "Barrikaden in Hamburg", das Buch über den Hamburger Aufstand von 1923, geschrieben von der russischen Revolutionärin Larissa Reissner, wird folgen.

Dabei ist "Erzengel" keineswegs ein Buch, das in der Vergangenheit schwelgt, sondern ein wohlwollendes und gleichzeitig unbequemes häretisches Buch, das Quergedanken nicht nur zulässt, sondern sie vielmehr einfordert.

Paco Ignacio Taibo II zeigt immer wieder die subjektive Seite der Revolutionäre auf und hinterfragt immer wieder ihr Handeln, nicht denunziatorisch, sondern solidarisch-kritisch. Taibo II hat Geschichten geschrieben mit der "Zurückhaltung eines Historikers", aber - wie sollte es bei ihm anders sein - vielfach durchbrochen vom "Wagemut des Schriftstellers".

GW

Paco Ignacio Taibo II: Erzengel. Geschichten von 12 Häretikern der Revolution im 20 Jahrhundert, Verlag Libertäre Assoziation, Verlag der Buchläden Schwarze Risse, Rote Straße, 308 Seiten, gebunden, 38 DM

38. "Höchst verdächtiges Sympathisantentum." Charlie-Chaplin-Ausstellung im Filmmuseum Potsdam

Autor: Angela Martin · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:03

Wer kann sich nicht an jene berühmte Szene aus "The Gold Rush" erinnern, in der Charlie Chaplin und sein Partner, zwei vor Hunger fast wahnsinnige Goldsucher, einen Schuh kochen und Chaplin die Sohle verzehrt wie einen Weihnachtsbraten, die Nägel ablutscht wie köstliche Hühnerknochen und die Schuhsenkel wie Spaghetti um die Gabel wickelt und genüsslich kaut. Chaplin verstand es, das Komische mit dem Tragischen zu verschmelzen, und seine unverwechselbare Figur des Tramp in einer lächerlich engen Jacke und schlotternder Hose, mit der zu kleinen Melone und den riesigen ausgetragenen Schuhen wurde schnell in der ganzen Welt beliebt. "Ich brauche keine Bücher zu lesen, um zu wissen, dass das Grundthema unseres Lebens Konflikt und Leid ist. Rein instinktiv entspringen alle meine Clownerien dieser Erkenntnis. Mein Grundkonzept der Komödie war einfach und besteht darin, Menschen in Schwierigkeiten geraten und sich wieder herausfinden zu lassen", schreibt er in seiner Autobiografie.

Immer kämpft Chaplins Tramp unverzagt gegen das Elend der Welt an. "Der Film ‚The Kid` hat gar keinen richtigen Inhalt", bemerkt Kurt Tucholsky in seiner Besprechung dieses vielleicht schönsten Werkes von Chaplin. "Aber Chaplins Herz hat einen, und zu diesem Herzen gehört der feinste Kopf unter den lebenden Filmdarstellern und der klügste unter den Schauspielern überhaupt. Dieses Herz ist bei den Unterdrückten, und es hat eine gefährliche Waffe: sein Gehirn." Wen wunderts, dass Chaplin später wegen angeblicher kommunistischer Sympathien Ärger mit dem berüchtigten McCarthy-Ausschuss "gegen unamerikanische Umtriebe" bekommen sollte.

In der Charlie-Chaplin-Ausstellung im Filmmuseum Potsdam wird dieser Aspekt besonders betont. In fünf Räumen werden Chaplins Lebensstationen von seiner Kindheit in den Londoner Slums, seiner ersten Zeit beim Varieté und den ersten Engagements in Amerika bis zu den großen Erfolgen in Hollywood gezeigt. Schon damals, das zeigt der erste Raum der Ausstellung, hat manch einer viel Geld mit dem Chaplin-Kult verdient. Da kann man sich über Nippes wie z.B. einen Flaschenkorken mit dem Tramp amüsieren, alte Plakate betrachten oder Comics lesen.

In einem weiteren Abschnitt werden Chaplins vier Hauptwerke gewürdigt, die seinen Ruhm begründet haben. Hier kann man neben dem Kostüm des Tramp und seiner Geige auch Auszüge aus "The Gold Rush" und "The Kid", aus "City Lights" und "Modern Times" ansehen. In einer Kabine nebenan läuft der Dokumentarfilm "Der unbekannte Chaplin" von Kevin Brownlow und David Gill, der viel über Chaplins Arbeitsweise verrät, über seine mitunter pedantisch anmutende Genauigkeit, die selbst gelungene Szenen zu Makulatur werden ließ, und auch über kleine Tricks wie zum Beispiel den mit den Schuhen aus "The Gold Rush": Sie waren nämlich aus Lakritze, und die vielen Proben sorgten dafür, dass den Darstellern elendig übel wurde vom ewigen Kauen dieser Süßigkeit.

Es gibt auch viel zu lesen auf dem Rundgang durch die Ausstellung: Über die Skandalgeschichten um Chaplins gescheiterte Ehen und Liebesbeziehungen, über seine Diffamierung im Deutschland der dreißiger Jahre, wo die Wut auf den angeblichen Juden ihren Höhepunkt erreichte, als Ende 1940 "The Great Dictator" in den amerikanischen Kinos anlief, oder über sein politisches Engagement während des Zweiten Weltkrieges, als er auf zahlreichen Kundgebungen den Kampf der Sowjetunion gegen die Nazis würdigte. Dieses Engagement trug ihm mehr Ablehnung als Sympathien ein, und seine politischen Statements wurden vor allem in den fünfziger Jahren als Indizien eines höchst verdächtigen Sympathisantentums ausgelegt. Chaplin musste erleben, dass die Zensur seinen Film "Monsieur Verdoux" (1947) kritisierte und der berüchtigte McCarthy-Ausschuss ihn wegen "unamerikanischer" Aktivitäten vorzuladen gedachte.

Trotzdem ließ er sich nicht einschüchtern. "Obwohl ich kein Kommunist bin", schrieb er, "habe ich mich geweigert, mich denen anzuschließen, die die Kommunisten hassen". Statt dessen setzte er sich für Hanns Eisler ein, als dieser aus den USA abgeschoben werden sollte, und bat Picasso um Hilfe für den Komponisten. In der Folge wurde er vom FBI überwacht, und als der US-Justizminister 1952 sein Wiedereinreisevisum annullierte, kehrte Chaplin den USA verbittert den Rücken und übersiedelte mit seiner Frau Oona in die

Schweiz. Im "König von New York", der 1957 in Paris Premiere hatte, rechnet er humorvoll mit der ideologischen Hexenjagd McCarthys ab - es sollte fast 20 Jahre dauern, bis der Film in New York aufgeführt wurde.

Die letzte Station der Ausstellung ist dem "Patriarchen am Genfer See" gewidmet. Hier verbrachte Chaplin mit Oona, seiner vierten Frau, und acht gemeinsamen Kindern einen glücklichen Lebensabend. Seinen letzten Film, "Die Gräfin von Hongkong", für den er auch die Musik komponierte, drehte er 1966. Allerdings hatte er bei der Kritik wenig Erfolg mit diesem Streifen, obwohl die Hauptrollen mit Sophia Loren und Marlon Brando besetzt waren. Dafür wurden seine Memoiren in zahlreiche Sprachen übersetzt. Dieses Buch über den Aufstieg eines Jungen aus dem Armenhaus zum weltberühmten Komiker ist mit viel Sinn für Nuancen und komische Situationen geschrieben und liest sich streckenweise fast wie ein Märchen.

In den Jahren vor seinem Tod 1977 erhielt Chaplin zahlreiche Preise. Nachdem ihm 1971 auf dem Filmfestival von Cannes ein Sonderpreis für sein Gesamtwerk verliehen worden war, entschloss man sich auch in den USA zu einer längst überfälligen Ehrung: Im letzten Raum der Ausstellung wird ein Dokumentarfilm über Chaplins letzte Reise in seine langjährige Heimat gezeigt, wo er 1972 zutiefst gerührt den Ehren-Oscar für sein Gesamtwerk entgegennahm.

Chaplin-Kenner werden in Potsdam nicht viel Neues erfahren. Doch wer sich vor allem an den clownesken Tramp erinnert, dem wird hier auf sehr unterhaltende und vielseitige Weise ein genialer Schauspieler und Regisseur, Autor und Komponist präsentiert, der viel politischer war, als manch einer glauben möchte. Zu empfehlen ist auch die umfangreiche Chaplin-Retrospektive im Kino des Filmmuseums.

Angela Martin

Filmmuseum Potsdam, Marstall,

Dienstag bis Donnerstag, 10 bis 18 Uhr, bis 30. April 2000.

39. Ferien vom Über-Ich. American Beauty - darf"s ein Oscar mehr sein?

Autor: Tim Gallwitz · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak434/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:22

Vorschusslorbeeren gab's reichlich. "Entertainment Weekly", das populäre Hollywoodbarometer in Printform, lobte unlängst American Beauty unter die Filme aus, die dem Kino einen zweiten Frühling bescheren sollen. Auch hier zu Lande sind die ersten Hymnen erschienen, weitere zu erwarten: Der Film des Jahresanfangs scheint also bereits ausgemachte Sache zu sein und nicht die Frage ob, sondern wie viele Oscar-Statuetten auf American Beauty herab regnen werden, gereicht allenfalls noch zur Spannung unter den Auguren der Academy Awards.

Die Kamera segelt über eine typische US-amerikanische Vorstadtsiedlung und aus dem Off schwadroniert Lester Burnham (Kevin Spacey) über sein erbärmliches Durchschnittsleben. Der Blick erfasst das Haus der Burnhams, ein unvermeidlicher Jeep sowie eine Mittelklassenlimousine parken in der Auffahrt und der Kontrast von sehr weißem Zaun, sehr grünem Rasen und sehr, sehr roten Rosen könnte kaum schärfer sein. Die Rosen sind das Werk und ganzer Stolz von Ehefrau Carolyn (Annette Bening), einem Vollprofi in Sachen schöner Schein. Perfekter Small-Talk, perfektes Outfit, perfektes Lächeln - die Welt der Burnhams ist sauber und aufgeräumt.

Ein Blick ins Haus. Alles am Platz. Jedes Ding so drapiert, als hätte es seine letzte Ruhestätte gefunden. Man ist fertig geworden mit dem Leben. Und gäbe es das Begehren nicht, es bliebe wohl noch hundert Jahre so. Dabei knirscht es hörbar im Kleinfamiliengetriebe. Lester ist ein linkischer Schlappschwanz und Carolyn als Negativklischee der starken Frau scheint der Hysterie meist nur knapp von der Schippe zu springen. Die Tochter Jane (Thora Birch) verachtet ihre Eltern, insbesondere den Vater. Sie macht dabei eine solch angeödete Miene zum verdammt bösen Familienspiel, wie es wohl nur Teenager fertig bringen können: Mit diesem Mienenspiel geht Thora Birch als aussichtsreichste Bewerberin im Christina Ricci-Lookalike-Contest an den Start.

Alltäglicher Horror in Kleinfamilie und Vorstadt ist nicht wirklich neu und die sich anbahnende Katharsis keine dramaturgische Überraschung. Dass jedoch die Vorstellung der High School-Cheerleader Lesters Metamorphose in Gang setzt, liegt nicht eben gleich auf der Hand. Der elterliche Pflichtbesuch gerät zu Lesters persönlichem Erweckungserlebnis im Lolita-Style, als er unter den Girls die hübsche Angela (Mena Suvari) erblickt. In Lesters surrealen Traumsequenzen erleben die roten Rosen ein fulminantes Comeback. Während sie von Ehefrau Carolyn mit Gummihandschuhen und Spezialdünger in Form gebracht werden, bedecken in Lesters feuchten Träumen Rosenblätter den Körper Angelas. Wenn Männer über vierzig - gefangen im Treibsand ihrer Midlife-Crisis - sich Teenager als Jungbrunnen suchen, ist das zwar immer ein wenig geschmacklos, im Falle von American Beauty jedoch nur konsequent. Glücklicherweise ist American Beauty kein filmischer Kenneth Starr-Report und so bleiben uns pikante Details erspart.

Fortan ist selbstverständlich nichts mehr, wie es war. Die Jahre der Enthaltsamkeit und Demütigungen sind vorbei. Lester onaniert und rebelliert. Als sei er aus einem bösen Traum erwacht, krempelt er sein Leben um, knüpft an alte Wünsche an. Das erwachte maskuline Selbstbewusstsein bekommt zunächst die Ehefrau, dann der Chef zu spüren. Zuhause landet die Faust auf dem Tisch, beim Job die Kündigung. Es wird ein Sportwagen gekauft, der Körper gestählt und vom Nachbarsjungen Marihuana erstanden...

Ist Tom Hanks in Big ein Kind im Körper eines Mannes, so regrediert Kevin Spacey in American Beauty vom Manne zum verhaltensauffälligen Halbstarken. Die Zwischenzeit scheint eine verlorene, zu vernachlässigende Episode: Denn Lesters Begehren und Träume sind die eines Teenagers. Doch Lester ist ein aus Erwachsenenperspektive imaginierter Teenager, der nicht nur aller Verantwortung ledig, sondern auch den hormonell-pubertären Problemen längst entwachsen ist. Der amerikanische Traum von der Jugend findet hier sein Gegenbild, wenn die Zwangsjuvenalität von der Sphäre des Körpers in die des Verhaltens und der Wunschproduktion verlagert wird.

Während die Erwachsenen mit ihren Entwürfen offensichtlich gescheitert sind und in Regression, Hysterie, Autismus oder Kontrollzwang abdriften, ist die junge Generation zum raschen Altern verurteilt. Jane und

Nachbarsjunge Ricky scheinen die einzig wirklichen Erwachsenen in diesem Reigen von Neurotikern. Rickys Eltern sind ebenso kaputt wie die von Jane, allein die Symptome sind andere. Der Vater, ein pensionierter Colonel, führt die Familie aus Furcht vor Kontrollverlust und Disziplinlosigkeit wie ein Regiment. Die Mutter ist in Putzzwang und autistischer Selbstbezogenheit zu Kommunikation kaum mehr fähig.

Die Psychogramme der beiden Familien - hier die liberalen Burnhams, da die konservativen Fitts - erzählen vom Utopieverlust der einen und von den Folgen systematischer Emotionsunterdrückung bei den anderen. Das ist mitunter scharf beobachtet, brillant inszeniert und Kevin Spacey zeigt eine unbedingt sehenswerte Vorstellung. Doch der Raum, der Spacey gegeben, fehlt den Frauenrollen. Lesters Spleens bleiben immer sympathisch, eine Ambivalenz, die Annette Benings Rolle völlig abgeht. Und auch die Mutter von Ricky bleibt letztlich blass. Bedauerlich, da ihre wenigen Szenen deutlich machen, was hier verschenkt wurde. Da fehlt es an Almodóvar'scher Einfühlung ebenso wie an analytischer Dichte und dem Mut zu widersprüchlichen Charakteren, die solche Filme wie Happiness oder Der Eissturm auszeichnen. Regisseur Sam Mendes hat alle Kanten geschliffen, den Mittelweg namens Verträglichkeit gewählt und ein ordentlich Maß Comedy in American Beauty gepackt, was bei den Academy Awards und an den Kinokassen sicher nicht zu seinem Nachteil gereichen wird.

Tim Gallwitz

40. Postkarten an ....

CD-Datei: daten/aksuche/ak434/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:07

An wen schreibt man eigentlich nach Weihnachten und vor Silvester Postkarten?

Zehn Stück hatten wir unten bei dem kleinen Laden im Örtchen gekauft. Bei dichtem Schneefall waren wir an der Kirche vorbei ins Dorf runtergelaufen. Eingemummelt duckten wir uns gegen den scharfen Westwind. Das waren die Reste des Jahrhundert-Orkans, der uns am Ersten Weihnachtstag schon für eine Stunde den Strom ausgepustet hatte. Gespannt hatte ich aus dem Fenster geschaut. Hinten waren die Berge zu sehen, der Schnee hellte das Tal auf. Nirgends hörte ich das Klirren von Glasscheiben, keine Spur von Plünderungen. Aber was hätte man in diesem Nest auch Plündern sollen? Bergsteiger- oder Skiausrüstungen waren so ziemlich das einzige, was es hier zu kaufen und also zu stehlen gab.

Wir taperten bis zum Supermarkt am Dorfrand, denn dort befand sich nun die Poststelle. Die alte, die beim letzten Urlaub hier noch mitten im Ort, gleich gegenüber vom Rathaus lag, war den Rationalisierungen der Deutschen Post zum Opfer gefallen.

Da war sie schon. Gleich neben den Kassen war die Poststelle eingerichtet. Wir nahmen zehn Marken.

Als wir wenig später am Küchentisch saßen, ein Käffchen vor der Nase, blätterten wir die Postkarten noch einmal durch, - allerliebste Ansichten. Und erst jetzt kam die Frage: wem schreiben wir denn eigentlich? Den Eltern, klar, das ist Naturgesetz. Aber dann? Den ArbeitskollegInnen ins Büro? Blödsinn! Wir haben Urlaub und wollen von Büros wirklich nichts wissen. Die Leute aus der BI? Naja, die, denen man 'ne Karte geschickt hätte, waren selbst im Urlaub. Auch ziemlich albern. Wen hat man denn schon lange nicht mehr gesehen? Das ist es, sofort fallen mir viel zu viele ein, die ich schon seit Monaten nicht mehr getroffen hatte. Da reichen meine vier Karten gar nicht aus. Verdammt ..., wenn ich nun der einen von denen, die ich schon so lange nicht mehr getroffen hatte, eine Karte schriebe und womöglich der andere das erführe, aber selbst keine Karte bekäme? Die Welt ist ungerecht und der Reichtum ungerecht verteilt. Das wird mir wieder einmal sonnenklar.

Doch dann wird es ernst. Meine Freundin sieht mich ratlos an und obwohl sie gerade noch standhaft ihre Karten verteidigt hat, kommt nun die Frage aller Fragen: Was schreiben wir denn...? Oh Gott!

Nun, ihr kennt das und da wir als Redaktion immer am Puls der Zeit arbeiten, haben wir sofort eine ultimative Lösung entwickelt. Alle eure Sorgen könnt ihr vergessen. Wir haben eine so tolle Postkarte erfunden, die ihr jederzeit auch in großen Stückzahlen mit in den Urlaub nehmen könnt. Um den Empfänger braucht ihr euch keinerlei Gedanken machen. Der ist nämlich schon an der richtigen Stelle aufgedruckt. Das Motiv ist von einmaliger Schönheit - und jeder kann sofort sehen, dass ihr was Schönes erlebt. Und auch der Text ist schon fertig. Nur ein oder zwei Kreuze in den kleinen Kästen, die euren Wünschen am nächsten kommen, eine Briefmarke noch, - und schon ist das Ding abschickfertig. Und diese superpraktischen Postkarten könnt ihr sogar kostenlos bei uns bestellen. Fordert sie einfach per Telefon, Fax oder Mail an, in Zehner-, Fünfziger- oder auch Hunderterpaketen. Und wenn ihr uns die ausgefüllt zurückschickt, versprechen wir euch eine Grußkarte aus Hamburg. Mit vielen Seiten und herzlichsten Grüßen.

Holt sie euch: ak-Redaktion,

Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, Tel.: 040-40170174, Fax:

040-40170175 oder email:

ak-redaktion@cl-hh.comlink.de.

41. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak434/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:23

Selbstorganisiert leben

Seminar: "Selbstorganisiert leben - Ideen für ein Leben ohne Beruf und Anpassung"

Recklinghausen, 22.-23.1., Info: Büro für mentale Randale,

Tel.: 02361/17483

Perspektiven der Anti-Atombewegung

Jochen Stay hält einen Vortrag über "Aktuelle Regierungspolitik, Atommüll-Situation und Handlungsperspektiven der Bewegung."

Reutlingen, 29.1. im Autonomen Zentrum

Deutsche Rüstungsexporte

in die Türkei

Diskussionsveranstaltung mit Thomas Klein von der Kampagne Für das Leben produzieren - Rüstungsexporte stoppen und Hans Branscheid von medico international.

Frankfurt, 31.1., 20 Uhr im Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

Deutscher Antisemitismus

Der Antisemitismus boomt ungeheuerlich. Die Statistiken, die nur Bruchteile antisemitischer Gewalt und Bedrohung abbilden, zeigen mehr Straftaten an als in der Zeit vor 1933. Die Veranstaltungsreihe zum deutschen Antisemitismus beleuchtet in sieben Vorträgen einzelne Elemente des Antisemitismus in Deutschland. Der AStA der Carl v. Ossietzky Universität Oldenburg ist Organisator der Informationsreihe.

24.1., 16.30 Uhr: Juden in Deutschland und die Herausbildung des deutschen Nationalbewusstseins (Klaus Mellenthin)

8.2., 20 Uhr: "Differenz-Nazis must die". Antisemitismus und Rassismen im Kontext des globalen Differenzkapitalismus. (Kurzfilme von Hito Steyerl)

10.2., 19.30 Uhr: Antisemitismus und die Linke (Katharina Seewald)

Oldenburg, alle Veranstaltungen im Bibliothekssaal der Uni, Uhlhornsweg 49-55. Infos über das Gesamtprogramm und Plakatbestellungen unter Tel.: 0441/7982575

Geschlecht,

Krieg und Gewalt

Innerhalb bewaffneter Auseinandersetzungen stellen die Veranstalterinnen eine "Vergeschlechtlichung der Gewalt" fest, die ihren Ausdruck in Rollen findet, wer Krieg vorbereitet, wer im Krieg selbst aktiv ist und wer Frieden stiftet. Auch die "Banalisierung der Geschichte" durch die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg wird Thema sein auf dem zweitägigen Workshop der Marie-Jahoda-Gastprofessur für internationale Frauenforschung an der Ruhr-Universität-Bochum. Es diskutieren Wissenschaftlerinnen aus Sri Lanka, Rwanda, dem ehemaligen Jugoslawien und Deutschland.

Bochum, 28. bis 29.1., von 10 Uhr bis 17 Uhr im Euro-Eck, Spechtsweg. Infos und Anmeldung:

Tel.: 0234/3222986

Rassismus in den USA und in der BRD

Die Veranstaltung "racism kills.still!" über institutionellen Rassismus in den USA und in der BRD findet statt im Rahmen der Kampagne zur Freilassung von Mumia Abu Jamal.

Berlin, 2.2., 19.30 Uhr, Humboldt-Universität, Hauptgebäude

Vernehmungen

in Deutschland 1944/45

Joachim Szodrzynski stellt Saul K. Padovers Untersuchung zur deutschen Bewusstseinslage 1944/45 vor - und zur Diskussion.

"Diese Deutschen waren derart autoritätshörig und dokumentengläubig, dass sie sich erst beruhigten, als wir ihre Ausweise angeschaut hatten", schreibt der Interviewer Padover über seine Erfahrungen. Seine Aufzeichnungen sind 1946 in den USA veröffentlicht worden und erschienen 1999 in der deutschen Übersetzung.

Hamburg, 25.1., 19.30 Uhr in der Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Sillemstr. 79

Widerstand

in Italien

Die in deutscher und italienischer Sprache abgefasste Ausstellung "PARTIGIANI Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Der Widerstand in Italien" gibt einen Überblick zur Entwicklung des Faschismus in Italien und der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht. Sie dokumentiert vor allem auch den Widerstand der italienischen PartisanInnenbewegung. Die in Modena, Parma und Reggio Emilia ansässigen Institute für Widerstand und Zeitgeschichte haben die Ausstellung konzipiert.

Hardegsen (Kreis Northeim), 6.2. bis 5.3. im Muthaussaal, Infos unter Landkreis Northeim - Jugendbüro - Tel.: 05551/708222

Deutsche Widerstandskämpfer

in der Resistenza

Werkstattgespräch mit Peter Gingold. Er beteiligte sich ab 1933 an Widerstandsaktionen, wurde verhaftet und aus Deutschland ausgewiesen und schloss sich ab 1940 der französischen Résistance an. Er wurde auch bei italienischen PartisanInnenverbänden eingesetzt und nahm am Aufstand in Turin teil.

Hardegsen, 20.2., 19.30 Uhr im Muthaussaal, Infos unter Landkreis Northeim - Jugendbüro -

Tel.: 05551/708222

Alternative

Medien

JornalistInnengespräch: Faye Tatah, Herausgeberin von Afrika Positive; Polo Ramirez, Voz Latina im Freien Sender Kombinat (FSK); Charles Gnaleko, Aktion für die unabhängige Presse in Afrika diskutieren Alternativen zur herkömmlichen Medienberichterstattung und stellen ihre Initiativen vor.

Hamburg, 8.2., 19.30 Uhr in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Deutschland

wieder gutgemacht?

Zur aktuellen Kontroverse um die Entschädigung für ZwangsarbeiterInnen mit Kurt Goldstein (ehemaliger Auschwitz-Häftling und Zwangsarbeiter), Lothar Evers (Geschäftsführer des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgter).

Essen, 15.2., 19.30 Uhr, Zeche Carl

Schickt Eure Veranstaltungshinweise!

Per e-mail, per Post oder als Fax.

Annahmeschluss für ak 435 ist der 8.2.2000

42. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak434/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:35

Roma in Osteuropa

Es gibt wahrscheinlich keine gesellschaftliche Gruppierung, die von den Umbruchprozessen in Osteuropa derart hart betroffen ist wie die Roma. Nicht erst der Bau einer Mauer in der tschechischen Stadt Usti nad Labem, die die Häuser der "Weißen" vor der angrenzenden Roma-Siedlung schützen sollte, machte auf den tief sitzenden Rassismus gegenüber Roma auch bei großen Teilen der Bevölkerung in osteuropäischen Staaten aufmerksam. Weniger bekannt wurde, dass die tschechische Fluggesellschaft CSA "dunkelhäutige Reisende" mit einem "G" für "Gypsy" kennzeichnete. Das vorzügliche Heft 3/99 der Grazer Zeitschrift Ost-West-Gegeninformationen über die Situation der "Roma in Ost- und Südosteuropa" bietet die Gelegenheit, derartige Informationsdefizite zu verringern. Neben einem Überblicksartikel finden sich dort Artikel über die Situation in Rumänien, Tschechien, Bulgarien, Ungarn und dem Kosovo. Ein Dossier über die "Konfliktregion Kaspisches Meer" ergänzt dieses gelungene Heft. Selbst zehn Jahre nach dem Mauerfall sind die Länder Osteuropas für die meisten Linken ein unbeschriebenes Blatt. Wer sich regelmäßig und fundiert aus emanzipatorischer Sicht über die Entwicklung informieren will, dem sei die Lektüre der Ost-West-Gegeninformationen ans Herz gelegt.

Ost-West-Gegeninformationen, Heft 3/99; c/o Abt. für Südosteuropäische Geschichte, Mozartgasse 3, A-8010 Graz, Österreich; Fax: 0043/316/3809735; 56 Seiten, 6 DM

Zwangsarbeit im Dritten Reich

Wer sich einen Überblick über die Debatten um "Entschädigung" für Zwangsarbeit verschaffen will, sollte zu dem Aufsatz ",Wiedergutmachung` und Entschädigung" von Christine Krause greifen. Auf dem Höhepunkt der Zwangsarbeit im Spätsommer 1944 wurden ca. 8 Mio. Menschen ausgebeutet. Krause zeigt, wie es der Bundesregierung gelang, mit unterschiedlichsten juristischen Konstruktionen Entschädigungsforderungen abzuwehren. Zentral waren dabei der Verweis auf das Londoner Schuldenabkommen von 1952 gegenüber Forderungen von ausländischen ZwangsarbeiterInnen und das Bundesentschädigungsgesetz gegenüber in Deutschland lebenden ZwangsarbeiterInnen. Ein immer wieder gerne vorgebrachtes "Argument" war die drohende Belastung für die deutsche Wirtschaft, "die nicht zuletzt auch negative Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation hätte", so das Bundesfinanzministerium noch im Jahre 1996. Der Aufsatz steht in dem Band ",Räder müssen rollen bis zum Sieg`. Zwangsarbeit im ‚Dritten Reich`", der von der Esslinger Kreisvereinigung des VVN-BdA herausgegeben wurde. Hier findet sich auch ein Beitrag von Karl Heinz Roth über "Unfreie Arbeit im deutschen Herrschaftsbereich von 1930-1945." Roth kritisiert Ansätze, die "unfreie Arbeitsverhältnisse" nur im Rahmen der nationalsozialistischen Rassenideologie analysieren. Er versteht seine Ausführungen als "erste systematische Annäherung" an die Frage, welche Bedeutung freie und unfreie Arbeitsverhältnisse im modernen Kapitalismus haben und in welcher Beziehung sie hier zueinander stehen. Unfreie Arbeitsverhältnisse stehen nach Roth "nicht außerhalb der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des modernen Kapitalismus, sondern stellen vielmehr einen Extremfall von exemplarischer Bedeutung dar". Dagegen arbeiten Schatz/Woeldike in ihrem Aufsatz die Bedeutung des ideologischen Konstrukts der "deutschen Arbeit" für das System der Zwangsarbeit heraus. Im Mittelpunkt des Bandes steht eine bereits 1988 erstmals veröffentlichte Studie der Herausgebergruppe über Umfang und Formen der Zwangsarbeit im Kreis Esslingen, eine Arbeit, die nicht nur für SpezialistInnen von Interesse sein dürfte. Weitere Kurzbeiträge, Dokumente und Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter schließen den informativen Band ab.

VVN-BdA, Kreisvereinigung Esslingen (Hg.): "Räder müssen rollen bis zum Sieg". Zwangsarbeit im "Dritten Reich"; Stuttgart (Schmetterling-Verlag) 2000; 184 Seiten, 26,80 DM

Rabehl und Rechtsrock

Gerade ein Jahr ist es her, dass der ehemalige Westberliner SDS-Funktionär Bernd Rabehl Schlagzeilen machte. Hatte er doch vor der rechtsradikalen Burschenschaft Danubia eine Rede gehalten, die nicht nur so richtig nach dem Geschmack der GastgeberInnen war. Auch der Redaktion des neurechten Wochenblatts Junge Freiheit gefiel sie so gut, dass sie sie gleich ohne die Einwilligung des Autors abdruckte. Kein Wunder - hatte doch Rabehl vom Kampf gegen MigrantInnen bis zur Klage über die Werte zerstörende westliche

Umerziehung kein rechtes Stereotyp ausgelassen. Während die Öffentlichkeit bald zu neuen "Tabubrüchen" überging, lief die Auseinandersetzung um Rabehl am Otto-Suhr-Institut (OSI) der FU Berlin, wo er lehrt, mit großer Vehemenz weiter.

Vor kurzem hat der OSI-Fachbereich eine Broschüre mit vielen Materialien zur Rabehl-Debatte herausgegeben. Rabehls Texte werden eingeordnet in die Renaissance der Totalitarismustheorie, wie sie auch von dem mit vielen Ex-Linken besetzten Forschungsverbund "SED-Staat" vertreten wird. Dort ist auch Rabehl angestellt. Auch ein Mainzer Redaktionskollektiv hat sich in einer "Intervention" betitelten Broschüre, die "antifaschistische Infos über rechtsextreme KulturkämpferInnen" geben will, mit Rabehl befasst: "Er vertritt mit Horst Mahler und Rainer Langhans Ex-Linke, die sich im rechten Netz verstricken". Schwerpunkt der Broschüre ist aber der rechte Einfluss in der Esoterik- und Dark-Wave-Szene. Wer glaubt, hier handele es sich nur um unbedeutende Randbereiche, wird durch die Texte eines Besseren belehrt. Es ist das Verdienst dieser Broschüre, die Aufmerksamkeit auf in der Antifa-Szene stark unterbelichtete Themenbereiche gelenkt zu haben.

FSI-OSI: Bernd Rabehl und seine Thesen, Materialien zu einer Debatte; Bezug: Fachschaftsinitiative am Otto-Suhr-Institut, Harnackstr. 1, 14195 Berlin,

E-Mail: fsiosi@yahoo.com, Netz: www.polwiss.fu-berlin.de/osi/fsi/index/htm; 46 Seiten, kostenlos

Intervention - antifaschistische Infos über rechtsextreme KulturkämpferInnen, Bezug: D. Enkste, Rheinallee 185, 55116 Mainz; 30 Seiten, 3 DM

43. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak434/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:39

Strömungen beachten!

Betr.: Landlose in Brasilien, ak 433

Liebe ak-Leute,

ich bin erst seit kurzem Leserin eurer Zeitung, die mir gut gefällt. Besonders informativ finde ich die Informationen zu Kolumbien, Panama und auch zu Argentinien.

Kritisieren möchte ich allerdings eine Stelle im Artikel zu den Landlosen in Brasilien in der letzten Ausgabe (ak 433). Ich war gerade zu der Zeit in Brasilien, als die der große Marsch in Brasilia stattfand, an dem ich teilnahm, und habe auch aus nächster Nähe die Auseinandersetzung innerhalb der CUT über das Motto für die Demo (Weg oder nicht weg mit dem FHC), den sogenannten Generalstreik, der zu einem Aktionstag verkommen ist, und auch die Vorbereitungen der Branchentarifrunden mitbekommen. Ich hoffe, dass die Aussage "Politisch werden die Proteste gegen die Privatisierungspolitik der Regierung hauptsächlich von der CUT,... der MST und einzelnen Mitgliedern der PT getragen", auf einem Übersetzungsfehler beruht.

Ansonsten kann ich nur mangelnde Kenntnis oder Tendenziösität unterstellen. Wie die PT ist auch die CUT nicht als ein Monolith zu verstehen. Die sozialdemokratische Mehrheit des Dachverbandes sieht sich einer starken antikapitalistischen Minderheit gegenüber, die aus verschiedenen Strömungen besteht, Mitgliedern verschiedenster Parteien der Linken wie der PSTU (Trotzkisten), mehrerer linker Strömungen der PT und z.T. auch die PCdoB (Kommunisten). Ich halte es schon für ein wenig fatal, diesen Umstand, der ja auch Ausdruck einer heftigen Auseinandersetzung innerhalb des Dachverbandes um die gewerkschaftliche Zukunft ist, zu verkennen, da sie auch für uns interessante Entwicklungen widerspiegelt. Um an dieser Stelle nicht länger ausholen zu müssen, verweise ich auf die Homepage http://home.wtal.de/bl/isn/, wo man unter Infos einen Artikel zu den heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der CUT, neun Monate vor dem nächsten nationalen Kongress, nachlesen kann. Was die MST betrifft, finde ich den Artikel o.k.

Mit solidarischen Grüßen

Beatrix Sassermann

Nicht salonfähig machen!

Betr.: Besprechung des Handbuchs "Südosteuropa", ak 433

Bei dem Herausgeber des von euch besprochenen Handbuches "Südosteuropa", Stefan Troebst, handelt es sich um den Direktor des "Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen" (EZM) in Flensburg, der, bevor er für diesen Posten ernannt wurde, in den Jahren 1992/93 für das Auswärtige Amt in Mazedonien tätig war.

Troebst schrieb 1996 in der FAZ von der "albanischen Frage" als dem "gravierendsten ethnopolitischen und territorialen Problem auf dem Balkan", von einer "albanischen Siedlungsachse Montenegro - Kosovo - Südostserbien - Westmazedonien" und von einer "gerade noch erträglichen Lage" einer "albanischen Minderheit in Nordgriechenland", was umgehend zu diplomatischen Protesten der griechischen Regierung führte. Das EMZ ist eine Institution, die an der Formulierung deutscher Außenpolitik mitarbeitet. Es wird maßgeblich getragen von der "Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV), Nachfolgerin des 1925 gegründeten "Europäischen Nationalitätenkongresses", der andere "Volksgruppen" für deutsche Interessen funktionalisieren sollte und bereits 1928 unter NSDAP-Einfluss stand. Guy Héraud, einer der wichtigsten Theoretiker der FUEV, kommt von GREECE.

Da ak in der Vergangenheit schon über das EZM und seine politische Rolle berichtet hat, ist es mir unverständlich, wie ein derartiges Buch besprochen werden kann, ohne mit einem Wort auf die Person des Herausgebers einzugehen und es in den entsprechenden Zusammenhang einzuordnen.

Unabhängig davon, ob der Inhalt des "Handbuchs" für sich genommen von einem linken Standpunkt aus unverdächtig ist, halte ich es für unverantwortlich, durch eine "neutrale" Besprechung einen Funktionär imperialistischer Politik und Vertreter "ethnopolitischen" Gedankenguts salonfähig zu machen.

Mit antifaschistischen Grüßen,

Michael

44. Das Gleiche noch einmal, bitte!

CD-Datei: daten/aksuche/ak434/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:44

Super Auftakt der Spendensammlung

Das neue Jahrtausend beginnt gar nicht schlecht: Der CDU geht es richtig dreckig, und nach den Umfragewerten könnte demnächst auch ihr Kontostand in den Keller gehen. Positives gibt es dagegen vom Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik zu vermelden: Der neue Herausgeber von ak - analyse & kritik erfreut sich steigender Beliebtheit, die sich auch in klingender Münze niederschlägt. Bis zum zweiten Januar-Wochenende sind mehr als 30.000 DM auf dem Spendenkonto eingegangen. Jetzt sind wir fast sicher, dass wir die angestrebte Summe zusammen bekommen: 60.000 DM brauchen wir, um die Herausgabe der Zeitung für dieses Jahr zu sichern und weitere Aktivitäten des Vereins zu finanzieren. Denjenigen Leserinnen und Lesern von ak, die schon gespendet haben, danken wir herzlich; die übrigen erinnern wir noch einmal an den guten Zweck - und an die Möglichkeit, mit einer Spende Steuern zu sparen: Wer spendet, bekommt eine Bescheinigung zur Vorlage beim Finanzamt.

Dass wir selbst nicht untätig auf den Eingang der Überweisungen warten, müsste schon beim ersten Blick auf die vorliegende ak-Ausgabe deutlich werden. Das neue, großzügigere Lay-out und die Kürzung überlanger Artikel sollen die "Lesefreundlichkeit" der Zeitung verbessern. Anregungen, weitere Verbesserungsvorschläge, aber auch kritische Anmerkungen nehmen wir gern entgegen - am liebsten natürlich, wenn sie mit einer Spende verbunden sind. Auch dieser Ausgabe liegen wieder die praktischen Überweisungsträger bei. Von Zahlungen in Kuverts und Aktenkoffern bitten wir abzusehen.

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

E. Seidel, Konto Nr.: 116 838 203

BLZ: 20010020

Verwendungszweck:

Spende Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik

Berichtigung der letzten Spendensammlung:

H.F., Hamburg 1.000,00

D.M., xy 200,00

Summe bis 13.12.99 9.460,00

H.W., Markgröningen 20,00

K.R., xy 35,00

E.C., Braunschweig 500,00

N.N., Lüneburg 200,00

J.B., Aschaffenburg 500,00

J.N., Hamburg 2.000,00

K.A., Hamburg 200,00

B.J., Nürnberg 200,00

D.+H.H., Hamburg 200,00

B.-A.T., Berlin 50,00

W.H., Berlin 750,00

F.V., München 500,00

G.R., Geretsried 50,00

G.H.-K., Kist 222,00

U.S., Hamburg 200,00

H.R., Salzgitter 100,00

J.H., Lichtenau 100,00

H.-J.V., Chemnitz 100,00

Ph.R., Stuttgart 60,00

C.L.-M., xy 50,00

A.St., Nürnberg 500,00

G.W., Berlin 50,00

U.V.K., xy 500,00

B.I.H., Berlin 150,00

B.I., Münster 100,00

A.+B.R., Kiel 100,00

V. M., Kleinkummerfeld 50,00

E.F., Plochingen 30,00

H.G., Königswinter 150,00

P.G., Hamburg 1.000,00

P.H., Hamburg 200,00

St.M., Kaiserslautern 200,00

U.P., Bochum 150,00

R.H., Berlin 110,00

J.M., Zella-Mehlis 50,00

J.D., Hannover 100,00

K.B., Dudenhofen 500,00

R.-R.St., Berlin 200,00

T.Sch., Bremen 100,00

R.B., xy 100,00

J.S., Hamburg 500,00

M.K., Berlin 100,00

A.F., Riedering 50,00

H.F., Nürnberg 600,00

P.S., Tübingen 250,00

U.St., Nürnberg 200,00

F.G., Bad Herrenalb 100,00

R.B., Wildeshausen 100,00

I.+J.M., Stade 100,00

F.B., Bochum 50,00

M.G., Nürnberg 500,00

V.B., Hamburg 500,00

Th.R., Göttingen 211,00

U.M.H., Karlsruhe 200,00

W.D., Wettenberg 100,00

W.D., Wettenberg 50,00

Th.B., Berlin 50,00

S.G., Tübingen 400,00

R.Pf., Northeim 200,00

B.St.-K.+O.U.K., Berlin 150,00

U.H., Kiel 100,00

M.D., Frankfurt/Oder 50,00

J.L.-St., Nürnberg 500,00

Flocke, Charlottenburg 250,00

V.B., Bremen 200,00

Ch.Sch., Hamburg 100,00

U.K., Hamburg 50,00

xy, xy 100,00

B.K., Sprockhövel 200,00

U.S., Berlin 100,00

J.-M.I., Witten 100,00

A.L., Neumünster 100,00

C.-L., Frankfurt/Main 350,00

H.H., Buehlerttann 50,00

P.D., Köln 200,00

R.R., St. Ingbert 100,00

B.Sch., München 100,00

M.Z., München 30,00

L.R., Berlin 100,00

G.Ch., Frankfurt/Main 50,00

S.K., Freiburg i.Br. 500,00

B.R., Hamburg 100,00

St.H., Hannover 100,00

V.Sch.-K., Pulheim 99,00

G.P., Marburg 30,00

J.H., Nürnberg 1.400,00

J.G., Berlin 500,00

A.H., Mosbach-Diedesheim 150,00

A.R., xy 50,00

Summe bis 14.1.2000 20.547,00

Summe gesamt 30.007,00

45. Zwangsarbeit und Wirtschaftswunder

CD-Datei: daten/aksuche/ak434/entsch.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:entsch

Nach dem bundesrepublikanischen Nationalmythos hat sich ab Mai 1945, der "Stunde Null", folgendes zugetragen: Unterstützt vom "freien Westen" machte man sich unverzüglich an den Wiederaufbau des zerstörten Landes; neben den Geldern aus dem Marshall-Plan war es vor allem der sprichwörtliche Fleiß der (West-)Deutschen, der die Fließbänder bald wieder zum Laufen brachte; der Aufschwung bekam den schönen Namen Wirtschaftswunder.

Liberalere Geister gestehen immerhin zu, dass auch ausländische "Gastarbeiter" an der Mehrung des Wohlstands beteiligt waren. Verschwiegen wird dagegen für gewöhnlich, dass schon in der Zeit des totalen Krieges die deutsche Wirtschaft wesentlich von Nicht-Deutschen aufrecht erhalten wurde: von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und anderen ZwangsarbeiterInnen. Sie arbeiteten in der Landwirtschaft, in Rüstungsbetrieben, aber auch in privaten Haushalten. Der Wissenschaftler Ulrich Herbert kommt zu dem Schluss, dass "ein erheblicher Teil unseres Wirtschaftswunders auf der Entwicklung in diesen Kriegsjahren beruht, auf der Ausbeutung Europas und der Zwangsarbeiter."

Arbeitslohn für die vom Deutschen Reich Ausgebeuteten oder Reparationen an die geplünderten Länder zahlte die BRD auch dann nicht, als sie längst zu einem der führenden Industrieländer aufgestiegen war. Die Entschädigungen, die es nun, 55 Jahre nach Kriegsende, geben soll, verdienen diesen Namen nicht. Von den insgesamt etwa 10 Mio. ZwangsarbeiterInnen leben nur noch 2,5 Mio., aber auch von diesen soll ein erheblicher Teil leer ausgehen: diejenigen, die in der Landwirtschaft oder in Privathaushalten gearbeitet haben. Die übrigen werden im allergünstigsten Fall 15.000 DM erhalten; von diesem Betrag sollen früher gezahlte Leistungen abgezogen werden.

Dass die Gesamtsumme 10 Mrd. DM nicht überschreitet, liegt vor allem an der beinharten Haltung der deutschen Kapitalisten. Von den fünf Milliarden, die sie in den Fonds einzahlen sollen, fehlen immer noch drei Milliarden. Dabei erhalten sie die Hälfte des Geldes auf dem Wege der Steuerbefreiung zurück. Damit stehen unter dem Strich 2,5 Mrd. DM, aufgebracht von bislang 110 Unternehmen mit teilweise gigantischen Gewinnen. Für dieses Geld verlangen sie alle erdenklichen Gegenleistungen, wie Ulrich Sander schreibt: "Absolution für Mord und Vernichtung durch Arbeit, für Raub, Hunger, Demütigung, Diskriminierung, ungesetzliche Bereicherung, schwerste Körperverletzung, Freiheitsberaubung und auch noch für Hehlerei mittels Arisierung. Und künftig wollen sie an ihre nie gesühnten Verbrechen nicht mehr erinnert werden."

Ohne die tatkräftige Unterstützung der rot-grünen Regierung wären die Kapitalisten mit ihrer Erpressung nicht durchgekommen. Erst nach massiven Protesten von AnwältInnen aus den USA erklärte sich die Bundesregierung nun zum Nachverhandeln bereit. Aber die AnwältInnen sind in einer schwierigen Position: Ihre MandantInnen sind alt und brauchen das Geld sofort. Spätere Nachzahlungen, auch an bisher ausgeschlossene Opfergruppen, wären am ehesten durchzusetzen, wenn sich in den USA und anderswo eine breite Bewegung für den Boykott deutscher Exportwaren formiert - und die hiesige Linke diesen Boykott nach Kräften unterstützt. In dieser ak-Ausgabe:

Das Ringen um Entschädigung

geht weiter Seite 15

Ausgeschlossen: Zwangsarbeiter-Innen in der Landwirtschaft undin Privathaushalten Seite 16

Bundestagspräsident Thierse (SPD)schützt die Sklavenhalter Seite 17

Nachruf auf Hans Frankenthal Seite 17

46. Zwergen-Aufstand

CD-Datei: daten/aksuche/ak434/titelso.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:434:titelso

1.000 Menschen haben am 13.12.1999 gegen die Sozialpolitik des Hamburger SPD-GAL- Senats demonstriert. Kurz vor Weihnachten, bei nass-kaltem Wetter und dennoch bei bester Stimmung, mit lauten Parolen, HipHop aus den Lautsprechern und jeder Menge Transparenten. Nach der Konferenz "Lichter der Großstadt. Für soziale BürgerInnerechte" (vgl. ak 433) war dies ein zweites Highlight bei dem Versuch, Gegenwehr gegen den rot-grünen Mainstream in der Sozialpolitik zu organisieren.

Eine Gegenwehr, deren TrägerInnen bisher allerdings nicht Basisinitiativen oder selbstorganisierte Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen sind. Die real existierende Opposition wird vielmehr von Einrichtungen des sozialen Hilfesystems, von engagierten SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen getragen, die sich in der Sozialpolitischen Opposition (SoPo) Hamburg organisieren. Soziale Bewegung als Bewegung der StellvertreterInnen? Vieles spricht dafür, dass es derzeit eher der "niedere Staatsadel" (Pierre Bourdieu) ist, der Ansprüche an ein menschenwürdiges Leben für alle formuliert. Gegen die Politik und Ideologie der "Neuen Mitte" pocht die SoPo auf Existenz sichernde Einkommen für alle, auf Rechte statt Almosen und auf eine Sozialarbeit, die sich ausschließlich an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen orientiert. Über Ansatz und Politik der SoPo, über soziale Grundrechte und über SozialarbeiterInnen in Bewegung ein Interview

auf Seite 22